8C

Inhalt

1

Original mit 2 Durchsclägen gefertigt.
1 Durchschlag erhält StS. Dr. Bühler.
2 Exemplare f.d.Akten d.Kzl.d.GG.

Meurer

P r o t o k o l l

über die Regierungssitzung
am Dienstag, den 25. März 1941,
im großen Sitzungssaal des
Regierungsgebäudes.

=====

Sitzung
der
Abteilungsleiter
im
Amt des Generalgouverneurs

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 25. März 1941

V
I. A.
25/III
Albers

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur	Der Generalgouverneur	
Der ~~Chef des Amtes des Generalgouverneurs~~ Staatssekretär der Reg. d. Gen. Gouv.	Staatssekretär Bühler	
Unterstaatssekretär Kundt	Unterstaatssekretär Kundt	
Der Höhere SS- u. Polizeiführer	Obergruppenführer Krüger	
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei	Riege	
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei	Schöngarth	
Der Beauftragte des Stellvertreters des Führers	Wirth	
Der Chef des Distrikts Krakau	Wächter	
Der Chef des Distrikts Lublin	Zörner	
Der Chef des Distrikts Radom	Lasch	
Der Chef des Distrikts Warschau	Fischer	
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin	Weh	
Der Leiter der Abteilung Arbeit	Frauendorfer	
Der Leiter der Bankaufsichtsstelle	Paersch	
Der Leiter der Abteilung Bauwesen	Bauder	
Der Leiter der Betriebsabteilung	Gerteis	

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
...r Leiter der Abteilung Devisen		
...r Leiter der Abteilung Eisenbahnen		
...r Leiter der Abteilung Ernährung u. Landwirtschaft		
...r Leiter der Abteilung Finanzen		
...r Leiter der Abteilung Forsten		
...r Leiter der Abteilung Gesetzgebung		
...r Leiter der Abt. Gesundheitswesen		
...r Leiter der Abt. Innere Verwaltung		
...r Leiter der Abteilung Justiz		
...r Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs		
...r Leiter des Organisationsamtes		
...r Leiter des Personalamtes		
...r Leiter der Abteilung Post		
...r Leiter der Abteilung Preisbildung		
...r Leiter der Abt. Raumordnung		
...r Leiter der Abt. Treuhandstelle für das Generalgouvernement		
...r Leiter der Abt. Volksaufklärung u. Propaganda		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Leiter der Abteilung Wirtschaft	[illegible]	[illegible]
Der Leiter der Abteilung Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung	[illegible]	
Der Verbindungsoffizier der Luftwaffe	[illegible]	
Der Verbindungsoffizier des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement	[illegible]	
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes	[illegible]	
Der Beauftragte des Reichsjugendführers	[illegible]	[illegible]
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes	[illegible]	DRK
Der [illegible] [illegible]	[illegible]	
Der Leiter der Dienststelle für Außenhandel	[illegible]	[illegible]
Der Referent für Straßenverkehr	[illegible]	[illegible]
Der Pressechef des Generalgouverneurs	[illegible]	
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements	[illegible]	[illegible]
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben	[illegible]	[illegible]
Die Baudirektion des Generalgouverneurs	[illegible]	[illegible]
Der Präsident des [illegible] im Gen. Gouv., [illegible]	[illegible]	

Hauptmann [illegible] [illegible]

[illegible] [illegible]

[illegible] [illegible]

P r o t o k o l l

über die Regierungssitzung am Dienstag, den 25. März 1941 im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes, Beginn: 10.30 Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k eröffnet die Sitzung:

Wir versammeln uns heute zur zweiten Regierungssitzung im Jahre 1941 in einem, wie wir alle wissen, großartigen geschichtlichen Augenblick. Ich möchte Ihnen im Auftrage des Führers, der mich am 17. März zu einer fast 2stündigen völlig persönlichen Aussprache empfangen hat, die Grüße des Führers übermitteln. Der Führer läßt Ihnen durch mich seine Anerkennung aussprechen für die - so formulierte das der Führer - "hervorragende und vorbildliche Arbeitsleistung des Aufbaues und Ausbaues der deutschen Macht hier im Generalgouvernement". Ich freue mich, Ihnen diese Anerkennung des Führers übermitteln zu können und möchte auch meinerseits als oberster Repräsentant des Führers hier im Generalgouvernement Ihnen meine Anerkennung aussprechen.

In Übereinstimmung mit dem Führer halte ich es für einen hervorragenden Gewinn, daß es hier im Generalgouvernement möglich war, die ideale Form der einheitlichen Geschlossenheit der Verwaltung eines Gebietes durchzuführen. Der Grundsatz von der Einheit der Verwaltung unter dem verantwortlichen politischen Führer ist hier im Generalgouvernement Tatsache geworden. Sie kennen den Inhalt der hierauf bezüglichen Verordnungen und haben an deren Schaffung mitgearbeitet. Die dritte Verordnung fügt nunmehr den Schlußstein in das Gebäude einer einheitlichen Regierung dieses Gebietes. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr diese Arbeit vorbildliche Bedeutung haben wird für die im Reich nach dem Krieg kommende Verwaltungsreform. Ich betrachte die Frage des Ausbaues der staatlichen Verwaltungsorganisation des Generalgouvernements mit der dritten Verordnung im allgemeinen Sektor für beendet. Was noch geschehen wird und noch geschehen soll, ist die klare Umschreibung der Stellung der Polizei im Generalgouvernement in ihrem Verhältnis zu den Dienststellen des Generalgouvernements.

Auch

Auch im Reich ist das Problem der Einfügung der Polizei in den Gesamtaufbau des Reiches in vollem Fluß.

Der Ernst der Lage im Generalgouvernement, der gekennzeichnet ist durch die Notwendigkeit, dem Führer hier im Osten ein starkes Bollwerk der deutschen Führung sicherzustellen in dem bevorstehenden großen Schlußangriff auf England, bringt für jeden von Ihnen ein ungeheures, überhaupt nicht vorausschaubares und berechenbares Maß von Verantwortung mit sich. Gemäß den mir am 17. März übertragenen Vollmachten unterstehen sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements abgesehen von den Dienststellen der Wehrmacht ausschließlich dem Befehl des Generalgouverneurs. Es gibt nur diese zwei Machtpositionen: Wehrmacht und Generalgouvernement. Etwas drittes gibt es nicht. Ich verbiete daher mit sofortiger Wirkung die Befolgung irgendwelcher Anordnungen einer anderen Stelle, ganz gleich woher sie kommen. Ich werde diesbezüglich noch außerordentliche Bestimmungen auf Befehl des Führers erlassen.

Ich brauche Ihnen, meine Herren, die Sie den Osten kennen und über die Grenzen des Generalgouvernementshinaus nach Osten schauen, nicht zu sagen, daß es Pflicht des Führers ist, an alle Möglichkeiten zu denken. Wir müssen den Angriff gegen England mit absolutestem Rückenschutz durchführen können. Zu diesem Zweck müssen vorsorgliche Maßnahmen getroffen werden. Die Bedeutung dieser Maßnahmen wird dadurch unterstrichen, daß der oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht, unser Führer Adolf Hitler, einen unmittelbaren Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht zum Generalgouverneur entsandt hat. Ich begrüße in unserer Mitte den Hauptmann Dissel als Vertreter des Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte. Er stellt die unmittelbare Verbindung mit dem Führer und Generalfeldmarschall Keitel dar.

Wir haben in den nächsten Wochen ein Übermaß an Arbeit zu leisten. Ich kann mich auf Grund der Kenntnis, die ich von Ihnen habe, darauf verlassen, daß von jetzt ab der bedingungsloseste Einsatz in diesem Sinne stattfindet. Das Generalgouvernement kann stolz darauf sein, daß der Führer ihm diese Aufgabe gestellt hat und auch unter schwierigsten Verhältnissen beläßt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Sachbearbeiter

beiter werden uns die wesentlichen Faktoren aus ihren Arbeitsgebieten vortragen und es wird sich die Möglichkeit ergeben, im Anschluß daran noch einzelne andere wichtige Gesichtspunkte zu erörtern.

Als ersten Redner erteile ich das Wort dem Herrn Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen zu seinem Vortrag über den Etat des Generalgouvernements.

Finanzpräsident S p i n d l e r weist im Eingang seiner Ausführungen darauf hin, daß der Etat infolge der schwierigen Umstände erst sehr spät fertig-gestellt werden konnte. Die Abteilung Finanzen werde sich bemühen, im nächsten Jahr den Haushaltplan rechtzeitig fertigzustellen.

Durch die Verordnung des Herrn Generalgouverneurs sei der Haushalt festgesetzt auf etwas über 1 Milliarde Zloty in Ausgaben und etwas weniger als 1 Milliarde Zloty in Einnahmen. Das Defizit belaufe sich auf 30 Millionen Zloty, in Wirklichkeit sei es jedoch etwas höher - etwa 70 Millionen - , weil Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes als Zuschuß zum ordentlichen Haushalt verwendet wurden. Es könne jedoch auch ein Defizit in Höhe von 70 Millionen keineswegs als bedrückend empfunden werden. Allen Dienststellen des Generalgouvernements gebühre der Dank der Finanzverwaltung für das Verständnis, das den Belangen der Finanzverwaltung entgegengebracht wurde. Was von Seiten der Finanzabteilung geschehen konnte, um den Ausgabenwünschen der verschiedenen Dienststellen entgegenzukommen, sei geschehen.

Die Finanzverwaltung des Generalgouvernements könne für sich in Anspruch nehmen, daß die Erwartungen, die an sie gestellt wurden, erfüllt worden sind. Es sei ihr gelungen in eineinhalb Jahren die Verwaltung auf finanziellem Gebiet ohne Hilfe des Reiches aufzubauen. Was das Reich an baren Zahlungen an das Generalgouvernement geleistet habe, sei außerordentlich gering. Es seien lediglich in Aussicht gestellt Zuschüsse zu den Kosten der Weichselregulierung und der Meliorationen und auf Grund längerer Verhandlungen habe sich das Reich auch bereit erklärt, einen Teil der im Generalgouvernement stationierten Polizeibataillone auf seine Kosten zu übernehmen.

Was

Was die Ausgabenseite des Etats anlange, so könne der Finanzverwaltung keinesfalls der Vorwurf gemacht werden, daß sie auf personellem Gebiet Verschwendung getrieben habe. Die Personalausgaben beziffern sich auf 32% der Gesamtausgaben; die übrigen Ausgaben seien sächlicher Art.

Die Einnahmeseite habe im Laufe des Jahres eine recht erfreuliche Entwicklung aufgewiesen. Die wirtschaftliche Beruhigung habe zu einer Steigerung der wichtigsten Einnahmen beigetragen.

Bezüglich des Stellenplanes haben unter der Leitung des Unterstaatssekretärs Kundt eine große Anzahl von Besprechungen stattgefunden. Von allen Dienststellen seien die Stellenplanvorschläge eingegangen und nunmehr zum größten Teil durchgesprochen. Nach Abschluß der Besprechungen - etwa in einer Woche - werde der Stellenplan in Berlin vorgelegt und dort mit tunlicher Beschleunigung im Laufe der Monate April und Mai seine Behandlung erfahren.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k spricht der Abteilung Finanzen, insbesondere den mit der Erstellung des Haushaltplanes beschäftigten Herren - Finanzpräsident Spindler, Oberregierungsrat Freiherr von Streit und Regierungsoberinspektor Süßmann - Dank und Anerkennung aus.

Punkt 2 der Tagesordnung: Umsiedlungsfragen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer K r ü g e r teilt hierzu mit, daß die Umsiedlung von Polen und Juden ins Generalgouvernement zunächst unterbunden sei. Die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernements zum Zwecke der Freimachung von Truppenübungsplätzen nehme ihren Fortgang.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k gibt bekannt, daß ihm der Führer bei der Besprechung am 17. März mitgeteilt habe, daß künftig die Einsiedlung ins Generalgouvernement von den Möglichkeiten dieses Gebietes abhängig gemacht werde. Weiterhin habe der Führer zugesagt, daß das Generalgouvernement in Anerkennung seiner Leistungen als erstes Gebiet judenfrei

gemacht

gemacht werde. Im übrigen sei zu bedenken, daß die starke Inanspruchnahme des Generalgouvernements bei der Umsiedlung nicht etwa auf bösem Willen der beteiligten Stellen beruhe, sondern aus der Notwendigkeit der Rückführung deutscher Menschen aus dem Osten sich zwangsläufig ergeben habe.

Punkt 3 der Tagesordnung: Transportlage im Generalgouvernement.

Präsident G e r t e i s führt aus, daß die Ostbahn seit Wochen fast ausschließlich im Zeichen des Wehrmachtsverkehrs stehe. Die Situation sei deshalb besonders ungünstig, weil sich der Wehrmachtsverkehr vom linken Weichselufer völlig auf das rechte verschoben und dadurch jeder noch so kleine Bahnhof auf diesen Strecken eine besondere Bedeutung bekommen habe. Die Forderungen der Wehrmacht seien von Woche zu Woche gestiegen und täglich kämen neue Anforderungen hinzu. Außerdem sei die Ostbahn mit den Transporten für den Ausbau der Straßen und der Eisenbahnen belastet. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, daß sich gewisse Schwierigkeiten nicht vermeiden ließen. Die Ostbahn sei gezwungen, gewisse Güter nur noch nach ihrer Dringlichkeit zu befördern. Zur Zeit werde nur noch gefahren Kohle für Zwecke der Eisenbahn, für Zwecke der Wehrmacht und für Zwecke bestimmter Versorgungsbetriebe. Ferner werde transportiert Saatgut sowie die Materialien für "Otto" und"Askania". Daneben laufen selbstverständlich die Transporte mit Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung im Generalgouvernement.

Der Lokomotivenbestand sei für den augenblicklichen Bedarf ausreichend. Hilfe aus dem Reich sei auf diesem Gebiet im Augenblick nicht zu erwarten; möglich sei jedoch, daß in absehbarer Zeit wieder Maschinen aus dem Reich zur Verfügung gestellt werden könnten. Sehr schwierig sei die Waggonlage; sie habe zu umfangreichen Einschränkungen des Güterverkehrs Anlaß gegeben.

Zur Personalfrage sei zu bemerken, daß die Ostbahn als erste Verwaltung im Generalgouvernement am 1. April eine Dienstordnung für planmäßige polnische Eisenbahner erlassen werde. Diese Eisenbahner werden gewisse Rechte in Bezug auf Altersversorgung und Auf-

Aufstiegsmöglichkeiten haben. Dieser Schritt sei gerade jetzt bewußt getan worden, um das polnische Personal fester an die Ostbahn zu binden im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufgaben. Die Ernährung des polnischen Personals sei dank der Bemühungen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zufriedenstellend. Es sei notwendig, daß dieser Ernährungsstand auch in schwierigsten Zeiten aufrechterhalten bleibe, weil sonst die Arbeitsfähigkeit des polnischen Eisenbahnpersonals nicht gewährleistet sei. In absehbarer Zeit sei übrigens eine Vermehrung der Zahl der deutschen Eisenbahner beabsichtigt.

Der Haushalt der Ostbahn, der auf der Einnahmenseite rund 500 Millionen Zloty aufweise, schließe mit einem Defizit von 20- bis 40 Millionen ab. Die Höhe der Einnahmen könne als durchaus erfreuliches Resultat bezeichnet werden.

Der Personenverkehr werde in nächster Zeit erhebliche Einschränkungen erfahren. Auf den einzelnen Strecken werden nur noch zwei oder höchstens drei Personenzugpaare verkehren können. Unter diesen Umständen sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Verfügung dahingehend erlassen werden solle, daß nur den Polen die Benutzung der Ostbahn erlaubt sei, die wirklich im Interesse des Generalgouvernements eine Reise vorzunehmen haben. Sonst bestehe die Gefahr, daß die wenigen Reisegelegenheiten von denen ausgenützt werden, die nicht reisen sollen.

Es sei damit zu rechnen, daß die Einschränkungen, sowohl auf dem Gebiete des Personenverkehrs wie auch des Güterverkehrs, lange Zeit hindurch anhalten werden. Es bestehe keine Möglichkeit, während dieser Zeit eine Erleichterung zu schaffen. In den nächsten Monaten seien die Transportverhältnisse entscheiden für die Kriegführung. Das gelte sowohl für die Ostbahn wie für die angrenzenden Bezirke der Reichsbahn.

Oberregierungsrat W e s s e l berichtet über die Lage auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugverkehrs im Generalgouvernement. Die Lage auf diesem Verkehrssektor sei von Anfang an außerordentlich gespannt gewesen. Es existierten im Generalgouvernement insgesamt 1600 Nutzkraftfahrzeuge für Gütertransporte. Der Zustand

dieser

dieser Fahrzeuge sei zum Teil sehr schlecht. Wenn man sich darauf beschränken würde, nur die Wagen fahren zu lassen, die als vollkommen verkehrssicher gelten, würden 30 % der Wagen ausfallen. Es sei nun gelungen, 300 neue Wagen aus dem Reich einzuführen. Ferner habe man durch Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium erreicht, daß 12 000 Wagen, die aus dem Reich entliehen waren, weiterhin im Generalgouvernement verbleiben können.

Ein Hauptteil des Verkehrs auf den polnischen Straßen werde von den Panjewagen bewältigt. Auch hier werde man mit erheblichen Verminderungen rechnen müssen, da die Wehrmacht ungefähr 40 000 Pferde für sich beanspruche. Allerdings sei zugesagt worden, daß die Anforderung erst nach Durchführung der notwendigsten Erntearbeiten erfolgen solle.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k führt zum Verkehrsproblem abschließend folgendes aus:

Wir können nach allem, was in den nächsten Monaten an Aufgaben gestellt wird, mit irgendwie gearteten regelmäßigen Verkehrsmöglichkeiten für die nächste Zeit nicht mehr rechnen. Ich schlage daher vor - und bitte Sie, diesen Vorschlag so ernst wie möglich zu nehmen - ich könnte es ja auch anordnen - , daß die Frauen und Kinder der Beamten und Angestellten im Laufe der ersten Hälfte des April das Generalgouvernement verlassen. Ich darf Sie bitten, zu glauben, daß ich diesen Vorschlag nicht unterbreiten würde, wenn mich nicht die Fürsorge für die Angehörigen und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Nervenruhe dazu veranlassen würde. Es gilt das insbesondere für die großen Städte des Generalgouvernements und es gilt nicht nur für die Beamten und Angestellten, sondern auch für die Frauen und Kinder der nichtbeamteten Deutschen. Ich wäre den Herren Distriktschefs und den Herren Präsidenten der Abteilungen dankbar, wenn sie dafür sorgen würden, daß innerhalb ihrer Dienstbereiche diese Maßnahme so reibungslos und so wenig aufsehenerregend wie nur möglich, durchgeführt würde. Ich habe Mittel zur Verfügung gestellt, über die die Herren Distriktschefs und Abteilungspräsidenten verfügen können, um alle möglichen Härten finanzieller Art für die

von

von dieser Maßnahme Betroffenen nach Möglichkeit auszuschalten. Herr Präsident Spindler hat Vollmacht, in diesen Fällen den Beamten das Reisegeld, die Kosten für die Beschaffung einer Ersatzwohnung usw. zu erstatten. Ich darf Sie bitten, diesen meinen Vorschlag nunmehr zur Kenntnis genommen zu haben und unmittelbar in Ihren Dienststellen in die Tat umzusetzen.

Auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugverkehrs sind einschneidende Einsparungen notwendig. Ich würde Sie sehr bitten, daß jeder von Ihnen nach Möglichkeit bemüht ist, seinen großen Kraftwagen in ein bescheideneres Fahrzeug umzutauschen. Gerade das Generalgouvernement, das selbst Benzin erzeugt, muß auf dem Gebiete einer sparsamen Kraftstoffwirtschaft vorbildlich sein. Bei einer sparsamen Bewirtschaftung wird es möglich sein, den im Interesse der dienstlichen Bedürfnisse unbedingtem notwendigen Kraftfahrzeugverkehr aufrecht zu erhalten. Ich werde auf diesem Gebiete vor keiner Maßnahme zurückscheuen und mich den Notwendigkeiten des Krieges beugen.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß es sich zunächst nicht um eine Frage der Arbeitsbeschaffung, sondern lediglich der Beschaffung der Arbeitskräfte handele. An die Arbeitseinsatzlage im Generalgouvernement seien steigende Anforderungen gestellt worden. Immerhin sei die Gesamtlage noch um einen guten Teil besser als im Reich. Vier große Sektoren seien insbesondere mit Arbeitskräften zu beliefern: 1. die öffentlichen Bauvorhaben im Generalgouvernement, insbesondere der Straßenbau, 2. die Wehrmachtsbauten mittelbarer und unmittelbarer Art im Generalgouvernement, 3. die Landarbeiteraktion für das Reich, 4. die Beschaffung der gewerblichen und Rüstungsarbeiter.

Landesbauernführer Körner habe den Wunsch, die Landarbeiteraktion für Deutschland absolut in den Vordergrund zu stellen und ihr sogar einen Vorrang vor gewissen militärischen Bedürfnissen einzuräumen. Trotzdem sei es aber klar, daß diese vier Sektoren vom Standpunkt des Generalgouvernements aus auf einer Linie ständen und gleichzeitig und in gleichem Maße berücksichtigt werden müßten. Es sei nichts dabei, was auch nur für kurze Zeit entgegen dem Interesse des Reiches zurückgestellt oder weniger gefördert werden könnte als bisher. Auf Befehl des Reichsmarschalls Göring sei im gesamten Reichsgebiet die sogenannte Herabsetzungskommission gebildet worden, die im Gebiet des Generalgouvernements unter Leitung des Generalleutnants Schindler stehe. Diese Kommission bestehe aus Vertretern der beteiligten Dienststellen, und er als Leiter der Abteilung Arbeit gehöre ihr auch an. Es handele sich darum, festzustellen, welche Arbeiter, insbesondere Facharbeiter aus gewerblichen Betrieben noch herangezogen werden könnten, wenn die Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt werden sollten und die Kräfte hier oder im Reich einzusetzen seien. Die Personalausgestaltung der Arbeitsdienststelle sei auf dem alten Standpunkt geblieben und könne nicht erweitert werden, da von der Reichsstelle keine Kräfte mehr zur Verfügung gestellt werden können. Eine erhebliche Anzahl von Facharbeitern werde laufend im Wege von Umschulungsmaßnahmen, die in Zusammenarbeit mit dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe durchgeführt würden, werde laufend dem Reich zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger sei im Generalgouvernement nunmehr auf 26 000 herabgesunken. Die Zahl der Sonderunterstützungsempfänger in Gestalt der zurückgebliebenen Familienangehörigen betrage zur Zeit 18 000. Man müsse aber berücksichtigen, daß sich diese verhältnismäßig gering erscheinde

Zahl zum Teil aus der Tendenz der Polen erkläre, sich mit den Dienststellen der Abteilung Arbeit nicht ins Benehmen zu setzen, weil sie die Gefahr der Verschickung ins Reich befürchteten.

Eine große Schwierigkeit biete die Aufrechterhaltung der Tarife. Im großen und ganzen gelinge es selbstverständlich, die Tarife zu halten, aber im Verhältnis zu den Möglichkeiten des Reiches und der dortigen Organisation in Gestalt der polizeilichen Überwachung seien die dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Mittel recht gering. Es sei erstaunlich, festzustellen, wie unwesentlich diese Überschreitungen der Grundsätze im Generalgouvernement seien, insbesondere in Anbetracht der wesentlich überhöhten Lebenshaltungskosten, die noch nicht einmal im Verhältnis zu dem stehen, was dem Arbeiter geboten werden könne. Eine Senkung der Preise könnte nur durch eine Vermehrung der Güter, der aber natürliche Grenzen gesetzt seien, erzielt werden. Man werde aber nach wie vor in der Lage sein, allen Anforderungen aus dem Reiche Rechnung zu tragen. Ob es jedoch gelingen werde, noch 230 000 polnische Landarbeiter neben den bereits im Reiche befindlichen 320 000 aufzubringen, sei fraglich.

Im Generalgouvernement seien heute gewerbliche Arbeitskräfte nur dadurch zu gewinnen, daß man etwas mehr Lohn zahle, als an anderen Stellen gezahlt werde.

Wirtschaftslage des Generalgouvernements -Kohlensituation

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß die Industriewirtschaft des Generalgouvernements gegenwärtig ein sehr unausgeglichenes Bild zeige. Tendenzen des Aufschwunges zeigten sich auch noch heute unverkennbar durch eine ständige Steigerung der Rüstungsaufträge, ferner auch durch die Tendenz des Reiches, aus dem zivilen Sektor in sehr erheblichem Umfange Aufträge in die Randgebiete, vor allen auch in das Generalgouvernement, zu verlagern. Man könnte in den nächsten Monaten von einer zusätzlichen Beschäftigung erheblichen Umfanges sprechen, wenn nicht die Kohlensituation der Wirtschaft die stärksten Beschränkungen auferlegen würde. Auf gewissen Sektoren der Industriewirtschaft sei es gerade bei großen Werken, die sehr viel Kohle gebrauchten, zu Stilllegungen gekommen. Andererseits habe sich die mittlere Industrie leidlich durchgeholfen, wenn sie auch gelegentlich einmal ausgesetzt habe.

Auch

Auch regional sei das Bild sehr unausgeglichen. In Tschenstochau beispielsweise habe man immer wieder mit Erfolg versucht, sich durch Lastwagen Kohle aus den nicht allzu weit entfernten Gruben zu holen, und es sei dann zum mindesten den nicht großen Kohleverbrauchern gelungen, den Betrieb leidlich ingang zu halten.

Was die industrielle Situation angehe, so gebe es doch wohl eine stärkere Arbeitslosigkeit, als sie nach den Angaben des Präsidenten Dr. Frauendorfer anzunehmen wäre. Daß man die richtige Zahl nicht erfassen könne, sei darin begründet, daß sich die Arbeiter nicht meldeten, aus der Befürchtung heraus, dann ins Reich verschickt zu werden. Wenn es nicht gelinge, eine Stammarbeiterschaft in den Betrieben zu halten, werde die Wiederankurbelung der Wirtschaft nach der Erleichterung der Kohlensituation sehr schwer sein. Demnach werde also eine Verschickung von Facharbeitern ins Reich nur in ganz begrenztem Umfange stattfinden dürfen. In diesem Sinne sei eine Zusammenarbeit der Abteilungen Wirtschaft und Arbeit geboten.

In dem jetzt zu Ende gegangenen Kohlenwirtschaftsjahr sei man von einer Schwierigkeit in die andere gekommen. Nachdem die Schaffung von Vorräten sehr nachgelassen hatte, sei die Wehrmachtsbewegung gekommen, anschließend der Anlauf des Otto-Programms und zusätzliche Anforderungen der Wehrmacht gegenüber dem Kohlenkontingent des Generalgouvernements. Endlich seien noch die Witterungsstörungen dazugekommen, und es habe gewisser Vereinbarungen bedurft, um überhaupt etwas von den Kohlenvorräten frei-zubekommen.

Das Kohlenproblem sei ein Mengen- und Transportproblem. Das Mengenproblem habe solche Beschränkungen im Gefolge gehabt, daß man an eine Hausbrandversorgung mit Kohle im abgelaufenen Kohlewirtschaftsjahr nicht habe denken können. Es wäre aber an sich möglich gewesen, mit den zugestandenen Kohlemengen die Bedürfnisse der Industriewirtschaft zu befriedigen, und wenn hier Störungen eingetreten seien, so seien sie auf der Transportseite zu suchen. Die Abteilung Wirtschaft habe in engster Zusammenarbeit mit der Ostbahn das ihrige getan, um unter Ausnutzung aller Möglichkeiten dieser Situation zu begegnen. Es habe sich einigermaßen zwangsläufig ergeben, daß die Kohlenversorgung nach Kategorien vorgenommen werden mußte, und zwar nach den Kategorien der

Versorgungsbetriebe,

Versorgungsbetriebe, Rüstungsbetriebe und Ernährungsbetriebe. Als sich nun die Schwierigkeiten verschärften, habe es die Rüstungsinspektion selbst übernommen, die Beschaffung für die Rüstungsbetriebe durchzuführen. Damit sei die Fürsorge der Wirtschaftsverwaltung im wesentlichen auf die Versorgung der Elektrizitäts-, Kraft-, Wasserwerke beschränkt worden. Um wenigstens im Interesse der öffentlichen Ordnung die Versorgung mit Strom sicherzustellen, um Voraussetzungen für den normalen Weiterlauf der Ernährungswirtschaft zu schaffen, habe man in ständiger Fühlung mit der Wehrmacht gestanden. Die Wehrmacht habe ja das gleiche Interesse daran, daß die Versorgungsbetriebe weiterliefen; denn die Truppe könne sich nicht in einem Raum bewegen, in welchem die Versorgungsbetriebe stillgelegt seien. Dieser Grundsatz sei auch von der Wehrmacht anerkannt worden. Es sei zu hoffen, daß es in Auswirkung der zugesagten Zusammenarbeit gelingen werde, soviel Kohle zu erhalten, daß man vor dem Schlimmsten, nämlich vor der Ausschaltung der Versorgungsbetriebe, bewahrt bleibe. Für die Transporte dieser Kohle bedürfe es täglich 10 Züge, die eben in die Wehrmachtstransporte eingeschaltet werden müßten.

In den letzten Wochen sei es der Rüstungsinspektion gelungen, sich eine ganz bescheidene Vorratshaltung dadurch zu verschaffen, daß einige Kohlenzüge gefahren worden seien. Das werde aber nur auf ganz kurze Zeiten möglich sein. Es werde sich also fragen, ob man auch auf dem Rüstungssektor starke Einschränkungen vorzunehmen haben werde oder nicht. Grundsätzlich solle die Fertigung aufrechterhalten werden, die die sogenannten SS- und S-Stoffe betreffe.

Um die Kohlensituation transportmäßig zu erleichtern, habe man alle Möglichkeiten in Betracht gezogen, so unter anderem auch die, die Weichsel als Verkehrsinstrument einzuschalten. Leider seien die Aussichten, die sich hier eröffneten, nicht allzu groß. An der oberen Weichsel habe man für die Kohlentransporte den vorhandenen Schiffsraum eingesetzt; zur Verfügung ständen zwei Schleppdampfer, ein neuer Motorschlepper; zwei Dampfer seien im Ausbau. An Laderaum ständen zur Zeit zur Verfügung 200 Galeeren von je 50 Tonnen Tragfähigkeit. Im Bau befänden sich 75 weitere Galeeren. In der polnischen Zeit seien 400 Galeeren verfügbar gewesen. Damals seien jährlich mit diesen kleinen Einheiten 160000 ~~000~~ Tonnen befördert worden, während man jetzt lediglich im Wege

einer

einer rationellen Ausnutzung dieses Laderaumes und eines Zug-um Zug-Verkehrs bestrebt sei, die Förderung auf 200 000 Tonnen zu bringen. Die Kohlensituation im Krakauer Bezirk könnte daher wesentlich erleichtert werden. Im vergangenen Jahre seien 70 % der Beförderungsmengen dieser Galeeren für Krakau in Anspruch genommen worden. Die xxxx Umlaufszeit von Grube zu Grube betrage bei einer Galeere 7 Tage, bei einem Verkehr bis Sandomir 21 Tage.

Auf der unteren Weichsel ständen 6 Schleppdampfer, 10 große Lastkähne, 4 große 80-Tonnen-Galeeren zur Verfügung, außerdem 22 Passagierdampfer. Von diesen Schiffsgefäßen seien im vergangenen Jahre 40 000 Tonnen Kies befördert worden, 4 000 Tonnen Zucker, Mehl, Papier und andere Güter. Alles in allem könne also die Weichsel nur eine ganz geringe transportmäßige Entlastung bringen. Immerhin würde sie dazu führen, daß man in der Kohlenbewirtschaftung individuell vorgehe, daß man z.B. den Krakauer Bezirk als weniger gefährdet ansehen könnte als einen anderen. Es wäre nicht gerechtfertigt, bei diesem unterschiedlichen Transport eine einheitliche Norm für das ganze Generalgouvernement aufzustellen. Man könne nur für jeden einzelnen Bezirk entsprechend den Transportmöglichkeiten die Einschränkungen mehr oder weniger durchgreifend gestalten.

Was die Energielage angehe, so sei man hier bis auf weiteres ~~noch~~ von der Kohle abhängig, da Wasserkräfte zur Zeit noch nicht zur Verfügung ständen. Man gehe auch hier individuell vor und bemühe sich, angesichts der vorhandenen Transportmöglichkeiten die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Er bemühe sich, ein Übereinkommen mit der Rüstungsinspektion zu treffen. Im Wege gewisser kleiner Einschränkungen könnte man gewisse Maßnahmen durchführen. Man könnte daran denken, die Straßenbeleuchtung einzuschränken, dem einzelnen Verbraucher nur für eine begrenzte Anzahl von Kilowattstunden den Normalpreis zu belassen, über eine bestimmte Menge hinaus aber den dreifachen Preis zu erheben, - aber alle diese Maßnahmen schlügen nicht so zu Buch wie eine Einschränkung der Entnahme von Kraftstrom. Über alle diese Fragen werde man sich in der nächsten Zeit mit der Rüstungsinspektion auseinandersetzen.

Hinsichtlich der Textilversorgung sei man jetzt in ein neues Wirtschaftsjahr eingetreten. Die Maßnahmen im Gebiete des Generalgouvernements würden hier auf das engste mit den Tendenzen des Wirtschaftsministeriums in Einklang gebracht. Bis zur Mitte des vergangenen Jahres hätten lediglich bei jüdischen Betrieben erfaßte

schlecht sortierte Vorräte zur Verfügung gestanden. Darüberhinaus seien bescheidene Mengen aus dem Reich und aus Tomaschow importiert worden, die zwar in ihrer Auswahl für das Generalgouvernement von einem gewissen Wert gewesen seien, aber den Waren-Hunger nicht hätten beseitigen können. Man sei jetzt mit dem Plan beschäftigt, alle Produktionskapazitäten des Generalgouvernements auszunutzen, für dessen Durchführung es aber einer Einfuhr von Rohstoffen aus dem Reich unbedingt bedürfe. Man erhalte jetzt ein bestimmtes Monatsquantum Baumwolle, auch würden regelmäßig andere Stoffe geliefert, sodaß man sich jetzt auf eine Wirtschaft für ein Jahr einrichten könne. Es sei zu hoffen, daß Ausfälle, die auf Seiten der Kapazität einträten, auf diese Weise wieder ausgeglichen werden könnten. Die Waren würden zumeist im Generalgouvernement konfektioniert. Die eigene Erzeugung des Generalgouvernements werde auf 30 Millionen Zloty für das Jahr 1941 veranschlagt.

Was die Verteilungsgrundsätze für diese Textilien angehe, so habe man zunächst das Gutscheinsystem eingeführt. Aber schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres habe es sich als zweckmäßig erwiesen, den Bezug von Waren an bestimmte Leistungen der Bauern zu knüpfen und so der Ernährungswirtschaft eine Hilfsstellung zu geben. Die Zuteilung erfolge nicht über den Handel, sondern direkt durch die Wirtschaftsstellen. Auch in diesem Jahre werde man die Ernteerfassungsaktion wiederholen müssen, und man habe sich in jeder Weise darauf eingestellt. Auch hinsichtlich der Produktion werde es in diesem Jahre besser gehen als bisher. Man werde nicht mehr zusammengekaufte Partien anbieten, sondern dasjenige fabrizieren lassen, was in erster Linie von der Landwirtschaft verlangt werde, also Hemden, Unterwäsche usw., je nach dem Grade der Dringlichkeit. Daneben habe man an Beutegut manches aus dem Reich hereingenommen. So sei zu erwarten, daß man den Schwierigkeiten auf diesem Gebiet einigermaßen werde begegnen können.

Ernährung und Landwirtschaft

Landesbauernführer K ö r n e r macht zunächst davon Mitteilung, daß 5,2 Millionen Menschen im Generalgouvernement mit Lebensmittelkarten versorgt worden seien. Wenn auch die Rationssätze im allgemeinen noch gering seien, so sei doch andererseits vor allem für diejenigen, die für deutsche Interessen arbeiteten laufend die Ration erhöht worden. Auch habe man immer mehr Betriebe zu A- und B-Betrieben erklärt. Es gebe heute schon fast 1 Million Menschen im Generalgouvernement, die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen erhielten. Das gelte insbesondere für die Arbeiter des Otto-Programms, bei Eisenbahn und Post, beim Straßenbau und in der Forstwirtschaft. Darüberhinaus habe man den Rüstungsbetrieben und den A- und B-Betrieben in den letzten Wochen mehr Ware zugeteilt, als im Ernährungsplan für 1940/41 vorgesehen war. Insgesamt seien aus den erfaßten Eiervorräten in dieser Zeit ca. 30 000 Stück mehr an die Rüstungs- und die A- und B-Betriebe ausgegeben worden. Desgleichen erhielten die polnischen Normalverbraucher die doppelte Ration. Auch die Fleischportionen seien erhöht worden, und zwar für die B-Betriebe auf 200 g wöchentlich. Wenn auch die Lebensmittelsätze verhältnismäßig gering seien, so könnten sie doch immer noch einen Vergleich mit den in verschiedenen Staaten Europas gegebenen Lebensmittelrationen ~~[illegible]~~ aushalten, vor allem auch einen Vergleich mit den Sätzen, die dem deutschen Volk im Weltkriege gegeben wurden. Schon heute gebe es etwa 1 Million sonderversorgte Polen im Generalgouvernement, die besser versorgt würden als die deutsche Bevölkerung in den Jahren 1916 bis 1919. Die Fettrationen seien jetzt bei den A- und B-Betrieben auch wieder erhöht; den Eisenbahnbediensteten seien neuerdings Fettzuteilungen gegeben worden. Außerdem habe man sämtlichen Arbeitern der A- und B-Betriebe die Fettration um 30 g erhöht. Man sei zu diesen Maßnahmen imstande gewesen, weil man in den Erfassungsapparat laufend Verbesserungen eingebaut habe und trotz der großen Schwierigkeiten in der Erfassung laufend mehr Ware habe aufnehmen können.

Leider habe man immer noch mit den großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die die hohen Preise auf dem Gebiet der gewerblichen und industriellen Wirtschaft, vor allem auch die hohen Schleich-

Schleichhandelspreise mit sich brächten. Diese Situation reize den Bauer, seine Produkte eben zu höheren Preisen im Schleichhandel abzusetzen. Immerhin sei es gelungen, mit Hilfe der Distrikte und der Verwaltungsstellen der mittleren und unteren Instanzen die Erfassungsmethoden dauernd zu verfeinern, sodaß man heute schon vielerorts ein Herabsinken des Schleichhandels auf 10 oder 20 % feststellen könne.

Die Getreideversorgungslage der Gesamtbevölkerung könne bis zur neuen Ernte durchgehalten werden. Das verdanke man in erster Linie dem Umstande, daß man im vergangenen Winter große Vorräte angelegt habe. Beim Getreide habe man etwas in die Vorräte eingreifen müssen. Das sei auf die Kohlensituation im Januar zurückzuführen, angesichts deren der Ausdrusch nur sehr unvollkommen gewesen sei. Jetzt werde aber restlos das Getreide ausgedroschen, so daß in absehbarer Zeit die gesamte Ernte werde abgeliefert werden können. Bei der Getreidesituation sei zu bedenken, daß man bei weitem nicht so viel Getreide aufgenommen habe, als umgelegt worden sei. Aber man müsse eben das unmögliche verlangen, um das mögliche zu erreichen. Die Versorgungslage sei auf das mögliche kalkuliert, sodaß man den Anschluß an die neue Ernte finden werde. Bis heute seien 430 000 t Getreide abgeliefert worden, etwa die 3 1/2-fache Menge dessen, was man im vergangenen Jahre aus dem Reich als Zuschuß für das Generalgouvernement habe erhalten können. Man rechne mit einer Gesamtablieferung von etwa 550 000 t Getreide.

Die Tatsache der Erhöhung der Lebensmittelrationen für einzelne Verbraucher zeige, daß die Erfassung laufend besser werde. Man beurteile auch für die Zukunft, wenn nicht ganz besondere Umstände einträten, die Lage nicht als schlecht. Voraussetzung sei allerdings, daß der ins Generalgouvernement neu hereinkommenden Truppe ganz genaue und scharfe Anweisungen gegeben werden, schärfer jedenfalls als die vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement gegebene Anordnung. In solchen Anordnungen müßten Ausdrücke wie "grundsätzlich" oder " in der Hauptsache" unbedingt vermieden werden, da aus ihnen gerade entgegengesetzte Schlüsse gezogen würden. Er habe deshalb auch einen

neuen Plan dem MIG über Oberstleutnant von Tschammer und Osten zugeleitet, der demnächst mit den maßgebenden Stellen besprochen werden solle.

Eine weitere Schwierigkeit für die Versorgungslage des Generalgouvernements liege darin, daß die Gaststätten jetzt in vermehrtem Umfange von Soldaten aufgesucht würden. Daher sei geplant, ab 1. Mai eine einheitliche Gaststättenkarte einzuführen. Die Wehrmacht könne dann den einzelnen Formationen diese Karten für die Gaststätten zuteilen, wenn Soldaten sich auf Dienstreise oder Urlaub befinden.

Die zweite große Aufgabe, die die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft z.Zt. wieder beschäftige, sei die Erntebestellung für 1941. Die Frühjahrsbestellung sei gut vorbereitet. Man hoffe, daß das aus dem Reich zugesagte Saatgut und die Düngemittel noch hereinkämen. Allerdings werde die Ostbahn bis gegen Ende April noch mit Transporten belastet, die jetzt im Interesse der Versorgung der Städte vorverlegt werden müßten. Man wolle nämlich alle Distriktsstädte auf 3 bis 4 Monate bevorraten. Ungünstig werde sich für die Frühjahrsbestellung die Tatsache auswirken, daß jetzt wieder von der Wehrmacht 40 000 Pferde zu Transportzwecken in Anspruch genommen werden sollten. Eine besondere Schwierigkeit bedeute auch die willkürliche Inanspruchnahme von Land seitens verschiedener Formationen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß z.B. eine Formation ihre Baracken ausgerechnet in eine Gärtnerei hineinstelle.

Für die Landwirtschaft wirke sich auch die Tatsache sehr ungünstig aus, daß von der Wehrmacht häufig Löhne von 9, 10, 12 und sogar 20 Zloty je Tag gezahlt würden, während nach dem Tarif der Staatsarbeiter der Lohn nur 6,50 Zloty betrage.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bezeichnet es als das wichtigste, die Lebensbedürfnisse der hier im Interesse des Deutschen Reiches tätigen Menschen unter allen Umständen sicherzustellen. Die Leute, die hier im Dienste des Reiches und der Rüstungsindustrie arbeiten, müßten auch so gestellt werden, daß sie ihre Arbeitskraft behalten. Zu der Anregung bezüglich Einführung einer Gaststättenkarte bemerkt der Generalgouverneur, daß er eine solche Anordnung gerne treffen werde, jedoch nur dann, wenn die Wehrmacht damit einverstanden sei.

Erfreulich sei die Feststellung, daß das Generalgouvernement das einzige unter den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten sei, das keine Anforderungen auf Ernährung aus dem Reich stelle. Es sei dies das Verdienst der zielbewußten Arbeit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Punkt 4 der Tagesordnung: Holzversorgungslage im Generalgouvernement.

Oberlandforstmeister Dr. E i ß f e l d t legt dar, daß die Wälder des Generalgouvernements nicht ausreichten, um den Holzbedarf unter normalen Verhältnissen zu decken. Seit der Besetzung des Gebietes habe sich die Notwendigkeit ergeben, einen Einschlag vorzunehmen in einer Höhe, die nur im Hinblick auf die Kriegslage zu verantworten sei. Durch diesen erhöhten Einschlag sei es bisher gelungen, den Holzbedarf im Generalgouvernement zu decken und im vorigen Jahr sogar noch mehrere Millionen Festmeter Holz dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Die Anforderungen, die in den letzten Wochen für kriegswichtige Zwecke gestellt wurden, seien so groß, daß auch dieser starke Mehreinschlag nicht mehr voll ausreiche. So seien beispielsweise an Nadelstammholz für Balken und Bretter in den letzten Wochen Anforderungen gestellt worden, die einem ganzen Jahreseinschlag entsprechen. Diese Menge werde aber nicht etwa im Laufe eines Jahres verlangt, sondern solle in wenigen Monaten geliefert werden. Hierzu müsse man bedenken, daß die Frage der Holzbeschaffung in erster Linie ein Transportproblem sei. Die Sägewerke

im

/2

im Generalgouvernement besäßen eine hinreichende Kapazität, um in kurzer Zeit große Mengen Holz einschneiden zu können; die Schwierigkeit liege jedoch in der Abfuhr des Holzes zum Sägewerk. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verhältnisse bezüglich der Holzabfuhr wesentlich verschlechtert, insbesondere infolge der starken Verminderung der hierfür zur Verfügung stehenden Pferdegespanne. Umso notwendiger sei es, daß alle beteiligten Stellen dieser Frage des Abtransportes von Holz die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Beschaffung des Holzes für kriegsentscheidende Zwecke sei deshalb so wichtig und müsse allem anderen vorangehen, weil die wehrwichtigen Bauten wie Brücken, Unterkünfte usw. bei der gebotenen Eile nur in Holz ausgeführt werden können und von ihrer rechtzeitigen Fertigstellung der weitere Verlauf der militärischen Operationen abhängt. Deshalb müsse das Holz, das auf Vorrat liege und aus dem Wald herausgeholt werden könne, restlos diesem kriegsentscheidenden Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Alle anderen Arbeiten müßten eine wesentliche Zurücksetzung erfahren. Die Abteilung Forsten werde denjenigen Stellen, denen weiterhin Holz zugeteilt werden müsse, nicht mehr den ganzen angeforderten Bedarf auf einmal geben, sondern die Zuteilung ratenweise vornehmen, je nachdem Holz vorhanden sei. Unter allen Umständen müsse von allen zivilen und militärischen Stellen von irgendwelchen wilden Beschlagnahmeaktionen Abstand genommen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bauwirtschaft.

Präsident B a u d e r bezeichnet die Bauwirtschaft als ein Problem der Arbeitskräfte, der Baustoffe und des Transportes. Während die Frage der Arbeitskräfte und der Baustoffe im allgemeinen in Ordnung sei, mache die Transportfrage erhebliche Sorge. In den nächsten Monaten werden auf diesem Gebiete noch weitere außerordnetlich große Schwierigkeiten eintreten. Es werde nicht daran zu denken sein, daß irgendwelche Transporte für nicht absolut kriegsentscheidende Dinge mittels Lastwagen noch möglich sein werden. Hierauf müsse bei der Planung für 1941 heute schon Rücksicht genommen werden. Unter keinen Umständen dürfe mit irgendwelchen Neubauten, die noch nicht begonnen sind, jetzt begonnen werden.

werden. Die noch vorhandenen Möglichkeiten müßten dazu benützt werden, um begonnene Bauten soweit fertigzustellen, daß sie gegen Witterungseinflüsse auf längere Zeit geschützt sind. Innenarbeiten aller Art seien als nicht lebensnotwendig zurückzustellen. Diese Maßnahme treffe auch den Wohnungsbau; es sei unmöglich, auf diesem Gebiet jetzt größere Arbeiten zu beginnen und durchzuführen. Es sei unzweckmäßig, im Hinblick auf die bezüglich des Wohnungswesens bestehende Not Hoffnungen zu erwecken, die unter dem Zwang der Verhältnisse nicht verwirklicht werden können.

Der Straßenbau stehe seit dem Beginn seiner Tätigkeit absolut unter dem Einfluß der Anforderungen der Wehrmacht. Wenn es gelungen sei, die ungeheuren von der Wehrmacht verlangten Leistungen zu vollbringen, so sei das nur dem Umstand zu verdanken, daß die Abteilung Bauwesen von allen Dienststellen des Generalgouvernements in vorbildlicher und rückhaltloser Weise unterstützt worden sei. Heute gelte auch für den Straßenbau die Forderung, daß es keinen Zweck habe, irgendwelche neuen Pläne in Angriff zu nehmen, da sie ja doch nicht zu Ende gebracht werden können. Es müßten zur Zeit die gesamten Bauten westlich Weichsel und San liegen bleiben; vielleicht werde es möglich sein, in der zweiten Hälfte des Jahres diese Bauten wieder fortzuführen.

Abschließend richtet Präsident Bauder an die Distriktschefs die Bitte, die Dienststellen seiner Abteilung in den nächsten Wochen und Monaten bei der Durchführung ihrer schweren Arbeiten nach Möglichkeit zu unterstützen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k weist mit Nachdruck darauf hin, daß nicht daran gedacht werden könne, in den kommenden Wochen einen Bau zu beginnen oder ein großes Bauwerk zu Ende zu führen, wenn nicht das Material in diesem Augenblick bereits restlos an Ort und Stelle vorhanden sei. Präsident Bauder habe Vollmacht erhalten, in allen diesen Fragen grundsätzlich allein und ausschließlich zu entscheiden. Was fertiggestellt werden könne ohne Inanspruchnahme von Transportmitteln für Baumaterial usw., solle selbstverständlich fertiggestellt werden. Die Distriktschefs und Abteilungspräsidenten seien dafür verant-

wortlich

wortlich, daß in ihren Bereichen nach diesen Grundsätzen gearbeitet werde.

Punkt 6 der Tagesordnung: Währungslage.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h teilt mit, daß auf dem Gebiete der Währung irgendwelche besonderen Ereignisse nicht eingetreten seien. Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen zum Reich sei das Generalgouvernement stark aktiv; die Zahlungsbilanz weise mehr Zugänge als Belastungen auf. So erfreulich dieses Ergebnis sei, so sei doch für die Notenbank eine gewisse Schwierigkeit aufgetaucht insofern, als die für den Truppenbedarf - Soldzahlung usw. - erforderlichen Beträge im Kreditweg flüssig gemacht werden mußten, wodurch eine gewisse Steigerung des Notenumlaufes eingetreten sei. Bisher habe sich diese Steigerung in mäßigen Grenzen gehalten, weil es möglich gewesen sei, durch geeignete Abschöpfungsmaßnahmen diesen Auswirkungen entgegenzutreten. Der Notenumlauf betrage zur Zeit 1,3 Milliarde Zloty gegenüber 1,2 Milliarde am Ende des abgelaufenen Jahres. Mit der zunehmenden Belegung des Raumes mit Truppen werde auch die Steigerung des Notenumlaufes sich weiter fortsetzen. Irgendwelche Gefahrenmomente haben sich bisher hieraus nicht ergeben und sind auch für die nächste Zeit nicht zu besorgen.

Das Vertrauen in die Zlotywährung sei unerschüttert. Die Nachfrage nach Reichsmarkzahlungsmitteln sei verhältnismäßig gering; im Schwarzverkehr habe die Reichsmark ein ganz geringes Aufgeld.

Im Zusammenhang mit der Währungslage seien die möglichen Auswirkungen des Etats auf die Finanzlage ins Auge zu fassen. Irgendwelche ungünstigen Rückwirkungen auf diesem Gebiet seien bisher nicht zu verzeichnen. Der Bedarf des außerordentlichen Etats konnte im freien Geldmarkt untergebracht werden. Vor kurzem seien Gerüchte aufgetaucht, wonach beabsichtigt sei, im Generalgouvernement eine neue Ostmark auszugeben, worauf der Umtausch der Zlotynoten im Verhältnis 1: 4 erfolgen solle. Es sei gelungen, diese Gerüchte, die gleichzeitig an mehreren Stellen auftauchten,-

und

und durch polnische Arbeiter auch im Reich verbreitet wurden, zu zerstreuen.

Ein weiterer Zusammenhang bestehe zwischen der Währung und den Preisverhältnissen und den sich daraus ergebenden Ausstrahlungen. Bekanntlich sei die Spanne zwischen Löhnen und Preisen noch offen. Irgendwelche Besorgnisse für die Währung seien hieraus im Hinblick auf das voll zurückgekehrte Vertrauen zur Währung jedoch nicht abzuleiten. Es empfehle sich, die bisherige Richtung in der Lohnpolitik, wie sie seit dem Entstehen des Generalgouvernements festgelegt worden sei, möglichst unvermindert fortzusetzen.

Im Geschäftsbetrieb der Emissionsbank seien keine Schwierigkeiten aufgetreten. Ungeklärt sei lediglich die Frage der Besoldung für das polnische Personal. Zur Zeit werde die Frage geprüft, ob nicht auf dem Weg einer Sonderregelung diese Angelegenheit geordnet werden könnte.

Was das Bankgeschäft anlange, so sei ein langsames Ansteigen der Einlagebewegung zu verzeichnen. Die Einlagen hätten es ermöglicht, die Beträge des außerordentlichen Haushalts zu finanzieren. Die flüssigen Mittel der Kreditinstitute seien nicht voll ausgenützt. Die Wirtschaft laufe eben noch nicht so normal, daß Kreditgesuche in ausreichendem Umfang vorhanden seien. Für die Einlagen - die überwiegend als täglich fällig eingezahlt werden - sei eine besondere Rechtssicherheit dadurch vorgesehen, daß sie von den alten Einlagen getrennt gehalten werden. Diese Maßnahme habe vertrauenstärkend gewirkt und den Einlagenzufluß verbessert.

Devisenlage

Abteilungspräsident T e t z n e r führt aus, daß die Devisenlage insofern als günstig gekennzeichnet werden könne, als allen berechtigten Forderungen bisher habe entsprochen werden können. Der Apparat der Devisenstelle und der Außenstellen sei den Bedürfnissen soweit angepaßt worden, daß nach Möglichkeit jeder unnötige Schematismus vermieden werde. Einzelnen Firmen, insbesondere reichsdeutschen Einsatzfirmen seien sogar allgemeine Genehmigungen erteilt worden, die ihnen einen gewissen Spielraum in der Anwendung ihrer Konzessionen geben und sie in die Lage versetzen würden, für längere Zeit Dispositionen zu treffen. Bisher sei es so gewesen, daß eine Devisengenehmigung nur einen Monat Geltung haben konnte, weil man sonst nicht den nötigen Überblick am Schlusse des Monats hatte. Aus den erfolgten Überweisungen seien erst die Mengen gewonnen worden, die im Gebiet des Generalgouvernements gefehlt hätten. So habe man eine Art Handelsbilanz statistisch aufbauen können. Die Genehmigung könne mit Wirkung vom 1. April auf 3 Monate erteilt werden. Im allgemeinen seien Schwierigkeiten bei der Erreichung einer Genehmigung nicht mehr zu erwarten. In enger Zusammenarbeit mit den Bewirtschaftungsstellen sei vor kurzem ein Weg gefunden worden, der zwar etwas schwierig sei, weil die Devisengenehmigung nicht nur eine gewisse Zuteilung des Zahlungsmittels bewirke, sondern von den Bewirtschaftungsstellen aus auch eine Zuteilung der Kennziffern stattfinden müsse. Aber auch auf diesem Sektor beständen zur Zeit keine Bedenken. Zur Zeit lägen die Dinge so, daß das Generalgouvernement vom Reiche kaufen könne, was es an Gütern abgeben könne.

Sicherheitslage im Generalgouvernement.

Der Höhere SS- und Polizeiführer SS-Obergruppenführer K r ü g e r führt aus: Wenn es bisher gelungen sei, im Generalgouvernement die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, so sei das in erster Linie der Sicherheitspolizei zu verdanken. Der Einsatz, der von der Polizei gefordert worden sei, sei sehr groß, und auch die Verluste im Einsatz seien noch verhältnismäßig gestiegen. Er hebe das hervor, weil vielleicht noch immer irrige Auffassungen gerade über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei in diesem Raume beständen. Es handle sich hier um einen Kampf, der die höchsten Anforderungen an die Männer der Polizei stelle. Nach wie vor müßten deshalb alle Sicherheitsorgane für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einstehen. Es sei unmöglich, in absehbarer Zeit irgendwelche Kompromisse zu schließen oder gar schwach zu werden.

Die Kräfte, die sich gegen das deutsche Regime stellten, seien bekannt. Da sei vornehmlich die Intelligenz, die mit außerordentlichem Geschick arbeite. Sie wisse ganz genau, wie weit sie in ihren einzelnen Handlungen gehen könne. Daß diese Bewegung der Nationalpolen in Verbindung mit dem Ausland stehe und diese Verbindung aufrechterhalte, sei auch mit den schärfsten Sicherheitsmaßnahmen nicht zu umgehen. Gerade diese Kreise wüßten sich ein verhältnismäßig gutes Bild über die gesamten politischen und vor allem außenpolitischen Zusammenhänge zu verschaffen. Wenn Deutschland beispielsweise mit Erfolg irgendwo diplomatisch oder politisch arbeite, dann reagiere sofort diese Bewegung nach der negativen Seite. Wenn diese Kreise erführen, daß Deutschland mit mehr oder minder großem Erfolge etwa in Griechenland, Albanien oder Afrika arbeite, dann werde sich das sofort in einer lebendigeren Tätigkeit der Widerstandsbewegung zeigen. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, daß der Pole schlafe, abgesehen davon, daß er von Hause aus konspiriere; das lehre schon seine ganze Geschichte. Die polnische Widerstandsbewegung sei äußerst rege. Der Polizei sei es gelungen, gerade im Anfang dieses Jahres in die Widerstandsbewegung sehr scharf hineinzufassen. Da hätten sich neue, sehr interessante Wege gezeigt. Man habe bis zur Stunde

die Möglichkeit, immer wieder die Vorgänge innerhalb der polnischen Widerstandsbewegung zu überwachen.

Wenn die polnische Widerstandsbewegung überhaupt positiv arbeiten könne, dann nur deshalb, weil sie mit außerordentlicher Geschicklichkeit vorgehe und vor allem die Deutschen selbst ausnutze. Die Polizei sei gezwungen, angesichts der verhältnismäßig geringen deutschen Kräfte sich sehr stark auf polnische Mitarbeiter zu stützen. Die Widerstandsbewegung ~~bmx~~ bringe in ihren Geheimberichten, die die Polizei selbstverständlich besitze, zum Ausdruck, daß sie die größten Erfolge mit den polnischen Mitarbeitern der deutschen Behörden und Dienststellen erziele. Die Widerstandsbewegung sage ganz klar: Ihr habt Euch als Polen in der loyalsten Form zur Mitarbeit für die deutschen Behörden zur Verfügung zu stellen und habt Euch vor allem durch Fleiß und Ehrlichkeit zu bewähren; wenn Euch gesagt wird, Ihr sollt Euch in diesen Dienststellen loyal verhalten, dann geben wir Euch jede Vollmacht, durch Eure Unterschrift zu bestätigen, daß Ihr bereit seid, für die Deutschen in diesem Sinne zu arbeiten. Hier sei also äußerste Vorsicht geboten. Er bitte vor allem die Verantwortlichen Mitarbeiter der Regierung, darauf zu achten, daß nicht unvorsichtigerweise Geheimbefehle, geheime Schriftstücke, Urkunden usw. liegen gelassen bezw. einem Polen anvertraut werden. Es könne sich auch um weibliche Kräfte, zumeist Stenotypistinnen handeln, die Zugang zu irgendwelchen Fächern oder Schränken hätten und so in die Lage versetzt würden, der polnischen Widerstandsbewegung Material auszuhändigen. Solche Dinge seien bereits vorgekommen.

Alle Bewegungen im Generalgouvernement lösten auf der anderen Seite eine ungeheure Spionage- und Agententätigkeit aus. Kein Mittel werde unversucht gelassen, um zu erfahren, was sich im Raume des Generalgouvernements abspielt. Gerade im Hinblick auf diese neuen Aufgaben würden alle Dienststellen mehr oder weniger irgendwie mit Geheimsachen beschäftigt. Deshalb sei es dringend notwendig, daß über alle Dinge Stillschweigen bewahrt werde, und zwar nicht nur in den Diensträumen und in der Zusammenarbeit mit den Polen, sondern auch außerhalb. Die Polen, ob Mann oder

Weib, suchten und fänden immer wieder Einlaß auch in sogen. deutsche Gaststätten. Sie versuchten auch, sich an Angehörige der Wehrmacht, der SS und Polizei heranzumachen. Hier müsse der Deutsche, der vielleicht gerade unter dem Einfluß des Alkohles stehe, sehr vorsichtig sein, besonders in Gaststätten mit polnischer Bedienung. Bekanntlich gehörten auch polnische Kellner der Widerstandsbewegung an. Es gebe kaum einen polnischen Offizier - und das sei eigentlich die stärkste Kategorie der Angehörigen der Widerstandsbewegung -, der nicht jeden Beruf wählen würde, um nicht in irgendeiner Form mit den Deutschen Verbindung halten zu können.

Er bitte auch, dafür zu sorgen, daß das polnische Personal einer eingehenden Prüfung unterzogen werde. Er habe sich seiner Zeit bereit erklärt, solche Prüfungen vornehmen zu lassen, um festzustellen, inwieweit diese Menschen geeignet seien, einen bestimmten Beruf zu ergreifen bezw. in eine deutsche Dienststelle aufgenommen zu werden. Dieser Frage müsse besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, weil sie für die zukünftige Arbeit von größter Wichtigkeit sei.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung des Verbrechertums und der Banden habe man außerordentliche Erfolge erzielt. Daß das Vorhandensein dieses Verbrechertums im Generalgouvernement eine Selbstverständlichkeit sei, zeige der Umstand, daß die polnische Polizei unter der früheren polnischen Regierung alles mögliche versucht habe, um dieses Verbrechertums Herr zu werden. Dieses Verbrechertum stelle auch gegenüber den Bauern eine Landplage dar. Es versuche, sich auf jede Weise Vorteile zu verschaffen, und die eingeschüchterte Bevölkerung wage es nicht, irgendeinen Angehörigen einer solchen Bande bei der Polizeistation anzuzeigen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r glaubt feststellen zu müssen, daß viele Behörden des Generalgouvernements in diesem Punkt vielleicht die alte deutsche Vertrauensseligkeit gegenüber dem höflichen Auftreten des Eingeborenen zu sehr

zeigen. Es sei völlig undenkbar, daß eine absolute Abgeschlossenheit der deutschen amtlichen Stellen in diesem Raum aufrechterhalten werden könne, wenn Polen und Polinnen jederzeit Zutritt zu den Räumendieser Dienststellen hätten. Nötigenfalls müßten eben Hilfskräfte aus dem Reich herangezogen werden. Generalfeldmarschall Keitel habe ihm zugesagt, daß er UK-Stellungsanträgen aus dem Generalgouvernement, soweit sie genügend begründet seien, in jeder Form entsprechen werde. Aber auch abgesehen davon müsse gerade in den kommenden Wochen alles das, was besprochen werde und an Befehlen hinausgehe, unter die absoluteste Vertraulichkeit gesetzt werden. Deshalb dürften auch nicht über die Sitzung, die hier stattfinde, über den Kreis der Teilnehmer hinaus, irgendwelche Ausführungen nennenswerter Art gemacht werden.

Es gebe unter den 10- oder 12 Millionen Polen selbstverständlich eine große Anzahl von Menschen,denen das politische Geschehen dieser Zeit an sich völlig gleichgültig sei, die in der Landwirtschaft oder in der Fabrik arbeiteten und keine Neigung hätten, sich irgendwie politisch zu betätigen. Aber es sei immerhin wichtig, festzustellen, daß der intelligente Pole am besten den Weg sehe, den ihm die Deutschen selbst eröffneten. Es sei absolut falsch, irgendwie über das rein amtlich notwendige hinaus auch nur den geringsten gesellschaftlichen Kontakt aufzunehmen. Vor allem dürften auch die Beziehungen zu den Wojds amtlich nicht so gepflegt werden, daß der Wojd gewissermaßen in eine gesellschaftlich gehobene Kategorie komme. Er sei Pole und habe als solcher nur die Befehle entgegenzunehmen, er habe sich nicht in die absolut gehobene Zone des Führermaterials des Generalgouvernements emporgehoben zu fühlen. Freilich könnte man sagen: gerade dadurch komme der Wojd bei den anderen Polen in Mißkredit; aber die anderen seien nicht die dumpfe Masse, sondern würden sehr wohlweise von London her beraten, und sie seien die eigentlichen Führer der Widerstandsbewegung. Jedenfalls hätten sich in letzter Zeit Ereignisse abgespielt, die ganz offensichtlich zeigten, daß diese Widerstandsbewegung von hoher Warte vom Auslande her unterstützt werde. Er bitte die Mitglieder der Regierung

und alle in Frage kommenden Dienststellen, den Anregungen des Höheren SS- und Polizeiführers, der für die Sicherheit im Generalgouvernement verantwortlich sei, die ernsteste Beachtung zu schenken. Daher müsse jeder einzelne Abteilungsleiter in seinem Dienstbereich nachprüfen, was er tun könne, um alle diese Gefahrenmomente sofort auszuschalten. Man dürfe sich nicht einfach darauf berufen, daß in seinem Dienstbereich nichts passiert sei, daß dort alles gut gehe, daß die dort tätigen Polen höchst vertrauenswürdige Menschen seien. Dieses Vertrauen sei durch nichts begründet, und er bitte deshalb, sobald als möglich das polnische Element aus der Führungszone zu entfernen.

Distriktsverwaltung

Gouverneur Dr. F i s c h e r berichtet, daß sich die Arbeit im Distrikt Warschau nach den Weisungen der Regierung vollziehe. Die Lage im Distrikt sei, ernährungsmäßig gesehen, gesichert. Im Laufe des vergangenen Winters seien große Lebensmittelvorräte gesammelt worden, und man dürfe hoffen, damit den Anschluß an die neue Ernte zu beginnen. Die Wirtschaft in der Stadt Warschau, die ja fast ausschließlich die Wirtschaft des Distrikts trage, sei an sich in einer günstigen Entwicklung. Hemmend wirkten natürlich die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Rohstoffe, der Transporte und Kohlenversorgung. Allerdings habe sich die Kohlenversorgung im Februar gegenüber dem Januar beträchtlich gebessert. Auch hier seien Vorräte angesammelt worden; so verfüge das Elektrizitätswerk über einen Vorrat für 32 Tage. Es seien ganz große Einschränkungen durchgeführt worden, und man erspare täglich gegenüber einem Normalverbrauch von ungefähr 1 000 t etwa 270 t.

Die Landarbeiteraktion zeige eine günstige Entwicklung. Was aber die gewerblichen Arbeiter angehe, so würden von der Reichsindustrie dauernd Anforderungen an Arbeitskräften gestellt, die man nach Möglichkeit zu befriedigen suche. Man habe aber in Warschau selbst einen großen Bedarf an Facharbeitern und könne eigentlich keine Kräfte mehr abgeben. Deshalb habe man auch eine

große Umschulungsaktion in Angriff genommen und bilde geeignete Fachkräfte aus.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, vor allem auch mit der Wehrmacht verlaufe reibungslos. Zur Zeit werde eine große Anzahl von Quartieren geschaffen, soweit dies überhaupt nur möglich sei.

Auch die Ghettobildung in Warschau habe sich bis jetzt sehr gut bewährt. Zinsen und Abgaben würden regelmäßig bezahlt. Zur Zeit würden 25 000 Juden in die Meliorationsarbeit gebracht, und täglich ungefähr 15 000 Juden in Betrieben beschäftigt. Der Distrikt Lublin habe 25 000 Juden für Meliorationsarbeiten angefordert. Wenn sich die Entwicklung weiter so vollziehe, brauche man mit besonderen Schwierigkeiten im Ghetto nicht zu rechnen, um so weniger, da die Versorgung auch sichergestellt sei. Die Seuchenlage habe sich gegenüber dem Vorjahr um 50 % gebessert. Es seien auch alle Vorkehrungen getroffen worden, daß Seuchen größeren Ausmaßes nicht auftreten könnten.

Bemerkenswert sei in der letzten Zeit das Auftreten der Widerstandsbewegung. Drei Terrorakte seien zu verzeichnen: die Erschießung eines Volksdeutschen in Warschau, die Verletzung eines Soldaten in Lowicz und eines Soldaten in Kielce. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, mit aller denkbaren Schärfe gegen solche Terrorakte vorgehen zu dürfen. Vor allem müßten auch die Strafmaßnahmen der Bevölkerung öffentlich bekanntgegeben werden. Diese Methode wirke sehr abschreckend und werde gewisse Elemente dazu zwingen, von solchen Terrorakten abzusehen.

Gouverneur Dr. L a s c h hat Vorkommnisse von besonderer Bedeutung nicht zu melden.

Gouverneur Dr. W ä c h t e r gibt im Zusammenhang mit dem Hauptthema der Tagung die Erklärung ab, daß sich die Distriktsverwaltung Krakau in vollem Umfange auf die hier gestellten Anforderungen einstelle. Die wesentlichen Anforderungen könnten damit erfüllt werden. Er bitte nur die Abteilungsleiter, darauf

Rücksicht zu nehmen, daß ein Ausgleich vielfach bei der Mittelinstanz notwendig sei, bei der praktisch die einzelnen vordringlichen Anforderungen ineinandergriffen. Weiter bitte er darum, für die so notwendigen Verbindungsmittel des Telefons und des Telegraphen zwischen Distrikt und Kreisen, insbesondere auch Kreishauptmannschaften, zu sorgen. Weiter müsse eine gewisse Motorisierung im Interesse der mittleren und unteren Instanzen aufrechterhalten bleiben. Es gehe nicht an, daß in einem Gebiet, das ohnehin über eine geringe Verkehrsentwicklung verfüge, angesichts der schlechten Straßenverhältnisse dem Kreishauptmann die Möglichkeit genommen werde, zu Besuchen der unteren Instanzen sich des Kraftwagens zu bedienen.

Die Ernährungslage habe sich im allgemeinen gut entwickelt. Nur sei die Getreidesituation etwas angespannt. Erhebliche Hilfe habe die dankenswerte Unterstützung des Distrikts Lublin gebracht.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß es der Regierung selbstverständlich völlig fern liege, den unbedingt notwendigen Kraftfahrzeugverkehr zu beschränken. Es sei ganz klar, daß der Umstand, daß im Generalgouvernement die Verkehrslage wesentlich günstiger sei als im Reich, zu einer völlig anderen Auslegung der Notwendigkeit von Maßnahmen führen werde und auch schon geführt habe.

Präsident Lauxmann betont, daß sich die Maßnahmen der Deutschen Post Osten in den letzten Monaten hauptsächlich auf den militärischen Sektor verlegt hätten. Die notwendigen Verbindungen würden in kurzer Zeit wieder hergestellt werden können, wenn die notwendigen Kräfte in den nächsten Wochen frei würden. Was die Verbindungen zu den polnischen Polizeiposten angehe, so seien sie zu etwa 90 % hergestellt. Die restlichen etwa 8 % seien nur schwer herzustellen, weil dafür Neubauten in großem Umfange erforderlich wären.

Gouverneur Z ö r n e r betont, daß man im Distrikt Lublin im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Lage den Wünschen der Wehrmacht weitgehend nachgekommen sei. Die Judenevakuierung habe auch in Lublin innerhalb dreier Tage durchgeführt werden müssen, und 10 000 Juden seien aus der Stadt Lublin ausgesiedelt worden. In die frei gemachten früheren Judenviertel würden Polen hineingesetzt, ~~damit~~ die Räume müßten allerdings noch entgast und hergerichtet werden. Man habe aus sanitären Gründen ein Interesse daran, daß die Polen, die gegen das Fleckfieber nicht so immun seien wie die Juden, nicht anheimfallen. Von der Stadt Warschau seien dankenswerterweise Entgasungstrupps zur Verfügung gestellt worden. Die freigemachten polnischen Viertel würden dann der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. In den Kreisstädten von besonderer Bedeutung seien ebenfalls die Judenviertel freigemacht worden, und man sei im Begriff, die ausgesiedelten Juden zu konzentrieren. Alles vollziehe sich mit größter Schnelligkeit nach einem bestimmten Plan.

Im Distrikt Lublin sei die Personalfrage immer am schwierigsten gewesen, weil man in diesem Distrikt erst sehr spät an den Aufbau habe herangehen können. So habe er z.B. die wichtige Stellung des Leiters der Abteilung Wirtschaft erst Anfang März 1941 endgültig mit einer wirklich geeigneten Persönlichkeit besetzen können. Besondere Lücken beständen immer noch bei dem Personal der mittleren Beamten, insbesondere der Inspektoren und Oberinspektoren. Über diese Schwierigkeiten hätten auch die Kreishauptmänner zu klagen.

Was die Verwendung von Kraftfahrzeugen angehe, so sei im Distrikt Lublin eine entsprechende Kontrolle eingeführt. Für Reisen außerhalb des Distrikts habe er sich die Genehmigung vorbehalten, und es sei zu hoffen, daß sich gerade im Distrikt Lublin die Sparmaßnahmen leichter durchführen lassen würden. Auch die Rückbeförderung der Ehefrauen der Beamten und Angestellten stelle im Distrikt Lublin kein großes Problem dar. Angesichts der Tatsache, daß es in Lublin nur geringe Wohnungsmöglichkeiten gebe, habe er von vornherein in dieser Beziehung starke Einschränkungen vornehmen lassen.

Gewisse Schwierigkeiten biete immer noch die Frage der Devisenbeschaffung. Manche Anträge auf Beschaffung von Devisen liefen schon seit drei Monaten, und die Folge sei, daß Lieferanten, mit denen man bislang in Verbindung gestanden habe, keine Ware mehr liefern wollten.

Über die Holztransporte habe er bereits mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt gesprochen. Einer der Umstände, weshalb das Holz so schlecht abgefahren werde, liege offenbar darin, daß die Forstverwaltung unter einem gewissen Zwang nur niedrige Abfuhrlöhne zahle. Wenn ein Bauer mit seinem Gespann für den ganzen Tag nur einen Lohn von 4 Zloty erhalte, dann brauche man sich nicht zu wundern, daß die Bauern nicht gewillt seien, das Holz aus den Forsten abzufahren, sondern ihre Gespanne lieber der Wehrmacht bezw. der Verwaltung zur Verfügung stellten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt gibt zu bedenken, daß die niedrigen Holzabfuhr- bezw. Tageslöhne dadurch bedingt seien, daß die Holzpreise im Generalgouvernement außerordentlich niedrig gestellt sind. Die Forstverwaltung des Generalgouvernements habe den größten Teil des Einschlages ins Reich liefern müssen. Das Preisgefälle müßte den Verhältnissen des Ostens angeglichen werden. Zur Zeit sei es jedenfalls nicht möglich, die Abfuhr- und auch die Hauerlöhne wesentlich zu erhöhen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k bezeichnet es in abschließenden Ausführungen als erstmalig in der Verwaltungsgeschichte, daß ohne Rücksicht auf allenfalls eintretende wichtige Ereignisse die Geschlossenheit der Verwaltung erhalten bleibt, und fährt fort:

Ich mahne daher noch einmal mit aller Schärfe auf das zu Anfang dieser Sitzung Gesagte aufmerksam. Das Generalgouvernement ist ein in sich geschlossener Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. Es gibt hier nur zwei Zuständigkeiten: die der Wehrmacht und die des Generalgouverneurs. Ausnahmen hiervon gibt es nicht. Ich betone, daß es unter Umständen notwendig sein könnte, daß ich zum ersten Mal von den mir vom Führer gegebenen disziplinären Möglichkeiten mit aller Härte und Schärfe Gebrauch mache. Ich werde von keinem Beamten und Angestellten die geringste Widersetzlichkeit dulden. Ich möchte Sie auch bitten, angesichts des Ernstes der kommenden Wochen alles Überflüssige und nicht unbedingt Notwendige zu unterlassen. Ich wünsche keine langen Berichte über irgendwelche belanglosen Detailprobleme.

Von unserer Lage hängt ein großer Teil des Schicksals der kommenden Wochen ab. Die Härte des Schicksals liegt jetzt über uns. Wir sind alle Soldaten und wissen, was das heißt. Wir sind alle erfüllt von dem Gedanken der Größe dieser Zeit und stehen bedingungslos zu jedem Einsatz bereit. Das konnte ich auch dem Führer melden und ich hoffe, daß ich in absehbarer Zeit ihm eine weitere entsprechende Meldung machen kann. Was uns auch die Zukunft bringen wird, eines steht fest: unsere Aufgaben werden nicht kleiner, sondern größer werden. Ich hoffe, daß es der Geschlossenheit dieses Gebietes und seiner vorbildlichen Verwaltungs- und Führungsmethode gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu meistern.

Ich schließe damit die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 13^{15} Uhr.

Protokoll gefertigt in 3 Exemplaren
1 Exempl. erhält StS. Dr. Bühler
2 " für die Akten d. Kanzlei des GG.

8. Mai 1941 Mawer

IV/3 Burg Krakau

Hauptabteilungsleitersitzung

Freitag, 2. Mai 1941

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Unterstaatssekretär Kundt
SS-Obergruppenführer Krüger
Dienstleiter Schalk
Finanzpräsident Spindler
Ministerialdirigent Dr. Emmerich
Präsident Gerteis
Präsident Lauxmann
Präsident Bauder
Abteilungspräsident Wille
Landesbauernführer Körner
Abteilungspräsident Westerkamp
Abteilungspräsident Watzke
Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt
Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer
Abteilungspräsident Ohlenbusch
Bankdirigent Dr. Paersch
Oberstleutnant Fischer

Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

=====

Beginn der Sitzung 11^{00} Uhr

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich habe Sie heute zusammengebeten, um mit Ihnen nochmals über gewisse Maßnahmen ins klare zu kommen, die zu treffen sind und die wir gemeinschaftlich erörtern wollen. Die bisherigen Regierungssitzungen haben darunter gelitten, daß ein zu großes Gremium an ihnen teilgenommen hat und es daher nicht gut möglich gewesen ist, über Dinge zu sprechen, die vielleicht streng vertraulichen Charakter haben. Ich möchte mich nun in regelmäßigen Abständen in der nächsten Zeit mit Ihnen immer wieder aussprechen. Ich erwarte, daß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit alles sagen kann, was mich betrifft, daß aber dann auch sofort hier immediat die Möglichkeit besteht, etwaige zwischen den einzelnen Abteilungen aufsteigende Schwierigkeiten durch eine gemeinschaftliche Aussprache aus der Welt zu schaffen.

Wir kommen jetzt in sehr wichtige Wochen und Monate. Es wird notwendig sein, daß sich auch die Form des gegenseitigen Zusammenarbeitens nicht in der Art des bürokratischen Verkehrs und Briefwechsels ~~xixk~~ vollzieht, sondern daß man über Dinge, die uns alle berühren, gemeinschaftliche Aussprache hält.

Ich wünsche nicht, daß jetzt etwa schon in großem Umfange Vorbereitungen zur Übernahme weiterer Gebiete getroffen werden. Ich spüre eine Art Unruhe in den Bereichen aufsteigen. Man befleißigt sich einer gewissen betonten Interessiertheit an östlichen Ländereien. Man bemüht Bibliotheken und Archive wegen Herausgabe von statistischem, geo-graphischem Material usw. Man sucht leider auch da und dort Kontakt mit den angeblich alles beherrschenden Berliner Zen-

tralen. Seien Sie überzeugt: wir haben das nicht nötig. Seien Sie vollkommen beruhigt. Was alles auch geschehen und eintreten wird, wird so rechtzeitig kundgetan, daß ich nichts zu versäumen gedenke. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie auf Anforderung Ihrer Berliner Zentralstellen, Statistiken über diese Gebiete zu geben oder irgendwie vorzusorgen, daß der Einbruch der Berliner Zentralstellen allenfalls in neue Gebiete möglichst im engsten Kontakt mit der Wehrmacht geschehen könnte, mir persönlich immer die Entscheidung vorbehalten, ob Sie solche Ersuchen beantworten sollen oder nicht. Ich kann nicht dulden, daß etwa durch Regierungshandlungen, und seien sie noch so diskret, der Eindruck entsteht, als ob wir in voller Vorbereitung kriegerischer Ereignisse ständen. Ich sage das vor allem deshalb, um keine Unruhe aufkommen zu lassen, die zweifellos eintreten würde, wenn der eine oder andere enttäuscht hier zurückzubleiben hätte und die anderen Zugvögel den Bereich verließen.

Ein zweites aber ist sehr viel wichtiger: durch diese Pseudoarbeit im luftleeren Raum darf die echte und praktische tagesnützliche Arbeit in unserem Generalgouvernement nicht leiden. Es darf mir also nicht einer sagen: ich komme nicht dazu, die kleinen Fragen der Verkehrsangelegenheiten da und dort z u entscheiden, denn meine Gedanken richten sich jetzt nach Kiew, ich muß die Transportlinien da und dorthin studieren. Ich bitte also, die kälteste Ruhe zu bewahren. Freilich, es gibt viele Umstände, die gegen unsere Arbeit in unserem Gebiet sprechen. Man sieht, daß Transporte hereinkommen, man sieht an allgemeinen Vorgängen, daß sich irgendetwas tut. Aber es tut sich nur etwas, weil der Führer die äußerste Defensivbereitschaft hier im Ostraum gewahrt sehen will. Also jeder Einzelne von Ihnen muß dafür sorgen, daß keine Unruhe in unseren Bereich kommt.

Nun zu den Einzelfragen, die uns im wesentlichen zu beschäftigen haben! Was irgendwie militärisch zu geschehen hat, geht uns gar nichts an. Das wird vom Führer bestimmt,

er bestimmt den Zeitpunkt und auch die Art und Weise der Geschehnisse. Nicht einmal die unmittelbarsten militärischen Mitarbeiter des Führers wissen ganz genau Bescheid. Bescheid weiß nur der Führer. Wenn Ihnen irgendeiner etwas sagt, dann seien Sie skeptisch. Es gibt natürlich einige technische Bereiche, die es noch am ehesten wissen könnten: Waggongestellungen, Straßenfertigungstermine sind wichtige Indizien. Gleichwohl wird Ihnen niemand sagen können, wie lange die Truppenbelegung des Generalgouvernement in Höchststärke dauert - ein ungemein wichtiges Datum für unsere Ernährungs- und Währungslage. Man kann Ihnen sagen, es dauere 3 Monate, 8 Wochen, andere sagen: vielleicht begnügt sich der Führer mit Jugoslawien. Kurz und gut, wir tappen vollkommen ins Unsichere hinein, wie übrigens auch der entscheidende Feldherr. Auch der Führer muß seine Entscheidung erst im allerletzten Augenblick treffen. Er weiß vielleicht 48 Stunden vorher noch nicht, was er anordnen will. Entscheidend ist jedenfalls, daß der Apparat steht und daß alles getan wird, was nur möglich und denkbar ist.

In diesem Zusammenhang kann ich unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß wir hier Herrn Oberstleutnant Fischer als Vertreter der Wehrmacht begrüßen können. Er ist mir persönlich als Verbindungsoffizier zur obersten Zentrale der Kriegführung beigegeben und hat vom Chef des OKW. den besonderen Auftrag erhalten, die Verbindung zum Generalgouverneur in allen Punkten, die für uns wichtig sind, aufrecht zu erhalten. Trotz mancher Schwierigkeiten und über diese Schwierigkeiten hinweg muß alles geschehen, um die Dinge so zu gestalten, daß wir möglichst gut dabei fahren. Wir wissen, daß es aus dem Leben der Truppe heraus allerdings zu manchen Überschneidungen kommt, daß z.B. eine Truppe der anderen die Gespanne wegnimmt. Es ist klar, daß wir hier eine übergeordnete Instanz brauchen. Sie soll Oberstleutnant Fischer sein, der sich zur Verfügung hält, um solche Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Teilen der Wehrmacht auszugleichen.

Ich habe Sie, meine Herren, zu mir gebeten, um mit Ihnen einige ganz konkrete, mir besonders wichtig erscheinende Fragen zu besprechen. Dabei will ich aber betonen, daß ich Sie auch künftig berufen werde, wenn ich einen solchen konkreten Anlaß nicht habe. Ich nehme an, daß sich bei Besprechung dieser Punkte die Möglichkeit für die wesentlich an den technischen Vorbereitungen beteiligten Herren ergibt, zu den anderen Fragen Stellung zu nehmen.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Fragen der Ernährung und der Währung. Damit hängt dann auch die dritte Frage der Gespanndienste und Gespannleistung bezw. der Transportlage im Generalgouvernement zusammen.

Landesbauernführer Körner nimmt zur Ernährungsfrage Stellung. Er habe vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Lage zu geben, wie sie sich neuerdings angesichts der Truppenbelegung gestaltet habe.

Die Erfassung von Lebensmitteln sei durch die Kriegspsychose auf allen Sektoren sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In den Bauerndörfern seien die Bauern im Begriff, Getreide zu vergraben, schwarz zu schlachten und das Fleisch für Kriegszeiten aufzuheben. Diese Erscheinung zeige sich auf allen Gebieten, für die eine Pflichtablieferung ausgeschrieben sei. Bei Getreide habe sich das besonders in dem für die restliche Versorgungszeit so außerordentlich bedeutungsvollen Distrikt Lublin gezeigt. Lublin hätte nach einer neuen Festsetzung vom Februar 1940 noch 166 000 t Getreide zu liefern, habe aber in den letzten Tagen mit etwa 30- bis 40 000 t zurückgehalten. Der dortige Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft sei allerdings nach wie vor der Auffassung, daß er davon noch einen Teil erhalten werde. Aber er, Landesbauernführer Körner, habe bei seinen Neuplanungen für den Rest des Getreideversorgungsjahres einkalkuliert, daß die Mengen nicht auf-

kommen werden, die man in Lublin noch für ablieferungsmöglich halte. Man werde aber deshalb noch nicht in große Schwierigkeiten kommen, weil er die Versorgung aus der alten Ernte so langfristig festgelegt habe, daß eine angemessene Überschneidung mit der neuen Ernte möglich sei. Trotzdem werde es recht schwierig werden, am 15. August den Anschluß an die neue Ernte zu finden. Verhältnismäßig günstig lägen die Dinge beim Hafer. Man habe auch der Wehrmacht das Angebot gemacht, Hafer gegen Brotgetreide einzutauschen. Die Wehrmacht habe jedoch von Berlin wohl die Weisung bekommen, diesen Tausch nicht vorzunehmen, weil im Deutschen Reich das Getreide auch knapp sei. Auch der Eintausch von Futtergetreide gegen Brotgetreide werde unter diesen Umständen wohl nicht möglich sein. Daher werde man dazu übergehen müssen, insbesondere für das Gebiet des Gebirges, wo die Menschen Hafer als Brotgetreide benutzt hätten, Hafer anstelle des Brotgetreides auszugeben.

Die Versorgung sei so gesteuert worden, daß bis zum 10. August in allen Orten, die Brotgetreideunterschuß hätten, die nötigen Mengen eingelagert würden. Bis 20. Mai lägen die Mengen für das kommende Vierteljahr an den Verbraucherplätzen, sodaß transportmäßig die Eisenbahn nicht belastet zu werden brauchte.

Bei den Kartoffeln habe sich gezeigt, daß die Transportschwierigkeiten in diesem Frühjahr durch die Ostbahn überwunden werden konnten und daher die Kartoffelversorgung in den Städten als normal anzusehen ist. Angesichts der starken Wehrmachtsbelegung hätten sich allerdings auch bei der Kartoffel gewisse Knappheitserscheinungen gezeigt; doch sei es zu keiner Katastrophe gekommen. In Ziechenau seien Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium über dort lagernde Kartoffelmengen geführt worden, die nach Warschau transportiert werden sollten. Alles in allem sei zu hoffen, daß man auch hinsichtlich der Kartoffel den Anschluß an die neue Ernte finde.

Was die Fleischversorgung angehe, so hätten die Ablieferungen von Schweinen undKälbern nachgelassen. Man habe aber noch die Vorräte aus dem Winter und hoffe, zu einem gewissen Ausgleich zu kommen. Im übrigen werde durch die Einführung der Gaststättenkarte der Fleischkonsum im ganzen zurückgehen. Die Gaststättenkarte könne leider aus technischen Gründen erst am 1. Juni eingeführt werden. Die Karte gelte nur für die Verabreichung von Fleisch und Fett in den Gastwirtschaften. Man habe für diese Karte ein denkbar einfaches System gefunden. Es sei gelungen, die Errichtung einer Umtauschstelle für den Eintausch von normalen Fleischkarten gegen Gaststättenkarten zu vermeiden. Die Fleischration, die in Deutschland ab 1. Juni von 500 auf 400 g herabgesetzt werde, werde im Generalgouvernement von 750 auf 800 g erhöht. Das bedeute aber praktisch eine Kürzung um 300 bis 400 g, weil viele Reichsdeutsche neben der Fleischkartenration noch laufend 300 bis 400 g in der Gastwirtschaft verzehrt hätten. Begründet werde diese Maßnahme damit, daß es im Generalgouvernement nur wenig Fische gebe und nicht die Ausweichmöglichkeit in den Speisen bestehe wie im Reich.

In den Monaten März und April habe man ein hervorragendes Anlaufen der Eierablieferungsaktion beobachtet. Am 1. Mai verfüge man über einen Vorrat von 45 Millionen Eiern, 10 Millionen Stück seien exportiert worden, andere Mengen habe man herausgegeben und dann noch 10 Millionen konserviert. Leider lasse sich das Ei von der Truppe sehr gut wegorganisieren. Man habe festgestellt, daß einzelne Truppeneinheiten an ihren Sammelplätzen ein Schild mit der Aufschrift "Hier Eiersammelstelle" aufgehängt hätten. Die Bauern hätten denn auch Eier an diese Stellen abgeliefert, umso mehr, da ihnen von der Truppe vielfach 1 Kg Zucker für 1 Kg Eier gegeben worden sei. Es sei das möglichste geschehen, um eine Aufklärung über diese Dinge in die Truppe hineinzubringen. Man habe dabei auch die Unterstützung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement gefunden. Es

seien Plakate gedruckt worden, in denen darauf hingewiesen werde, daß gewisse Betriebe in den Ernährungsplan des Generalgouvernements einbezogen seien, der auch für die Wehrmacht seine Bedeutung habe. Erst gestern sei von Spala aus ein Flugblatt mit einem Befehl an die Truppe hinausgegangen, in welchem jeder einzelne Soldat darüber aufgeklärt werde, welche Bestimmungen auf dem Gebiete der Wirtschaft im Generalgouvernement maßgebend seien. Vielfach seien ja auch die Übergriffe der Truppe auf die völlige Unkenntnis der Verhältnisse im Generalgouvernement zurückzuführen. Es sei zu hoffen, daß mit einer schnell erfolgenden klaren Ausrichtung der Truppe die Übergriffe auf das Mindestmaß beschränkt werden können. Im übrigen habe sich aber die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft noch etwas Vorräte angelegt und glaube, die schwierige Situation überwinden und eine Kürzung der vorhandenen Rationen vermeiden zu können.

Große Schwierigkeiten biete nach wie vor die Frage der Gespanngestellung. Von drei verschiedenen Seiten kämen Anforderungen nach Gespannen, die sämtlich gleich notwendig und wichtig seien: nämlich von Seiten des Straßenbaus, von Seiten der Wehrmacht und der Forstwirtschaft, die fast ausschließlich Wehrmachtsleistungen zu erfüllen habe. Er habe gewiß nicht die Aufgabe, die polnischen Bauern in Schutz zu nehmen, müsse aber betonen, daß die polnischen Pferde nicht geeignet seien, auf die Dauer große Gespannleistungen zu vollbringen. Sie seien viel zu feinknochig und auch nicht genügend gefüttert. Zugleich solle nun aber von den Bauern die Frühjahrsbestellung in Angriff genommen werden. Die Frühjahrsbestellung leide ganz besonders unter dem schlechten Wetter, das die Aussaat sehr behindere. Er hoffe aber, daß trotz aller Schwierigkeiten die Frühjahrsaussaat Ende dieser Woche im ganzen Generalgouvernement beendet sein werde. Dazu trete dann noch die Kartoffel- und Rübenbestellung. Trotz des schlechten Wetters würden wahrscheinlich bis zum 15. oder 20. Mai die Frühjahrsarbeiten

erledigt sein.

Die großen Schwierigkeiten bei der Pferdegestellung hätten zu der Anordnung des Generalgouverneurs geführt, daß mit den Kreishauptleuten über die Einteilung der Gespanne Vereinbarungen getroffen werden sollten. Er sei überzeugt, daß die Kreishauptleute ihr möglichstes täten, aber die Anforderungen seien im ganzen zu groß. Jedenfalls müsse aber von den anderen Stellen auf die Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung und der Ernte sowie der Herbstbestellung Rücksicht genommen werden.

Der Stand der Herbstsaaten, sei an sich befriedigend und jedenfalls wesentlich besser als im vergangenen Jahre. Man habe festgestellt, daß die Anbaufläche um 4 % bei Brotgetreide erhöht worden sei, und hoffe, auf Grund des Saatenstandes, daß in Brotgetreide ein gutes Ernteergebnis zu verzeichnen sein werde. Daß die Sommersaaten, wenn sie Ende April oder Anfang Mai in die Ernde kämen, keinen vollen Ertrag bringen werden, sei eine allgemeine Erscheinung. Das gelte besonders auch für Hafer. In Ostpreußen sei bis zum 29. April noch nicht ein einziger Acker mit Hafer besät worden. Für die europäische Ernährungslage werde die Ernte nicht übermäßig günstig sein. Deutschlands Getreidevorräte seien sehr zurückgegangen. Am 1. August werde man nur noch 15 % der Vorräte haben, die zu Beginn des Krieges vorhanden gewesen seien, weil verschiedene Länder mit dem deutschen Getreideüberschuß hätten versorgt werden müssen. Die Bestellung in Südosteuropa sei auch nicht so gut gewesen, wie man es erwartet hätte. Die beste Frühjahrbestellung sei in diesem Jahr in der Ukraine gemacht worden, weil der März hervorragendes Wetter gebracht hätte.

Zum Kapitel

Straßenbauwesen

hat Präsident Bauder nichts wesentlich neues zu berichten. Doch führt auch er Klage über die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der Gespanngestellung. Die klare Verordnung des Generalgouverneurs gebe den Kreishauptleuten die Möglichkeit, über die Gespanngestellung zu verfügen. Die Kreishauptleute seien auch bemüht, nach Möglichkeit sich an die Bestimmungen zu halten. Tatsächlich sei es aber nur so, daß Fahrzeuge oft für einen bestimmten Zweck in Anspruch genommen und auch von den Kreishauptleuten zur Verfügung gestellt, dann aber unterwegs von irgendeiner Truppe angehalten und mitgenommen würden. Die Wehrmacht leide selber unter diesen Zuständen, weise aber darauf hin, daß sie vielfach nicht anders handeln könne. Auch beim Straßenbauwesen handle es sich zumeist um Aufgaben, die für die Kriegsvorbereitung und für die Wehrmacht von größter Bedeutung seien. Einer Desorganisation auf dem Gebiete der Gespanngestellung müsse auf jede Weise entgegengetreten werden; denn schließlich gebiete dies ja auch das Interesse der Wehrmacht selber.

Landesbauernführer Körner bezeichnet es als einen besonders großen Übelstand, daß einzelne Truppenteile die Gespanne mit Geschirr, Wagen und auch dem Kutscher nehmen und dann mit den Pferden abrücken.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob nicht vom Reich Pferde geliefert werden könnten. Vielleicht könnte die Wehrmacht auch aus den anderen Gebieten Pferdematerial nachschieben. In Ländern wie Nordfrankreich, Belgien, Dänemark müßten doch noch Bestände an Pferden vorhanden sein.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt berichtet über die

Forstwirtschaft.

Zunächst führt auch er Beschwerde über die Widerstände, die

einer geordneten Gespanngestellung im Wege ständen.
Der Einschnitt stehe an sich sehr gut. 75 - bis 80 % des Holzes liege am Boden, sehr viel mehr, als im Reich eingeschlagen worden sei. Die Sägewerke ständen auch mit einer solchen Kapazität zur Verfügung, daß sie in kurzer Zeit große Mengen schneiden könnten. Die Schwierigkeiten aber lägen in der Holzabfuhr. Durch die starke Beanspruchung von Gespannen seitens der Wehrmacht, für die Frühjahrsbestellung und den Straßenbau befinde sich die Holzabfuhr in einem absoluten Engpaß. Falls nicht irgendwelche Sofortmaßnahmen getroffen würden, werde eine völlige Verstopfung eintreten. Um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, werde es sich empfehlen, daß man bei der Inanspruchnahme von Gespannleistungen eine ganz scharf Differenzierung eintreten lasse. Bei gutem Wetter könnte für die Frühjahrsbestellung, bei schlechtem Wetter könnten Steine gefahren werden. Nur auf dem Wege einer solchen Differenzierung werde man wirklich zu einer vollen Ausnutzung der Gespanne kommen. Eine zweite Möglichkeit läge darin, daß seitens der Wehrmacht der Forstverwaltung Transportmittel in Gestalt von Zugmaschinen zur Verfügung gestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der bisherigen Besprechung dahin zusammen, daß die Ernährungslage des Generalgouvernements an sich gehalten werden könne, unter der Voraussetzung, daß sich die Wehrmacht an die besprochenen Vereinbarungen halte und für entsprechende Aufklärung auch des letzten Mannes sorge. In der Frage der Gespannleistung müßten sich die beteiligten Instanzen unter Führung des Unterstaatssekretärs miteinander in Verbindung setzen und unmittelbar örtliche Feststellungen treffen.

Präsident Gerteis gibt sodann einen Bericht über die gegenwärtige Lage der

Ostbahn.

Mit der Ausweitung des deutschen Machtbereiches sei die Anspannung der Deutschen Reichsbahn unendlich gewachsen.

Wenn auch im Westen eine namhafte Beute an Lokomotiven gemacht worden sei, so reiche sie doch immer noch nicht aus, um den Osten und Südosten entsprechend versorgen zu können. Die Lokomotivenfrage sei heute für die mögliche Leistung überhaupt maßgebend. Was im letzten Monat geleistet worden sei, stelle die größte Leistung dar, die jemals vollbracht wurde. Von dieser Leistung entfielen 27 % auf den reinen Wehrmachtsverkehr. Das sei mehr, als beispielsweise der gesamte Aufmarsch im Jahre 1939 erfordert habe. Dabei werde diese Leistung vollbracht, während der Regelfahrplan und der Wirtschaftsverkehr noch aufrecht erhalten werden könnten.

Eine Folge der Lokomotivmangellage sei eine Kontingentierung auch der Wagengestellung. So würden beispielsweise Kohlenwagen nur noch 16 000 gestellt gegenüber 25 000 im letzten Sommer und 19-bis 20 000 im letzten Winter. Wenn der eigentliche Großwehrmachtsverkehr eintrete, dann werde der Höchstleistungsfahrplan in Kraft gesetzt, was zur Folge habe, daß die Wagengestellungszahlen noch erheblich weiter zurückgingen. Unter diesen Umständen könne man überhaupt nur noch mit der Hälfte des Kohlenverkehrs rechnen. Ebenso sei auch der Wirtschaftsverkehr sehr stark gedrosselt, vor allem bei der Schwerindustrie. Hier räche sich die Politik vor dem Kriege. Neben einer militärischen Kriegführung sei auch die volle Aufrechterhaltung der Industrie eine Selbstverständlichkeit. Sie könne aber nur leben und arbeiten, wenn ihr mit Hilfe der Eisenbahn die nötigen Transporte sichergestellt würden.

Im Generalgouvernement und für die Ostbahn ergeben sich besondere Schwierigkeiten, weil hier der größte Teil des Verkehrs nach dem Osten gehe und im Generalgouvernement die Güter entladen werden müßten. Eine Verbesserung der Lokomotivenlage sei zur Zeit nicht möglich, solange der öffentliche Verkehr in Deutschland nicht weiter eingeschränkt werden könne, was von allen Stellen, auch den militärischen, mit Rücksicht auf die Kriegsindustrie noch abgelehnt werde.

Ernährung und Landwirtschaft 100 000 t Getreide, Zucker und Kartoffeln aus dem Lubliner Gebiet nach dem Versorgungsbezirken Warschau, Krakau und Radom abzufahren. Anfangs sei es auch noch möglich gewesen, Wagenzüge aus dem Reich besonders nach dem Lubliner Bezirk durchzuführen. Angesichts der jetzigen Lage sei das aber nicht mehr möglich. Er nehme jedoch an, daß in einigen Wochen diese Abfuhrbereiten Vorräte abgefahren werden könnten.

Die Holzabfuhr, insbesondere auch die Abfuhr des Grubenholzes gehe einigermaßen befriedigend vor sich. Auch sei die Ostbahn bemüht, die Bedürfnisse der Monopolverwaltung nach Wagengestellung, soweit möglich, zu befriedigen. Darüberhinaus sei für den öffentlichen Verkehr noch eine Minimum an Wagenraum vorhanden.

Am 5. Mai müsse ein Fahrplanwechsel stattfinden, weil die neuen Gebiete erschlossen werden müßten und auch eine Verkehrsverlagerung im Laufe des letzten halben Jahres eingetreten sei. Der Fahrplan bringe neben einer Reihe von theoretischen Verbesserungen auch einige praktische Vergünstigungen. So werde ein Schnellzug nach München mit Schlafwagen bis Dresden gefahren werden, der 0^{09} Uhr/in München eintreffe. Außerdem gebe es einen Zug von Wien-Bodenbach nach Krynica. Die beiden Berliner Züge, die bisher nach 23^{00} Uhr kurz hintereinander von Berlin abgefahren seien, würden jetzt in größeren Abständen fahren: ein Zug verlasse Berlin um 18^{20} Uhr und sei um 6^{20} Uhr in Krakau. Ferner werde es eine Verbindung von Wien über Warschau nach Königsberg geben. Auch im Innern habe man für bessere Anschlüsse zu sorgen versucht. Insgesamt dürfe nicht mehr an Zugkilometern im Reiseverkehr gefahren werden, als in der letzten Zeit überhaupt schon habe gefahren werden können. Selbstverständlich müsse der Reiseverkehr gegenüber dem Wehrmachtsverkehr und dem vordringlichen Güterverkehr zurückstehen. Zum Teil werden jetzt in vielen Gegenden des Reiches, besonders aber im Osten, weniger gefahren, als während des Höchstleistungsfahrplanes.

Man versuche zwar, der Dinge Herr zu werden, und arbeite selbstverständlich mit allen zur Verfügung stehenden Lokomotiven, werde aber nicht darum herum kommen können, eine gewisse Sperrung mancher Dinge eintreten zu lassen. So sei zur Zeit eine ganze Anzahl von Gütern gesperrt. Für die Beförderung von Wehrmachtskohle werde nur noch ein Zug gefahren; die Beförderung von Privatkohle ist fast ganz eingestellt. Auch Otto-Programm, Straßenbau, Askania müßten große Einschränkungen erfahren. Ebenso sei auf dem Dienstkohlensektor die Zufuhr stark eingeschränkt. Selbst die Wehrmacht habe ihren Nachschub in den letzten Tagen um etwa 50 % verringert, nur um den Anforderungen gerecht zu werden, die hinsichtlich der Truppenbewegung schon vorhanden seien. Vor 14 Tagen etwa sei der Verkehr vom Reich nach Rußland vor allem hinsichtlich der Kohle völlig eingestellt gewesen. Er sei jetzt wieder voll angelaufen, weil die Russen Einspruch dagegen erhoben hätten. Andererseits zeige sich auch die Wirkung des Mantel-Vertrages.

Infolge der Otto-Bauten, die kriegsmäßig am 15. April abgeschlossen seien, habe sich auch eine Leistungssteigerung im Ostbahnnetz ergeben. Seit einigen Wochen seien statt bisher täglich 5 000 Wagen etwa 6 000 und mehr Wagen aus dem Reich gekommen und hätten ohne wesentliche Schwierigkeiten übernommen werden können, so daß daneben sogar noch eine Wagengestellung im Innern des Generalgouvernement von 3 000 Wagen und mehr möglich gewesen sei. Das bedeute insgesamt eine 25 %ige Steigerung gegenüber der Zeit vor Inangriffnahme der Otto-Bauten. Da die Otto-Bauten mit derselben Tatkraft weitergeführt würden, werde von Monat zu Monat eine weitere Leistungssteigerung im Netz der Ostbahn notwendig sein. Es handle sich ja auch hier um reine Wehrmachtstransporte.

Im öffentlichen Verkehr, der andere Bedingungen habe, wirkten sich die Leistungen nicht so aus wie bei der Wehrmacht. Trotz dieser großen Zufuhren aus dem Reich sei es noch möglich gewesen, entsprechend einem Wunsche der Abteilung Er-

Seit einigen Monaten seien im Generalgouvernement die gesamten Empfängerstellen von dem linken auf das rechte Weichselufer verlagert. Nahezu jeder Bahnhof rechts der Weichsel werde gegenwärtig nicht von einer Stelle, sondern von zwei oder drei Stellen als Entladestation in Anspruch genommen. Diese Bahnhöfe, die einem solchen Zwecke niemals gedient hätten, müßten nun behelfsmäßig für diese Entlademöglichkeit hergerichtet werden.

Der aus Deutschland einbrechende Verkehr bleibe zu 66 % im Generalgouvernement. 34% gingen aus dem Generalgouvernement wieder hinaus. Der einbrechende Verkehr setze sich zusammen aus dem Verkehr für Otto-Programm und Eisenbahn zu 4 %, in gleicher Höhe aus dem Verkehr für Straßenbau, Wehrmacht zu 22 %, Eisenbahndienstkohle 12 %, Kohle für öffentlichen Verkehr 14 %. Für den gesamten öffentlichen Verkehr verblieben nur 6 % der eingehenden Sendungen. Auf den Russenverkehr entfielen 12 %, auf den Verkehr nach Ostpreußen 8 %, nach dem Warthegau 8 %, nach Danzig-~~Thorn~~ 3 %. Hier handle es sich in der Hauptsache um Kohlentransporte. Im übrigen mache die gesamte Kohlenbeförderung nur 3 % aus.

Was die Wagengestellung angehe, so betrügen die Forderungen etwas über 4 000 ~~RM~~ Wagen. Hier sei mit einem Ausfall von 22 % zu rechnen. Man könne durchschnittlich mit 3 000 Wagen am Tage rechnen. Die Wehrmacht behalte für den inneren Verkehr 745 Wagen. Für Stückgut, das zum großen Teil aus Wehrmachteinzelsendungen bestehe, seien 104 Wagen in Anspruch genommen, für Kartoffeln 62, für Getreide und Mehl jetzt nur noch 102. Für Grubenholz würden heute noch 146 Wagen gestellt. Otto-Programm -Eisenbahn erhalte 550 Wagen. Der Russenverkehr beanspruche täglich über 300 Wagen.

Was das Personal angehe, so könne in allerletzter Zeit mit einem Zuwachs von 3 000 deutschen Eisenbahnern gerechnet werden. Die Hälfte davon werde die Reichsbahnverwaltung aus ihren geringen Beständen noch stellen. Diese deutschen Reichsbahner seien dazu bestimmt, links der Weichsel die Zahl

der deutschen Eisenbahner zu vermehren, vor allem auf den Bahnhöfen, die militärisch von besonderer Wichtigkeit seien. Weiter würden von der Wehrmacht zur Zeit im Heeresdienst stehende deutsche Eisenbahner der Ostbahn zur freien Verwendung überlassen werden. Sie sollten vornehmlich dazu dienen, gewisse Strecken nach dem Osten mit deutschem Personal zu besetzen, damit es bei Komplikationen eingreifen könne und der Betrieb, falls die polnischen Bediensteten wegliefen, nicht stillgelegt zu werden brauche.

Die Bauten der Ostbahn würden weitergeführt, es werde den ganzen Sommer über gearbeitet werden, damit ein endgültiger winterfester Zustand hergestellt werden könne. Die Errichtung der gesamten Hochbauten, der Werkstättengebäude usw. mache die Zufuhr von 25 Millionen Ziegelsteinen notwendig. Daneben müsse eine große Menge Bettungsmaterial herantransportiert werden.

Die Ernährungslage der Belegschaft der Ostbahn sei jetzt befriedigend, abgesehen davon, daß vielleicht einmal bei einzelnen Stellen ein Mangel eintrete. Er könne mit besonderer Freude feststellen, daß die Zusage der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vollauf eingehalten worden sei. - Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht sei gut. Die Ostbahn habe ihre eigene Wehrmachtdienststelle. Der gesamte Verkehr mit der Wehrmacht vollziehe sich im übrigen über die Transportkommandanturen .

Präsident Lauxmann berichtet über die gegenwärtige Lage bei der

Deutschen Post Osten.

Er teilt mit, daß die Neubauten für die Telefon- und Telegraphenanlagen im großen und ganzen fertiggestellt seien. Leider müsse festgestellt werden, daß von Seiten des Militärs oft zu große Anforderungen in Bezug auf die Benutzung von Telefonanlagen usw. gestellt würden. Im Übrigen sei man bestrebt, das Telefonnetz auch weiterhin auszubauen und vor allem auch den Polizeistellen den Anschluß an das Fernsprechnetz zu geben.

Unterstaatssekretär Kundt weist darauf hin, daß unter der Bezeichnung "Militärgespräche" oft lange Unterhaltungen am Fernsprecher geführt würden, die eigentlich keinen militärischen Charakter haben. Militärische Gespräche hätten den Vorrang auch vor Staatsgesprächen.

Präsident Lauxmann sieht ein Mittel zur Beseitigung dieses Übelstandes darin, daß ein Offizier mit der Abhörung solcher Gespräche betraut werde.

Der Herr Generalgouverneur führt Beschwerde darüber, daß er, wenn er mit der Kanzlei des Führers sprechen wolle, oft stundenlang warten müsse. Der Truppe müsse klargemacht werden, daß im Generalgouvernement keine Militärverwaltung bestehe. Der Führer habe bestimmt, daß die Behörden des Generalgouvernements die kriegswichtigsten Angelegenheiten so wie bisher weiter zu führen hätten.

Präsident Lauxmann teilt weiter mit, daß man zur Zeit bemüht sei, Anlagen der Post, an denen Sabotageakte verübt werden könnten, allmählich von Polen zu säubern. Leider seien besonders technische Kräfte aus dem Reich nur noch zu einem ganz geringen Teil zu erhalten. - Die Anforderungen

die zur Zeit an die Postverwaltung im Feldpostverkehr gestellt würden, seien außerordentlich groß. Deshalb habe sich auch die Wehrmacht bereit erklärt, Soldaten für die Bewältigung der Arbeit zur Verfügung zu stellen. Leider sei ihre Zahl aber auch zu gering. So sei es denn oft kaum möglich, auf den Eisenbahnstationen die Feldpostsäcke auszuladen. Er habe sich wegen dieses Mißstandes schon mit Präsident Gerteis in Verbindung gesetzt. Die Reichsbahnbeamten, die von Anfang an im Generalgouvernement tätig gewesen seien, arbeiteten mit den Beamten der Post gut zusammen, was man von den Eisenbahnbeamten, die neuerdings ins Generalgouvernement abgeordnet worden seien, leider nicht sagen könne. Infolgedessen komme es immer noch zu Reibereien. - Sehr zu beklagen sei die auch bei der Deutschen Post Osten herrschende Raumknappheit. Am schwierigsten lägen die Verhältnisse in Radom. Dort habe er vom Stadthauptmann ein Gebäude zugewiesen erhalten, das ihm jedoch eine Wehrmachtsdienststelle wieder weggenommen habe. Man werde zur Beseitigung dieses Raummangels dazu übergehen müssen, in vermehrtem Umfange Baracken zu bauen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet über die Lage der

Wirtschaft des Generalgouvernements.

Die Lage auf dem Gebiet der gewerblichen Mangelware - Textilien, Leder usw. - werde nicht wesentlich durch die Wehrmacht beeinflußt, weil die Wehrmacht keine Möglichkeit habe, solche Waren aufzukaufen. Einmal sei überhaupt nur wenig Ware vorhanden, und zum anderen gäben die Händler an die Wehrmacht ohne Bezugschein nichts ab, weil sie sonst keine neue Ware erhielten. Die Truppenteile seien auch darüber bereits aufgeklärt worden. Soweit es sich um Eisen handle, sei die Abteilung Wirtschaft durchaus bereit, der Wehrmacht in kleinem Umfange zu helfen.

Im Vordergrunde stehe nach wie vor die Kohlenfrage. In den letzten Wochen sei die Kohle noch verhältnismäßig gut hereingekommen, und so habe man an den Stellen, für die sich eine besondere Notwendigkeit ergeben habe, gewisse Lager halten können. Diese Lagerhaltung gehe aber im Durchschnitt nicht über 3 bis 5 Wochen hinaus. Bei der Kohlenversorgung habe man vor allem an die Versorgungsbetriebe, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke zu denken, ferner an den Rüstungssektor und endlich an den Sektor der sonstigen Industrie. Nun seien für den Transport der Kohle Sperren eingetreten. Man versuche deshalb, mit Wehrmachtsfahrzeugen zu helfen. Im allgemeinen sei aber die Lage auf diesem Gebiet recht ungünstig. In Krakau seien die Verhältnisse besser, weil man dort den Wasserweg zur Verfügung habe. In Lublin seien die Schwierigkeiten wesentlich größer. In Warschau hänge die Belieferung von dem Zustand der Strecke Tschenstochau-Warschau ab. Für den Versorgungsverkehr komme es vor allem darauf an, daß man mit den Lagerbeständen für die Zeit durchhalte, in der der Hilfsfahrplan laufe. Wie lange das dauere, sei ungewiß. Man müsse vielleicht damit rechnen, daß die verstärkte Sperre ein Vierteljahr anhalte. Man könne die Vorräte, die man für einen solchen Zeitraum brauche, unter Inganghaltung der Industrie, heute nicht aufstapeln, werde also unter Umständen genötigt sein, in dem Maße, wie ernsthafte Transportschwierigkeiten einträten, eine Abschaltung der Industrie vorzunehmen. Selbstverständlich dürfe die Rüstungsindustrie nur im äußersten Falle abgeschaltet werden. Auch schon in der Vergangenheit habe man es so gehandhabt, daß Textilbetriebe stillgelegt worden seien. Das Problem liege jetzt in der Gleichzeitigkeit der Aufmarschleistung und der Rüstungssteigerung. Die Anforderungen, die von der Rüstungsinspektion beispielsweise an die Kraftstromentnahme gestellt würden, würden im Laufe des Sommers und Herbstes noch außerordentlich ansteigen. Man überlege zusammen mit der Rüstungs-

inspektion, wie weit diese zusätzlichen Anforderungen überhaupt noch übernommen werden könnten. Ob und in welchem Maße man diesen Anforderungen nachkommen könne und ob eventuell abgeschaltet werden müsse, sei eine Frage der zukünftigen Entwicklung.

Im übrigen sei die Lage bei der Industrie sehr unausgeglichen in regionaler und fachlicher Hinsicht. Vor allen Dingen seien die Betriebe getroffen, die sehr kohlenintensiv seien. Die Zellstoffwerke in Tomaszow brauchten 5 000 t Kohle im Monat, und es sei vollkommen ausgeschlossen, diese Mengen aufzubringen. Der Betrieb sei auch seit einiger Zeit stillgelegt worden. Andererseits hätten sich kleinere Betriebe mit einem geringeren Kohlenbedarf noch einigermaßen durchhelfen können. Die Tschenstochauer Betriebe hätten sich die Kohle mit dem Kraftwagen geholt und so dafür gesorgt, daß der Betrieb leistungsfähig bleibe. Im übrigen habe man versucht, alle diejenigen Betriebe in Gang zu halten, die eine besondere Dringlichkeit aufwiesen. Das Stickstoffprogramm könne wohl als gesichert angesehen werden. Man habe in dieser Hinsicht jedenfalls das Mögliche getan, könne aber zur Zeit nur von einem Tage zum andern disponieren.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich die Fälle mehrten, in denen Wehrmachtsangehörige für den Einkauf von Stoffen Bezugscheine beantragten. Diese könnten ihnen aber nicht gegeben werden. Es sei schon verschiedentlich zu unliebsamen Auftritten gekommen. So habe z.B. ein Offizier mit einer Anzeige wegen Sabotage der Wehrmacht gedroht. Deshalb sei es zweckmäßig, ein Übereinkommen in dieser Frage zu treffen. Wenn Offiziere etwa genötigt seien, sich im Generalgouvernement zu equipieren, dann müßte eben der Stoff von der Wehrmacht beschafft werden. Im übrigen müßte die Wehrmacht davon in Kenntnis gesetzt werden, daß das Land bereits ausgebeutet worden sei. Es wäre deshalb

notwendig, daß eine entsprechende Vereinbarung zwischen der zuständigen Stelle der Abteilung Wirtschaft und der Wehrmacht getroffen würde.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den Inhalt eines Briefes des Reichswirtschaftsministeriums, Abteilung Bergbau, bekannt, in dem die Situation auf dem Gebiete der Kohlenlieferung infolge einer vermehrten Wagengestellung für die nächste Zeit ziemlich günstig beurteilt werde. In dem Brief sei u.a. gesagt, daß sich für das Generalgouvernement die Möglichkeit bieten werde, den Erdgasversorgungsgebieten Kohle zuzuteilen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Erdgasfrage unter bergbaulichen Gesichtspunkten zu ernsten Besorgnissen Anlaß gebe. Der Druck des Erdgases sei in wenigen Monaten wesentlich heruntergegangen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bemerkt Ministerialdirigent Dr. Emmerich, daß man die Situation auf dem Gebiete der Kohlenversorgung zunächst als sehr ernst angesehen habe. Gleichwohl sei man bestrebt gewesen, jede Möglichkeit für die Beschaffung von Kohlen auszunutzen. Sobald es gelungen sei, kleinere Mengen Kohle zu erhalten, seien stillgelegte Betriebe wieder angelaufen. Er habe diese Bestrebungen auch von dem Gesichtspunkt aus gefördert, daß eine solche Wiederbeschäftigung der Betriebe dazu beitrage, die Arbeiterschaft an sie zu binden und zu verhindern, daß die Arbeiter ins Reich abtransportiert werden.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer betont, daß die Durchführung der großen Programme ungeheure Anforderungen an die Arbeitergestellung stelle. Dazu träten dann noch die neuen Aufgaben. Man habe deshalb auch 12 000 Mann in Baukompanien zusammengefaßt, die mit der Truppe an die Grenze gehen sollten. Darüberhinaus ständen noch weitere 10 000

Mann zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur ~~xxxxx~~ gibt zu bedenken, daß es sich weniger um den gegenwärtigen Status handle als vielmehr um die Situation, wie sie etwa in 6 Wochen sein werde. Man müsse unbedingt über eine Arbeiterreserve verfügen und daher bei Abtransporten polnischer Arbeiter ins Reich größte Vorsicht walten lassen.

Zur

Währungs- und Preisfrage

nimmt Bankdirigent Dr. Paersch das Wort. Er führt aus, daß die Währungslage durch einen günstigen Stand des Außenwertes der Währung gekennzeichnet sei. Das Reich sei dem Generalgouvernement gegenüber in starkem Maße verpflichtet. Dieser Tatbestand sei auf die starke Truppenbelegung des Gebietes und die damit zusammenhängende Notwendigkeit zurückzuführen, für die Geldversorgung der Truppe die nötigen Beträge zu überweisen. Mit zunehmender Truppenzahl hätten sich die Überweisungen im sogen. Kapitalverkehr erhöht. Soweit das Generalgouvernement noch in der Lage gewesen sei, über die Transportmittel, insbesondere die Ostbahn, die benötigte Einfuhr an Waren hereinzubringen, seien dafür auch erhebliche Gegenzahlungen an das Reich zu leisten gewesen, die diesem Kapitalverkehr entgegengestanden und ihn bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen hätten. Anfänglich sei es so gewesen, daß die Einzahlungen für die Überweisungen ans Reich zu einem Teil die Auszahlungen für Bedürfnisse der Wehrmacht ausglichen. Mit zunehmender Verschärfung der Transportlage, insbesondere dem zunehmenden Rückgang der Transporte der Eisenbahn angesichts der mangelnden Kohle, habe sich dieses Verhältnis verschlechtert.

Um nun die Geldbedürfnisse der Wehrmacht in vollem Um-

fange befriedigen zu können, habe die Emissionsbank im Wege des Kredits diese Lücke schließen müssen. Das habe zur Folge gehabt, daß sich der Notenumlauf anfänglich langsam, in letzter Zeit im Zusammenhang mit den eben angeführten Tatbeständen stark erhöht habe. Wenn man den 1.Juli 1940, nachdem der Umtausch der alten Noten der Bank Polski praktisch beendet war, als Normalstand annehme, dann betrage die Steigerung seit jenem Zeitpunkt bis zur Gegenwart 62 %.Diese Steigerung sei außerordentlich hoch und bedeute eine ernste Gefährdung für die Währung.

Eine weitere Möglichkeit der Währungsbeeinflussung bestehe theoretisch auf dem Gebiet der Entwicklung der hiesigen Finanzen. Sie sei aber bisher vermieden worden, Die Finanzen seien in Ordnung.-Eine weitere Gefährdung der Währung liege in der Kaufkraft der Preise des Inlandes. Das Verhältnis zwischen Währung und Preisen, wie es Ende 1939 bestanden habe, sei entscheidend dadurch geändert worden, daß die Wehrmacht nach der Eroberung des Gebietes das Interesse hatte, dieses Gebiet im weitmöglichsten Umfange auszubeuten. Monate lang seien Nahrungsmittel und gewerbliche Erzeugnisse aufgekauft und ins Reich geschafft worden. Die Wirkung sei naturgemäß das Verschwinden der Vorräte gewesen, sowie ein starkes Ansteigen der Preise. Durch Einführung der Preiskontrolle gelang es zwar, den ärgsten Auswirkungen dieser Erscheinungen entgegenzutreten, es sei aber doch eine ernste Beunruhigung der Währung geblieben. Unter großen Schwierigkeiten sei es dann gelungen, diese Beunruhigung der Währung im Frühling 1940 aus der Welt zu schaffen und seit dieser Zeit die unerläßlichen Voraussetzungen für die Fortentwicklung der Wirtschaft und die Stabilität der Währung zu sichern. Sie habe bisher angehalten. Für die Zukunft lasse sich nach dieser Richtung hin angesichts der gegenwärtigen Lage naturgemäß eine Prognose nicht geben.

Als günstiger Faktor sei festzustellen, daß das Vertrauen in die Währung bisher unvermindert bestehe. Wenn auch beobachtet werde, daß die Truppenteile sehr viel Geld abheben, daß viel Geld ausgegeben und viel gekauft werde, so könne man doch irgendwelche fühlbare Rückwirkung auf das Vertrauen zur Währung bisher nicht feststellen. Während die Einlagenbewegung bei den Kreditinstituten im August 1940 sofort einen Rückschlag erfahren habe, als die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen an der Ostgrenze auftauchte, sei eine solche Erscheinung jetzt nicht zu beobachten. Die Ursachen dürften einmal in der Tatsache liegen, daß die Aussichten der deutschen Waffen nunmehr über jede Diskussion erhaben seien, zum anderen darin, daß das Kreditgewerbe so flüssig sei, daß irgendwelche Befürchtungen hinsichtlich der Einlagen nicht beständen.

Anders liege es allerdings mit der Auswirkung auf die Preise. Die Wintermonate bis zum Anfall der neuen Ernte und der jeder Ernte zunächst vorausgehende vermehrte Bedarf an Gartenerzeugnissen und Gemüse böten ernährungsmäßig immer die größten Schwierigkeiten. Deshalb zeige auch das Preisniveau um die Zeit des beginnenden Frühjahrs gewisse Steigerungstendenzen. Weiter werde dieser Faktor aber noch dadurch beeindruckt, daß mit der starken Truppenbelegung eine neue Nachfrage aufgetreten sei. Dazu trete noch der Umstand, daß die einheimische Bevölkerung angesichts der unzureichenden Ernährung sehr stark darauf angewiesen sei, sich Nahrungsmittel im Schleichhandel zu kaufen. Seit der Zeit, in der die großen Truppenmengen ins Generalgouvernement gekommen seien, habe sich die Preissteigerungstendenz fortgesetzt verstärkt, und in der letzten Woche sei die Tendenz stürmisch geworden. Die Ursachen für diese Entwicklung lägen erstens in der Nachfrage seitens der zahlreichen Truppen, die besonders um Warschau herum sich befänden, zweitens in dem Umstande, daß seit 12. April auf der Ostbahn eine Reisesperre für Einheimische eingeführt ~~sei~~ und somit die Trans-

portfunktion der Ostbahn weitgehend ausgefallen sei, drittens in der Kontrolle, die auf den örtlichen Bahnstrecken, z.B. dem Warschauer Vorortstrecken erfolge. Gouverneur Dr. Fischer habe dankenswerterweise verfügt, daß solche Kontrollen des Zugangsverkehrs nicht mehr erfolgen sollten, weil die Sicherung einer einigermaßen zureichenden Versorgung der Millionenstadt immerhin ein dringendes und sachlich anzuerkennendes Problem sei. Diese Verfügung scheine allerdings praktisch nicht völlig durchgeführt zu werden. Ihm sei berichtet worden, daß wiederum Kontrollen stattgefunden haben sollen. Wenn die Ostbahn ihre Transportfunktionen nur sehr unvollkommen handhaben könne, dann sei eben die Zusatzversorgung auf den einzigen Weg der Zufuhr mit dem Panjewagen angewiesen.

Das infolge dieser Umstände eingetretene Anziehen der Preise habe vom Standpunkt der Währung aus beachtenswerte Auswirkungen. Wenn das Anziehen der Preise eine gewisse Mangellage erkennen lasse, dann werde in einer Stadt wie Warschau leicht eine Panik ausgelöst, weil die Menschen das Bestreben hätten, sich einigermaßen vorsorglich einzudecken. Eine solche Panikstimmung habe ebenfalls zusätzliche Preiserhöhungen zur Folge und sei geeignet, über den örtlichen Bezirk hinaus auch auf das Land überzugreifen. Angesichts der zentralen und beherrschenden Bedeutung von Warschau für das Generalgouvernement bedürfe diese Möglichkeit ernster Beachtung. Zum andern sei ein solches Ansteigen der Preise im Hinblick darauf unerwünscht, daß sich der Blick auf die Gebiete richte, die vor dem Kriege die Versorgung Warschaus vorgenommen hätten. Die Grenzziehung zwischen Reich und Generalgouvernement habe Warschau von seinen alten Versorgungsstätten, Wartheland und Ziechenau, abgeschnitten. Warschau werde jetzt vor allem von Lublin versorgt. Da diese Versorgung nicht ausreiche, versuche man, in Litzmannstadt und Ziechenau Ware zu kaufen. Dort müsse aber in Reichsmark bezahlt werden. Die Folge sei, daß versucht werde, Reichsmark schwarz anzukaufen. Das habe zur

Folge, daß der Kurs der Reichsmark im Schwarzhandel eine Steigerung um etwa 10 Groschen erfahren habe.

Die Frage, wie die Zukunft der Währung des Generalgouvernements zu beurteilen sei, könne dahin beantwortet werden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse noch eine Weile getragen werden könnten, unter der Voraussetzung, daß die starke Belegung des Generalgouvernements mit Truppen nicht mehr allzu lange aufrechterhalten bleibe, wofür allerdings leider keine Gewähr bestehe. Eine zweite Voraussetzung sei, daß die Währungsfrage nicht Gegenstand von Erörterungen oder Diskussionen sei. Er werde sich bemühen, alles zu tun, um diese Erscheinung zu verhindern.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Bankdirigent Dr. Paersch, daß das Vertrauen zur Währung nach wie vor bestehe und daß die Wehrmacht über die im Generalgouvernement geltenden Devisenbestimmungen informiert sei.

SS-Obergruppenführer Krüger hebt hervor, daß die Polizei vor etwa 3/4 Jahren den Auftrag erhalten habe, mehr als bisher eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels durchzuführen. Es sei zutreffend, daß Kontrollen sowohl auf den Zufahrtsstraßen wie auf den Bahnhöfen durchgeführt würden. Er habe seinerzeit im Einvernehmen mit Landesbauernführer Körner dafür gesorgt, daß die Aktion zur Ablieferung der Kontingente auf dem Lande durchgeführt werde. Zum andern habe man versucht, dagegen zu wirken, daß aus Überschußgebieten wie Lublin nicht alle möglichen Waren auf dem Schleichhandelswege nach Warschau gebracht würden. Nach einer Vereinbarung mit der Ostbahn sei den Polizeiorganen die Befugnis gegeben worden, die Bahnhöfe zu kontrollieren, zum Teil auch in den Zügen Kontrollen vorzunehmen, um Schleichhandelswaren zu erfassen. Auf diesem Wege habe man eine große Menge Waren beschlagnahmen können, und er sei bereit, in der nächsten Sitzung einen Überblick

über die Waren zu geben, die im Laufe eines Monats beschlagnahmt wurden. Wenn aber die Auffassung vertreten werde, daß es zur Zeit untunlich sei, den Schleichhandel zu bekämpfen, dann habe er von seinem Standpunkt aus nichts dagegen einzuwenden. Er könne nur dankbar sein für jeden Polizeibeamten, den er für eine andere Aufgabe einsetzen könne. Daß sich der polnische Polizeibeamte u.U. angesichts seiner schlechten Bezahlung am Schleichhandel beteilige, könne er bestätigen, wenn solche Vorkommnisse auch nicht verallgemeinert werden dürften.

Landesbauernführer Körner geht auf die Anordnung der Ostbahn ein, nach welcher keine Schleichhändler mehr die Züge benutzen dürften. Zunächst habe man die Linie von Lublin nach Warschau einer besonderen Regelung unterworfen. Bankdirigent Dr. Paersch habe gebeten, daß mit der Einführung dieses neuen Rechts gleichzeitig eine besonders scharfe Kontrolle an den Eingängen der Städte vorgenommen werden möchte, insbesondere bei Warschau. Er, Landesbauernführer Körner, habe die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft in Warschau angewiesen, das zu beachten, gleichzeitig aber gebeten, den Bogen nicht zu überspannen. Es komme nicht darauf an, schon jetzt den letzten Schleichhändler zu fassen, sondern das müsse im Laufe einer allmählichen Entwicklung geschehen. Er müsse [illegible] die größten Bedenken dagegen erheben, daß etwa generell die Schleichhandelsbekämpfung aufgegeben werden sollte, andererseits müsse man aber in Rücksicht ziehen, daß die Lebensmittelmengen für den polnischen Normalverbraucher nicht ausreichen. Deshalb habe man auch eine bestimmte Zahl von Lebensmittelprodukten aus der Wirtschaft herausgelassen, so Kartoffeln, Gemüse, Geflügel, um den Polen eine zusätzliche Verpflegung zu ermöglichen. Daher müßte es bei diesen Lebensmittelprodukten so gehandhabt werden, daß man die Zufuhren nicht etwa durch eine Kontrolle verringere. Daß die bewirtschafteten Lebensmittel

weiterhin einer scharfen Kontrolle unterliegen und der Schleichhandel in ihnen scharf bekämpft werden müsse, sei im Interesse der Erfassung der Ware auf dem Lande eine Selbstverständlichkeit. .

Präsident Gerteis ist der Auffassung, daß die von der Ostbahn getroffenen Maßnahmen vielleicht etwas falsch verstanden worden seien. Er habe sich, als er erfahren habe, daß zu einem gewissen Zeitpunkt der Höchstleistung eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs stattfinden solle, an Unterstaatssekretär Kundt gewendet und ihn gebeten, Vorsorge zu treffen, daß wenigstens diejenigen Polen die Züge benutzen dürften, die im deutschen Interesse führen. Inzwischen sei aber der Höchstleistungsfahrplan nicht eingetreten, sodaß diese Einschränkungsmaßnahme vielleicht etwas verfrüht gekommen sei. Praktisch habe sie sich so ausgewirkt, daß mit Ausnahme eines verhältnismäßig kleinen Kreises um Warschau, Krakau und Radom herum die Personenzüge heute außerordentlich schwach besetzt seien und infolgedessen die Einnahmen der Ostbahn stark zurückgingen. Nach oberflächlicher Schätzung handle es sich um einen täglichen Ausfall von etwa 300 000 Zloty.

Er habe weiter eine Umfrage darüber angestellt, wie sich der Verkehr abwickle, ob und wie die Bevölkerung zu ihrem Zulassungsschein komme. Er habe erfahren, daß es für Leute, die reisen müßten, außerordentlich schwierig sei, diesen Schein zu erhalten, da sie ihn beim Kreishauptmann beantragen müßten. Eine Unzahl von Menschen belagere die Bahnhöfe auf dem Lande und bitte dringend aus irgendeinem mehr oder minder stichhaltigen Grunde um die Zulassung. Es sei teilweise so geholfen worden, daß der Bahnhofsvorsteher selber die Notwendigkeit der Reise geprüft und von sich aus die Zustimmung gegeben habe. Inzwischen habe sich schon ein gewisser Handel mit solchen Scheinen

bemerkbar gemacht. Er gebe zu bedenken, ob es nicht möglich sei, für den Reiseverkehr wieder einige Erleichterungen einzuführen. Selbstverständlich habe er nicht beabsichtigt, mit diesem Reiseverbot die Währung in Gefahr zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß sofort Maßnahmen für eine Änderung dieses Zustandes getroffen werden.

Zur Frage der Unterkunft der Truppen bemerkt Abteilungspräsident Westerkamp, daß im allgemeinen die Verhältnisse besser seien, als man ursprünglich angenommen habe.

Präsident Watzke betont, daß man eigentlich überall ausreichende Ausweichmöglichkeiten für den Schulbetrieb gefunden habe. Das Schuljahr dauere noch 7 - 8 Wochen, und es würde sich empfehlen, jetzt keine grundlegenden Änderungen mehr vorzunehmen, da sonst auch die Lücke bis zum Beginn des neuen Schuljahres zu groß werden würde. Besonders bedrohlich sei die Tatsache, daß die Fachschulen fast sämtlich von deutschen Truppen besetzt seien. Dadurch werde die Heranbildung des Nachwuchses gefährdet.

Abteilungspräsident Ohlenbusch nimmt kurz zur Frage des Verhältnisses von Propaganda zur Truppe Stellung und teilt mit, daß sich, soweit er es übersehen könne, die propagandistische Tätigkeit vor allem auf die kulturpolitische Betreuung der Deutschen und der im Generalgouvernement sich aufhaltenden Angehörigen der Wehrmacht gerichtet habe. Die Deutschen und die Angehörigen der Wehrmacht seien mit Schriften, sowie mit Film-, Theater- und Musikaufführungen bedacht worden. Angesichts der starken Truppenbelegung des Generalgouvernements werde man für die nächsten Monate an eine Ausweitung dieser Veranstaltungen denken müssen, und er sei bemüht, geeignete Kräfte aus dem Reich heranzuziehen. In Krakau sei eine Art Vergnügungspark unter

der Bezeichnung "Zur alten Kasematte" eröffnet worden. An der Eröffnungsfeier hätten Vertreter der Wehrmacht, der Polizei und SS teilgenommen. Es sei beabsichtigt, auch in den kleineren Städten mindestens ein Bierzelt mit einer kleinen Musikkapelle nach bayerischer Art zu errichten.- Eine Beeinflussung der polnischen Beamten werde nur in engster Zusammenarbeit der Abteilung Propaganda mit den anderen Abteilungen möglich sein. Dafür sei nun der Propagandaring gegründet worden. Der zuständige Referent habe bei den Abteilungen festzustellen, was an Planungen vorliege und wie z.B. Gesetze unter der Bevölkerung verbreitet werden könnten. Für sehr geeignet halte er auch die Lautsprecherpropaganda. Mehr als bisher müsse auch der Film in die Propaganda eingeschaltet werden, auch müßten Flugblätter und bebilderte Broschüren an die Schüler verteilt werden, die sie dann ihren Eltern bringen könnten.

Auf eine Anregung des Landesbauernführers Körner, die "Soldatenzeitung" besonders für die Aufklärung über die Ordnung und Regelung der Dinge im Generalgouvernement einzusetzen, bemerkt Abteilungspräsident Ohlenbusch, daß die Soldatenzeitung in eigener Regie von der Wehrmacht herausgegeben werde und er kein Mittel habe, auf ihre Gestaltung einzuwirken, da sie von Angehörigen der Propaganda-Kompanie redigiert werde. Pressepolitisch habe er jedenfalls auf diese Zeitung keinen Einfluß und bitte daher Landesbauernführer Körner, sich deshalb direkt mit den maßgebenden militärischen Instanzen in Verbindung zu setzen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß die UK-Stellungen von Beamten und Angestellten reibungslos vor sich gingen, insbesondere da ~~bei dem~~ in Krakau für diese Frage ein eigenes Wehrmachtskommando errichtet worden sei. Ein Abzug von Beamten aus dem Reich, der nicht die Billigung der Regierung finden würde, sei schon seit geraumer Zeit nicht mehr erfolgt. Selbstverständlich leide man darunter, daß das zur Verfügung

stehende Material quantitativ nicht hinreiche und auch nicht über die Friedensqualität verfüge.

Gegenüber dem Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß es unbedingt notwendig sei, eine Verwaltungsschule für die Beamten, auch für die polnischen Beamten zu schaffen, bemerkt Staatssekretär Dr. Bühler, daß jetzt schon auch die mit Spezialaufgaben betrauten Einzelabteilungen dazu übergingen, dem Personal eine spezielle Schulung zu geben. Im übrigen seien keine besonderen Umstände zu beobachten, aus denen irgendeine Beunruhigung geschlossen werden könnte. Die Durchführung der Maßnahme zur Zurückführung der Frauen und Kinder ins Reich sei einigermaßen schwierig gewesen und sei noch nicht restlos abgeschlossen; aber auch diese Frage werde wohl in etwa 14 Tagen erledigt sein.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob schon in der nächsten Zeit eine größere Unruhe eintreten werde, wird von Oberstleutnant Fischer verneint. Er habe keine besonderen Nachrichten und Informationen, glaube aber nicht, daß vor 4 Wochen irgendetwas zu gewärtigen sei. Was die Verkehrssperre angehe, so sei der Truppensachverständige der Auffassung, daß eine Lockerung nicht angebracht sei. Dagegen, daß die noch verkehrenden Züge auch von Polen benutzt würden, sei an sich nichts einzuwenden.

Abteilungspräsident Westerkamp hält es für richtig, es hinsichtlich einer Lockerung der Verkehrssperre bei den bestehenden Bestimmungen zu belassen und nur durch interne Anweisungen, vielleicht auf dem Umwege über die Bahnhofsvorsteher, für eine entsprechende Regelung zu sorgen.

Präsident Gerteis will jedoch diese Regelung nach wie vor den Kreishauptleuten überlassen wissen, da sie die Zulassungsscheine ausstellten.

Der Herr Generalgouverneur hält es gleichwohl für angebracht, in dringenden Fällen den Eisenbahndienststellen die Ermächtigung zu geben, unter der Voraussetzung, daß die Genehmigung formell beim Kreishauptmann eingeholt werde.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13^{15} Uhr.

======

3

Gefertigt in 3 Exemplaren:
1 Exempl. für StS. Dr. Bühler
2 " f.d.A. Kanzlei d.GG.

30.5.1941

Regierungssitzung
----

im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes,
Dienstag, 20. Mai 1941.

=====

IV/3

Beginn der Sitzung: 11^{00} Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler: Herr Generalgouverneur, meine Herren! Die letzte Sitzung der Regierung des Generalgouvernements hat am 25. März d.J. stattgefunden. Sie haben mich beauftragt, für heute eine neue Sitzung anzuberaumen. Anlaß zu dieser Sitzung bietet zunächst einmal die allgemeine Kriegslage mit ihren besonderen Ausstrahlungen auf das Gebiet des Generalgouvernements. Wir stehen heute vor einer ähnlichen Situation wie vor 6 Wochen. Die Ereignisse, die damals vor der Tür standen, haben sich jedoch infolge des jugoslawisch-griechischen Feldzuges um 6 Wochen verschoben.

Vor wenigen Tagen ist innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung ein Ereignis eingetreten, das geeignet war, allen guten Nationalsozialisten das Blut in den Adern erstarren zu lassen. Sie, Herr Generalgouverneur, haben aus berufenstem Munde Erklärungen über den Fall Heß entgegengenommen, und ich darf die Bitte an Sie namens der Regierung übermitteln, eine Ausrichtung in dieser Frage vorzunehmen.

Als dritter Punkt der Tagesordnung steht der Arbeits- und Ernährungsplan der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zur Debatte. Ich hoffe, daß bei Durchführung dieses Planes die endgültigen politischen Linien der Agrarreform im Generalgouvernement festgelegt werden, und daß das Ergebnis dieses Planes uns künftig von allen Ernährungsschwierigkeiten befreien wird.

Generalgouverneur Dr. Frank: Meine Herren! Eine Ausrichtung wird wohl nicht nötig sein. Ich nehme an, daß Sie sich alle das, was zum Fall Heß zu denken ist, selber gedacht haben. Ich möchte Ihr Ersuchen, Herr Staatssekretär, dahin auslegen, daß damit nicht irgendwie beabsichtigt ist, eine Korrektur an der Stimmung vornehmen zu wollen. Ich nehme an, daß Ihre Bitte um Ausrichtung so zu verstehen ist, daß Sie das eine oder andere, was allenfalls von allgemeinem Interesse ist, hören wollen. Es wäre sehr traurig, wenn eine Ausrichtung notwendig wäre.

Ich möchte zu dem so weltbewegend aufgezogenen Fall Heß ganz kurz nur sagen, daß er eigentlich überwunden ist. Ich muß gestehen, daß das Ereignis, dass ein Mann aus irgendwelchen psychologischen Zuständen heraus über Bord geht, ein Mann, der als Idealist vielleicht durch ein persönliches Opfer in den Ablauf des Schicksals eingreifen und die Friedenssituation zwischen Deutschland und England herbeiführen zu können glaubte, - daß dieses Ereignis wohl etwas ungewöhnlich ist, da es sich um den Stellvertreter des Führers in eigenster Person handelt. Aber dieses Ereignis ändert an der Kriegslage nichts. Denn die Kriegslage und die allgemein politische Lage der Welt wird nicht dadurch entschieden, ob ein Mann mehr oder weniger da bleibt, der nicht unbedingt selber die Führung hat. Die Entscheidung hängt lediglich davon ab, ob ein ganzes Volk entschlossen ist, dem ihm vom Schicksal gegebenen Führer bis in den Tod zu folgen und jedes Opfer zu bringen. Durch den Fall Heß im buchstäblichen Sinn des Wortes - er ist gefallen - ist aber diese grundsätzliche und allein weltgeschichtlich entscheidende Situation in keiner Weise tangiert. Ich glaube vielmehr, daß sich angesichts des Schmerzes, den jeder deutsche Volksgenosse über dieses Verhalten eines der prominentesten und bevorzugtesten Mitglieder der NSDAP spürt, das deutsche Volk noch inniger und noch herzlicher und noch bereiter um seinen Führer scharen wird. Ich meine, daß dieser Fall Heß, der einige Tage hindurch in der Welt Aufsehen erregt hat, für die ge-

samten Reichslande in keiner Weise mehr sich irgendwie nennenswert wird auswirken können.

Für die Regierung des Generalgouvernements und für die Lage im Generalgouvernement spielt dieser Fall Heß nur insofern eine Rolle, als allenfalls in der fremdsprachigen Bevölkerung dieses Gebietes unter dem Einfluß der Flüsterpropaganda oder anderen illegalen Einwirkungen eine Stimmung hervorgerufen werden könnte, die etwa dem Wunschbild der englischen Propaganda entspräche, nach welchem das Verlassen des Führers durch seinen Stellvertreter eine Schwächung der nationalsozialistischen Reichsgestaltung und der Kriegspolitik Deutschlands darstellt. Inwieweit dadurch die sogen. Widerstandsbewegung oder andere antideutsche Organisationen der Polacken einen Auftrieb erfahren haben, diese Frage wird von den zuständigen Sicherheitsinstanzen des Generalgouvernements mit Nachdruck geprüft werden. Sie können überzeugt sein, daß aus dieser subversiven Ausbeutungswelle des Falles Heß eine irgendwie geartete Gefahr für die Führung dieses Gebietes im deutschen Sinne nicht im entferntesten entsteht. Im übrigen ist das Flugzeug von Heß leider nicht im Generalgouvernement, sondern in Schottland niedergegangen. Für uns ist es daher aus rein geographischen Gründen gar nicht möglich, uns weiter mit diesem Fall zu beschäftigen. Was der Fall Heß für mich als Parteigenossen bedeutet, habe ich gestern im Rahmen einer Parteibesprechung gesagt. Es ist ein Fall, der im wesentlich uns Parteigenossen angeht und der das Schicksal des Führers eben in so monumentaler Weise herausstellt, weil er immerhin doch zeigt, von welchen gigantischen einmaligen Spannungen ein Schicksal umgeben und durchtost ist, das so wie das Schicksal des Führers bestimmt ist, eine neue Welt zu formen. Neben den gigantischen Siegestriumphen Adolf Hitlers tritt das Empfinden, daß dieser Mann bestimmt zu sein scheint, die schmerzlichsten Enttäuschungen einem Märtyrer gleich in einem kaum jemals in der Weltgeschichte erlebten Ausmaß ertragen zu müssen. Zwischen Beglückung und Triumph einer-

seits und Schmerz und abgrundtiefer Enttäuschung andererseits spielt sich eben jenes Leben ab, das so wie das Leben Adolf Hitlers bestimmt ist, das göttliche Werk der Schöpfung dieser Welt menschlich zu vollenden.

Als ich den Führer am Dienstag letzter Woche auf dem Berghof erlebte, als er mir den Brief von Rudolf Heß zum Lesen gab und mich um meine Meinung fragte, da mußte ich mich an viele schwere Stunden erinnern, die ich persönlich mit diesem Mann schon durchgemacht habe. Das reicht weit zurück in die Jahre 1920 und 1921, als die ersten schweren Kämpfe in der Bewegung schon spürbar waren. Das ging dann über die Fälle Stennes, Gregor Strasser, Röhm bis in diese Zeit. Aus welchen Gründen Heß immer gehandelt, aus welchen Strömungen heraus er immer den Führer verlassen hat, es ist und bleibt ein Übergang zum Feinde gegen den ausdrücklichen Befehl des obersten Kriegsherrn und ist als solcher auch zu werten. Was für den kleinen Soldaten gilt, der auch nicht seinem Idealismus und seinen persönlichen Neigungen huldigen darf, das gilt in besonderer Form für die verantwortlichen Männer des Reiches. Je näher sie dem Führer stehen, desto gewaltiger ist ihre Verantwortung, vor allen Dingen auch die Verantwortung, Vorbild zu sein.

Deshalb ist es für uns im Generalgouvernement eine besonders große Freude, daß wir jedenfalls dem Führer aus vollem Herzen auch von Regierungs- und Staatsseite das Gelöbnis der Treue und der absolut klaren Zielsicherheit unseres Verhaltens ablegen können. Wir können daher zum Fall Heß abschließend sagen: möge es der letzte Fall eines Prominenten des Reiches und der Bewegung gewesen sein. Wir wünschen es dem Führer; denn von seiner Kraft, seiner Energie, seiner Glaubensstärke hängt unser aller Schicksal ab. Was wären wir ohne den Führer!

Es kann nicht jeder sein eigenes Schicksal dem des Führers entgegenstellen, er darf nicht seinen eigenen Neigungen nachgehen und seinem eigenen Ideenflug nachziehen wollen. Im Krieg ist man Soldat und gehorcht, ganz gleich,

wo man steht. Wer das nicht kann, den soll verdientermaßen die Strafe für den Ungehorsam treffen. Heß ist gestraft. Der Führer hat ihn mit Schimpf und Schande aller seiner Ämter enthoben. Die Position des Stellvertreters des Führers ist gestrichen, ein Nachfolger nicht ernannt. Der Name Heß wird in der Geschichte der Partei getilgt. Alles, was nach ihm benannt war, wird umbenannt; alle Stellen, die an ihn erinnern, werden ausgelöscht. Das ist eine ernste Mahnung, daß der Führer entschlossen ist, mit der äußersten Energie die Autorität des Reiches und die Geschlossenheit der Führung sicherzustellen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß der Führer härter und siegessicherer denn je ist, daß er das, was für ihn menschlich ein schrecklicher Fall war, überwunden hat und daß er wieder in vollem frischem Arbeiten steht, um den neuen schweren Aufgaben zu entsprechen, die ihm das Schicksal gestellt hat.

Ich glaube, daß bei uns im Generalgouvernement dieselbe Methode einzuschlagen ist. Auch wir haben alle miteinander einen schweren Schlag erlitten,weniger wegen des Verlustes von Heß als wegen des Mitgefühls mit unserem lieben Führer. Das war ja der eigentliche Schmerz, daß sich jeder sagte: dem Führer bleibt doch, weiß Gott, nichts erspart. In diesem Mitgefühl ist sich heute das große, weite herrliche deutsche Volk einig. Aus diesem Schlag, den wir alle verspürt haben, kehren wir wieder unseren Blick zur Arbeit und setzen diese Arbeit entschlossener und härter denn je fort. Ich bitte Sie sehr, meine Herren, dafür zu sorgen, daß diese Debatten über den Fall nunmehr endgültig abgeschlossen werden. Bis weitere Weisungen des Führers oder weitere Publikationen kommen, wünsche ich nicht, daß auch im kleinsten Kreis über diesen Fall weiter gesprochen wird. Was erledigt ist, ist erledigt. Der Name darf auch nicht einmal mehr im kritischen Sinne weiter gepflegt werden. Ich möchte Sie sehr bitten, ein Beispiel von Disziplin zu geben und nicht immer weiter zu fragen, zu forschen und zu wühlen. Denn wenn man über einen solchen Fall überhaupt

reden kann, dann könnte man bis ans Ende seines Lebens weiter sprechen und würde ihn doch nicht verstehen können. Daher ist es besser, wenn man erst gar nicht damit anfängt.

Ich möchte Sie also sehr bitten, daß Sie in diesem Sinne Ihren untergeordneten Dienststellen gegenüber auftreten und überall durchblicken lassen, daß auch im engsten kleinen Zirkel der Fall Heß nicht mehr erörtert werden soll. Für die Partei habe ich ein ausgeprägtes Verbot in dieser Richtung erlassen. Ich stelle fest, daß der Fall Heß nicht zu einer Schwächung der Partei und der Bewegung, sondern zu einer Stärkung der Position der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei geführt hat.

Die Position des Stellvertreters des Führers, die nunmehr weggefallen ist, war bei uns durch den Pg. Schalk als Beauftragten des Stellvertreters des Führers vertreten. Seine Vollmacht in diesem Hinblick ist selbstverständlich auch erloschen. Aber Parteigenosse Schalk, der mein persönliches vollstes Vertrauen und das Vertrauen des Führers genießt, ist von mir als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP mit meinen Vertretungsvollmachten für die Führung der Partei im Generalgouvernement betraut und wird in dieser Eigenschaft auch einen uns allen wertvollen Verbindungsmann zur Parteikanzlei der NSDAP abgeben.

Die Struktur der Partei hat nach der Erklärung des Führers eine grundsätzliche Änderung erfahren, da nunmehr die Reichs- und Gauleiter unmittelbar unter dem Führer stehen. Der bisherige Stellvertreter des Führers war parteiorganisatorisch der dienstliche Vorgesetzte der Reichs- und Gauleiter. Nunmehr ist die ausschließliche Unterstellung der Reichs- und Gauleiter unter den Führer verfügt worden. Die Parteikanzlei ist nicht die Fortsetzerin des Stabes Heß. Die Aufgabe der Parteikanzlei liegt ausschließlich in der Information des Führers und der Vermittlung des Verkehrs zwischen den einzelnen Dienststellen. In diesem Sinne hat mir auch Reichsleiter Bormann gestern einen Brief

geschrieben, in dem er mich ersucht, das Vertrauen in ihn zu setzen, daß er gewillt sei, die Interessen der Reichs- und Gauleiter zu vertreten, und daß er im übrigen die Arbeit der Reichs- und Gauleiter in vollem Umfange als dem Führer unmittelbar unterstehend ansieht. Welche Auswirkungen das für uns hier hat, ist für die Regierung des Generalgouvernements an sich nicht von unmittelbarer Bedeutung. Eins muß ich aber sagen: die Arbeit der NSDAP im Generalgouvernement zeigt angesichts des Wirkens des Reichsleiters Bormann die Entwicklung einer stetigen Förderung. Die Tendenz zur Einheit der Bewegung, wie sie doch immerhin als einer der Vorteile des Stabes Heß, der der Geschichte angehört, zu verspüren war, hat sich im Generalgouvernement als ein der Einheit der Verwaltung entsprechendes Prinzip durchaus bewährt. Zwischen dem Leiter des Arbeitsbereichs, dem Reichsleiter, und dem Führer steht nunmehr niemand. Wir sind also auch auf dem Gebiete der Partei dem Führer ausschließlich und unmittelbar unterstellt, sodaß eine völlige Gleichstellung der Partei und des Staates hinsichtlich der Stellung zum Führer gegeben ist.

Die Strukturwandlung, die sich weiterhin daraus ergibt, daß nunmehr die Reichsleiter auch selbst wieder die Vertretung der Partei gegenüber den Reichsministerien unmittelbar durchführen, wird für die Regierungsstellen des Generalgouvernements zur Folge haben, daß auch ein direkter Verkehr mit den einzelnen Reichsleiterdienststellen möglich ist. Ich würde trotzdem bitten, meine Herren, daß Sie sich bei solchen unmittelbaren Verhandlungen mit den Reichsleitungsdienststellen des Parteigenossen Schalk auch in der Form bedienen, daß Sie ihn über solche Verhandlungen auf dem laufenden halten. Das liegt auch durchaus in Ihrem eigenen Interesse. Die jeweilige Aufklärung des Pg. Schalk über die einzelnen Vorgänge in der Partei und in der Politik des Generalgouvernements ist unerläßlich notwendig. Sie dient auch meiner Unterrichtung als Reichsleiter der NSDAP über die parteipolitischen Vorgänge im General-

gouvernement. Weisungen im parteipolitischen Sinne können Sie künftig nur durch den Reichsleiter erhalten. Ich selber kann Weisungen nur noch vom Führer bekommen. Ich bitte Sie also, diesem für die Parteigeschichte sehr wichtigen Vorgang Ihre Aufmerksamkeit zu widmen, mir aber auch dabei zu helfen, daß entsprechend dem Ausbau der Einheit der Verwaltung die Einheit der Parteiführung hier im Generalgouvernement mit rücksichtsloser Härte hier durchgehalten wird.

Für die Reichspolitik und für die Reichslage allgemein wird in gleicher Weise verfügt, daß die Funktionen des bisherigen Stabes Heß zunächst einmal daraufhin untersucht werden, ob sie vom Führer selber noch übernommen werden müssen oder an die einzelnen Reichsleiter abgegeben bezw. an die Ministerien geleitet werden können. Hier befinden wir uns im Zeitpunkt der Sichtung dieser verschiedenen Zuständigkeiten. Auch hier wird wohl einähnliches Prinzip Platz greifen. Auch im Reich muß eine möglichst einheitliche Führung der parteipolitischen Willensrichtung gegenüber den Reichsdienststellen stattfinden, ähnlich, wie es bei uns der Fall ist.

Für die Wehrmacht bedeutet der Fall Heß an sich nur die Feststellung, daß eben der Tag des Sieges auch durch solche Ereignisse nicht hinausgerückt wird. Mögen die Gegner triumphieren und allenfalls da und dort noch glauben, mit einem Zerfall des Siegeswillens in der Wehrmacht rechnen zu können, sie werden sich schwer täuschen. Die Wehrmacht des Reiches weiß, welche Aufgaben ihr vom Führer gestellt sind, und wird diese Aufgaben auch in Zukunft in vorbildlicher Weise lösen. Die Wehrmacht gehört zum Führer genau so wie die Partei. Sie sind seine beiden großen Schöpfungen, von seinem Geist durchdrungen. Wie der Führer Soldat, Politiker, Staatsmann, Gestalter, Volksführer und Weltanschauungsgründer in einer Person ist, so sind auch Wehrmacht und Partei vom Führer wiederholt als das Fundament der beiden Säulen unseres Volksaufbaus bezeichnet worden.

Ich möchte für das Generalgouvernement die Feststellung treffen, daß durch alle diese Ereignisse eine irgendwie geartete Hemmung unserer Arbeit nicht eingetreten ist. Ich habe Ihnen in der letzten Regierungssitzung bereits mitgeteilt, daß mir der Führer am 17. März d.J. die gesamten Vollmachten des Generalgouverneurs restlos bestätigt und außerdem ausdrücklich betont hat, daß ohne Rücksicht auf die allenfallsige militärische Entwicklung dieses Gebietes das Generalgouvernement als Führungszentrale aufrechterhalten bleibt. Wir stehen ja in unserem Gebiet vor Schwierigkeiten, die wir alle heraufkommen sahen, die wir auch schon öfter nach allen Richtungen hin erörtert haben, Schwierigkeiten, zu deren Überwindung wir eine Fülle von Maßnahmen eingeleitet haben. Wir stehen ganz zweifellos vor einer Verstärkung des Interesses, welches das Deutsche Reich am Ostraum Europas nimmt. In welcher Weise das geschieht, ob friedlich oder mit andern Mitteln, ob es überhaupt geschieht und wann es geschieht, - alle diese Frgen entscheidet der Führer selber. Aber vorbereitende Maßnahmen insbesondere militärischer Art müssen für jeden Fall der Entwicklung der Ostpolitik getroffen werden. Das bedeutet nun nicht, daß wir schon unmittelbar vor dem Krieg stehen. Es bedeutet aber auf jeden Fall, daß der Führer gewillt ist, dieses Gebiet niemandem auszuliefern.

Wir werden in den nächsten Tagen das großartige Schauspiel einer wesentlichen Verstärkung der im Lande befindlichen Truppe erleben. Was wir bis jetzt im Lande haben, ist etwa ein Zehntel dessen, was noch kommen wird. Wenn Sie sich das vor Augen halten, so werden Sie begreifen, meine Herren, daß nunmehr die ernsteste Entwicklungsstunde des Generalgouvernements unmittelbar bevorsteht. Wenn sich irgendwann einmal die Autorität der Führung dieses Gebietes bewähren muß, dann in den kommenden Wochen. Ich kann nicht oft und nachdrücklich genug, ich muß nunmehr mit aller Schärfe den in diesem allenfallsigen Operationsgebiet verantwortlichen Chefs der Verwaltung heute schon ankündigen,

daß ich vom Führer unmittelbar mit allen Vollmachten des Kriegsrechtes betraut bin, daß ich damit Herr über Leben und Tod in diesem Gebiet zu sein mich anschicke. Und ich werde nicht dulden, daß in diese Vollmacht von irgendjemandem der geringste Zweifel oder irgendeine Spaltung hineingetragen wird. Ich werde jeden Versuch, die klare Führung dieses Gebietes inskünftig zu verwirren, mit der unmittelbaren sofortigen Inhaftnahme des Verantwortlichen, ganz gleich, welchem Arbeitsbereich er angehört, ahnden. Ich erkenne in diesem Gebiet nur eine Autorität an, die des Reiches, die auf dem Gebiet des Militärs von den Wehrmachtbefehlshabern und auf sämtlichen übrigen Gebieten ausschließlich durch den Generalgouverneur dargestellt wird.

Ich werde zur Sicherstellung der Diszipliniertheit dieses Gebietes eine außerordentliche Kommission einsetzen. Darüber werden Sie in den nächsten Tagen Anweisungen erhalten. Sie werden diese Richtlinien an Ihre Dienststellen weitergeben. Sie werden von mir mit allen Vollmachten betraut, sodaß die Regierungsmitglieder in ihren Bereichen wie auch die Herren Gouverneure territorial die disziplinarischen Maßnahmen sofort zu ergreifen imstande sind. Durch eine besondere Verordnung wird ein außerordentliches Disziplinarrecht für die im Generalgouvernement beschäftigten Beamten und Angestellten geschaffen werden. Ich werde der Polizei bei einer etwa notwendig werdenden Bekämpfung eines Widerstandes die Weisung erteilen, in engster Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" unbedingt dafür zu sorgen, daß die Sicherheit dieses Gebietes unter allen Umständen aufrecht erhalten wird.

In den kommenden drei Monaten wird das Generalgouvernement vielleicht in den Mittelpunkt größter weltgeschichtlicher Auseinandersetzungen gerückt. Hier kann man nicht über dies oder das debattieren, was besser oder schlechter, was friedlicher oder unfriedlicher ist. Jetzt regiert vielleicht Mars die Stunde.

Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht ist das große Problem der Verwaltung dieses Gebietes. Im allgemeinen bin ich zufrieden. Ich kann mir vorstellen, daß die Schwierigkeiten in den nächsten Wochen auf allen Gebieten steigen werden. Ich will Ihnen, meine Herren, darum Gelegenheit geben, uns diese Schwierigkeiten feststellend oder voraus-schauend darzustellen. Aber es ist gänzlich belanglos, was nunmehr in den kommenden Monaten im einzelnen geschieht, wenn nur die Gesamtordnung in diesem Bereich aufrechterhalten wird und wenn klar und immer zielsicher der Befehlsapparat auch der politischen und staatlichen Führung dieses Bereiches intakt bleibt. Ich will damit sagen: der einzige Zweck des Generalgouvernements in den kommenden Monaten ist die Sicherstellung der etwa notwendig werdenden kriegerischen Maßnahmen und ihre Durchführung, und zwar so, wie das als eine Notwendigkeit den Wehrmachtplänen entströmt. Das Generalgouvernement ist jetzt eine Einrichtung des Krieges. Ich bitte Sie daher, meine Herren, sich in den nächsten Wochen und Monaten keine überflüssigen Sorgen zu machen. Ich stelle fest, daß bis zum heutigen Tage die Aufbauarbeit des Generalgouvernements in der Regierung, in den Distrikten, in Kreisen und Städten, in den einzelnen Behörden und Bereichen, in der Polizei und all'überall so vorbildlich und hervorragend ist, daß sie höchsten Lobes würdig ist. Sie wissen ja auch, daß der Führer wiederholt dieses Lob ausgesprochen hat. Erst unlängst wurde noch bei einer Besprechung der Ernährungslage das Generalgouvernement als das einzige seit September 1939 deutsch gewordene Gebiet bezeichnet, das dem Deutschen Reich keinerlei Ernährungsschwierigkeiten bereite, ja darüber hinaus noch an die Wehrmacht abliefere,- ein großer Erfolg der Regierungsarbeit, insbesondere auch unsere Parteigenossen Körner. Aber für alle anderen Gebiete gilt das gleiche: neue Einrichtungen werden geschaffen, Straßen und Häuser gebaut und auch in der Verwaltungsorganisation wird der Wille des Reiches machtvoll verwirklicht. Mit Schärfe und Gerechtig-

keit wurde das Schwert des Führers geschwungen. Es wurden somit hier die Grundlagen einer ostpolitischen Entwicklung aufgerichtet, wie sie in dieser Intensität und Klarheit noch niemals in der deutschen Geschichte vorhanden waren.

Was in diesen 1 1/2 Jahren von allen Männern des Generalgouvernements einschließlich Polizei und SS geleistet wurde, ist ein Ruhmesblatt der deutschen kolonisatorischen Geschichte. Wir können alle stolz darauf sein, auch stolz darauf, daß wir untereinander und miteinander eine menschliche Gemeinschaft, eine persönliche deutsche Kameradschaftseinheit geworden sind. Ich glaube jedenfalls: wo immer Sie im Laufe Ihrer weiteren Lebensentwicklung hingestellt werden, Sie werden Ihren Dienst in der ersten Zeit des Generalgouvernements als eine stolze ~~xxxxxxx~~ Erinnerung für Ihr künftiges dienstliches und persönliches Leben mitnehmen.

Von diesem Generalgouvernement der ersten Zeit, von dieser Arbeit heißt es jetzt Abschied nehmen. Wir kommen nunmehr in ein Zwischengelände, in welchem erneut nicht die Ordnung, nicht eine über den Tag hinaus gehende Planung, sondern ausschließlich die Beherrschung der Tagesnotwendigkeiten kriegerischer Art unsere Aufgabe ist. Wir werden Tausende von Polen und viele Zehntausende von Juden vielleicht dem Hungertod anheimgestellt sehen. Wir werden die Straßen, die wir gebaut haben, vielleicht wieder zerstört sehen; wir werden die Ernten, die wir uns gesichert haben, wieder vergeudet sehen. Wir werden vieles von dem, was wir aufgebaut haben, nach Ablauf dieser Zwischenperiode nicht mehr wiederfinden. Aber das darf uns nicht daran hindern, unsere Pflicht weiter hart und entschlossen zu tun. Denn wenn diese operativen Maßnahmen auf allen Gebieten sicherungsmäßig vorbereitet werden können, dann ist das mit ein großes Verdienst des Generalgouvernements und Ihrer Arbeit, meine Herren.

Es ist klar, daß dieser Zeitraum, der vor uns liegt, nicht mit normalen Erwägungen behandelt werden kann. Man kann hier nicht nach den Methoden einer ausgerichteten,

sachlichen - ich möchte fast sagen: dem bürgerlichen Zeitalter angehörenden Verwaltungspraktik abwägen. Es wäre eine Möglichkeit gewesen, die Frage der Durchhaltung der Führung dieses Gebietes auch so zu entscheiden, daß man gesagt hätte: wir sperren das Generalgouvernement zu, wir machen draußen ein Siegel hin, Bühler und Krüger machen an ihre Zimmer ein Schild: verreist.

(Heiterkeit)

Und Sie alle machen das auch so. Dann kommen einige wundervolle Lastwagen der Wehrmacht herangefahren, beziehen hier die Räume, und dann wird hier in den nächsten Monaten das Militär verwalten. Der Führer hat das aus begreiflichen Gründen abgelehnt. Wir bleiben also. Daraus dürfen Sie nun nicht den Schluß ziehen, daß man, weil wir in den nächsten Monaten als Verwaltungsbehörde bleiben, von uns die gleiche Verwaltungsverantwortung verlangt. Sie liegt nun nicht mehr im Planen, im Sichten, im Ordnen, im Aufbauen, sondern ausschließlich in der Unterstützung des soldatischen Elements. An sich ist es eine Auszeichnung, daß wir das tun können. Betrachten Sie es als eine solche. Machen Sie jetzt in den kommenden Monaten die Ohren steif, machen Sie vor vielem die Augen zu und reden Sie nicht in großen,weiten Zusammenhängen zuviel von Aufbauplanungen aller Art, es sei denn, daß wir damit wie bei den heutigen drei Punkten der Tagesordnung ein weitschauendes Ziel verfolgen.

Ich bitte Sie, Ihren Kompaß immer auf die Entwicklung der Reichspolitik hier im Ostraum eingestellt zu lassen. Das ist ja auch die Richtung, in der das Generalgouvernement liegt. Bleiben Sie auch geschlossen immer in Verbindung mit der Zentrale hier. Im übrigen müssen Sie mit den örtlichen Schwierigkeiten örtlich fertig werden. Die türmen sich, wie wir das heute noch aus den Berichten hören werden. Aber das ist erst ein kleiner Anfang. Es wird nicht menschenmöglich sein, dieses Gebiet in den kommenden Monaten zu führen und dabei etwa anzunehmen, man könnte Schäden in weitestem Umfange vermeiden. Meine Herren, Sie sind von die-

ser Verantwortung befreit. Wir machen heute gleichsam eine Schlußbilanz der bisherigen Entwicklung. Dann kommt die Zwischenzeit, und dann machen wir - oder sagen wir : diejenigen, die unsere Arbeit hier im Generalgouvernement fortsetzen, die Eröffnungsbilanz einer neuen großen ostpolitischen Form. Ich möchte das so drastisch, ja geradezu kaufmännisch auch aus dem Grunde feststellen, weil es gerecht ist, zu sagen, daß für die jetzt eintretenden Schwierigkeiten die Regierung des Generalgouvernements keine Verantwortung trägt. Sie kommen aus Entwicklungslagen, die über und außerhalb des Verantwortungsbereiches der Regierungsstellen, des Generalgouvernements liegen. Aber wir können doch auch heute schon sagen, daß uns die Verantwortung trotz der Schwierigkeiten, trotz der notvollsten Entwicklung auferlegt ist, klar, sachlich, beherrscht und absolut aktiv am Werke zu bleiben. Soll mir keiner kommen und sagen: jetzt ist die Zeit des friedlichen Beiseitetretens, des Daumendrehens, sondern jetzt kommt gerade die Zeit einer anders gearteten Aktivität. Es ist ein eigenartiger Vorgang, aber was wäre im Generalgouvernement nicht eigenartig gewesen? Was haben wir erlebt, was nicht vollkommen eigenartig war. Es ist sozusagen ein Appell zur Pflicht unter gleichzeitiger Freigabe der Pflichtwidrigkeit, ein Appell zur Geschlossenheit und gleichzeitig zur Ermöglichung einer Sonderlösung im Einzelfall. Sie können sich nur sagen: hier sind wir ein Trupp geschlossener und entschlossener Männer mit Sonderbefehl des Führers, wobei dieser Sonderbefehl wieder auf jeden einzelnen Angehörigen dieser Truppe übertragen wird. Daher wird es auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht möglich sein, all' zu sehr dienstliche Versetzungen im Generalgouvernement vorzunehmen. Ich bitte Sie, die Beamten, wenn es irgend möglich ist, dort zu lassen, wo sie sind, und nur in dringendsten Ausnahme- und Notfällen Versetzungen vorzunehmen. Weiter bitte ich Sie, dort, wo es nicht unbedingt erforderlich ist, gerade in den kommenden Wochen und Monaten neue Beamte und Angestellte nicht zu schulen. Nehmen Sie zum mindesten die jetzt aus dem Reich

noch allenfalls hereinströmenden Beamten und Angestellten für die Zwecke des Generalgouvernements in solche Positionenen, in denen sie nicht unmittelbar wirklichkeitsschaffende verantwortliche Aufgaben zu übernehmen haben. Seien Sie auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht außergewöhnlich im - sagen wir einmal - juristischen Sinne empfindlich gegen Höflichkeits- oder sonstige Verstöße. Ich möchte fast sagen: es würde sich in den kommenden Wochen und Monaten schlecht ausnehmen, wenn in dieser Beziehung Briefwechsel, Disziplinarverfahren oder derartiges an Überflüssigem, was mit Zeugenvernehmungen usw. verknüpft wäre, durchgeführt würden. Vertagen Sie das alles ruhig bis auf den September. Wenn heute irgendwo im Generalgouvernement jemand seinen Platz fähig ausfüllt, dann wird erst gewertet, ob er früher etwas pecciert oder sonst einen Verstoß begangen hat, wenn die Ereignisse, vor denen wir stehen, vorüber sind. Es darf nicht sein, daß ein sonst tüchtiger und in seinem Bereich wertvoller Beamter oder Angestellter aus seiner Stellung herausgenommen wird, wenn nicht unbedingt lebensnotwendige Gründe dafür sprechen. Auch diese großen Scherereien mit Verhandlungen und Vernehmungen aller Art sollen unterbleiben. Scharf dagegen wird jetzt natürlich gegen Disziplinverstöße aller Art vorgegangen. Ich habe schon angekündigt, daß wir eine Sonderkammer bilden werden. Außerdem erhält jeder Behördenchef die notwendigen Disziplinarmöglichkeiten an die Hand, um seine Autorität durchzusetzen.

Über alle übrigen Fragen, die uns konkret beschäftigen, werde ich heute im Anschluß an die einzelnen Referate nochmals kurz sprechen. Ich werde, wie ich es immer getan habe, die verantowrtlichen Herren der Regierung bitten, uns kurz über die wesentlichen Punkte, die sie beschäftigen, Aufklärung zu geben. Dann werde ich die Herren Gouverneure, soweit sie hier anwesend sind, bitten, uns ihre Wünsche vorzutragen. Am Schluß der Sitzung werde ich dann meine zusammenfassenden Ausführungen ergänzen, die ich jetzt

nicht abschließe, sondern lediglich unterbreche. Der Aufruf der Herren erfolgt, wie ich besonders hervorheben möchte, nicht nach einer Rangordnung, sondern nach praktischen Gesichtspunkten, so, wie mir die Herren ins Gesichtsfeld kommen. Ich bitte, daraus keine Schlußfolgerungen auf Tischordnungsfragen zu ziehen.

Über die Arbeit der Hauptabteilung

<u>Finanzen</u>

berichtet Finanzpräsident <u>Spindler</u>. Er kann zunächst eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen aus den Monopolen und direkten Steuern feststellen. Zur Zeit sei man in der Abteilung mit den Arbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplans für das am 1. April 1941 begonnene Rechnungsjahr beschäftigt. Es sei möglich, daß die Entwicklung diese ganze Arbeit hinfällig mache. Man habe aber keine andere Grundlage als die, zunächst im bisherigen Rahmen weiterzuarbeiten, und treffe deshalb auch die Vorbereitungen für den Haushalt 1941. In diesem Zusammenhang richte er an die Hauptabteilungsleiter und Gouverneure die Bitte, die Abteilung Finanzen in dem Bestreben zu unterstützen, daß man mit der Aufstellung des Haushalts in diesem Jahre früher fertig werde als im vergangenen Jahre. Die Anmeldungen für den neuen Haushalt müßten anders als im vergangenen Jahre möglichst bald eingehen, damit im August oder September der fertige Haushaltsplan für 1941 dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werden könne.

Unter Führung des Unterstaatssekretärs Kundt sei die Arbeit für den neuen Stellenplan in Angriff genommen worden. Dieser Plan berühre naturgemäß die Anmeldungen für den Haushalt sehr stark. Man scheine allgemein von der Annahme auszugehen, daß alle Stellen auch schon für das Haushaltsjahr 1941 angefordert werden müßten. Aber der Stellenplan stelle doch zum großen Teil ein Wunschbild für die Friedenszeit

dar. Bei den Anmeldungen für den Haushalt müsse man jeweils die Frage aufwerfen, ob die Stellen auch in diesem Jahr besetzt werden könnten. Man dürfe auf dem Umwege über den Stellenplan die Personalausgaben nicht zu stark steigern. Sonst wäre man gehindert, andere Ausgaben zu bewilligen, die dringender seien und in diesem Jahre getätigt werden müßten. Also der Stellenplan könne noch nicht die endgültige Grundlage für die Stellenanmeldung zum Haushalt des Rechnungsjahres sein.

Zur Zeit sei die Abteilung Finanzen sehr stark mit der Frage der Besoldung der polnischen Beamten beschäftigt. Der Herr Generalgouverneur habe seine Zustimmung dazu gegeben, daß an eine Aufbesserung der Bezüge der polnischen Beamten herangegangen werde. Die polnische Beamtenschaft einschl. derjenigen der polnischen Polizei sei diejenige Arbeitnehmergruppe, die weit hinter den Vorkriegsbezügen zurückgeblieben sei. In der ersten Verordnung vom November 1939 sei festgestellt worden, daß die polnischen Beamten zwar ihr Grundgehalt weiter bezögen, nicht aber die sehr erheblichen Zulagen erhielten. Das Gehalt der Beamten sei im Laufe der Zeit von 130.- auf 260.- Zl. im Monat gestiegen, aber diese Summe reiche für eine Familie mit 4 oder 5 Kindern nicht aus. Leider sei es nicht gelungen, das Preisniveau auf einer den Vorkriegsverhältnissen auch nur annähernd entsprechenden Höhe zu halten. Man müsse deshalb zu einer mäßigen Erhöhung der Bezüge kommen, schon um den Beamten zu zeigen, daß etwas für sie geschehe, und um ihre loyale Mitarbeit weiterhin zu sichern.

Finanzpräsident Spindler richtet dann die Bitte an die Hauptabteilungsleiter und Gouverneure, bei Durchführung von Maßnahmen, die eine einigermaßen erhebliche finanzielle Auswirkung hätten, sich mit der Abteilung Finanzen möglichst schon dann in Verbindung zu setzen, bevor die betreffende Maßnahme durchgeführt werde.

Die Einnahmesteigerung werde auf 150 Millionen Zloty geschätzt. Diese Einnahmen lägen vor allem bei den Monopolen

und den Steuern. Man müsse allerdings auch mit großen Ausgaben rechnen . So seien z.B. von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Anforderungen gekommen, die das gesamte Mehraufkommen aufzehren würden.

2 Der Herr Generalgouverneur hält es für selbstverständlich, daß auch in den kommenden Wochen und Monaten finanziell genau so sauber gewirtschaftet werden müsse wie bisher. Im übrigen müsse die Tatsache hervorgehoben werden, daß das Generalgouvernement als einziges neuerobertes Gebiet imstande gewesen sei, einen geordneten Haushaltsplan aufzustellen.

In Vertretung des Präsidenten Senkowski nimmt Regierungsrat Schulz zu einigen Fragen der

Monopolverwaltung

Stellung. Die Lage der Monopolverwaltung hänge, so führt er aus, sehr davon ab, ob und wie die Belieferung der Monopolbetriebe mit Kohlen während der kommenden Monate sichergestellt werden könne. Von der Möglichkeit der Kohlenbelieferung hänge auch die Aufrechterhaltung der Hilfsbetriebe der Monopolverwaltung ab. Hier komme z.B. die Flaschenindustrie in Frage. - Für die finanzielle Entwicklung der Monopolverwaltung sei es von Bedeutung, ob eine wesentliche Stockung in den Monopolbetrieben eintrete. Ebenso wichtig sei die Transportfrage. Wenn die Situation hinsichtlich der Waggongestellung so bleiben könnte wie sie zur Zeit sei, dann könnte eine einigermaßen gesicherte Weiterentwicklung gewährleistet werden. Jedoch müsse erwartet werden, daß die demnächst kommenden Ereignisse viele Berechnungen über den Haufen werfen würden. Die Wehrmacht habe kürzlich das Anerbieten gemacht, die Produkte, die für ihren Bedarf geliefert werden sollten, mit eigenen Lastkraftwagen von den Fabriken abzuholen. Zusammenfassend könne er sagen, daß, wenn die Kohlenversorgung einigermaßen glatt von statten gehen würde, mit einer weiteren guten Entwicklung gerechnet werden könne.

Der Präsident der Hauptabteilung
Wirtschaft
kann berichten, daß eine der Tiefbohrungen im Erdölgebiet fündig geworden sei, und zwar überraschenderweise schon in einer Tiefe von 800 m, aus einem geologischen Horizont, der bisher von den Polen nicht als erdöltragend angesehen worden sei. Der Ausbruch der Ölmassen sei mit einem Druck von 100 Atmosphären erfolgt. Das Öl sei von guter Qualität, habe einen Benzingehalt von 35 %. Die Produktion aus dieser Bohrung sei jetzt aufgenommen worden.

Über das Gebiet der Kohlenversorgung sei leider nichts erfreuliches zu berichten. Schon verschiedentlich sei auch in Sitzungen des Wirtschaftsrats darauf hingewiesen worden, daß es sich bei dem Kohlenproblem nicht etwa um ein Mengenproblem handle, sondern, wie auch die Ausführungen des Gauleiters Bracht gezeigt hätten, um ein Transportproblem. Man habe schon früher mit einer fühlbaren Einschränkung der Kohlenzufuhr rechnen müssen. Die Hinausschiebung des Termins für die Hereinnahme weiterer Truppenteile ins Generalgouvernement habe zwar noch eine kurze Frist für die Kohlenversorgung gelassen, die aber leider nur verhältnismäßig wenig habe ausgenutzt werden können. In der Zeit vom 1. bis 21. April habe der tägliche Verladedurchschnitt bei 7 500 t Kohle gelegen. Dann sei eine Verladesperre für 8 Tage eingetreten. Vom 28. bis zum 30. April habe es nur noch eine Verlademöglichkeit für 3 500 t Kohle gegeben. Dann sei vom 1. bis zum 10. Mai wiederum eine tägliche Verlademöglichkeit von etwa 7 000 t vorhanden gewesen. Entscheidend für die Verladeziffer sei die Waggongestellung im oberschlesischen Bezirk. Je nachdem wie die Waggongestellung im oberschlesischen Gebiet zurückgehe, gehe auch die Quote im Generalgouvernement zurück. Überdies würde auch die Ostbahn gar nicht in der Lage sein, eine größere Anzahl von Zügen überhaupt zu übernehmen. Bei normalem Ablauf der Dinge werde man in den nächsten Wochen nicht mehr als 3000 t Kohle täglich erhalten. Schon bei einer Lieferung von 7000 t täglich könne man nur ein eingeschränktes Programm durch-

führen. Damit sich die Wirtschaft des Generalgouvernements frei bewegen könne, brauchte sie mindestens 15 000 t. In diese Menge sei noch nicht das eingerechnet, was für eine normale Lagerhaltung vor allem im Interesse der Landwirtschaft hereingenommen werden müßte. Was man in der Vergangenheit an Kohlenmengen verloren habe, sei auch nicht mehr durch eine besondere Entwicklung der Dinge aufzuholen. Er habe gelegentlich der Anwesenheit des Ministerialdirektors Gramsch an die Vertreter der Ostbahn die Frage gerichtet, ob man einen Termin für die Wiederaufnahme der Kohlenlieferung angeben könne. Ein solcher Termin habe nicht angegeben werden können, und infolgedessen sei überhaupt für jegliche Planung der Wiederingangsetzung des industriellen Apparates eine Grundlage nicht gegeben.

Aus diesen Gründen werde man dazu übergehen müssen, hinsichtlich der Kohlenbelieferung die Versorgungs- und Ernährungsbetriebe voranzustellen und alle anderen Betriebe zurücktreten zu lassen. Die Wehrmacht sei an der Aufrechterhaltung der Versorgungsbetriebe, soweit sie Gas, Wasser und Strom lieferten, genau so interessiert wie die Verwaltung. Daher sei zu erwarten, daß in dem Transportprogramm der Wehrmacht die Aufrechterhaltung einer Tageslieferung von mindestens 3 000 t unter allen Umständen gewährleistet werde. Von diesen 3 000 t wären auch für Ernährungsbetriebe gewisse Mengen abzuzweigen. Insgesamt müßten danach täglich 1 900 t für die Elektrizitätswerke, 550 t für Gas und Wasserwerke und 1 000 t für die Landwirtschaft gestellt werden. Diese Menge gehe aber schon um 500 t über das hinaus, was gegenwärtig geliefert werde.

So sehr das Interesse am fiskalischen Ertrag der Monopolverwaltung von Wichtigkeit sei und auch das Interesse der Wehrmacht daran bestehe, daß Tabak, Branntwein usw. geliefert werden könnten, so sei es doch nicht möglich, die Monopolbetriebe in der Dringlichkeitsskala nach oben zu bringen. Diese Lieferungen an die Monopolverwaltung dürf-

ten schließlich nicht zu Lasten der für die Ernährungsbetriebe vorgesehenen Quote gehen. Ferner sei auch die Versorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffwaren wichtiger als die Versorgung der Bevölkerung und der Wehrmacht mit Branntwein.

Bei der Kohlenbewirtschaftungsstelle sei jetzt ein Ausschuß gebildet worden, der aus Vertretern der beteiligten Ressorts - MIG, Rüstungsinspektion, Ostbahn, Abteilung Wirtschaft, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft - bestehe. Dieser Ausschuß werde nun je nach der Entwicklung der Versorgungslage darüber beraten, wo irgendwie eingegriffen werden könne, und die betreffenden Stellen würden dann die Meldungen an ihre Versorgungsbezirke weitergeben.

Der industrielle Sektor sei leider angesichts der Entwicklung in einen großen Notstand gekommen, der bald zur völligen Stillegung der meisten Betriebe führen werde. Mit dieser Einschränkung der Industrie seien auch ernste Rückwirkungen auf den Versorgungssektor verbunden. In den letzten Monaten habe man vor allem dafür gesorgt, daß die Rüstungsbetriebe und sonstige Staatsbetriebe einigermaßen ausreichend mit Spinnstoffwaren für die Arbeiter versorgt würden. Das Ziel könne selbstverständlich nur sein, diejenigen Menschen zu versorgen, die unmittelbar für die Wirtschaft des Generalgouvernements arbeiteten. Mit dem Reichswirtschaftsministerium sei zu Beginn des Jahres ein Textilplan aufgestellt worden, der eine verhältnismäßig gute Versorgung gesichert hätte, wenn er durchgeführt worden wäre. Dieser Textilplan habe eine Versorgung mit insgesamt 12000 t Spinnstoffwaren vorgesehen. Von diesen 12 000 t würden 30 % im Generalgouvernement mit aus dem Reich zur Verfügung gestellten Rohstoffen hergestellt. In den Monaten Februar und März seien je 40 t Rohbaumwolle geliefert worden. Außerdem habe das Reich eine monatliche Lieferung von fertigen Baumwollwaren zugesagt. Von den restlichen 70 % sollte Litzmannstadt 40 % aufbringen. Da die beiden Spinnstoffwarenfabriken des Generalgouvernements zu Beginn des Jahres infolge Kohlenmangels hätten stillgelegt werden müssen, so werde auch

Litzmannstadt die Produktion einzustellen gezwungen sein. Es sei im übrigen seitens des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffwaren alles geschehen, um im Reich noch Gelegenheitskäufe tätigen zu können. So habe man beispielsweise für 2 Millionen Mark für Afrika bestimmte Spinnstoffwaren im Elsaß kaufen können, reine Baumwolle mit einer Materialzusammensetzung, wie sie im Reich nicht mehr zu bekommen sei. Diese Ware werde im Generalgouvernement konfektioniert und wenn die Dessins auch einigermaßen wild seien, so stelle doch diese Lieferung eine große Hilfe dar.

(Redner zeigt einige grotesk gemusterte Hemden und Unterhosen, deren Anblick bei den Sitzungsteilnehmern große Heiterkeit erregt).

Die Preise seien verhältnismäßig niedrig und bewegten sich zwischen 2.50 Zloty und 7.15 Zloty. Diese Spinnstoffwaren würden bei der neuen Ernteerfassungsaktion eine wichtige Rolle spielen.

Über das Gebiet der

<u>Holzversorgung</u>

berichtet Oberlandforstmeister Dr. <u>Eißfeldt</u>. Er führt aus, daß die Holzversorgung verhältnismäßig gut gelaufen sei. Die für kriegswichtige Zwecke angeforderte Ware habe in vollem Umfang und einigermaßen fristgerecht geliefert werden können. In den letzten beiden Wochen seien aber so ungeheure Anforderungen gestellt worden, daß nunmehr über das gesamte bis zum Spätherbst noch anfallende Holz disponiert sei.

Der <u>Einschlag</u> gehe auch weiter gut von statten. Der Umstand, daß in anderthalb Jahren etwa 25 000 polnische Waldarbeiter durch das Forstschutzkommando arbeitstechnisch geschult worden seien, habe eine günstige Wirkung gehabt. Die Arbeiter seien über Instandhaltung von Geräten unterwiesen worden, ebenso über den Arbeitsgang, sie hätten sich durchaus anstellig gezeigt, und die Arbeitsleistung sei infolgedessen bedeutend gestiegen.

Große Sorge bereite immer noch das Problem der Holzabfuhr. Die Situation sei auch um deswillen nicht besser geworden, weil die Frühjahrsbestellung und die Arbeiten für die Durchführung des Straßenbauprogramms sehr viele Gespanne in Anspruch genommen hätten. Jedoch sei zu hoffen, daß auf Grund der vielfachen Maßnahmen, die man eingeleitet habe, die Holzabfuhr besser werde.

Was den Einschnitt angehe, so könne die Kapazität der Sägewerke angesichts der mangelnden Holzabfuhr nicht voll ausgenutzt werden.

Man sei jetzt im Begriff, eine große Zahl von Forstkulturen anzulegen. Man könne annehmen, daß etwa die Hälfte der diesjährigen Kahlschlagfläche wieder bepflanzt worden sei. Für diesen Zweck würden viele Millionen Pflanzen und mehrere tausend Zentner Samen benötigt. Man habe eine Samenprüfungsanstalt eingerichtet, die dafür sorge, daß nur rassisch gute und einwandfreie Sorten geliefert werden.

Auf dem Gebiete des Wegebaues sei nach Aufhören der Schneefälle manches geschehen. Man habe Knüppeldämme angelegt, Brücken und Durchlässe ausgebaut usw.

Die für die Gewinnung von Kolophonium und Terpentin wichtige Harznutzung werde mit gutem Erfolge weiter betrieben. Über die Hälfte des Bedarfs des Reiches an Harz habe man aus dem Generalgouvernement im vorigen Jahre an das Reich liefern können. In diesem Jahre werde die Harznutzung angesichts des starken Holzeinschlages etwas zurückgehen.

Über die Torfnutzung sei eine besondere Verfügung erlassen worden. Die Vorbereitungen für eine möglichst große Ausnutzung des Torfes in kommenden Jahre seien in Zusammenarbeit mit den beteiligten Hauptabteilungen in Angriff genommen. Man hoffe, etwa 200 000 t Torf im Sommer bzw. Herbst zur Verfügung stellen zu können.

Redner berichtet dann weiter über die Tätigkeit der

Forsteinrichtungsanstalt,

deren Aufgabe es sei, Wirtschaftspläne auf lange Sichtaufzustellen. Die verloren gegangenen polnischen Betriebspläne

seien gesammelt und daraus Auszüge in deutscher Sprache gemacht worden, sodaß man eine Grundlage für eine spätere Planung habe.

Mit der Jagd sei es von je her sehr schlecht bestellt gewesen. Unter den beiden letzten strengen Wintern habe das Wild sehr stark gelitten. Von nachteiliger Wirkung sei auch der Umstand gewesen, daß die Truppen ihre Übungen vielfach im Welde abhalten müßten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen und mit der Wehrmacht als sehr gut bezeichnet werden könne.

Der Präsident der Hauptabteilung
Arbeit

führt aus, daß den Anforderungen des Generalgouvernements und des Reiches nach Arbeitskräften bis jetzt von Seiten der Arbeitsverwaltung in vollem Umfange habe entsprochen werden können. Im einzelnen habe die Zahl der Vermittlungen z.B. im April über 178 000 Arbeitskräfte betragen, dazu seien noch 32 000 gekommen, die ins Reich ~~gekomm~~ gegangen seien. Die Anforderungen von Landarbeitern für den Einsatz im Reich, die bestenfalls mit 120 000 genannt worden seien, seien für diese Saison mit 63 000 Arbeitskräften erfüllt worden. Welche Schwierigkeiten der Werbung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften entgegenständen, sei bekannt.

Die Zahl der Arbeitssuchenden im Generalgouvernement belaufe sich auf rund 66 000, von denen aber nur ein gewisser Teil als einsatzfähig betrachtet werden könne. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrage 10 000.

Im Zusammenarbeiten mit der Rüstungsinspektion sei es möglich gewesen, laufend größere Abteilungen von Facharbeitern an die Rüstungsbetriebe des Reiches abzugeben. Im übrigen sei dafür gesorgt, daß eine ausreichende Arbeiterreserve für alle ~~übrigen~~ etwaigen Fälle im Generalgouvernement verbleibe.

Wo Kollisionen zwischen Anforderungen für die Lieferung ans Reich und hiesigen Anforderungen aufträten, werde auf Grund einer Ermächtigung des Herrn Generalgouverneurs die Vermittlung an das Reich gestoppt.

Das Festhalten an den bisherigen Löhnen bringe zunehmende Schwierigkeiten mit sich. Die Geldbewertung sinke in dem Maße, in dem die Möglichkeit, etwas für das Geld zu kaufen, abnehme und abgenommen habe.

Bankdirigent Dr. Paersch spricht über die Währungslage im Generalgouvernement.

Die Emissionsbank sei, so führt er aus, in der letzten Zeit für die Zwecke der Geldversorgung der Wehrmacht in sehr starkem Umfange beschäftigt gewesen. Die hereinströmende Truppe habe zumeist die Landeswährung noch nicht bei sich gehabt. Die Geldsorten hätten deshalb ausgetauscht werden und die Truppe mit einer für ihre Bedürfnisse benötigten Stückelung versorgt werden müssen. Diese Tätigkeit habe sich reibungslos abgewickelt. Die Truppe habe sich im übrigen den Wünschen der Emissionsbank angepaßt und es sei in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsoffizier, Oberstleutnant von Tschammer und Osten, möglich gewesen, gewisse Schwierigkeiten mit Leichtigkeit zu beheben.

Die Lage der Währung habe sich, was ihren Außenwert angehe, gegenüber der früheren Zeit nicht verändert. Die starke Belegung des Gebiets mit Truppen habe eine starke Vermehrung der Überweisungen zur Folge. Diese Überweisungen bewirkten eine große Aktivität des Verrechnungsverkehrs. Sie stellten die Notenbank vor die Notwendigkeit, im Wege der Bevorschussung, da die Gegenüberweisungen ins Reich in ausreichendem Umfange fehlten, in Vorlage zu treten. Schwierigkeiten hätten sich nicht ergeben. Hinsichtlich der Auswirkungen sei allerdings festzustellen, daß der Notenumlauf der Emissionsbank sich hierdurch langsam erhöht habe.

Soweit möglich, habe man versucht, durch geeignete Maßnahmen dieser Erhöhung des Notenumlaufs entgegenzuwirken. Der Umlauf von Noten im Betrage von 1,5 Milliarde sei an sich bisher in keiner Weise bedrohlich.

Die zweite Auswirkung der Währungsbewertung im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft stehe noch zur Erörterung. Hier verdiene vor allem die Preisbewegung Aufmerksamkeit. Insgesamt seien bisher Schwierigkeiten nicht aufgetreten. Allerdings seien im Zusammenhang mit der sich in letzter Zeit stark zuspitzenden Versorgungslage in den größeren Städten, insbesondere in Warschau, gewisse Anspannungen eingetreten. Die Versorgungslage in Warschau habe sich im Verlaufe der letzten Monate sehr verschlechtert. Die Ursachen seien einmal jahreszeitlich bedingt. Der Mai sei immer der schwierigste Monat. Erst ab Juni pflegten die ersten landwirtschaftlichen Erzeugnisse,insbesondere an Gemüse usw. auf den Markt zu kommen. Eine weitere Ursache liege in der ab 12. April eingeführten Verkehrssperre für die Benutzung der Eisenbahn durch Einheimische. Endlich seien auch gewisse Requisitionen von Bedeutung, die von militärischen Stellen durchgeführt worden seien. Diese Umstände hätten zur Folge gehabt, daß auf dem Gebiet der täglichen Bedarfsgüter vor allem in Warschau eine empfindliche Preissteigerung eingetreten sei. Diese Preissteigerung umfasse im wesentlichen die Grundnahrungsmittel wie Brot und Kartoffeln. Von der Regierung des Generalgouvernements seien bereits entsprechende Maßnahmen getroffen, und auch der Landesbauernführer habe sich bereit erklärt, für Abhilfe zu sorgen. Wenn auch die großen Preissteigerungen selbstverständlich innerhalb der Bevölkerung nicht ohne Rückwirkung geblieben seien, so sei doch die Funktion der Währung als eines Tauschmittels dadurch nicht berührt. Als Wertmesser und Wertaufbewahrungsmittel würde sie allerdings berührt werden, wenn sich die Preissteigerung besonders auf dem Gebiet der Grundnahrungsmittel weiter fortsetze. Erfreulicherweise sei es in den letzten Tagen gelungen, hierin einen Stillstand zu erzielen.

Präsident Gerteis gibt einen Bericht über die Lage der Ostbahn.

Er führt aus, daß in den letzten 2 1/2 Monaten die Hauptaufgabe der Ostbahn darin bestanden habe, die für die Bevorratung der Wehrmacht notwendigen Transporte zu fahren. Daneben hätten die Baustoffe für die großen Bauvorhaben im Generalgouvernement gefahren werden müssen, hauptsächlich also für den Straßenbau, für die Eisenbahn, für das Otto-Programm, für die chemischen Werke Askania usw. Diese Periode sei nun abgeschlossen und die Bevorratung einigermaßen gelungen. Darüberhinaus sei es noch möglich gewesen, kleinere Vorräte für die Rüstungsbetriebe abzufahren. Angesichts dieser außerordentlichen Anforderungen habe naturgemäß der Personenverkehr zurückstehen müssen. Die Leistungen im Güterverkehr seien gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres um mehr als das Doppelte angewachsen.

Bevor die Truppenbewegung einsetzte, habe man große Räume von überflüssigen Wagen freimachen müssen. Diese Räume umfaßten nicht nur das Generalgouvernement, sondern sämtliche Ostdirektionen bis nach Stettin, Breslau, Frankfurt/Oder und Oppeln. Neben einer Sperre für die Aufnahme von Wagen habe auch eine Binnensperre im Generalgouvernement eintreten müssen. Zur Zeit würden nur noch Güterwagen für die Aufrechterhaltung des Lebens im Generalgouvernement und im Interesse der Wehrmacht gestellt. Privatgut werde nur unter gewissen Voraussetzungen befördert. Auch unwichtigere Lebensmittel seien von der Beförderung ausgeschlossen. Der Transport von Getreide sei weiter zugelassen worden, desgleichen derjenige von Speisesalz. Außerdem werde man vielleicht noch kleinere Ausnahmen zulassen. Aufrechterhalten werde der gesamte Verkehr mit Rußland, der in den letzten zwei Monaten einen großen Auftrieb erfahren habe. Auch die Kohlenwagengestellung von Oberschlesien sei sehr stark gedrosselt worden.

Das Ziel der Räumung werde demnächst erreicht sein. Es sei zu erwarten, daß die Reste in kürzester Zeit abgefahren würden. Am 22. Mai werde der Höchstleistungsfahrplan in Kraft treten. Naturgemäß werde dann der Personenverkehr stark eingeschränkt werden. Eine Verbindung mit dem Reich werde jedoch in Gestalt von drei Zügen nach Berlin und einem Nachtzug nach Wien bleiben, desgleichen ein Eilzug nach Lublin und ein Schnellzug nach Warschau. Ein direkter Verkehr nach Radom werde nicht mehr bestehen. Auf manchen Strecken werde es auch nicht möglich sein, den Berufsverkehr voll aufrechtzuerhalten. Man müsse mit Stockungen der Betriebe, auch der Rüstungsbetriebe, rechnen. Der Güterverkehr werde mit einer Anzahl von Güterzügen, die über bestimmte Strecken geleitet würden, aufrechterhalten. Allerdings gingen 50 % der Lasten dieser Güterzüge wieder an die Wehrmacht, die ja bis auf weiteres der absolut wichtigste Verkehrsnutzer sein werde.

Die Vorbereitungen für die Durchführung der Transporte seien getroffen. Das Reich habe 160 Güterzuglokomotiven zur Verfügung gestellt, von der Reichsbahnverwaltung seien der Wehrmacht 3 500 Eisenbahner zugeteilt.

Präsident Bauder teilt mit, daß die unmittelbar mit den Kriegsvorbereitungen zusammenhängenden Bauten abgeschlossen seien.

Seit November v.J. seien 1 640 km Straßen mit einem Aufwand von 1,9 Millionen t Baumaterial instandgesetzt worden. Daneben seien 150 km neue Straßen gebaut worden. Ferner habe man 70 Brücken wieder hergestellt. Wenn die Situation so bleibe, wie sie sich heute übersehen lasse, so werde sich das, was im letzten Jahr und zu Beginn dieses Jahres geschaffen worden sei, halten lasse. Auf den Gebieten des Wasser- und Hochbaues werde sich die Tätigkeit in den nächsten Monaten auf die Planung beschränken müssen.

Präsident Lauxmann führt aus, daß die gesamte Planung und der gesamte Aufbau der

Deutschen Post Osten

in den letzten Monaten ausschließlich auf die Bedürfnisse der Wehrmacht ausgerichtet gewesen seien.

Durch Verhandlungen mit den Armeefeldpostmeistern habe man erreicht, daß nunmehr die gesamte Feldpost von den mobilen Feldpostämtern übernommen werde. Immerhin bleibe auch für die Postämter des Generalgouvernements, die die gesamte Beförderung durchzuführen hätten, sehr viel Arbeit übrig. Für die Bewältigung der Arbeiten im Interesse der Feldpost und der Dienstpost würden demnächst 250 Beamte aus dem Reich ins Generalgouvernement kommen.

Besonders groß sei die Beförderung von Paketen nach Warschau gewesen. Sie habe in der Weihnachtszeit 2 800 bis 3 000 Pakete am Tage betragen. In der Hauptsache seien Lebensmittel versendet worden. Außerdem seien von Juden 4 000 Pakete aus allen möglichen Gegenden nach dem Ghetto in Warschau geliefert worden.

Von Wichtigkeit sei die Frage der Trennung der Dienstpost von der gewöhnlichen Briefpost. Er bitte alle Behörden, insbesondere die Geheimsachen mit dem blauen Kreuz versehen zu lassen. Eine Garantie für eine sichere Beförderung solcher Briefsachen könne nur übernommen werden, wenn sie einwandfrei bezeichnet seien.

Für die Inganghaltung des Fernmeldewesens seien 600 km Kabel neu verlegt worden. Außerdem seien 14 Verstärkerämter gebaut worden. Die Fernmeldeämter bedürften dringend eines Schutzes gegen Sabotage. Für diesen Schutz brauche er etwa 150 Soldaten, die er mit Unterstützung des MIG zu erhalten hoffe.- Im letzten Jahre seien 18 000 Telegraphenstangen eingebaut worden, deren Lieferung durch die Abteilung Forsten reibungslos vor sich gegangen sei. Angesichts der Bedürfnisse der Wehrmacht würden sich die Verhältnisse auf dem Gebiet des Fernsprechwesens in den nächsten Wochen etwas

verschlechtern. Mit der Wehrmacht sei aber eine Einigung darüber zustande gekommen, daß der notwendigste Verwaltungsverkehr unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe. In Fällen, in denen nur eine Leitung vorhanden sei, werde sie gemeinsam von Wehrmacht und Post betrieben. Er bitte aber gleichwohl, mehr als bisher vom Telegraphen Gebrauch zu machen. Das Telegraphen- und Fernschreibernetz sei wesentlich ausgebaut worden. Während es auf dem Gebiet des Generalgouvernements zur polnischen Zeit nur 17 Fernschreiberverbindungen gegeben habe, ständen jetzt schon 180 solcher Verbindungen zur Verfügung.

Der Präsident der Hauptabteilung
Ernährung und Landwirtschaft
gibt einen eingehenden Bericht über die derzeitige Lage.

Zu Beginn seiner Ausführungen nimmt der Landesbauernführer zur Einführung der Gaststättenkarte Stellung, von der ein Muster mit beigefügter Erläuterung den Sitzungsteilnehmern überreicht wird.

Die Frühjahrsbestellung sei, so führt Landesbauernführer Körner aus, mit Ausnahme der Hackfrucht- und Zuckerrübenbestellung fast beendet. Infolge der Transportsperre werde in einigen Gebieten ein Mangel an Saatkartoffeln eintreten. Im großen und ganzen werde aber Saatgut zur Verfügung gestellt werden können, sodaß eine restlose Bestellung der Fluren möglich sein werde. Angesichts der verspäteten Bestellung werde man wie im Reiche, so auch im Generalgouvernement mit geringeren Ernteaussichten rechnen müssen. Man könne annehmen, daß die Ernte um etwa 14 Tage hinausgeschoben werden müsse. Diesen Faktor habe man in den Ernährungsplan für 1940/41 eingestellt. Im übrigen sei die Versorgungs- und Ernährungslage infolge des Hereinströmens großer Truppenmassen recht ernst geworden, vor allem in den großen Verbrauchergebieten. Die starke Truppenvermehrung wirke auch auf die Stimmung der Bauern ein, die aus Angst

vor einem Kriege begönnen, sich mit Nahrungsmitteln für die nächsten Monate einzudecken, und die deshalb ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen.

Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft habe gemeinsam mit den zuständigen Wehrmachtsstellen die bekannten Flugblätter, Plakate und Befehle aushängen lassen. Das Ergebnis der Rundreise des Unterstaatssekretärs Kundt und verschiedener Hauptabteilungsleiter der Regierung sei gewesen, daß sich jetzt alle militärischen Dienststellen bemühten, sich nunmehr eine Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft zu verschaffen. Im übrigen bäte er den Höheren SS- und Polizeiführer, dafür Sorge zu tragen, daß mit Hilfe der Polizei, die restlichen Kontingente an Lebensmitteln erfaßt würden. Eine neue Erfassungsaktion werde im Zusammenwirken mit der Abteilung Wirtschaft vorbereitet. Für sie müßten in noch größerem Umfange als bisher Tauschartikel in Gestalt von Textilien, Lederwaren, Monopolerzeugnissen usw. zur Verfügung gestellt werden.

Die besonders schwierige Versorgungslage in Warschau sei auf die Kriegspsychose zurückzuführen. Die Menschen versorgten sich und ihre Familien zu jedem Preis mit Nahrungsmitteln. Die schlechten Verkehrsverhältnisse trügen dazu bei, daß die Versorgung immer schlechter werde. Deshalb solle man nicht unbedingt dagegen einschreiten, wenn Postpakete in die großen Städte geschickt würden. In den nächsten drei Monaten komme es darauf an, daß überhaupt noch etwas an Nahrungsmitteln in die Stadt komme. Mit dem Höheren SS- und Polizeiführer habe man bereits wegen einer Lockerung der Kontrolle von Panjefuhrwerken gesprochen. Auch der Preisüberwachungskommissar werde in dieser Hinsicht in den nächsten Monaten etwas Nachsicht walten lassen müssen.

Man werde in Warschau und in den anderen großen Verbraucherzentren dem Gedanken der Massenspeisung nähertreten

müssen. Für diesen Zweck könnten bestimmte Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden. Mit den Einrichtungen der NSV in Warschau habe man gute Erfahrungen gemacht. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Lebensmittelreserven geschaffen würden. Der Umstand, daß demnächst für die Versorgung der Bevölkerung Gemüse in vermehrtem Umfange zur Verfügung stehe, könne zur Entlastung der Versorgung beitragen, ebenso wie durch die Einführung der Gaststättenkarte für Deutsche und Wehrmachtsangehörige in allen deutschen Lokalen eine Entlastung herbeigeführt werde. Von Seiten der Partei müßten die Deutschen darauf hingewiesen werden, daß sie den Besuch polnischer Restaurants zu vermeiden hätten. In den polnischen Restaurants dürften künftig grundsätzlich nur noch Eintopfgerichte verabreicht werden. Der Deutsche müsse angehalten werden, sich nicht etwa durch Zwang oder Drohungen Fleischspeisen verabreichen zu lassen. Er bitte die zuständigen Dienststellen, insbesondere die Kreis- und Stadthauptleute, ihm gegebenenfalls Vorschläge für die Verbesserung dieser Versorgungsmethoden zu machen. Von den Distriktsverwaltungen, insbesondere der Distriktsverwaltung Lublin, müsse alles getan werden, um von den Bauern noch die restlichen Mengen an Getreide herauszuholen. Von der Erfassung dieser Mengen hänge es ab, daß die Brotgetreideversorgung bis zum 15. August reiche. An Vorrat habe man noch etwa 10 000 t Hafer und etwa 2 000 t Gerste. Von diesem Hafer würden die ersten 2 000 t nach Warschau geliefert werden, weil insbesondere die Verpflegung des Ghettos in letzter Zeit gewisse Mängel aufgewiesen habe. Er habe neben Hafer noch 2 000 t Zucker für das Ghetto zur Verfügung gestellt und werde aus den Reserven von Hafer, Gerste und Zucker der Stadt Warschau und anderen Städten noch bestimmte Rationen geben, weil die normale Beförderung von nichtbewirtschafteten Lebensmitteln durch die Eisenbahn nicht mehr erfolgen könne. Beim Getreide sei jedenfalls die Lage rechnerisch und effektiv so, daß die Getreidemengen bis zum 15. August an alle Verbraucherplätze transportiert würden. Die Getreidetransporte von Lublin seien

auch in das Programm der Ostbahn hineingenommen.

Die Vorräte an Fleisch und Viehprodukten werde man nur in Warschau zum geringen Teil in Anspruch nehmen. Übrigens seien die Viehablieferungen wieder im Anziehen begriffen, und auch die Ablieferung von Milch und Butter, die ebenfalls erheblich nachgelassen hatte, sei seit einigen Tagen wieder im Steigen, was auf die Futterlage und die Möglichkeit, Grünfutter zu geben, zurückzuführen sei. Die Bevorratung sei derart, daß für die Rüstungsbetriebe und für die deutsche Bevölkerung auch während der Spannungszeit die Belieferung werde durchgeführt werden können. Schwierigkeiten bereite allerdings immer noch die Versorgung mit Kartoffeln. Der Wehrmacht seien über das ihr zugestandene Kontingent hinaus 21 000 t im Vorschußwege gegeben worden. Die zuständigen Wehrmachtsstellen seien ersucht worden, für entsprechenden Nachschub zu sorgen, damit die Kartoffelmenge wieder an das Generalgouvernement zurückgegeben werden könne. Er habe alle seine Dienststellen angewiesen, bis auf weiteres keine Kartoffeln im Vorschußwege an die Wehrmacht zu verabfolgen. Wenn die Kartoffellage durch Einfuhr aus dem Reich nicht besser werden sollte, müsse er Reserven an Zucker, Eiern, Hafer und Gerste zur Schließung der Versorgungslücke in Anspruch nehmen.

Für eine ausreichende Versorgung mit gutem Bier sei gesorgt. Angesichts der großen Truppenzahl werde allerdings eine gewisse Knappheit eintreten. Zur Stillegung von Brauereien werde man nicht zu schreiten brauchen. Im übrigen werde für eine entsprechende Beschränkung des Bierkonsums gesorgt werden.

Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft habe ihren Gesamtkohlenbedarf bei der Abteilung Wirtschaft angemeldet, und es werde die Frage erörtert werden, wie dieser Kohlenbedarf gedeckt werden könne. Unbedingt notwendig sei die Bereitstellung von Druschkohle bei Beginn der neuen Ernte. Diese Forderung habe eine umso größere Berechtigung, als

man in diesem Jahre schon während der Ernte noch auf dem Felde werde dreschen müssen, um am 15. August das nötige Mehl zur Verfügung zu haben.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß er im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen in Lublin angeordnet habe, daß in den nächsten Wochen nochmals eine Erfassungsaktion durchgeführt werde. Für diese Aktion werde ein großer Teil von Polizeikräften zum Einsatz gebracht, und er verspreche sich davon einen guten Erfolg.

- Mittagspause -

Abteilungspräsident Westerkamp führt aus, daß die Schlagfertigkeit der Abteilung

Innere Verwaltung

für die kriegswichtigen Aufgaben als gesichert gelten könne. Die Kreishauptleute seien sich klar, daß unwichtige Dinge jetzt hinter Aufgaben zurückzutreten hätten, die für den Krieg von Bedeutung seien.

Die Kreishauptleute und auch die Distriktsbehörden ständen vor den bekannten Schwierigkeiten, die in der Personallage der Verwaltung begründet seien. Es sei aber zweifellos, daß die Verwaltung diese Schwierigkeiten überwinden werde. Es habe sich auch gezeigt, daß manche Beamte, wenn man sie vor höhere Aufgaben stelle, Leistungen zu vollbringen imstande seien, die man ihnen eigentlich sonst nie zugetraut hätte. Gewisse Besorgnisse beständen allerdings hinsichtlich der nicht reichsdeutschen Mitarbeiter. Die

Verwaltung sei infolge der Entwicklung der Dinge leider auf die Beschäftigung von nichtevakuierten Deutschen angewiesen, während die Regierung angesichts der Stellung der Sicherheitspolizei zu dieser Frage eine Beschäftigung dieser Kreise nicht wünsche. Ein weiteres Problem sei die Fürsorge für die nichtdeutschen Mitarbeiter, hinsichtlich deren zum Teil Zustände eingetreten seien, die im Interesse eines ordentlichen Funktionierens der Verwaltung nicht beibehalten werden könnten. Hier müsse eine zusätzliche Fürsorge für Ernährung und Bekleidung angestrebt werden.

Zum guten Funktionieren der Verwaltung gehöre das Funktionieren des Systems, das der Herr Generalgouverneur seinerzeit durch eine Verordnung festgelegt habe, und zwar unter dem Stichwort: Einheit der Verwaltung. Übereinstimmend werde berichtet, daß diese Verordnung in den Außenstellen reinigend und belebend gewirkt habe. Es sei auch bereits eine Einheit des Arbeitens durch Herstellung eines engen Kontaktes und gegenseitige Ergänzung hergestellt worden. Entscheidend für die gute Arbeit in den Distriktsbehörden sei vor allem, daß die Fäden der Verwaltung wirklich beim Distriktschef zusammenliefen. Leider komme es immer noch vor, daß irgendein Referent einer Abteilung der Distriktsverwaltung sich unmittelbar an die entsprechende Abteilung bei der Regierung wende. So habe er z.B. kürzlich von einem Referenten einer Distriktsverwaltung die Anfrage erhalten, wie es mit dem Ukrainergruß zu halten sei. Solche Fragen könnten nur durch den zuständigen Abteilungsleiter oder den Amtschef beim Distrikt beantwortet werden.

Wenn jetzt wieder eine neue Polizeiaktion im Interesse der Erfassung von Lebensmitteln bevorstehe, dann müsse darauf hingewiesen werden, daß die zuständigen Abteilungsleiter über solche Maßnahmen von der Polizei rechtzeitig verständigt werden müßten. Die Abteilungsleiter hätten dann die Möglichkeit, vor Beginn der Aktion die Kreishauptleute zu informieren. Diese Information könne nicht den Organen der Ordnungspolizei, sondern müsse denjenigen Stellen übertragen

werden, die eine solche Aktion anordneten.

Gewünscht werde auch eine einfachere und zweckmäßigere Regelung auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes. Man schlage vor, daß sich die Bezirke der Arbeitsämter mit denen der Kreishauptleute decken sollten. Nach seinen bisherigen Feststellungen scheine der Grund für dieses langsame Funktionieren auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes im Personalmangel bei der Arbeitseinsatzverwaltung zu liegen.

Die schon längst erwartete Durchführungsverordnung zur Kennkartenverordnung müßte demnächst erlassen werden. Diese Verordnung sehe vor, daß die Durchführung im einzelnen in der Hand der Abteilung Innere Verwaltung liege. Die Kennkarte solle künftig auch die Unterlage für eine Kontrolle des Arbeitseinsatzes darstellen.

In Vorbereitung sei ferner eine Neuordnung des Meldewesens. - Die Frage der Ortsbezeichnung und der Ortsnamen sei für Post- und Eisenbahn von besonderem Interesse. Dieser Fragenkomplex werde ebenfalls bearbeitet. Es bestehe insoweit Klarheit darüber, als solche Ortsnamen nicht geändert werden sollten, die als im Brennpunkt des Verkehrs stehend, häufig genannt würden. Hier sollten ohne weiteres die für die deutsche Zunge nicht aussprechbaren Namen durch Änderung aussprechbar gemacht werden. Andererseits sollten einige schon eingebürgerte und historisch begründete Berichtigungen vorgenommen werden. An einer befriedigenden Lösung dieser Frage habe auch die Wehrmacht ein starkes Interesse.

In letzter Zeit mehrten sich die Anträge auf Gestellung von Sonderdienst, - ein Zeichen, wie unentbehrlich der Sonderdienst überall schon geworden sei. Leider hätten nicht alle Anforderungen erfüllt werden können. Ein Drittel der Sonderdienstmänner müsse nämlich wegen mangelnder Eignung für die allgemeinen Verwaltungsaufgaben ausgeschieden werden. Auch beherrschten viele Angehörige des Sonderdienstes nicht die deutsche Sprache. Eine Ergänzung dieser Kräfte werde mit Beschleunigung in die Wege geleitet.

Der Leiter des
Personalamts
Dr. Gstöttenbauer berichtet, daß zur Zeit ein großer Mangel an Schreibkräften bestehe. Seit ungefähr drei oder vier Wochen seien Schreibkräfte überhaupt nicht mehr zu bekommen. Weiter zeige sich, daß viele der hier beschäftigten Schreibkräfte wieder aus dem Generalgouvernement abwandern wollten. Sie seien bereits in der Ostmark, im Sudetenland usw. beschäftigt worden und wünschten nun, nach Belgien, Frankreich, Griechenland oder anderen besetzten Gebieten versetzt zu werden. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nur das Personalamt bezw. die Distriktschefs berechtigt seien, Kündigungen entgegenzunehmen.

Auch bei den mittleren Beamten stehe man nach wie vor vor einer schwierigen Situation. Die Nachfragen bei den einzelnen Ministerien hätten ergeben, daß die Personalreserve gleich null sei. Man sei nun bemüht, Angestellte für Verwaltungsaufgaben zu schulen. - An Referenten bestehe ebenfalls ein großer Mangel, und man könne nicht mehr darauf rechnen, für ausfallende Kräfte Ersatz zu erhalten. - Von einer Beschäftigung der Ehefrauen von Beamten und Angestellten, die vor einiger Zeit veranlaßt worden seien, ins Reich zurückzukehren, würde er abraten.

Landgerichtsrat Dr. Luxenberg bemerkt, daß er bereits mit Unterstaatssekretär Kundt eine Besprechung über die Frage der Beamtenschulung gehabt habe. Man sei in dieser Besprechung zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen. In dieser Frage liege die größte Schwierigkeit wohl in dem Fehlen geeigneter Unterrichtungsräume und der Möglichkeit, eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften für diese Schulung aus der Verwaltung herauszuziehen. Die Arbeit als solche befände sich erst im Anfangsstadium, und es werde sich jetzt darum handeln, sie entsprechend zu fördern. Ministe-

rialrat Singer vom Reichsinnenministerium habe ihm übrigens seine volle Unterstützung zugesagt. Diese Unterstützung solle sich allerdings nicht auf die Gestellung von Lehrkräften erstrecken. Jedenfalls würde aber, wenn die Raumfrage geklärt sei, in etwa zwei Monaten mit der Schulung begonnen werden können, wenn auch zunächst in geringem Umfang. Ob und inwieweit die Regierung des Generalgouvernements das Recht der Prüfung dieser Angestellten und Ernennung von Beamten haben solle, sei eine zweite Frage, für die aber leicht eine Lösung gefunden werden würde. Die Ausbildung müsse selbstverständlich grundsätzlich derjenigen des Reiches entsprechen. Darüberhinaus müsse man aber den Beamten eine Ausbildung geben, die den Ostproblemen angepaßt sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß zur Zeit eine endgültige Entscheidung über diese Frage noch nicht getroffen werden könne, erkennt aber die Notwendigkeit einer solchen Arbeit an.

Präsident Watzke von der Hauptabteilung
Wissenschaft und Unterricht

führt aus, daß die Abteilung zur Zeit unter den denkbar schwierigsten Umständen zu arbeiten genötigt sei. Von den Volksschulen seien 95 % von der Wehrmacht beschlagnahmt. Von den Fachschulen sei keine einzige mehr ohne Truppenbelegung. Man habe sich nun auch angesichts zahlreicher Ersuchen der Kreishauptleute bemüht, einen Behelfsunterricht einzurichten, damit die Kinder nicht auf der Straße verwahrlosten. Dieser Behelfsunterricht werde auf dem Lande in Bauernhäusern, zum Teil in Scheunen erteilt. In den Städten sei der Unterricht so eingerichtet, daß in einer einzigen Schule von 8^{00} Uhr früh bis 8^{00} Uhr abends abwechselnd Unterricht erteilt werde, und zwar jeweils ein Kursunterricht zu

etwa 3 Stunden, sodaß also vier Schulen in einer einzigen Schule unterrichten würden.

Ganz unerfreulich seien die Zustände bei den Fachschulen; an den gewerblichen Fachschulen sei die Wirtschaft und die Rüstungsinspektion interessiert, an den landwirtschaftlichen Fachschulen vor allem die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Man versuche nun überall, Ausweichmöglichkeiten zu schaffen, um wenigstens einen theoretischen gewerblichen Fachschulunterricht zu gewährleisten. Auf dem Lande habe man die Berufsschulen überall so aufgestellt, daß um einen örtlichen Mittelpunkt herum, alle diejenigen, die vier oder fünf Kilometer entfernt wohnen, zu Fuß zur Schule gelangen könnten. Darüberhinaus habe man den großen Teil der vorhandenen Einrichtungen gleichseitig für Ausbildungskurse der Luftwaffe und der Rüstungsinspektion zur Verfügung gestellt, ebenso die Lehrkräfte.

Das deutsche Schulwesen sei vollständig aufrechterhalten, wenn auch nicht mehr die Räume zur Verfügung ständen, die man im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre sichergestellt habe. Auch in den Heimen Rabka und Zakopane sei der Unterricht vollständig aufrechterhalten, ebenso der Unterricht der Oberschule in Tschenstochau. Die Oberschule in Warschau funktioniere ebenso wie die in Tomaschow-Petrikau. Lediglich die Schule in Radom habe nicht voll zur Entfaltung kommen können, weil die Notwendigkeit, bauliche Änderungen vorzunehmen, dies verhindert habe.

In einer besonders schlechten Lage befänden sich die landwirtschaftlichen Schulen. Von den landwirtschaftlichen Fachschulen sei nur eine Schule nicht vom Militär belegt und könne ihre Arbeit vollständig aufrechterhalten. Die Gartenbau- und Molkereischule sei ebenfalls in Betrieb. Die landwirtschaftliche Schule im Distrikt Lublin stehe überhaupt nicht zur Verfügung, ebenso wenig die ukrainischen landwirtschaftlichen Schulen. Hier habe man keine Ausweichmöglichkeit schaffen können, weil alles restlos belegt sei.

Man sei mit der Aufgabe beschäftigt, für den September den Beginn des neuen Schuljahres sicherzustellen. Man werde vielleicht gezwungen sein, den Schluß des Schuljahres, der normalerweise am 30. Juni erfolgen sollte, etwas vorzuverlegen, sodaß vielleicht Mitte Juni der Schulbetrieb geschlossen werden würde. Jedenfalls sei man in Zusammenarbeit mit den Distriktschefs und den Kreishauptleuten bestrebt, den Schulbetrieb so lange wie möglich, wenn auch nur behelfsmäßig aufrechtzuerhalten.

Die anderen Arbeiten der Abteilung seien gemäß den Weisungen des Herrn Generalgouverneurs in voller Vorbereitung.

Über die

Gesundheitslage im Generalgouvernement

berichtet Obermedizinalrat Dr. Walbaum. Bei der Abteilung für Gesundheitswesen sei man sich, so führt Dr. Walbaum aus, im Anfang des Winters darüber klar gewesen, daß die größte Gefahr im Auftreten des Fleckfiebers liegen würde. Bei einer Arbeitstagung mit den Sanitätsoffizieren der Wehrmacht sei von diesen ebenfalls der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß für den Winter die Gefahr am größten sei. Diese Erwartung habe sich glücklicherweise nicht bestätigt. In einer neuerlichen Tagung in Warschau sei dann hervorgehoben worden, daß die Hauptgefahr in die Frühjahrsmonate falle. Sie hätten auch mit einem weiteren Ansteigen der Fleckfieberkurve begonnen. Zur Verbreitung der Seuche trage offenbar auch der Kohlenmangel erheblich bei, da die Entlausungsanstalten nicht richtig betrieben werden könnten. Die Fleckfiebergefahr sei auf dem Lande, wo die Juden nicht in Ghettos zusammengefaßt seien, besonders groß. Das Fleckfieber sei gerade in den Monaten April und Mai stark angestiegen und habe ein weiteres Ansteigen durch das Hinzukommen des Militärs erfahren. So seien auch zum ersten Mal Fleckfieberfälle bei der Wehrmacht aufgetreten. Ein mehr

oder minder enger Kontaktder Wehrmacht mit der Bevölkerung lasse sich eben nicht vermeiden. Gegenüber dem Vorjahr müsse jedenfalls ein Ansteigen des Fleckfiebers festgestellt werden, ohne daß man jedoch von einer ausgesprochenen Epidemie zu sprechen brauche. Zur Zeit betrage der Fleckfieberstand 576 Fälle, während man in den vorangegangenen Monaten 564, 373, 371, 286 und 200 Fälle habe feststellen können. Die letzten Meldungen zeigten allerdings, daß ein erneutes Ansteigen nicht mehr erfolgt sei. Eine große Gefahr für das Entstehen des Fleckfiebers bilde das Bettlerunwesen. Eine Bettlerin allein habe z.B. 20 Leute angesteckt und diese hätten dann wieder das Fleckfieber auf 25 andere Menschen übertragen, sodaß also durch diesen einzigen Fall 45 weitere Fleckfieberfälle entstanden seien. Deshalb müsse gegen das Bettlerunwesen mit den allerschärfsten Mitteln eingegriffen werden. Weiter müßte von Seiten der Wehrmacht aufmerksam darauf gemacht werden, welche Gefahren in dem Verkehr mit der einheimischen Bevölkerung liegen. Pflicht der Wehrmacht sei es daher, jeglichen Verkehr der Soldaten mit der Bevölkerung zu unterbinden.

An Ruhrfällen seien drei zu verzeichnen gewesen. Fälle von Typhus seien hundert gezählt worden. Das entspreche durchaus der normalen Lage. Auch Tollwutfälle seien nur in geringer Anzahl vorgekommen.

Der Präsident der Hauptabteilung
Justiz

Ministerialrat Wille führt aus, daß die Arbeit bei den deutschen Justizbehörden in einem unerwarteten Maße angestiegen sei. Die Personalschwierigkeiten beständen wie überall, so auch in der Justizverwaltung und wirkten sich angesichts der verstärkten Arbeitslast an einzelnen Stellen sehr unangenehm aus. So seien zwei deutsche Justizbehörden tatsächlich nicht mehr imstande gewesen, das ihnen gestellte Arbeitspensum zu erledigen. Diese Mißstände seien weniger

auf den Mangel an Referenten, Richtern und Staatsanwälten, als vielmehr des Büropersonals zurückzuführen.

Seit Bestehen des Generalgouvernements sei erfreulicherweise nur in zwei Strafanstalten eine Seuche zu verzeichnen gewesen, einmal im Mai v.J. in Radom, das andere Mal vor kurzem in einem Warschauer Gefängnis. Es habe sich beide Male um Fleckfieber gehandelt. Die Seuche sei inzwischen erloschen.

Von der Abteilung Justiz sei dem Reich neuerdings ein Transport von arbeitsfähigen Gefangenen zur Verfügung gestellt worden.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth berichtet, daß nach neuerdings getroffenen Feststellungen, die Widerstandsbewegung seit einigen Wochen besonders lebhaft am Werke sei und Sabotageakte und Attentate verübte. Alle diese Attentate ließen eine gewisse Stetigkeit erkennen, die der Sicherheitspolizei Anlaß gebe, nach der Zentralstelle zu fahnden, von der aus diese Handlungen geleitet würden. Man habe auch festgestellt, daß insbesondere in Warschau eine Zentrale bestehe, die den Versuch mache, die im Raum des Generalgouvernements getroffenen Vorbereitungen systematisch zu stören. Auf Grund intensiver Beobachtungen aller dieser Kreise sei es gelungen, verschiedene Zentralstellen zu entdecken und auch zu zerschlagen.

Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß ausschließlich ehemalige Offiziere, Beamte oder Personen, die eine gewisse Bildung genossen hätten, die Träger der Widerstandsbewegung seien. Richtig sei, daß alle diese Menschen selbstverständlich den Kopf der Bewegung darstellten. Aber das Gros der Leute, die die Attentate ausführten, setze sich ausschließlich aus Bauern und Arbeitern zusammen. Des weiteren habe die Leitung der Widerstandsbewegung die Polen angewiesen, nunmehr grundsätzlich von der Waffe Gebrauch zu

machen. Man habe weiter festgestellt, daß die Widerstandsbewegung erstaunlich gut orientiert sei über alles, was in diesem Raum und innerhalb der Verwaltungsstellen vor sich gehe. Man könne das nur darauf zurückführen, daß die Sorglosigkeit der Deutschen allen polnischen Bediensteten gegenüber es ermögliche, daß Dinge an die Widerstandsbewegung herangetragen würden, die der Sicherheitspolizei die Arbeit so außerordentlich erschwerten. Es werde eben leider in Geschäften, Gaststätten usw. mit einer Unachtsamkeit über Dinge gesprochen, die unbedingt geheim gehalten werden müßten. Er bitte deshalb die Abteilungsleiter, ihre Dienststellen anzuweisen, daß sie für gründliche Aufklärung der deutschen Angestellten und Beamten sorgen. Man dürfe ja nicht nur die Leute zur Widerstandsbewegung rechnen, die organisiert wären, sondern die Sicherheitspolizei rechne zur Widerstandsbewegung im weiteren Sinne alle Polen. Es gebe keinen Polen, der sich heute schon umgestellt habe und wirklich zu Gunsten der Regierung des Generalgouvernements arbeite. Die Sicherheitspolizei bediene sich zwar mancher Polen als Mittel zum Zweck, aber nicht als eines Menschen, der im deutschen Interesse arbeite. Die Leitung der Sicherheitspolizei werde mit Rücksicht auf die kommenden Ereignisse nochmals ihren gesamten Apparat überprüfen.

Gouverneur Dr. Wächter gibt einen kurzen Überblick über die Lage im Distrikt Krakau. Auch im Distrikt Krakau beständen ähnliche Schwierigkeiten, wie sie von den Abteilungsleitern hervorgehoben worden seien. Sie gründeten sich vor allem auf die Eigenschaft des Distrikts als eines Zuschußgebiets. Auch die ungünstige Transportlage der letzten Wochen habe zu manchen Mißständen geführt. - Das Verhältnis zur Wehrmacht sei in jeder Beziehung ausgezeichnet. - In der Distriktverwaltung mache sich das Bedürfnis nach einer endgültigen Regelung des Stellenplans stark bemerkbar. Dem Wegdrängen von Beamten in andere Bereiche müßte durch den Hinweis auf

positive Einbaumöglichkeiten dieser Beamten in den Stellenplan entgegengewirkt werden.- Die vom Herrn Generalgouverneur heute ausgegebene Parole werde gerade in der Mittelverwaltung eine verständnisvolle Aufnahme finden, sei doch die Distriktsverwaltung in erster Linie auf die Tagesarbeit und die praktische Arbeit abgestellt. Wenn man im Herbst 1939, als die gesamte Verwaltung auf die vordringliche Wehrmachtsarbeit eingestellt gewesen sei, der Schwierigkeiten Herr geworden sei, dann werde das jetzt umso mehr der Fall sein, wo man über einen eingespielten Verwaltungsapparat und große in der Praxis gewonnene Erfahrungen verfüge. Auch die neue Situation werde eine in jeder Weise bereite Verwaltung finden.

Gouverneur Zoerner berichtet, daß auch die Konsolidierung der Verwaltung im Distrikt Lublin weitere Fortschritte gemacht habe. Wenn auch der Distrikt Lublin erst später zu arbeiten begonnen und mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe, so seien doch heute schon die Personalverhältnisse einigermaßen normal, wenn selbstverständlich auch gewisse Wünsche noch der Erfüllung harrten.- Die Durchführung der Einheit der Verwaltung sei auch für den Distrikt Lublin von Vorteil gewesen. In diesem Zusammenhang weise er allerdings darauf hin, daß die Arbeitsämter den Kreishauptmannschaften nur angegliedert, nicht aber eingegliedert seien. Diese Eingliederung sei besonders wegen der schwachen Personalbesetzung der Kreishauptmannschaften von großer Wichtigkeit. Daß den Arbeitsämtern daraus ein Schade erwachse, sei kaum anzunehmen.- Die Bewachung der Amtsgebäude, vor allem des Hauptgebäudes der Distriktsverwaltung, lasse sehr zu wünschen übrig. Wenn außer zwei Innenposten die Bewachung lediglich in Händen von Sonderdienstleuten läge, die nur eine ungenügende Kontrolle auszuüben imstande seien, so sei damit die Sicherheit absolut nicht gewährleistet. Er bitte daher die

Ordnungspolizei, für eine Bewachung der einzelnen Dienstgebäude Sorge zu tragen. Auch eine geringe Verstärkung des Sonderdienstes würde er dankbar begrüßen.

Man habe früher immer geglaubt, daß die Kreishauptleute von Polizeiaktionen zu spät Nachricht erhielten. Dieser Mißstand sei mittlerweile beseitigt worden, aber um so bedauerlicher sei es, daß die Aktionen der Truppenpolizei ohne Kenntnis der Kreishauptleute vor sich gingen und die Vorschriften über die Ablieferungspflicht nicht immer befolgt würden. Die Verbindung mit Krakau zur Zentrale und zur Regierung des Generalgouvernements sei zwar etwas besser geworden, aber doch zeitweise immer noch stark gestört. Hier müsse auf die schwierige Lage des Distrikts Lublin Rücksicht genommen und für eine bessere Zugverbindung gesorgt werden.

Angesichts der Kohlenknappheit sei man jetzt im Distrikt Lublin bestrebt, den Torf mehr als bisher auszunutzen. Der neue Leiter der Abteilung Wirtschaft des Distrikts habe die Privatwirtschaft herangezogen, und man hoffe auf dem Wege der Torfgewinnung eine wesentliche Erleichterung zu erreichen.

Im Interesse des Straßenbaues werde die Errichtung einer Anzahl von Klinkerfabriken in Angriff genommen. Man wolle aber lediglich kleinere Unternehmungen schaffen, damit die Investierungskosten nicht zu groß würden. -
Die Holzpreise seien seiner Meinung nach zu hoch. Die Liegenschaftsverwaltung erhalte lediglich den Gegenwert für das Holz, während die holzverarbeitenden Betriebe teilweise große Summen verdienten.

Von Wichtigkeit sei die Frage, ob die geplante Umorganisation der Zentral- bezw. Wirtschaftskammer trotz der kommenden Schwierigkeiten ~~usw~~ fortgesetzt werden solle, oder ob es nicht vielmehr richtiger sei, den gegenwärtigen Zustand für die nächsten Monate zu belassen, zumal in personeller Beziehung diese Organisation im Distrikt noch nicht geschaffen sei.

Auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft wären an und für sich im Distrikt Lublin gar keine Schwierigkeiten aufgetreten, wenn nicht durch die gewaltigen Anforderungen der Wehrmacht alle Pläne der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt über den Haufen geworfen worden wären. Durch die Ankäufe von militärischer Seite werde die Aufrechterhaltung des Ablieferungssolls ganz erheblich gestört. Immerhin sei anzunehmen, daß mit Hilfe der Polizeiaktion aus den Überschußkreisen des Distrikts doch noch ein erhebliches Quantum von Nahrungsmitteln herausgeholt werden könne, da angesichts der Kriegspsychose offenbar noch größere Mengen von den Bauern zurückgehalten würden.

Die Wintersaat stehe im Distrikt Lublin ausgezeichnet. Die Frühjahrsbestellung sei allerdings um vier Wochen zurückgeblieben, sei aber wohl zu drei Viertel durchgeführt, sodaß trotz der Schwierigkeit der Pferdegestellung in Kürze die Bestellung im Distrikt Lublin restlos durchgeführt werden könne.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei trotz der außerordentlich starken Belegung des Distrikts mit Truppen nach wie vor durchaus kameradschaftlich. Kleine Mißverständnisse seien mit beiderseitigem guten Willen leicht aus dem Wege zu räumen. Auf seinen Einspruch gegen die Benutzung der Chelmer Kathedrale als Sanitätsdepot sei sofort von dieser Maßnahme Abstand genommen worden.

Generalleutnant Riege nimmt kurz zu der Frage der Bewachung der Lubliner Dienstgebäude Stellung und glaubt, die Sicherheit des Gouverneurs unbedingt gewährleisten zu können. Abgesehen davon, daß ständig ein Doppelposten dort aufgestellt sei, liege in unmittelbarer Nähe die Regimentswache. Er sei gleichwohl bereit, eine Klingelleitung dorthin legen zu lassen. Eine besondere Wache zur Verfügung zu stellen, sei unmöglich, weil er von den drei Bataillonen des Distrikts Lublin zwei Bataillone habe abgeben müssen, sodaß

für den ganzen Distrikt nur noch ein Bataillon zur Verfügung stehe.

Unterstaatssekretär Kundt nimmt zu der Frage Stellung, wie neben der einheitlichen Führung der Verwaltung auch eine einheitliche Führung auf dem Sektor Wirtschaft allgemein ermöglicht werden könne. Es müsse ein Weg gefunden werden, damit neben der behördlichen Verwaltung die Selbstverwaltung der Wirtschaft, von Deutschen geleitet, nach den Gesichtspunkten der einzelnen Wirtschaftsabteilungen funktionieren könne.

Durch verschiedene Verordnungen sei nunmehr die Einheit der Verwaltung auf allen Gebieten nach den Grundsätzen der Regierung bis zu den untersten Stellen der Verwaltung eingeführt. Staatssekretär Dr. Bühler habe entsprechend seinen Vollmachten zu den einzelnen Verwaltungsanordnungen Richtlinien gegeben, sodaß nunmehr dieser Sektor als abgeschlossen zu betrachten sei. Sofern sich aus der Erfahrung heraus Änderungen als notwendig ergeben sollten, könnten sie erst nach einiger Zeit berücksichtigt werden. Es sei aber wichtig, daß gerade in einem Zeitpunkt, in welchem die gesamte Polizei unter einheitlicher Führung nach militanten Methoden der militärischen Aufgabe gegenüberstehe, die Entwicklung so weit abgeschlossen sei, daß diese geschlossene Verwaltung nunmehr den Anforderungen der nächsten Monate entsprechen könne. Angesichts der großen Aufgaben, vor denen man zur Zeit stehe, wünschten die im Generalgouvernement tätigen Beamten und Angestellten ihre Arbeitsleistung gesichert zu wissen. Diese Sicherung könne in Form des Stellenplans herbeigeführt werden. Dieser Stellenplan, der für alle Verwaltungsbezirke mit Ausnahme der Polizei gelte, sei im Entwurf fertiggestellt und werde in der übernächsten Woche in Berlin überreicht werden können. Es sei dafür gesorgt, daß für jeden Posten, der im Stellenplan aufgeführt sei, auch die entsprechende Arbeitsleistung nachgewiesen werde. Das habe die weitere Folge, daß bei ausrei-

chendem Personal volle Klarheit darüber bestehe, was jeder zu tun und zu lassen habe, damit kein unnötiger Papierkrieg zwischen zwei Dienststellen entstehe. Er könne in diesem Zusammenhang die verständnisvolle Mitarbeit sämtlicher Hauptabteilungsleiter und der anderen Dienststellen hervorheben, die es ermögliche, im Reiche alles das zu vertreten, was der Stellenplan enthalte.

Was das Verhältnis zwischen der Regierung bezw. der gesamten Verwaltung und der Wehrmacht angehe, so seien die personellen Beziehungen zwischen den Verantwortungsträgern der Verwaltung wie ihren Mitarbeitern und den Verantwortungsträgern der Wehrmacht, vor allem dem Militärbefehlshaber und den Truppenkommandeuren denkbar gut. Hier und da auftretenden Bestrebungen unorientierter Wehrmachtskreise in die Sphäre der Verwaltungsmaßnahmen einzugreifen, habe man mit Hilfe des Militärbefehlshabers und seiner Organe entgegenwirken können.

Wenn man bedenke, welche hohen Anforderungen heute von der Wehrmacht an die Kreishauptmänner und ihre Mitarbeiter gestellt würden, so könne man nur feststellen, daß die Arbeitsleistung dieser Beamten vorbildlich sei, man könne auch das Vertrauen zu ihnen haben, daß sie noch höhere Leistungen vollführen würden. Diese vorbildliche Arbeit zeige sich auch auf dem Gebiet des neu eingerichteten Luftschutzes. Hier hätten Innere Verwaltung, Werkschutz, Hauptabteilung Wirtschaft, die zuständigen Organe des Militärbefehlshabers und auch die Rüstungsinspektion in vollstem Einvernehmen gearbeitet.

Dienstleister <u>Schalk</u> berichtet über die Gründung der <u>Deutschen Gemeinschaft.</u>

Es sei notwendig geworden, so führt er aus, über die Erfassung der Parteigenossen und der Angehörigen aller Parteigliederungen hinaus einen politischen Verband zu errichten, der der Partei die Gewähr gebe, daß alle im Gene-

ralgouvernement lebenden Deutschen organisch erfaßt und partei- und weltanschaulich geführt werden könnten. Nachdem die in der Volksdeutschen Gemeinschaft führend tätig gewesenen Männer und Frauen am 20. April zu einem ganz geringen Prozentsatz in die Partei aufgenommen worden seien, sei die Frage offen geblieben, was mit dem übrigen Teil der Volksdeutschen, die der Volksdeutschen Gemeinschaft angehörten, geschehen solle. Die Partei habe nun vor der Frage gestanden, diesen Menschen entweder den Eintritt in die Gliederungen der Partei zu ermöglichen oder aber einen großen neuen Verband zur Erfassung aller Reichs- und Volksdeutschen, die noch außerhalb der Partei ständen, zu gründen. Der Herr Generalgouverneur habe sich in Verfolgung der bisherigen Linie entschlossen, eine Deutsche Gemeinschaft im Generalgouvernement zu errichten. Diese Deutsche Gemeinschaft führe der Herr Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter und Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP.

Die Deutsche Gemeinschaft verfüge über keinen eigenen Führungsapparat, vielmehr liege die Führung in den Händen der Hoheitsträger der Partei, also der Blockleiter, Zellenleiter, Standortführer und Distriktstandortführer. Die Deutsche Gemeinschaft gliedere sich lediglich in Ortsverbände. In Zusammenarbeit mit dem Reichsschatzmeister sei eine Beitragsordnung ausgearbeitet worden, die in nächster Zeit in Kraft gesetzt werde.

Weiter habe sich mit der Bildung der Deutschen Gemeinschaft die Frage einer besonderen Erziehung der Deutschen Männer in wehrsportlicher Richtung ergeben. Innerhalb der Deutschen Gemeinschaft würden sich sogenannte Wehr- und Schützengemeinschaften aufstellen lassen.

Wenn der nunmehr vollzogene Aufbau der Deutschen Gemeinschaft als endgültig angesehen werden könne, dann sei der Gesamtaufbau der Partei im Generalgouvernement vorläufig abgeschlossen. Die Partei werde dann eine geschlossene Einheit verkörpern, der die Einheit der Verwaltung

gegenüber zu stellen ist. Die Parteigenossen als die Mitglieder und Angehörigen des Führungsorgans des Deutschen Volkes würden disziplinarisch weiterhin in den Standorten geführt. Daneben gebe es nur eine einzige Organisation für alle Nichtparteigenossen, die Deutsche Gemeinschaft.

Der Direktor des Instituts für deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz weist im Hinblick auf die in Angriff zu nehmende Beamtenschulung darauf hin, daß für diese Schulung entsprechende Räume im Institut für deutsche Ostarbeit zur Verfügung gestellt werden könnten. Er habe überdies vor einiger Zeit dem Präsidenten Westerkamp einige Referenten und Mitarbeiter des Ostinstituts benannt, die über den Unterricht in Verwaltungsangelegenheiten hinaus allgemeine Themen vor den Beamten behandeln könnten.

Landesbauernführer Körner legt nunmehr den

Aufbauplan für die Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement

vor.

Im Anschluß an die Ausführungen des Landesbauernführers behandelt Dr. Kuchenbäcker den

Entwurf einer Umlegungsordnung für das Generalgouvernement.

Er erläutert an Hand von Karten und zwei im Saal aufgestellten Modellen Wesen, Zweck und Ziel der Umlegung.

Abteilungspräsident Dr. Emmerich gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß dieser Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft nunmehr vorgelegt worden sei. Dieser Plan enthalte in seinem ersten Teil auch eine Gesamtplanung für die Wirtschaft des Generalgouvernements. Ein

Aufbauplan auf dem gewerblichen Sektor müsse nun folgen. Einen solchen Plan aufzustellen, sei aber unverhältnismäßig schwieriger. Die Landwirtschaft gehe von dem vorhandenen Boden als einer festen Größe aus, während der gewerbliche Sektor von einer unbestimmten Zahl von Menschen ausgehen müsse, die das Generalgouvernement aufzunehmen habe und die es gegebenenfalls vom Reich zugewiesen erhalte. Es sei nicht gewiß, ob man auf dem gewerblichen Sektor für eine Million Menschen mehr oder weniger Arbeit bereitstellen müsse.

Naturgemäß habe die gewerbliche Wirtschaft das größte Interesse an dem von Landesbauernführer Körner aufgestellten Plan, das gleiche Interesse habe sie daran, daß dieser Plan in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werde. Die Probleme zeigten sich aber erst mit der Abstimmung dieses landwirtschaftlichen Planes auf den Industrieplan bezw. weitere im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu entwerfende Pläne. Das Tempo der Entwicklung ergebe sich für diesen Landwirtschaftsplan aus der gegenseitigen Rücksichtnahme und könne nicht einseitig von der Landwirtschaft bestimmt werden.

Der Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gehe davon aus, daß die Kosten dieses Planes aus einer laufenden Selbstfinanzierung bestritten werden. Dieses sicher erstrebenswerte Ziel werde aber nur erreicht werden können, wenn der Agrarsektor im Generalgouvernement den gesamten gewerblichen Sektor mittragen könnte. Aus dieser Situation ergebe sich das Problem: welchen Charakter hat das Generalgouvernement-, ist das Generalgouvernement ein Agrarstaat? Er könne diese Frage nicht bejahen. Er stelle sich unter einem Agrarstaat ein einseitig orientiertes agrarische Gebilde vor, das es ermögliche, allein aus der Agrarwirtschaft die Überschüsse herauszuwirtschaften, die den Außenhandel des Gebietes trügen. Selbst wenn nach Durchführung aller dieser Pläne eine wesentliche Leistungssteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um etwa 50 % erreicht würde, so würde dieses Plus wahrscheinlich gleich wieder konsumiert werden,

wenn man nicht die unsichtbare Arbeitslosigkeit, die heute gerade im Agrarsektor angesichts der zahlreichen Menschen vorhanden sei, beseitige und nicht im übrigen durch eine Intensivierung des gewerblichen Sektors in viel größerem Maße Menschen in Arbeit und Brot beg gebracht würden. Es laufe auf die Frage hinaus, womit das Generalgouvernement seine Handelsbilanz bestreiten bezw. wie die Zahlungsbilanz des Generalgouvernements aussehen solle.

Nun könnte man auf die Wanderarbeiter und deren Rücküberweisungen verweisen, die es ermöglichen würden, in der Handelsbilanz ein Passivsaldo aufzuwiegen. Dieser Posten der Zahlungsbilanz sei aber immer etwas unzuverlässig. Die Wanderarbeiter schickten nicht stets ihr Geld nach Hause, sondern machten im Reiche alle möglichen Anschaffungen, in Gestalt von Fahrrädern usw. Das habe die Bedeutung einer zusätzlichen Einfuhr.

Daß dieser Aufbauplan dem gewerblichen Sektor starke Betätigungsmöglichkeit gebe, sei ohne weiteres anzuerkennen. Aber auch hier stehe man gleich wieder vor einer Frage, ob nämlich das Generalgouvernement etwa so organisiert werden solle, wie die südöstlichen Nachfolgestaaten ihre Wirtschaftspolitik orientiert hätten, d.h., mehr oder weniger auf eine autarke Marktversorgung abgestellt. Würde man eine solche industrielle Autarkiepolitik für richtig halten, so würde man auf vielen Gebieten zu wesentlich höheren Gestehungskosten kommen als im Reich. Man würde also, wenn man so viel Menschen ins Generalgouvernement hineinbekäme, notgedrungen eine industrielle Veredlungswirtschaft entwickeln müssen. Dann könne es sehr leicht eintreten, daß das industrielle Stockwerk, welches auf dem agrarischen Erdgeschoß ruhe, in seinem Gesamtproduktionswert über dieses Erdgeschoß hinausrage. Es sei absolut unwahrscheinlich, daß die aus der hiesigen Agrarwirtschaft zu ziehenden Beträge die Industriewirtschaft des Generalgouvernements allein tragen könnten.

Als weiteres Problem trete noch die Preisfrage auf. Nach den Berechnungen des Landesbauernführers solle das hie-

sige Preisniveau bei 90 % der Reichspreise liegen. Wenn das Gefälle der Preise vom Reich zum Generalgouvernement nur 10 % betrage, dann reiche das wohl nicht für die Erreichung des Zieles aus, das dem Generalgouvernement vom Reich gestellt sei, und nach welchem ein wesentlich stärkeres Gefälle von etwa 30 % vorhanden sein müßte. Dieses Gefälle, das ja auch ein Lohngefälle sein würde, solle ja gerade den Anreiz dafür bieten, daß sich die Wanderarbeiter um des höheren Betrages willen vom Generalgouvernement ins Reich begäben.

Es stehe nicht zur Diskussion, ob dem Agrarsektor bei der allgemeinen Reorganisation dieses Raumes ein Vorrang zugestanden werden solle. Bestimmend aber sei das Tempo. Der Plan werde wesentlich leichter durchführbar sein, wenn man an das Wort von der Kolonie anknüpfe. In einer Kolonie entwickelten sich ja die produktiven Kräfte nicht aus einer Selbstfinanzierung, sondern in aller Regel aus einer Kapitaleinfuhr. Er sehe auch für die großen Reformaufgaben des Agrarsektors durchaus die Möglichkeit eine Finanzierung von außen her heranzuziehen, die es ermögliche, im allgemeinen Preisgefüge nach unten etwas beweglicher zu sein. Molkerei- und Mühlenbetriebe seien durchaus geeignet, Objekte für eine Kapitaleinfuhr, die das Charakteristikum jeder kolonialen Wirtschaft darstelle, zu sein.

Bei dieser ersten Betrachtung des Aufbauplanes ergebe sich für ihn die Frage: kann nicht bei Agrarpreisen, die etwa 25 % unter den Preisen des Reiches liegen, eine Rentabilität und eine gewisse Selbstfinanzierung erwirtschaftet werden? Bei einer Preisgestaltung, wie sie Landesbauernführer Körner im Auge habe, sehe er die Möglichkeit nicht, dem industriellen Sektor die Zielsetzung zu geben, die vom Reich zwangsläufig gestellt werden müsse.

Unterstaatssekretär Kundt wirft die Frage auf, wieviel deutsche Bauern angesiedelt werden müßten, um in fernerer Zeit die Mittel- und Großbauern nicht Polen werden zu lassen. Die Beantwortung dieser Frage habe zur Voraussetzung eine Untersuchung darüber, welche Kräfte man aus dem deutschen Volk herausholen könne, um Zug um Zug und im Zusammenhang mit jeder dieser Aktionen eine Ostsiedlung zu errichten. Man dürfe sich der Befürchtung nicht verschließen, daß unter Umständen die Bodenreform für die polnische Bevölkerung geschaffen werde, über dem dann nur eine kleine Schicht von deutschen Großbauern stände. Wenn auch davon ausgegangen werde, daß nach der Umlegung der Boden Staatseigentum werde, so müsse doch immer bedacht werden, daß der Pole auf diesem Grund und Boden sitze, daß er seine Jahresrente zahle und schließlich im Grunde genommen doch polnischer Mittel- oder Großbauer sei. Weiter sei zu bedenken, daß gerade aus den Kreisen der polnischen Bauern die Aufrührer gegen die bestehende Ordnung gekommen seien, wie z.B. auch ihre Haltung gegen Pilsudski gezeigt habe. Wenn man jetzt den Söhnen polnischer Bauern eine bessere landwirtschaftliche Schulung zuteil werden lasse, so züchte man vielleicht für spätere Zeiten eine Gefahr.

Landesbauernführer Körner wendet sich zunächst gegen die Befürchtung, daß infolge der Umlegungsarbeiten die Erträge zurückgehen und Ausfälle in der landwirtschaftlichen Erzeugung entstehen könnten. Nach den Ausführungen des Dr. Kuchenbäcker werde man sofort wasserwirtschaftliche Arbeiten in Angriff nehmen, man werde Kalkungen vornehmen und dafür sorgen, daß bereits in Gang befindliche Bestellungen von diesem Verfahren nicht erfaßt werden. Man erwarte schon für das erste Jahr nach der Umlegung entsprechend höhere Erträge.

Gegenüber den von Unterstaatssekretär Kundt geltend gemachten Bedenken weist Landesbauernführer Körner nochmals

darauf hin, daß der Boden, der zu Großbetrieben zusammengefaßt werde, Eigentum des Generalgouvernements werde und bleibe, und zwar so lange, bis Deutsche kämen, die diesen Boden zunächst zur Pacht und später als Eigentum erwürben. Insgesamt würden nur etwa 30 000 deutsche Höfe in 20 Jahren nach diesem Verfahren gebildet werden. Es sei durchaus möglich, aus der deutschen Landwirtschaft in den nächsten Jahren 30 000 deutsche Familien herauszuholen, die im Osten begeistert arbeiten wollten. Die weitere Durchdringung des Raumes mit mittleren und kleineren Höfen in einer Größenordnung von etwa 75 ha sei der ferneren Zukunft vorbehalten. Den polnischen Bauern werde heute nicht mehr zu Eigentum gegeben als sie bereits gehabt hätten. Das könne höchstens einmal vorübergehend der Fall sein, bis man die großen Höfe errichtet habe. Bis zu dieser Zeit erhielten sie Parzellen des beschlagnahmten und enteigneten Besitzes noch zur Pacht. Daraus werde kein Erbhofbauernstand entstehen. Gerade durch diese aktive Bodenpolitik im Sinne des Deutschtums werde den Polen die Unterlage für eine Gegnerschaft gegen Deutsche genommen.

⌈ Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Regierungssitzung in folgenden Ausführungen zusammen: ⌋
Ich kann Ihnen, Parteigenosse Körner, und Ihren Mitarbeitern den Dank der Regierung und meine persönliche Anerkennung für diese wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die Sie hier für eine große Aufbauplanung geleistet haben. Für mich ist es eine besonders große Freude, einem bewährten Parteigenossen wie dem Landesbauernführer Körner diese Anerkennung in einem Augenblick aussprechen zu können, in welchem wir uns darüber klar sind, daß mit dieser Planung ein Vorwärtsstoßen der deutschen Ostpolitik in die Tat umgesetzt werden soll, wie es in dieser schönen, klaren und harmonischen Weise in keinem Bereich der deutschen Ostgebiete zur Zeit auch nur annähernd versucht werden kann. Daß die Schwierigkeiten, die gegen die Durchführung dieses Planes

sprechen, allen Ernstes erwogen werden müssen, ist schon deshalb selbstverständlich, weil das der Methode des Generalgouvernements entspricht, über alle Dinge eine sachliche, ernste, nicht aber nur vorgetäuschte Diskussion zu führen. Es entspricht auch der ungewöhnlichen Verantwortung, die mit der Inkraftsetzung eines solchen Planes nicht nur für das Generalgouvernement, sondern für die gesamte Ostraumpolitik des Deutschen Reiches verbunden ist.

Das Problem, ob Agrar- oder Industriestaat, kann in dieser Form hier nicht in die Debatte gezogen werden. Wie immer sich das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches dem Umfang und der Zusammensetzung der Bevölkerung nach schließlich auch entwickeln wird, das eine steht fest: es ist unmöglich, daß von heute auf morgen dieses als Reservatgebiet des polnischen Volkstums bezeichnete Nebenland in vollem Umfang in die allgemeine Strukturentwicklung des Deutschen Reiches einbezogen wird. Wir können nur dadurch, daß wir durch eigene Zollhoheit, durch eigene Wirtschafts- und Währungshoheit autark gestellt sind, versuchen, unter allen Umständen eine Entlastung für das Reich zu bringen und für diesen Zweck alle Kräfte nutzbar zu machen.

Man fragt vielleicht: wozu braucht man in diesem armseligen Generalgouvernement noch groß Agrarpolitik zu treiben? Unsere Gedanken schweifen doch jetzt wer weiß wohin nach dem Osten, wo es drei Mal im Jahre eine Ernte gibt und wo die schwarze Erde ist. Meine Herren, Täuschen wir uns nicht: wir liegen hier in der Zone der deutschen Expansion, die ganz zweifellos früher oder später einmal die Heimstätte dieses deutschen Volksvorsprungs sein wird. Das Weichseltal, das Weichselland ist zwar zunächst noch staats- und völkerrechtlich Nebenland, wird aber bestimmt eines Tages nicht polnisches sondern deutsches Siedlungsland sein.

Wenn nun gesagt wird, wir müssen Industriestaat oder Agrarstaat nebeneinander stellen, so interessiert mich die Strukturform dieser Entwicklung gar nicht, sondern es handelt

sich darum, ob man schon jetzt dem Reich gegenüber alle Maßnahmen so treffen kann, daß dieser Entwicklung im Weichselraum Vorschub geleistet wird. Und diese Frage möchte ich bejahen, wenn ich den Aufbauplan sehe, trotz aller Bedenken, die vielleicht von der allgemeinen Wirtschaft aus geltend gemacht werden könnten. Ich glaube sicher, daß wir dazu kommen werden, dieses große Aufbauprogramm im wesentlichen Umfang in die Tat umzusetzen. Ich werde jedenfalls alles tun, um das zu ermöglichen.

Die Erwägungen, die angestellt worden sind, sollen ja die Diskussion nicht abschließen. Es waren ja sozusagen nur Einzelmotive, die im Rahmen der heutigen Sitzung anklingen sollten, man wollte eben ganz allgemein zeigen, daß jedes Argument für und wider geprüft werden muß. Ich beauftrage Sie daher, Herr Staatssekretär Bühler, den von dem Präsidenten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Plan amtlich zu übernehmen und mit den beteiligten Abteilungen eingehend die Möglichkeiten seiner Verwirklichung zu prüfen. Dann werden Sie mir in absehbarer Zeit eine grundlegende Verordnung vorlegen, mit der ich dann diesen Plan in Kraft setzen werde.

Ich beabsichtige allerdings, im Zusammenhang mit diesem Plan auch den dringenden Erfordernissen der Hauptabteilung Wirtschaft im Generalgouvernement zu entsprechen und alle Möglichkeiten offen zu halten, um im Rahmen der Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement wie im Rahmen der Gesamtwirtschaftpolitischen Entwicklung in dem von Adolf Hitler beherrschten Raum dem Generalgouvernement auch die wirtschaftliche Autarkie so sicher wie nur möglich aufzubauen. Wenn wir daran gehen, ein Weltreich aufzubauen, dann müssen wir auch den Mut zu unserer Gegenwart und das Vertrauen auf unsere Zukunft haben. Was wir hier aufbauen, ist doch kein polnisches Siedlungs- und Heimstättenwerk, sondern ein grandioses, deutsch gedachtes und deutsch durchdrungenes Erfolgswerk. Wenn wir uns das zum Ziele setzen, dann werden wir die Schwierigkeiten, die mit dieser Aufgabe zusammenhängen, trotz ihrer Größe genau so überwinden, wie

wir die gigantischen Schwierigkeiten, die sich bisher unserer Entwicklung im Deutschen Reich entgegengestellt haben, überwunden haben. Entscheidend wird aber immer sein, wie wir uns darauf einrichten, daß das Generalgouvernement unbedingt zum Reich hin entwickelt werden muß. Seine Lebensform muß dem Reich so weit angepaßt werden, daß das notwendige Gefälle - sei es nun mit 10 oder 30 % anzusetzen - so lange aufrechterhalten bleibt, wie dieser Raum dem Generalgouvernement als Arbeitskraftreservoir bestimmt bleibt. Trotzdem muß die Möglichkeit einer Entwicklung zu einer immer besseren Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Generalgouvernement gegeben sein.

Wir wollen daher auch die Aufgabe der Regierung des Generalgouvernements nicht in der Aufrechterhaltung einer von außen übernommenen Agrarstruktur oder Industriestruktur sehen, sondern lediglich in der Entwicklung der Gesamtverhältnisse des Generalgouvernements auf diese neue Entwicklungszone des Reiches. Als wir 1939 in dieses Land kamen, war es für die reine Ausbeutung als Beuteobjekt bestimmt. Man kann ruhig sagen: eine völlige wirtschafts- und agrarpolitische Verwüstung dieses Gebietes sollte beabsichtigt sein. Es hat 1/4 Jahr oder 4 Monate Arbeit gekostet, bis man in Berlin anordnete, daß wir das Steuer herumwarfen. Es war dann die Aufgabe, eine Erzeugungswirtschaft zur möglichsten Entlastung des Reiches aufzubauen. Und nun stehen wir vor der weiteren Aufgabe, einen neuen Wirtschaftsplan des Generalgouvernements aufzubauen.

Wir sprechen hier von einem Zeitraum von zehn oder zwanzig Jahren. Vergessen Sie das nicht, meine Herren. Die ersten Auswirkungen dieses Plans, die überhaupt Probleme hervorrufen würden, werden frühestens in 2, 3, 4 Jahren deutlich spürbar sein. Aber bestimmt wird schon in 2 oder 3 oder 4 Jahren die Entwicklung nach der Richtung gehen, wie ich es skizziert habe, nicht aber wird eine Rückentwicklung zu einer Lebensdomäne der Polen eintreten, an deren Ende dann eine Art polnischen Reststaates stehen würde.

Ich glaube daher, daß wir gut tun, diesen Plan so ernst wie nur möglich zu nehmen. Den Herrn Staatssekretär Dr. Bühler aber bitte ich, ohne Rücksicht auf die Zeitläufte und die Lage, in der sich das Generalgouvernement vorübergehend in den kommenden Wochen und Monaten befinden wird, diese Aufgabe mit aller Energie in Angriff zu nehmen. In diesem Jahre sind uns nun schon drei große Planungen vorgelegt worden, einmal der Haushalt des Generalgouvernements, eine hervorragende Leistung nach Gliederung und zahlenmäßiger Prägnanz, zweitens der Stellenplan des Generalgouvernements und drittens dieser große Aufbauplan der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, der in seiner klaren, sachlichen, nüchternen Form den Idealismus unseres nationalsozialistischen Weltbildes in die Wirklichkeit des Krieges spannt. Ich bin glücklich über diese Vorlage. Ich übergebe sie Ihnen, Herr Staatssekretär. Verhandeln Sie, debattieren Sie darüber, lassen Sie jede Einwendung klar und sachlich prüfen, geben Sie allen Beteiligten jede Möglichkeit, hier mitzuwirken, letzten Endes auch den Reichsinstanzen, die an diesem Plan interessiert sind. Ich hoffe, daß wir etwa am 1. Oktober d.J. imstande sein werden, diesen Zehnjahresplan mit Wirkung vom 1. Januar 1942 in die Tat umzusetzen. Für Sie, Herr Präsident Dr. Emmerich, wird es sich empfehlen, daß Sie im engsten Anschluß an diese Arbeit gleichfalls eine Art Wirtschaftsplanung aufstellen. Auch werden dabei die großen Maßnahmen für den Weichselausbau zu berücksichtigen sein. Auch vom Standpunkt der Raumordnung müssenSie, Herr Oberregierungsrat Dr. Schepers, einen Zusammenhang mit dieser Gesamtplanung finden, ebenso wie die Verkehrsverbindungen der Eisenbahn, der Straßen, ferner die Flughafenanlagen usw. mit in diesen Plan einbezogen werden müssen.

Ich darf am Schluß der Sitzung der Regierung und allen Herren, die heute hier erschienen, für das Interesse, das sie bekundet haben, meinen herzlichen Dank sagen. Ich gedenke nicht, meine Herren, Sie in der nächsten Zeit in diesem großen Gremium wieder zusammenzurufen. behalte mir jedoch vor, die Herren jeweils nach Bedürfnis einzeln zu empfangen.

Ich werde in den kommenden Wochen und Monaten das Generalgouvernement nicht verlassen und bin deshalb jederzeit zu erreichen. Ich würde auch Sie bitten, sich im Generalgouvernement aufzuhalten. Jedenfalls muß es mir möglich sein, mich jederzeit mit einem jeden von Ihnen in Verbindung zu setzen. Ich schließe die Regierungssitzung.

Schluß der Sitzung: 19^{00} Uhr.

A b s c h r i f t

4

SITZUNG

DER

REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 5. September 1941

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur	F r a n k	
Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements	---	krank
Der Höhere SS- und Polizeiführer	S p e c h t Obersturmbannf.	Vertr.d.Ober führer Krüge
Der Unterstaatssekretär	---	
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei	S p a e t u m Oberstleutnant d.Gend.	i.Vertr.v.Ge Winkler
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei	---	
Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP	S c h a l k	
Der Chef des Distrikts Krakau	W ä c h t e r	
Der Chef des Distrikts Lublin	---	
Der Chef des Distrikts Radom	P a u l i	i.Vertr.d.A
Der Chef des Distrikts Warschau	Dr. F i s c h e r	
Der Chef des Distrikts Galizien	Dr. L a s c h	
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin	Dr. H e u b e r	
Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung	Westerkamp	
Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen	W a l b a u m	
Der Leiter der Abteilung Strassenverkehr	W e s s e l	
Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen	Senkowsky u.Dr.v.Streit	i.Vertr.d.Pr Spindler

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Leiter der Generaldirektion der Monopole	Senkowsky	
Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft	E m m e r i c h	
Leiter der Abteilung Treuhand	P l o d e c k	
Leiter der Abteilung Devisen und Aussenwirtschaft	T e t z n e r	
Leiter der Hauptabteilung Justiz	E d e n	Vertr.d.Min.Rat Wille
Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft	N a u m a n n	
Leiter der Hauptabteilung Forsten	E i ß f e l d t	
Leiter der Hauptabteilung Arbeit	R h e t z	
Leiter der Hauptabteilung Propaganda	unleserlich	in Vertr.
Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht	W a t z k e	
Leiter der Hauptabteilung Bauwesen	S c h m i d t	
Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen	F a t k e n	
Leiter der Hauptabteilung Post	L a u x m a n n	
Bankdirigent der Emissionsbank in Polen	D é j o n Laschkowitzka	in Vertretung
Leiter des Betriebsamtes	S ö l l e r	in Vertr.
Leiter des Amtes für Gesetzgebung	B r a u n	in Vertr.
Leiter des Amtes für Preisbildung	Dr.Schulte-Wisser- mann	
Leiter des Amtes für Raumordnung	Dr. Schepers	
Leiter des Personalamtes	v. M e d e m	in Vertr.

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs	Dr. M e i d i n - g e r	in Vertr.
Der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Generalgouvernement	Dr. Luxenberg	
Der Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht	F i s c h e r	
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers des Heeres und des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement	---	
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe	v. D a z u r	
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers	unleserlich	in Vertr.
Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunst- und Kulturschätze	Dr. M e y e r	in Vertr.
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes	W ü h l i s c h	
Der Beauftragte des Reichsjugendführers	---	
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes	Dr. H e l l e r	
Der Leiter des Amtes für Aussenhandel	---	
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements	unleserlich	in Vertr.
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben	---	
Die Baudirektion des Generalgouverneurs	H o f e r	
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes		
Beauftragter f.d.Vierjahresplan Berlin	unleserlich	
Pressechef der Regierung	Dr.Herbst , Vertr.	

4

Protokoll gefertigt in 3 Exemplaren
a) für StS. Bühler
b) für Präs. Dr. Emmerich
c) f.d.A. d.Kanzl.d.GG.

13.9.41

Wichmann

Regierungssitzung

am Freitag, dem 5. September 1941

im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Tagesordnung

1. Ernährungslage,
2. Finanzlage,
3. Angelegenheiten des Distrikts Galizien.

Beginn der Sitzung 10^{40}

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank

Meine Herren! Ich habe diese Regierungssitzung einberufen, weil ich das Bedürfnis habe, mit Ihnen einige wichtige Fragen zu erörtern, vor allem auch, um eine Regierungssitzung an den Beginn der sogenannten Winterarbeit zu stellen.

Seit wir das letzte Mal in einer Regierungssitzung zusammen waren, hat sich weltpolitisch und dem Kriegsgeschehen nach unendlich viel ereignet. Für uns im Generalgouvernement ist es eine Freude, feststellen zu können, daß die unermüdliche Aufbauarbeit, die in diesem Gebiet in bald 2 Jahren geleistet worden ist, kein unwichtiger Beitrag zur Ermöglichung des Aufmarsches im Osten gewesen ist. Ich kann daher für uns alle nur sagen, daß es auch in dem nunmehr beginnenden Arbeitsabschnitt die vornehmste Aufgabe des Generalgouvernements sein wird, dem Führer bei seinem Siegeszuge mit allerMacht zu helfen. Der Krieg geht weiter. Das heißt; wir im Generalgouvernement müssen uns darüber klar sein, daß an sich die Erhaltung des Bestehenden während eines Krieges schon von größter Erfolgscharakteristik wäre, daß aber das, was wir hier während des Krieges zu tun haben, nämlich politisch, wirtschaftlich und kulturell neben dem Erhalten eines an sich gar nicht Bestehenden die Beseitigung von Zerstörungen im Gefolge des Krieges mit dem Aufbau einer Neuordnung zu verbinden, allerdings ein Übermaß an Leistungsbereitschaft und Kraft darstellt. Ich freue mich, daß Sie, meine Herren, entschlossen sind, in diesem Geist, auf der Grundlage des uns vom Führer vorgezeichneten Weges und der Anwendung der uns vom Führer übergebenen Autorität, diesen Weg fortzusetzen.

Uns beschäftigen heute die im Vordergrunde unseres Interesses stehenden Fragen. Ich habe auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung folgende Punkte setzen lassen:

Ernährungslage
Finanzlage
Angelegenheiten des Distrikts Galizien.

Ich werde in einer vierten großen Gruppe verschiedenen Herren das Wort erteilen.

Es obliegt mir aber vorerst noch, Ihnen zwei Dinge mitzuteilen. Am 26.10.1941 feiert das Generalgouvernement sein zweijähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wird die Postverwaltung des Generalgouvernements eine Adolf-Hitler-Briefmarke herausbringen, zu der der Führer seine Genehmigung erteilt hat. Das Entscheidende bei dieser Briefmarke, geradezu ein politischer Durchbruch unserer Arbeit wird sein, daß die Briefmarke die Aufschrift tragen wird: "Deutsches Reich - Generalgouvernement." Damit wird am 26. Oktober d.J. unsere zweijährige Arbeit eine großartige Bestätigung durch den Führer erhalten. Aus dem chaotisch zerstörten Kriegsgebiet, aus den "besetzten polnischen Gebieten" ist auf dem schwierigen Wege über die Beseitigung des Charakters einer militärischen Besetzung durch Herstellung der Bezeichnung "Generalgouvernement" am 26. Oktober 1939 das Gebiet des Generalgouvernements als Bestandteil des Deutschen Reiches anerkannt.

Daß sich zunächst staats-, finanz-, wirtschafts-, polizeirechtlich an dem gegenwärtigen Zustande nichts ändern wird, ist klar. Diese Eingliederung wird also nicht in der Form vollzogen, daß nunmehr die Regierungsfunktionen des Generalgouvernements auf die deutsche Reichsregierung übergeleitet würden. Es soll nur für alle Zukunft und für jedermann in der Welt deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß das Generalgouvernement genau so wie das Protektorat ein untrennbarer Bestandteil nicht nur des deutschen Machtbereiches sondern des Deutschen Reiches ist. Ich kann diese Feststellung nur mit innerer Genugtuung treffen. Mein Ziel, diese Verbindung zwischen Generalgouvernement und dem Deutschen Reich so innig wie nur möglich zu gestalten, ist damit auf dem Gebiete des Post einen wesentlichen Schritt weitergerückt. Sie werden dieser Tage im Verordnungsblatt meine Verordnung lesen, die ich im engsten Einvernehmen mit dem Reichspostminister erlassen habe. Danach wird schon

für das letzt laufende Rechnungsjahr die Deutsche Post Osten als Nebenvermögen der Deutschen Reichspost verwaltet. Dies ändert nichts am bisherigen Zustand, bedeutet aber für das Generalgouvernement eine unmittelbare und sofort spürbare Entlastung. Denn das Defizit der Deutschen Post Osten hätte in diesem Jahre den Betrag von über 200 Mill. Zl. erreicht, das aus eigener Kraft zu decken dem Generalgouvernement nur unter unsagbarsten Schwierigkeiten möglich wäre. Das Übereinkommen mit dem Reichspostminister tritt nach außen hin in keiner Weise in Erscheinung: Führung, regierungsartige Betreuung, autoritäre Disziplinierung bleiben ebenso wie die Feststellung der Tarife usw. völlig in den Händen des Generalgouverneurs. Im Anschluß an diese Entwicklung wird sich vielleicht auf anderen Gebieten eine ähnliche Entwicklung anbahnen. Das Generalgouvernement wird so immer mehr und mehr in das große Schicksalsgefüge unseres herrlichen Großdeutschen Reiches hineinwachsen.

Wir haben - das ist der zweite Gesichtspunkt, auf den ich hinweisen will, - vor wenigen Wochen hier in Krakau den großen Tag der NSDAP im Zeichen des einjährigen Bestehens des Arbeitsbereiches Generalgouvernement gefeiert, und zwar unter regster Teilnahme der gesamten maßgeblichen Instanzen des Generalgouvernements; unter ausgezeichnetster Teilnahm des Führers und der Parteileitung desReiches haben diese Festtage stattgefunden. Damit ist der Charakter, den ich hier der Partei gegeben habe, auch vom Führer durchaus bestätigt. Wie im Staat gibt es auch hier in der Partei nur eine Autorität. Wir können dem Führer dafür nur danken, daß er in seinem an mich aus Anlaß dieses Parteitages gerichteten Telegramm von dem für uns so wichtigen "Vorplatz" gesprochen hat, an dem wir stehen.

Meine Herren, die Regierungssitzung soll daher für Sie im Zeichen einer sieghaften Beglückung durch die auszeichnende Arbeit stehen, die wir hier zu leisten haben. Wer in dieser Arbeit im Dienste des Führers entschlossen weitermarschiert, ist auf dem rechten Wege, wer sich von ihr aus irgendwelchen unzeitgemäßen persönlichen oder sonstigen Gründen entfernt, wird in diese Arbeit nie mehr zurückkehren und sich des Ehren-

titels berauben, Mitgestalter im deutschen Osten zu sein. Wir stehen hier auf dem festen Grund der absoluten und restlosen Getragenheit unserer Gemeinschaftsarbeit durch den Führer. Wir haben hier die oberste Autorität des Reiches zu gewährleisten. Der Führer hat durch die Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement bestätigt, daß unsere Arbeit auch in diesem Hinblick seinen Beifall findet. Ich möchte Ihnen daher für die kommenden Monate raten, immer wieder zur Größe dieser Zeit aufzublicken, und Sie feierlich ermahnen, in dem vielleicht nunmehr begonnen habenden Schlußabschnitt des größten Krieges aller Zeiten nicht in nervöse kleinliche Auseinandersetzereien persönlicher Art abzusinken, nicht irgendwie diesen lächerlichen Föderalismus von Ressortzuständigkeiten in den Vordergrund treten zu lassen, vor allem aber Ihre Energiequellen bis aufs äußerste strömen zu lassen. Denn wir haben es ja hier in der Hand, diesem Gebiet mit seinen 18 Mill. Einwohnern, mit seiner ungeheuren wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung, diesem Nebenland des Deutschen Reiches in seinem Interesse einen Aufstieg zu ermöglichen, der, wenn er schon im Kriege so gelungen ist, in kommender Friedenszeit ohne Beispiel sein wird. Wir können auch in dieser Regierungssitzung mit einer wahren Genugtuung feststellen, daß unser politisches Wirken in diesem Raum dazu geführt hat, daß alle unsere Anstrengungen auf jenem Gebiete, daß dieses Einspannen der gesamten Millionenbevölkerung dieses Raumes ohne Streik, ohne Sabotage oder Unruhe irgendwelcher Art vor sich gehen konnten. Das zeigt, daß wir auch hier auf dem richtigen Wege sind.

Die kommenden Monate werden schwer sein; sie werden nicht von irgendwelchen leichten Augenblicken durchzogen sein, sondern wir werden nunmehr in den ungeheuren Verantwortungsbereich schwerster Probleme eintreten, Probleme von einer unmittelbaren Bedrohlichkeit, wie wir sie noch nie gespürt haben. Die Lage verdüstert sich wie immer im Fortschreiten eines Krieges wirtschaftlich, versorgungs- und transportmäßig. Wir vernehmen die Stimmen aus dem Reich, die uns von einem wachsenden Bedürfnisanstieg des Reiches auf allen Gebieten in ernstester Sprache reden. Wir vernehmen die Appelle aus den verschiedensten Zentren

des Reiches, die fast Hilferufen gleichen. Die Überschneidung dieser Bedürfnisanmeldungen auf den Gebieten der Ernährung, der Versorgung, der wirtschaftlichen Arbeit, der Beschaffung von Arbeitskräften usw. wird uns als Regierung des Generalgouvernements dazu zwingen, vom Reich klare Informationen zu erbitten. Ich habe daher für nächsten Dienstag eine Gesamtbesprechung dieser Versorgungsbedürfnisse aus dem Generalgouvernement angesetzt. Entweder wünscht man im Reich, daß das Generalgouvernement arbeitet, daß es Rüstungsleistungen, Transport- und Verkehrsleistungen aller Art vollführt, dann darf man nicht gleichzeitig wünschen, daß wir die Rationen für die Bevölkerung noch mehr herabsetzen, dann darf man nicht gleichzeitig verlangen, daß wir außerdem noch von Überschüssen, deren Vorhandensein man offenbar annimmt, die Bedürfnisse der Wehrmacht, der Kriegsgefangenen und der Verwundeten restlos aus dem Lande deckt. Hier wird man zu einem vernünftigen Ausgleich kommen müssen. Da es leider nicht möglich ist, vom Reich nur eine Stimme zu vernehmen, sondern immer mindestens vier, fünf oder sechs Ressorts, untereinander völlig unverbunden, ihre Bedürfnisse in getrennter Aufstellung gleichzeitig anmelden, für jedes dieser Bedürfnisse den gleichen Vorrang und die gleiche Wichtigkeit in Anspruch nehmend, wird es dringend erforderlich sein, daß hier eine Klarheit herbeigeführt wird. Das Generalgouvernement kann und wird sich bis zur äußersten Kraft dem Reich zur Verfügung halten, es muß nur beanspruchen, daß hier kein Wirrwarr und kein chaotisches Durcheinander von Bedürfnisanmeldungen und politischen Einstellungen herrscht, sondern daß diese Bedürfnisse klar angemeldet, besprochen und mit Wirkung für alle Ressorts des Reiches vereinbart werden können.

Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß Herr Ministerialrat K a d g i n vom Vierjahresplan an der heutigen Sitzung teilnimmt und heiße ihn herzlich willkommen.

Wir treten in die Tagesordnung und kommen zum ersten Gegenstand:

<u>Ernährungslage des Generalgouvernements.</u>

Geschäftsführender Abteilungsleiter
N a u m a n n

In meinen Ausführungen bei der Wirtschaftstagung am 22.7.41 hatte ich den Ernährungsplan für das Wirtschaftsjahr 1941/42 näher erläutert und angekündigt, daß genauere Angaben über die Versorgung im Wirtschaftsjahr 1941/42 gemacht würden, nachdem sich der Ausfall der Ernte besser übersehen läßt.

Anläßlich der heutigen Regierungssitzung möchte ich nunmehr auf die wichtigsten Gebiete näher eingehen.

Vorausschicken darf ich, daß die von mir vorgetragenen Rationsmengen nur dann eingehalten werden können, wenn das Generalgouvernement keine Lieferungen an die Wehrmacht oder das Reich zu erstellen hat und wenn auf der anderen Seite die Realisierung der Prämienscheine 100%ig durchgeführt werden kann.

Bei den jetzt folgenden Ausführungen erläutere ich die Lage in den vier Distrikten des alten Generalgouvernements. Am Schluß werde ich kurz auf die Verhältnisse in Galizien, soweit sie sich schon jetzt überblicken lassen, eingehen.

Trotz schwierigen Erntewetters ist es gelungen, den größten Teil der Getreideernte zu bergen. Nur in Teilen von Lublin und den höher gelegenen Gebieten des Distrikts Krakau und Galizien sind noch größere Mengen Getreide einzubringen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat von einer Gesamtbrotgetreidefläche von 2,3 Mill. ha

560.000 to Roggen und Weizen,
100.000 to Gerste und
110.000 to Hafer

auf die vier Distrikte umgelegt. Bis zum 3.9. sind 24.000 to Brotgetreide erfaßt. Die Ablieferung in den Distrikten Radom

und Warschau ist am stärksten, Lublin kann wegen Verladeschwierigkeiten auf der Ostbahn nicht abliefern. Bis zum 2.9. bestanden in Lublin und Stadt Warschau auf der Ostbahn Waggonsperre für Getreidelieferungen, die erst nach Verhandlungen am 3.9. aufgehoben worden ist.

Bei durchgeführten Probedrüschen hat es sich ergeben, daß mit einer etwa 15% besseren Getreideernte zu rechnen ist. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat sich deshalb entschlossen, den Rationssatz von 1.400 gr für die nichtdeutschen Normalverbraucher ab 1. Oktober 1941 wieder einzuführen, der bis zum 1.4.1941 in den Großständten Warschau und Krakau bestanden hatte. Zur Deckung dieses Rationssatzes im gesamten GG werden mit Einschluß der weit besseren Versorgung infolge der weit höheren Rationssätze für Deutsche und A- und B-Karteninhaber insgesamt

500.000 to Brotgetreide

gebraucht. Würde man den Rationssatz in der bisherigen Höhe belassen, so würden

335.000 to Brotgetreide

zu erfassen sein.

Für die Nährmittelherstellung ist eine genügende Menge Getreide vorgesehen. Die Belieferung der Brauereien mit Braugerste soll statt mit 15.000 to mit 25.000 to erfolgen. Als Voraussetzung der Einhaltung der Rationssätze von 1.400 gr ist eine restlose Ablieferung des Brotgetreidekontingents erforderlich. Die Prämienrücklieferungen in der vorgesehenen Höhe müssen 100%ig in Ordnung gehen. Eine weitere Voraussetzung ist die ausreichende Gestellung von Waggons zum Abtransport der Getreidemengen an die großen Läger und Mühlen und die Bereitstellung einer genügenden Anzahl von LKWs und Treibstoff zur Beförderung des Getreides von den Erfassungsstellen zu den Eisenbahnstationen.

Durch die gemeinsamen Bemühungen der Hauptabteilung Wirtschaft und meiner Mitarbeiter ist es gelungen, Druschkohle in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Desgleichen muß die Beschaffung von Getreide- und Mehlsäcken zu normalen Preisen möglich sein.

Die nächstwichtige Aufgabe ist die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln für die kommenden Monate. Hier haben Hier haben die Feststellungen des Statistischen Landesamtes der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine große Enttäuschung bereitet. Nach den statistischen Angaben des Jahres 1940 betrug der Kartoffelanbau im alten Generalgouvernement ca. 900.000 ha. Auf dieser Zahl war auch im Ernährungsplan die voraussichtliche Versorgung der Bevölkerung aufgebaut. Die Bodenbenutzungserhebung des Staitstischen Landesamtes für 1941 hat ergeben, daß nur 602.000 ha Kartoffeln angebaut sind. Dieser gewaltige Unterschied läßt sich nur so erklären, daß im vergangenen Jahr die Anbaustatistiken nicht in Ordnung waren; denn nach Kontrollen des Statistischen Amtes in verschiedenen Kreisen konnten nennenswerte Beanstandungen nicht festgestellt werden. Ein kleiner Teil des Rückgangs ist auf das Fehlen von Saatgut im Frühjahr 1941, hervorgerufen durch die großen Truppenmengen, zurückzuführen. Diese 602.000 ha werden bei einer angenommenen Durchschnittsernte von 100 dz/ha

6 Mill. to Kartoffeln

ergeben.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft will aus dieser Ernte den nichtdeutschen Normalverbrauchern pro Kopf 150 kg Kartoffeln, den Juden 100 kg Kartoffeln und als Zulage für die A- und B-Karteninhaber 200 kg pro Kopf zuteilen. Mit der für die Erzeuger veranschlagten Menge Speisekartoffeln werden insgesamt 3,4 Mill. to Kartoffeln von der gesamten Ernte, d.s. 60% verbraucht. Auf die vier Distrikte sind insgesamt

1.140.000 to Kartoffeln

für die Versorgung der städtischen Bevölkerung umgelegt worden. Wenn die Erfassung dieser gewaltigen Mengen Kartoffeln gelingen soll, ist eine reibungslose Bewältigung des Transportproblems unbedingt notwendig, denn der größte Teil dieser Mengen muß in 6 Wochen im Herbst d.J. erfaßt und transportiert werden.

Für die Herstellung des von der Monopolverwaltung dringend benötigten Sprits sowie für andere technische und industrielle Zwecke sind 320.000 to Fabrikkartoffeln vorgesehen. Vorgesehen ist die Steigerung der Spiritusmenge um 100%. Es sollen insgesamt 22 Mill. Liter Sprit für die Monopolverwaltung hergestellt werden.

Wie allgemein bekannt, ist im Gegensatz zu vielen Gebieten des Altreiches die Versorgung des GGs mit frischem Massengemüse in den letzten Monaten und auch bis in den Winter hinein vollständig gesichert. Mit dem großen Anfall von Gemüse konnten große Mengen an Nährstoffen zusätzlich der gesamten polnischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

An Marmelade zur Versorgung der Bevölkerung mit Brotaufstrich sind insgesamt 23.000 to hergestellt worden, die in den kommenden Wintermonaten an die Bevölkerung der Städte auf Lebensmittelkarten ausgegeben werden sollen.

Die Versorgung mit Bier im GG wird erheblich besser als im vergangenen Jahr, da statt 15.000 to 25.000 to Brauware den Brauereien zur Verfügung gestellt werden soll, aus denen ca. 1,2 Mill. hl Bier hergestellt werden können. Die Hopfenversorgung ist vollständig gesichert. Im Gegenteil könnte noch Hopfen in erheblichem Umfange ausgeführt werden. Schwierigkeiten bestehen hier in der Beschaffung von Bierflaschen und Fässern.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker zu den bisherigen Rationssätzen kann mit den vorhandenen Vorräten voll durchgeführt werden. Auch könnten die für Prämienzwecke gebrauchten ca. 30.000 to Zucker voll zur Verfügung gestellt werden. Sobald der Abschluß der neuen Kampagne Ende November überblikken läßt, welche Mengen Zucker in diesem Jahre produziert werden können, werde ich über evtl. Rationserhöhungen berichten. Auch hier hat sich die Versorgung der Fabriken mit Betriebskohle wesentlich gebessert. 45% des Bedarfs der Zuckerfabriken konnten bis zum 30.8.41 abgeliefert werden. Der Transport der großen Mengen Zuckerrüben auf der Ostbahn wird hoffentlich keine Schwierigkeiten bereiten, damit

möglichst alle erzeugten Zuckerrüben auf Zucker verarbeitet werden können.

Zur Deckung des wöchentlichen Bedarfs der Bevölkerung werden ca. 1.000 to Fleisch gebraucht. Die Erfassung hat annähernd diesen Bedarf decken können, wenn auch in den letzten Wochen ein erheblicher Rückgang der Vieherfassung eingetreten ist und daher auf vorsorglich geschaffenen Reserven zurückgegriffen werden mußte. Der Rückgang der Erfassung läßt sich durch erhebliche Vorgriffe während des Aufmarsches des deutschen Ostheeres erklären. Nach Lage der Dinge kann an eine Erhöhung der Rationssätze nicht herangegangen werden. Sollten in den Monaten Oktober, November und Dezember die Erfassungszahlen wieder anwachsen, so wird

1. die Vorratsbildung wieder energisch betrieben und
2. evtl. den A- und B-Karteninhabern Sonderzuteilungen gewährt.

Erhebliche Schwierigkeiten bei der vollen Einbringung der umgelegten Kontingente bereitet das Fehlen einheitlicher Strafbestimmungen. Die Strafbefugnis muß bis auf die Wojds übertragen werden, und es muß die Möglichkeit einer schnellen Beitreibung der auferlegten Strafen geschaffen werden. Ab 1.8.1941 sind für die Ablieferung von Schlachtvieh Prämienscheine - wie im Ernährungsplan 1941/42 vorgesehen - rückgegeben worden. Leider können diese Prämienscheine noch nicht realisiert werden, weil von den Lederbewirtschaftungsstellen Schuhe und Lederwaren in entsprechendem Maße noch nicht bereitgestellt werden konnten.

Sehr günstig sieht die Versorgungslage in der Eierwirtschaft aus. In einigen Distrikten ist das umgelegte Kontingent bereits restlos erfüllt, und es werden über das Aufbringungssoll hinaus weiter zu denselben Bedingungen Eier erfaßt. Bis 30.8.41 wurden insgesamt

305 Mill. Stück Hühnereier

von den Erfassungsstellen aufgekauft. Davon sind bis zu diesem Zeitpunkt

120 Mill. Eier

für die Vorratsbildung eingelagert worden. Die übrigen sind

an die Verbraucher über Lebensmittelkarten verteilt worden. Für die Winterversorgung vom 1.10.41 bis 28.2.1942 werden pro Monat rund

20 Mill. Stück Eier

vorgesehen, das bedeutet eine

Verdreifachung

der zugeteilten Eier an die Verbraucher gegenüber dem Vorjahr. Im Ernährungsplan war nur eine Erhöhung von 30 bis 40% vorgesehen. Die Zucker-Eier-Prämienaktion hat sich damit glänzend bewährt. Durch Herausgabe von Tauschmitteln Zucker und Zigaretten sollen 500.000 Gänse und 1 Mill. Hühner erfaßt werden, die an Reichsdeutsche und Volksdeutsche einschließlich Gaststätten sowie an nichtdeutsche Normalverbraucher im Laufe des Winters abgegeben werden.

Von dem erfaßten Honig sollen für die notwendige Betreuung der Verwundeten der Wehrmacht 100.000 kg zur Verfügung gestellt werden.

Auch auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Fett sieht die Lage etwas besser aus als im vorigen Jahr. Durch die Erhöhung der Rapsanbaufläche werden

insgesamt 9.500 to Fett

zur Verfügung stehen. Für die A- und B-Karteninhaber ~~xxxx~~ und die Reichsdeutschen werden daraus die vorgesehenen Rationssätze voll gedeckt und darüber hinaus werden in bestimmten Zeitabschnitten Sonderzuteilungn an die nichtdeutschen Normalverbraucher vorgenommen werden.

Im folgenden möchte ich kurz auf die Verhältnisse im neuen Distrikt Galizien eingehen. Genaue Angaben lassen sich hier noch nicht machen, da der Aufbau der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft noch nicht restlos abgeschlossen ist und die Erfassung der Nahrungsmittel bei der noch größeren Zersplitterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche als im Generalgouvernement in Hunderttausende von kleinen Betrieben noch schwieriger wird.

Von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sind die von der Militärverwaltung eingeführten Rationssätze, die viel

höher als im GG liegen, vorläufig beibehalten worden. Ein schrittweiser Abbau dieser hohen Rationssätze wird sich nicht umgehen lassen, wenn es gelingen soll, den Distrikt Galizien ohne Zuschüsse aus dem GG zu ernähren. Insbesondere das Fehlen jeglichen Kartoffelanbaues bereitet der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft große Sorge. Aus dem alten GG werden mindestens 30.000 to Kartoffeln nach Lemberg und Drohobitsch geliefert werden müssen. Auch müssen zur Wiedereinführung des Kartoffelanbaues im Frühjahr 1942 große Mengen Saatkartoffeln für Galizien bereitgestellt werden.

Die Erfassung an Brotgetreide, die vorläufig noch nicht zufriedenstellendist, wobei festgestellt werden muß, daß die ukrainischen Genossenschaften hierbei noch nicht ihre Daseinsberechtigung nachgewiesen haben, wird aller Voraussicht nach den Bedarf des Landes decken und einen kleinen Überschuß zur Vorratsbildung oder zur Verwendung an anderen Stellen im GG ermöglichen.

In den letzten Tagen ist die Wehrmacht mit konkreten Forderungen auf Lieferung von Nahrungsmitteln aller Art an die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft herangetreten. Die Forderungen sind im einzelnen folgende:

Ab 14.9.1941 sollen sämtliche in den5 Distrikten untergebrachten Truppen, Verwundete und Gefangene, mit dem nötigen Fleisch aus dem GG versorgt werden. Im Augenblick werden pro Woche 250 to Fleisch zur Verfügung zu stellen sein. Falls diese Mengen geliefert werden müssen, könnte es nur auf Kosten der Kürzung der Zuteilung der polnischen Verbraucher durchgeführt werden.

Weiter fordert die Wehrmacht die Lieferung von 180.000 to Kartoffeln vom 1.10.41 bis 1.5.42. Da eine Mehrerfassung von Kartoffeln über die vorgesehenen umgelegten Mengen hinaus nicht möglich ist, wäre die Durchführung dieser Kartoffellieferung nur denkbar, wenn entweder die Zuteilungen an die polnische Verbraucherschaft um 25 kg pro Kopf der Bevölkerung herabgesetzt oder eine entsprechende Menge Fabrikkartoffeln nicht zur Verarbeitung zur Verfügung gestellt würden, was wieder das Fehlen von ausreichenden Spritmengen für die Generaldirektion der Monopole mit sich brächte.

Weiter fordert die Wehrmacht

35.000 to Stroh,
35.000 to Heu und
40.000 to Hafer.

Die Lieferung von Heu ist umso schwieriger, als durch das Fehlen der Kleie, hervorgerufen durch die höhere Ausmahlung des Brotgetreides, Heu das einzigste Futtermittel ist, das als Ausgleich für Kraftfutter im Winter zur Verfügung steht. Der Chef der Rüstungsinspektion, Herr General Schindler, hat erhebliche Erhöhungen der Rationssätze für Rü-Arbeiter und deren Familienangehörige bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft angemeldet. Falls die Wehrmacht auf Lieferung der angeführten Mengen Nahrungsmittel besteht, ist eine Erfüllung dieser Wünsche unmöglich.

Auch könnte die Versorgung der polnischen Ostbahnarbeiter, die jetzt laufend überdie Zusatzkarten I hinaus zusätzlich erfolgt, nicht mehr durchgeführt werden.

In den nächsten Wochen muß die Herbstbestellung durchgeführt werden, die die Grundlage für die kommende Ernte bildet. Durch die Verhältnisse bedingt, stellen sich einer geordneten Durchführung der Bestellung große Schwierigkeiten entgegen. Insbesondere ist die Versorgung mit Kunstdünger und Kalk aus den schon in meinen Ausführungen am 22.7.41 dargelegten Gründe, insbesondere der geringen Belieferung der Werke mit Kohle ungenügend.

Große Schwierigkeiten bereitet die Versorgung der im GG laufenden 800 Traktoren.mit dem benötigten Treibstoff. Hoffentlich gelingt es, immer genügend Rohöl zur Verfügung zu stellen, damit bei dem Mangel an Pferden ordnungsgemäß bestellt werden kann. Voraussetzung für die Durchführung einer geordneten Bestellung ist nunmehr die sofortige Senkung der Betriebsmittelpreise, da Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte bis auf ganz geringe Getreidepreiserhöhungen nicht durchgeführt werden konnten. Aufgestellte Berechnungen zeigen, in welche schreiendem Mißverhältnis die Produktionsmittelpreise zu den Preisen für landwirtschaftliche Produkte stehen.

Trotz dieser aufgeführten Schwierigkeiten werden alle Mitarbeiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bemüht sein, eine geordnete Herbstbestellung durchzuführen. Die Parole lautet:

Ertragssteigerung auf allen Gebieten!

Der Herr Generalgouverneur hält nach dem bisherigen Ergebnis der Ernte und angesichts der Nahrungsmittellage im Generalgouvernement die Möglichkeit, überschüssige Nahrungsmittel an das Reich abzuliefern, für außerordentlich beschränkt, und zwar nicht infolge schlechten Willens oder einer Überversorgung der einheimischen Bevölkerung, sondern mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Gebietes. Man dürfe auch im Hinblick auf den Distrikt Galizien nicht etwa glauben, daß in diesem Gebiet alles reichlich vorhanden wäre. In diesem Gebiet, das etwa 50.000 qkm umfasse, habe man eine Bevölkerungsdichte von etwa 100/qkm. Wenn Galizien auch zweifellos eine gewisse Entlastung darstelle, so werde doch zum mindesten in der jetzt beginnenden Versorgungsperiode die Entlastung nicht so spürbar werden, daß von den Reichtümern dieses Gebietes allzu viel an andere Versorgungsbereiche abgegeben werden könne. Gleichwohl werde dadurch die Pflicht des Generalgouvernements, in der Ausbeutung dieses Gebietes bis aufs Äußerste zu gehen, nicht irgendwie beseitigt. Er mache es daher allen Dienststellen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die im Gebiet des Distrikts Galizien tätig seien, zur Pflicht, der Lage des Gesamtreiches in jedem Fall gerecht zu werden. Es sei jedoch unter Umständen ein Durchhalten sehr schwierig, wenn, wie das Generalleutnant Schindler hervorgehoben habe, die Arbeiter in den für die Deutsche Wehrmacht arbeitenden Betrieben zu Hunderten und Aberhunderten infolge absoluter Unterernährung bei ihrer Arbeit zusammenbrächen. Darüber, was, inwelcher Form, unter welchen Bedingungen und an wen das Generalgouvernement zu liefern habe, um seiner Lieferungspflicht zu entsprechen, scheine man sich vorerst bei den Reichsinstanzen aller Art nicht klar zu sein. Jeder fordere, jeder erwarte, jeder verpflichte, aber keiner habe mit dem anderen so viel Verbindung, daß man sich über ein einheitliches Programm im Reiche hätte einigen können.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann für die von ihm geleistete hervorragende Arbeit seinen Dank aus und gibt der Erwartung Ausdruck,

daß man trotz aller Schwierigkeiten der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen könne.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung:

Finanz- und Wirtschaftslage des Generalgouvernements.

Präsident Senkowsky kann von einer günstigen Entwicklung der Einnahmen der Finanzverwaltung in den letzten Monaten berichten. Mit Rücksicht auf die militärische Lage der Besetzung des Generalgouvernements habe man eigentlich damit gerechnet, daß insbesondere beim Monopol infolge Verkehrsschwierigkeiten usw. Einnahmeausfälle entstehen würden. Das sei erfreulicherweise nicht in besonderem Ausmaß geschehen.

Bei der Entwicklung der Einnahmen in den letzten Monaten könne man die interessante Feststellung treffen, daß nunmehr auch die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern eine ganz erheblich steigernde Tendenz aufwiesen. Die Arbeit der Finanzverwaltung habe voraussehen lassen, daß vorerst die Verbrauchssteuern und Monopolerträge steigend seien und die Besitz- und Verkehrssteuern erst später folgen würden. Diese Voraussage habe sich auch erfüllt.

Auf der Ausgabenseite sei durch die erzwungene Einschränkung der Bautätigkeit eine Erleichterung eingetreten, so daß man die Finanzlage als in jeder Hinsicht gesichert bezeichnen könne. Das habe sich bei der Eingliederung Galiziens sehr günstig ausgewirkt; denn die Finanzverwaltung sei in der Lage gewesen, für das erste Anlaufen der Verwaltungsarbeit von heute auf morgen 20.Mill. Zloty zur Verfügung zu stellen, die im Haushalt nicht vorgesehen gewesen seien.

Im Gebiet des eingegliederten Galiziens habe die Finanzverwaltung - Steuer-, Zoll- und Monopolverwaltung - ihre Tätigkeit aufgenommen, und die Einnahmen begönnen, wenn auch vorläufig in ganz bescheidenem Maße zu fließen. Die Monopolverwaltung erblicke in dem neu hinzugekommenen Gebiet einen sehr wertvollen Zuwachs. Diese Beurteilung sei aber erst auf lange Sicht richtig. Der größte Teil der Monopolbetriebe sei

durch die Russen bei ihrem Rückzug, z.T. auch durch die Kriegshandlungen selbst, zerstört worden. Nach überschläglichen Berechnungen werde der notwendige Wiederaufbau einen Betrag von etwa 30. Mill. Zloty erfordern. Infolgedessen sei in der nächsten Zeit im Gebiete Galiziens mit erheblichen Versorgungsschwierigkeiten gerade hinsichtlich der Monopolbetriebe zu rechnen. Bei den Maßnahmen, die von den einzelnen Verwaltungen getroffen würden, müsse dieser Umstand von vornherein entsprechend berücksichtigt werden. Es werde jedoch im Laufe des Winters möglich sein, aus der Produktionssteigerung des Generalgouvernements die Mangellage im Gebiet Galiziens auszugleichen.

Er danke der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft dafür, daß sie alles daran gesetzt habe und setze, um die Spritversorgung sicherzustellen. Er habe bei der letzten Wirtschaftsbesprechung an Ziffern die Wichtigkeit dieses Problems dargetan. Wenn man von einer beabsichtigten Steigerung der Spriterzeugnisse gesprochen habe, so sei doch bereits vor einem Jahre vorgesehen worden, daß diese Spritmenge für das Generalgouvernement erzeugt werde. Die Kohlenlage im vergangenen Herbst und der starke Bedarf der Landwirtschaft an Kartoffeln habe es mit sich gebracht, daß diese Spritmenge nur zu 50% habe erreicht werden können. Diese Tatsache allein habe für das Generalgouvernement einen Einnahmeausfall von 100 Mill. Zl.gebracht. Dieser Einnahmeausfall dürfe im nächsten Brennjahr nicht wieder eintreten. Die Kartoffelersparnis sei im Verhältnis zu diesem Betrag außerordentlich gering. Die volle Menge müsse unbedingt gebrannt werden, weil zunächst nur wenig Sprit aus Galizien herauszuholen sein werde. In diesem Gebiet ständen fast gar keine Kartoffeln für Brennzwecke zur Verfügung. Auf die Einnahmesteigerung müsse man deshalb bedacht sein, weil die Ausgabenminderung nur vorübergehend sei und neue Aufgaben für die Monopolverwaltung entstanden seien, deren Kosten von der Finanzverwaltung gedeckt werden müßten.

Leider sei es noch nicht möglich gewesen, den Haushalt für 1941 zu erstellen, weil von den beteiligten Stellen einzelne Haushalte trotz Ablaufes des Termins noch nicht eingereicht seien. So lägen die Haushalte für die Kreishauptmannschaften und für die Hauptabteilung Bauwesen noch nicht vor.

Abteilungspräsident Westerkamp erklärt, die bisher nicht erfolgte Einreichung des Haushalts der Kreishauptmannschaften mit der Notwendigkeit, die Einzelhaushalte zusammen mit dem Gesamthaushalt der Hauptabteilung Innere Verwaltung aufzustellen, was bisher noch nicht möglich gewesen sei. Er werde bestrebt sein, die Aufstellung dieses Haushaltes möglichst zu beschleunigen.

Oberregierungs- und Baurat Schmid erklärt, daß der Haushalt der Hauptabteilung Bauwesen in der nächsten Woche vorgelegt werde. Die Aufstellung des Haushalts habe sich leider infolge der starken Inanspruchnahme der Hauptabteilung Bauwesen infolge des Russenfeldzuges etwas verzögert.

Präsident Senkowsky führt weiter aus, die Hauptabteilung Finanzen habe die Absicht, dann, wenn sich die Verhältnisse in Galizien restlos übersehen ließen und man von einer Angleichung an das Generalgouvernement sprechen könne, die Monopolpreise zu überprüfen. Beim Tabak scheide diese Prüfung aus. Es werde aber voraussichtlich möglich sein, mit Rücksicht auf den Zuwachs von Salzvorkommen, an Kaliwerken und Siedewerken eine Angleichung an die Reichspreise durchzuführen. Auch die von der Preisbildungsstelle häufig geforderte Überprüfung der Rabattsätze im Salzhandel werde möglich sein. Da bei dieser Neufestsetzung der Rabattsätze die in einzelnen Gebieten bewilligten Zuschläge zum Monopolpreis überflüssig würden, trete eine allgemeine Verbilligung des Salzes ein. Er denke auch daran, eine Preissenkung bei den Erzeugnissen des Spiritusmonopols durchzuführen, könne jedoch in dieser Hinsicht noch keine bindende Erklärung abgeben, weil nicht feststehe, welche Spritmenge die Monopolverwaltung in diesem und im nächsten Rechnungsjahr als Einnahmebasis zur Verfügung haben werde. Wenn aber Galizien vollgiltig als Produktionsland in Frage käme, werde eine Herabsetzung des Monopolpreises um 50 Gr. je Liter möglich sein. - Abschließend könne er erklären, daß die Finanzverwaltung im kommenden Arbeitsjahr bestimmt in der Lage sein werde, allen vernünftigen Anforderungen, die an sie gestellt würden, zu genügen.

Gouverneur Dr. Lasch berichtet über die Tätigkeit der Distriktsverwaltung seit Übernahme der vollziehenden Gewalt durch den Generalgouverneur. Man habe in Galizien mit dem schwierigen politischen Problem der Bevölkerung zu tun, die sich aus Ukrainern, Polen und Juden zusammensetzt. Die Ukrainer, die in dem zum Reichskommissariat Kiew kommenden Gebiet lebten, seien unter der 20jährigen russischen Herrschaft fast restlos ihrer Intelligenzschicht beraubt worden. Was noch an ukrainischer Intelligenz vorhanden sei, sitze ausschließlich in dem zum Generalgouvernement gekommenen Distrikt Galizien. Diese Intelligenzschicht weise zwar blutmäßig nach dem Osten, aber in ihrer ganzen Lebensweise nach dem Westen. Die Polen hätten zurzeit der polnischen Regierung alle Beamten- und auch maßgebenden wirtschaftlichen Stellungen eingenommen. Sie seien nach der Besetzung dieses Gebietes durch die deutschen Truppen aus ihren Stellungen verdrängt und durch Ukrainer ersetzt worden. Man stehe jetzt vielfach vor der großen Schwierigkeit, diese Ukrainer wieder auswechseln zu müssen, weil sie ihrer Art, ihrer Erziehung, ihrem Können und ihren charakterlichen Eigenschaften nach nicht in der Lage seien, die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen. Um in politischer Hinsicht den Ukrainern eine gewisse Minderwertigkeit gegenüber den gewandteren, willigeren und fleißigeren Polen nicht zum Bewusstsein kommen zu lassen, habe sich die Distriktsverwaltung entschlossen, eine Reihe von Gewerbe - und Fachschulen zu errichten, in denen Ukrainer für die Verwaltung, die Landwirtschaft und sonstige Tätigkeitsgebiete geschult würden. So denke man insbesondere daran, eine ukrainische Verwaltungsschule zu eröffnen, in der den Schülern unter Mitwirkung des Beauftragten der NSDAP auch eine gewisse politische Ausrichtung gegeben werden solle. Auf dem Sektor der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt stehe man vor der gleichen Situation; kaum ein Ukrainer sei fähig, einem irgendwie gearteten landwirtschaftlichen oder sonstigen wirtschaftlichen Betrieb zu führen. Man sei deshalb gezwungen, auch hier wieder Polen einzustellen.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft stehe man noch vor großen Schwierigkeiten. Das außerordentlich günstige Wetter

habe große Hoffnungen auf eine gute Ernte erweckt. Diese Hoffnungen seien aber zum großen Teil hinfällig geworden. Die allgemeinen Transportschwierigkeiten, ferner der Mangel an Arbeitskräften und geeignetem Arbeitsmaterial fürdie Ernteerfassung, schließlich auch eine ungeheure und nicht vorhergesehene Naturkatastrophe im südlichen Teil des Distrikts würden das Ernteergebnis sehr erheblich herabmindern. Der Herr Generalgouverneur habe sich entschlossen, der Bevölkerung des von dieser Naturkatastrophe heimgesuchten Teils des Distrikts Galizien eine einmalige Spende von 10 Mill. Rubel = 2 Mill. Zloty zur Linderung der ärgsten Not zu geben. Das in den 3 Flüssen dieses Teils von Galizien wütende Hochwasser sei einfach unvorstellbar, es habe aus diesen Flüssen reißende Ströme gemacht, alle Brücken seien weggerissen, die Dörfer überflutet, die Menschen hingen auf Bäumen und Dächern. Unter Führung von SS- und Polizeiführer Katzmann und Generalmajor Winkler habe sich die Polizei ausgezeichnet bewährt und alles getan, um die erste Not zu lindern. Der Oberfelkommandant, Graf Rotkirch, habe deutsche, ungarische und slowakische Truppen eingesetzt. Leider seien zahlreiche Menschenopfer zu beklagen. Wenn die Ernte so erfaßt werden solle, wei es der Herr Generalgouverneur erwarte, dann müsse unverzüglich zahlreiches Personal zu den Kreisbauernführern abkommandiert werden, um die Ernteerfassung durchzuführen; denn es sei fast ausgeschlossen, mit dem vorhandenen Personal auch nur annähernd das aufzubringen, was der Distrikt Galizien selbst geben könne, geschweige denn das zu erfassen, was an Überschüssen herausgeholt werden könne.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt, daß alles verfügbare Personal aus den anderen Distrikten abgegeben worden sei. Man sei laufend bemüht, Personal zu erhalten, aber angesichts des auch im Reiche bestehenden Mangels und der Ansprüche, die ja auch von den neuen Ostgebieten gestellt und bevorzugt berücksichtigt würden, sei es außerordentlich schwierig, neue Mitarbeiter zu bekommen. Landesbauernführer Körner habe nur 16 Mitarbeiter für seine Zwecke in Anspruch

genommen. Da die Ukrainer sich zumeist für solche Arbeit nicht eigneten, werde man vielleicht auf Polen zurückgreifen müssen.

Gouverneur Dr. Lasch geht dann in seinem Bericht auf die Mangellage bei den Kartoffeln ein. Hier werde man auf starke Zuschüsse vom Generalgouvernement angewiesen sein. Andererseits sei man in der Lage, etwas von den Getreideüberschüssen abzugeben. Was die Neubestellung des Bodens angehe, so sei er der Überzeugung, daß bei Aufwendung aller Energie die Bestellung des Bodens für das nächste Jahr gewährleistet sein werde.

Ab Sonnabend, dem 5. September 1941 werde es im Distrikt Galizien 3 Währungen geben: die Reichskassenscheine, die Rubelnoten und die Zlotynoten. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergäben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Distrikts Galizien allmählich denen des Generalgouvernements angeglichen werden sollen, brächten es mit sich, daß jetzt an dem Wirtschaftsgefüge des Distrikts gerüttelt werde. Die Preisentwicklung, die sich in den letzten Tagen angebahnt habe, könne nicht aufgehalten werden. Es sei auch kaum anzunehmen, daß sie aufgehalten werden solle, wenn man zu erreichen suche, daß im Laufe des nächsten Vierteljahres die Lohn- und Preisverhältnisse an diejenigen des Generalgouvernements angeglichen würden. Gehalten werde der Brot- und Mietpreis. Diese beiden Preise sollten ein gewisses stabiles Element für die Wirtschaft abgeben und würden es auch tun.

In kultureller Hinsicht habe der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Universität Lemberg nicht wieder eröffnet werde und die Universitätseinrichtungen dem Reichskommissariat Kiew zur Verfügung gestellt werden. Er würde es nur dankbar begrüßen, wenn über die technische und medizinische Akademie eine Entscheidung getroffen würde.

Wenn schon im alten Generalgouvernement nach dem Einzug der deutschen Verwaltung im Oktober 1939 die Straßenverhältnisse überaus schlecht gewesen seien, so seien sie im Distrikt Galizien geradezu als katastrophal zu bezeichnen. Ein Ausbau des gesamten Straßennetzes sei daher unbedingt notwendig. Man könne die

Schwierigkeiten ermessen, die sich verwaltungsmäßig aus diesem Straßenstand ergäben. Die gesamten Verbindungen vom Westen nach Osten seien als Nachschubstraßen für die Wehrmacht größten Beanspruchungen ausgesetzt. Die Schwierigkeiten lägen auch auf dem Gebiete der Forstverwaltung. Die Russen hätten das in 6 Jahren eingeschlagene Holz liegen lassen, was zu 30% schon verfault sei. Deshalb müsse die Forstverwaltung unverzüglich an die Arbeit gehen, um das Holz in die Sägewerke, Fabriken und Werkstätten abzufahren.

Die Verwaltungsorganisation des Distrikts Galizien sei im wesentlichen abgeschlossen. Es seien Kreishauptmannschaften und Stadthauptmannschaften eingerichtet worden, die Hauptabteilung Innere Verwaltung unterstütze, soweit möglich, die Distriktsverwaltung Galizien durch Bereitstellung von Personal. Bis jetzt seien 15 Kreishauptmannschaften besetzt, ferner ein Kreiskommissariat und eine Stadthauptmannschaft. Vorläufig werde das genügen. Die Kreishauptmannschaften seien auf dringendes Ersuchen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gebildet worden, damit die Ablieferung des Getreides gewährleistet werden könne. In dem südlichen Teil des Distrikts befänden sich ungarische und im nördlichen Teil slowakische Truppen. Die ungarischen Truppen seien zum großen Teil abgerückt und hätten nicht viel übrig gelassen. Die Überschwemmung bringe deshalb vielleicht einen kleinen Vorteil, weil dadurch auch die 8 Übergänge nach Ungarn abgesperrt worden seien und ein weiteres Überführen von Beutegut dadurch hinfällig werde.

Auf dem Gebiete der Propaganda könne festgestellt werden, daß die Ukrainier das eine mit den Polen gemeinsam hätten: sie seien agitatorischen Dingen genau so zugänglich wie die Polen. Er bitte deshalb die Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda den Distrikt Galizien möglichst mit Material zu unterstützen. Das gleiche gelte für den Aufbau und die Durchhaltung ukrainischer und polnischer Zeitungen wie selbstverständlich auch deutscher Zeitungen. Insbesondere bitte er auch um Unterstützung auf dem Gebiet des Kino- und Theaterwesens. Man müsse die Ukrainer, die besonders auf dem Lande meist durchaus guten Willens seien, etwas mit den Bestrebungen der deutschen Führung bekanntmachen.

Den Leitern der Abteilungen Wirtschaft, Treuhand, Ernährung und Landwirtschaft, Deutsche Post Osten undder Emissionsbank spreche er seinen Dank für die großzügige Unterstützung aus, die sie der Distriktsverwaltung hätten zuteil werden lassen. Die Postverhältnisse seien zurzeit noch sehr schwierig, weil die alten Leitungen nicht benützt werden könnten und die Postverwaltung sich darauf beschränken müsse, sich der vorhandenen Masten zu bedienen. Auch die Personalfrage biete große Schwierigkeiten: polnisches Personal spreche nicht ukrainisch und ukrainisches Personal spreche nicht polnisch, woraus sich dann besonders im Telefonverkehr mancherlei Mißstände ergäben.

Für das Gebiet der Landwirtschaft müßte bestimmt werden, daß die Rationen für die ukrainische Bevölkerung lieber etwas geringer gehalten würden. Es mache psychologisch keinen guten Eindruck, wenn man auf dem Papier die Verabreichung einer bestimmten Ration verspreche und dann angesichts der Transportschwierigkeiten nicht in der Lage sei, dieses Versprechen einzuhalten.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft arbeite die Distriktsverwaltung Galizien in bester Weise mit den Leitern der Abteilungen Wirtschaft und Treuhand zusammen. Die Treuhandstelle habe in kurzer Zeit sämtliche Betriebe im Distrikt Galizien in vorbildlicher Weise erfaßt, so daß es gelungen sei, die Warenbestände, die in Lemberg und anderen Städten vorhanden seien, zu erfassen, so daß nach Einführung der Zlotywährung Aufkäufer keine Möglichkeit zum Erwerb von Waren mehr hätten, es sei denn, daß es sich um Schwarzbestände handele. Die Distriktsverwaltung habe es für ihre Hauptaufgabe gehalten, die Bewirtschaftung dieser Güter in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Bestände dem Generalgouvernement erhalten blieben. Die Bestände seien zwar nicht sehr groß, doch gebe es in einigen Gebieten kleine Überschüsse. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, dessen gewiß zu sein, daß trotz der vorhandenen großen Schwierigkeiten die Mitarbeiter der Distriktsverwaltung mit aller Energie an die Arbeit gingen und auch in Galizien der Schwierigkeiten Herr werden würden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt zu der Wirtschaftslage des Generalgouvernements Stellung. Er geht dabei zunächst auf die Kohlenlage ein, die eine Mengen- und eine Transportseite habe. Mengenmäßig sei zurzeit die Situation so, daß dem Generalgouvernement tägliche Lieferungen von 10.000 to zugesagt und diese Lieferungen im wesentlichen mit Unterschreitungen bis zu 2.000 to auch getätigt seien. Es sei nicht möglich, mit diesen Mengen auch nur entfernt einen Ausgleich für die versäumte Bereitstellung einer Lagerhaltung zu finden, die infolge der militärischen Situation vor dem Aufmarsch im Osten nicht habe geschaffen werden können. In neuerlichen Besprechungen mit Generaldirektor Pleiger habe er die Zusage erhalten, daß die Kohlenmenge von 10.000 auf 12.000 to erhöht werde, allerdings mit der Auflage, daß dafür vom Generalgouvernement 6.000 Arbeiter zur Verfügung gestellt würden. Mit der Organisation der Zuführung dieser Arbeiter sei bereits begonnen. Abgesandte des Reiches seien auch in Lemberg gewesen, nachdem sich herausgestellt habe, daß im alten Generalgouvernement Arbeitskräfte nicht freizustellen seien. Man habe zunächst erwogen, freiwerdende Arbeiter von Steinbrüchen und vom Straßenbau an das Reich abzugeben. Aber die Organisation Todt habe alle diese Arbeitskräfte nach dem Osten abgezogen, so daß hier effektiv Kräfte nicht freizumachen seien und lediglich ukrainische Arbeitskräfte in Betracht gezogen werden könnten, die dann allerdings nach den Zugeständnissen des Generaldirektors Pleiger und des Reichsarbeitsministeriums nicht so behandelt würden wie die Polen, sondern etwa so wie die kroatischen Arbeitskräfte. Diesen Arbeitern sollten hinsichtlich Urlaub und Rückkehr in die Heimat alle Zugeständnisse gemacht werden, wie sie den Kroaten gemacht worden seien.

Die zusätzlichen 2.000 to Kohle sollten nun aber erst geliefert werden, wenn die Arbeitskräfte auf dem Transport seien. Es sei ihm leider nicht möglich gewesen, in Berlin eine Vorlieferung der Kohle durchzusetzen. Über diese mengenmäßige Betrachtung hinaus und angesichts der Tatsache, daß auch in den kommenden Monaten dem Generalgouvernement nur ein kleines

Kontingent zur Verfügung stehe, müsse man starke Zweifel hegen, ob es möglich sein werde, diese Mengen ins General - gouvernement zu bringen. Er habe schon seinerzeit in der letzten Regierungssitzung angedeutet, daß die Hauptabteilung Wirtschaft nach Mitteln und Wegen suche, um in der Transportsituation technische Erleichterungen zu schaffen, die das Generalgouvernement etwas von der Abhängigkeit von den Berliner Zentralstellen lösten, die naturgemäß schwerfällig sein müßte. Man habe im vorigen Winter in dieser Hinsicht reiche Erfahrungen sammeln können. Da damit gerechnet werden müsse, daß in den kommenden Monaten der Nachschubbedarf für die kämpfende Truppe einen großen Umfang annehmen werde, werde man in der Dringlichkeitsstufe der einzelnen Transporte hinsichtlich der Kohle wieder an die Grenze rücken, bei der ständig Ausfälle zu gewärtigen seien. Das einzige Mittel, hier ein Optimum zu erreichen, sei nur gegeben, wenn eine in Kattowitz sitzende Befehlsstelle jede sich bietende Möglichkeit ausnutze, noch einen Kohlenzug einzulegen. Man habe einen Plan ausgearbeitet, nach welchem die Gruben des oberschlesischen Reviers, die ohnehin für Lieferungen nach dem Generalgouvernement bestimmt seien, d.h. in erster Linie das Krakauer Revier, in zweiter Linie die ostwärts gelegenen Grenzgruben des Dombrowaer Gebietes, in eine direkte Bewirtschaftung durch das Generalgouvernement genommen würden.

Die Verhandlungen in Berlin hätten dazu geführt, dass sich Generaldirektor Pleiger einverstanden erklärt habe, für diese Grenzgruben einen besonderen Beauftragten einzusetzen, der innerhalb des oberschlesischen Steinkohlensyndikats als sein Bevollmächtiger tätig sei. Generaldirektor Pleiger habe eingesehen, daß sich aus einer solchen den örtlichen Verhältnissen angepassten Befehlsstelle Erleichterungen ergeben könnten, die einen zusätzlichen Transport von Kohle ermöglichten. Ferner habe man eingehend mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan über die Schaffung von Erleichterungen gesprochen. Ministerialdirektor Lamm habe es übernommen, die Besprechungen mit den zuständigen Reichsressorts zu führen und etwa bestehende ressortmäßige Widerstände nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen.

Die Widerstände lägen in erster Linie beim Reichsverkehrsministerium bzw. bei der Reichsbahn. Es handele sich vor allem um ein mehr prestigemäßiges Empfinden der Reichsbahn, die die im Reichsgebiet liegenden zu den Gruben führenden Strecken nicht der Ostbahn überlassen möchte, weil sie darin einen Einbruch in ihre Zuständigkeit erblicke. Je nach dem, wie weit man den Kreis der Zuständigkeit ziehe, handele es sich auf der Hauptstrecke um eine Länge von etwa 60-80 km. Man habe auch in Aussicht genommen, den Weg von Trzebinia nach Tschenstochau bis Lazy auch der Ostbahn zuzustprechen, damit die Grenzkontrolle, und was sonst hindernd im Wege stehe, wegfalle. Ein Verkehr, der für das Reich von Bedeutung wäre, vollziehe sich auf dieser Strecke nicht. Man habe drei Alternativen mit dem Beauftragten des Vierjahresplans besprochen, einmal die grundsätzliche Lösung, daß dieBahnstrecken der Ostbahn als der betriebführenden überantwortet werden, zweitens, wenn sich das sich durchsetzen lasse, die Vereinbarung eines bestimmten Fahrplans zwischen der Ostbahn und der Reichsbahn für den Pendelzugverkehr von den Gruben ins Generalgouvernement, drittens habe man die Bereitstellung eines eigenen Wagenparkes in begrenztem Umfange für diese Kohlenpendelzüge in Betracht gezogen. Da man die benötigten Waggons im Generalgouvernement nicht herstellen könne, wolle man evtl. mit der Reichsbahn in Verhandlungen darüber eintreten, ob von dem 46.000 reparaturbedürftigen nicht einsatzfähigen Wagen - es handele sich vornehmlich um belgische und französiche Wagen - dem Generalgouvernement ein Kontingent von 1.000 Wagen übereignet werden könne. Die Wiederingangsetzung der Wagen würde das Generalgouvernement selbst übernehmen, und man hätte dann die Möglichkeit, etwa von den Werken des Generalgouvernements aus, die Eigentümer dieser Wagen werden könnten, nach den Regeln eines auch im Reich üblichen Verfahrens außerhalb der Wagenkontingentierung diesen Verkehr durchzuführen. Anfang der kommenden Woche fänden die abschließenden Besprechungen darüber statt.

Würde es gelingen, das heutige Mengenkontingent vielleicht sogar unter Erhöhung auf 12.000 to durchzuhalten, dann würde immer noch keine Möglichkeit gegeben sein, der polnischen und ukrainischen Zivilbevölkerung Hausbrandkohle zur Verfügung zu stellen. Es könne sich nur darum handeln, die Versorgungsbetriebe des Generalgouvernements in Gang zu halten, Kohle für die Dienststellen, die Rüstungsbetriebe, für die Deutschen und die militärischen Unterkünfte bereitzustellen, soweit nicht Sonderkontingente von der Wehrmacht gefahren würden. Darüber hinaus gelte es, lebenswichtige Betriebe des Generalgouvernements mit Kohle zu versorgen, um den Produktionsprozeß nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Diese Kohlenmenge müsse man auch unter dem Gesichtspunkt zur ~~zur~~ Verfügung haben, daß reichswichtige Leistungen im Generalgouvernement vollbracht werden. Die Tendenz, Produktionen aus dem Reich ins Generalgouvernement zu verlagern, verstärke sich. Fortdauernd würden Anträge gestellt, daß im Generalgouvernement Fabriken errichtet würden.

Für die Kohlenversorgung des Distrikts Galizien habe man eine Erhöhung des Kontingents nicht erreichen können. Es sei vielmehr gesagt worden, daß aus dem, was transportmäßig hier angelegt werden könne, das nötige für Galizien abgezweigt werden müßte. In Galizien seien zwar noch einige Vorräte aus der russischen Zeit vorhanden, die aber unter keinen Umständen für den Winter reichten. Auf der anderen Seite stehe in Gestalt der Versorgung Lembergs als des Hauptversorgungsgebietes mit Erdgas eine Quelle zur Verfügung, die ein gewisses Ausweichen ermögliche. Er habe mit verschiedenen Sachverständigen, vor allem mit Prof. Benz eine eingehende Besprechung über die Herstellung einer zweiten Erdgasleitung gehabt. Eine solche Leitung sei von den Russen geplant worden, sie sei auch zu einem Drittel verlegt. Die Leitung sei aber besonders hinsichtlich der Verschweißung sehr schlecht. Es sei vorgesehen worden, diese zweite Leitung der Erdgasversorgung im alten Generalgouvernement nutzbar zu machen. Wenn Lemberg in die Lage versetzt werde, über diese 2 Leitungen schon in diesem

Winter zu verfügen, dann werde man die Situation einigermaßen meistern können. Die zusätzliche Energiekapazität, die in der Stadt entstehe, werde auch für die Ingangsetzung der Kriegsindustrie von großer Bedeutung sein. Prof. Benz habe sich diesen Vorstellungen nicht verschlossen, und es werde demnächst mit der Arbeit an der endgültigen Verlegung dieser zweiten Leitung nach Lemberg begonnen.

Das Kernstück der Ernteerfassungsaktion auf dem gewerblichen Sektor, nämlich die Bereitstellung von Textilien sei schon Anfang August so weit vorgeschritten gewesen, daß für ein glattes Anlaufen der Aktion alle Voraussetzungen bestanden hätten. Diese Aktion laufe bis Dezember.

Eine generelle Ausdehnung der Ernteerfassungsaktion hinsichtlich der gewerblichen Gegenleistungen auf Galizien sei zurzeit noch nicht möglich, weil man die benötigten Mengen nicht herbeischaffen könne. Es bestehe auch nicht die Möglichkeit, in alle Orte Galiziens Ware hineinzubringen. Er sei jedoch bereit, aus den noch zur Verfügung stehenden Beständen und aus Beständen, die von einer bescheidenen Produktion im Generalgouvernement kämen, für die ländlichen Bezirke Galiziens geeignete Ware zur Verfügung zu stellen.

Auf einer Tagung der Kreishauptleute in Lemberg habe er interessante Eindrücke darüber gewonnen, wie es im Lande aussehe. Die Durchführung der Eingliederung des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement stelle keine leichte Aufgabe dar. Von der Volkswirtschaft des Generalgouvernements aus gesehen ergebe sich einmal die Notwendigkeit, das bisherige Wirtschaftssystem Galiziens allmählich an das Wirtschaftssystem des Generalgouvernement anzugleichen. Zweitens stehe man vor dem Problem, diese Eingliederung durchzuführen, ohne daß stärkste Störungen sowohl in Galizien wie im Generalgouvernement auftreten. Man müsse bedenken, daß die aufnehmende Volkswirtschaft des Generalgouvernements selbst keine stabilen Zustände habe. Diese Volkswirtschaft des Generalgouvernements habe die unerhörte Last der Truppenbelegung von ungefähr 2 Mill. Menschen während eines halben

Jahres auf sich genommen, mit allen Folgen, die sich daraus in Gestalt von Hungersnot, Störung des Arbeitseinsatzes ergäben. Die Preisralationen im Generalgouvernement seien durch diese Umstände aufs empfindlichste gestört worden. Diese Eingliederung könne nicht so erfolgen, daß man einfach Preise und Löhne des alten Generalgpuvernements in Galizien einführe. Es sei im alten Generalgouvernement nicht möglich, mit Warenbeständen, die es hinüberleite, eine entsprechende Ausgleichende Funktion durchzuführen. Gouverneur Dr. Lasch halte es für zweckmäßig, zum mindesten 2 politische Preise festzuhalten, nämlich den Brotpreis und zweitens den Preis für die Miete. Man habe die interessante Feststellung treffen können, daß gerade auf dem Lande in ukrainischen Kreisen eine Skepsis bestehe, das polnische Geld anzunehmen. Die Tatsache, daß auf den Noten immer noch die Emissionsbank und eine polnische Aufschrift sich befinde, tragenicht dazu bei, diese Bedenken aus dem Wege zu räumen.

Im Distrikt Galizien seien nur sehr geringfügige Bestände erfaßt worden. Lediglich auf einzelnen Gebieten lohnten sie überhaupt einer Erwähnung, etwa auf dem Gebiet der Roßhäute, wo 70.000 Stück erfaßt seien. Von Eisenindubtriewaren sei nichts zu erwähnen, was irgendwie von Bedeutung wäre. Die Verteilung dieser geringen Bestände sei aber ein Problem, bei dem sich wiederum die Konflikte der Zuständigkeit zeigten. An der Tatsache, daß der Distrikt Galizien unmittelbares Hinterland der kämpfenden Front sei, könne nicht vorbeigegangen werden. Zahlreiche militärische Dienststellen in Galizein glaubten, daß es in ihrer Zuständigkeit liege, nach Belieben zu requirieren und zu beschlagnahmen. In Besprechungen mit dem Rüstungskommando in Lemberg sei ein volles Einverständnis darüber hergestellt worden, daß diesem Verfahren Einhalt geboten werden müsse. Wenn z.B. eine Heeresunterkunftsverwaltung sich sämtlicher Eisenwaren, Schrauben, Nägel usw. bemächtige und im Gebiet von Stanislau von diesen Dingen überhaupt nichts mehr zu

bekommen sei, dann habe das zur Folge, daß wichtige Aufträge etwa für die Erstellung von Unterkünften, von Blockhäusern für die Truppe nicht durchgeführt werden könnten. Es sei deshalb besonders begrüßenswert, daß auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs eine Dienststelle für den Vierjahresplan neu errichtet sei. Diese Dienststelle könne im Distrikt Galizien sehr wichtige ausgleichende Aufgaben übernehmen. Auf Grund des Auftrages, den der Führer dem Reichsmarschall gegeben habe, die Erfassung von Vorräten und die Ingangsetzung kriegswichtiger Produktionen in die Hand zu nehmen, könne die Dienststelle für den Vierjahresplan mit der nötigen Autorität arbeiten. So könne auch auf die Interessen des Reiches Rücksicht genommen werden. Daß Vorräte für die Abfuhr nach dem Reich in Galizien gefunden werden könnten, halte er für ausgeschlossen. Angesichts der überaus starken Anforderungen der Front wäre es auch unpraktisch, bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen diese Vorräte ins Reich zu bringen, um sie dann nach Verarbeitung in Reichsfabriken wieder der Front zuzuleiten. Daß Heereskommandos alle verfügbare Reichsware an sich gezogen hätten, um z.B. Lazarette auszugestalten, sei einzusehen. Hier müßten selbstverständlich die zivilen Bedürfnisse zurückstehen. Mit den militärischen Dienststellen des Rüstungskommandos sei ein Einvernehmen erzielt worden, was als Heeresbeute zu betrachten sei. Es habe die Tendenz bestanden, alles, was russisches Staatseigentum gewesen sei, als Heeresbeute anzusehen und entsprechend zu behandeln. Es sei klargestellt, daß als Beute der Wehrmacht nur das angesprochen werden könne, was Eigentum der russischen Wehrmacht gewesen sei. Alles andere, was an Vorräten gefunden würde, falle in die Verfügungsgewalt des zivilen Sektors, also zunächst einmal der für die Erfassung dieser Dinge eingesetzten Dienststelle für den Vierjahresplan. Die Erleichterung des Verkehrs mit den militärischen Stellen sei dadurch sichergestellt, daß für alle möglichen kleinen Anforderungen von den Truppenteilen der Dienststelle

für den Vierjahresplan ein Kontingent gegeben sei. Für die Anforderungen größeren Ausmaßes sei jeweils ein besonderes Einvernehmen herzustellen.

Oberregierungsrat Reeds berichtet, daß während der Aufmarschzeit an die Abteilung Arbeit seitens der Wehrmacht hohe Anforderungen gestellt worden seien, die besonders auf den Gebieten des Straßenbaus und der Bautrupps weitgehend hätten befriedigt werden können. Der Hauptabteilung Arbeit sei dann weiter in starkem Umfange die Aufgabe der Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich zugefallen. Die Zahl der monatlichen Vermittlungen habe 180.000 überschritten. Besonders stark sei die Anforderung aus dem Reich nach Landarbeitern und Spezialarbeitern gewesen. Trotz des starken Bedarfs an Arbeitskräften auf allen Gebieten sei es möglich gewesen, die vom Reich gestellten Forderungen zu erfüllen und trotz der Transportschwierigkeiten während des Aufmarsches ununterbrochen Landarbeiterzüge ins Reich zu vermitteln. Vom Reich seien Prüfungskommissionen zur Verfügung gestellt worden, die die großen Betriebe des Generalgouvernements auf Grund der Erfahrungen, die die Kommissionen im Reich gemacht hätten, durchkämmen sollten, um geeignete Rüstungsarbeiter ausfindig zu machen. Der Erfolg der Tätigkeit dieser Kommissionen habe etwas enttäuscht, weil die polnischen Arbeiter, gewitzigt durch die bisherigen Erfahrungen, beim Auftauchen dieser Kommissionen nicht mehr zur Arbeit erschienen. Trotzdem sei es möglich gewesen, auch eine Anzahl von Spezialarbeitern ins Reich zu vermitteln.

Aber auch der Einsatz im Generalgouvernement sei stark gewachsen, insbesondere nach der Eingliederung Galiziens. Es seien 62.000 Landarbeiter vom Reich angefordert worden, dazu noch 6.000 Bergarbeiter und Grubenarbeiter. Diesen Bedarf im Generalgouvernement zu decken, werde nicht möglich sein, und man werde versuchen müssen, auf den Distrikt Galizien zurückzugreifen.

Die Arbeitseinsatzdienststelle der Hauptabteilung Arbeit im Distrikt Galizien sei organisatorisch errichtet.

Die Abteilung Arbeit bei der Distriktsverwaltung sei eingerichtet, die Arbeitsämter seien in ihrem Rahmen festgefügt und mit deutschen Beamten besatzt. Darüber hinaus würden bereits Vorbereitungen getroffen für den Einsatz geeigneter Ukrainer. Auch die Vermittlungsarbeit sei im Distrikt Galizien bereits aufgenommen worden. Die Vermittlung von Arbeitern ins Reich stoße allerdings auf gewisse Schwierigkeiten: die Ostbahn sei noch nicht in der Lage, die erforderlichen Sonderzüge zur Verfügung zu stellen, z.a. beständen insbesondere beim Reichsführer-SS gewisse Bedenken dagegen, Arbeitskräfte aus dem Distrikt Galizien ins Reich zu übernehmen. Man befürchte politische Schwierigkeiten infolge der Vermittlung von Arbeitern, die seit Jahren unter sowjetischem Einfluß gestanden hätten. Da man im Reich diese Bedenken noch nicht habe fallen lassen, werde eine Vermittlung von Arbeitskräften vorläufig noch nicht möglich sein. Man hoffe jedoch, daß der Reichsführer-SS demnächst seine Auffassung ändern werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Reeds, daß bisher insgesamt 1,4 Mill. polnischer Arbeiter ins Reich verschickt worden seien. - Zurzeit werde es nicht möglich sein, für den Straßenbau außerordentliche Arbeitskolonnen nach Galizien zu schikken; jedoch werde man aus den dortigen Beständen Arbeiter zur Verfügung stellen können.

Oberregierungs- und Baurat Schmid teilt mit, daß der Bau der Straßen von Lemberg nach dem Osten in Angriff genommen sei. Von dem im Distrikt Galizien zerstörten Brücken in einer Gesamtlänge von 3.500 m sollten 1.500 m wiederhergestellt werden. Außerdem werde die Übergangsbrücke über den San demnächst hergestellt sein.

Oberregierungsrat Reeds bemerkt, daß es bisher möglich gewesen sei, den Eigenbedarf an Arbeitskräften zu decken. Leider sei eine Reihe von für die Wehrmacht verpflichteten Arbeitern durch die Weiterverlegung der Truppenteile dem Generalgouvernement entzogen worden, weil diese Arbeiter von den Wehrmachtsteilen mitgenommen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage im Zusammenhang mit dem Problem der Beschäftigung der vielen Hunderttausende sowjetischer Kriegsgefangener behandelt wissen. Es sei daran gedacht, daß ein großer Teil dieser Kriegsgefangenen im Generalgouvernement Beschäftigung finden und dafür polnische Arbeitskräfte ~~dax~~ im Reich verwendet werden sollten. Die bereits im Reich für Nichtrüstungszwecke verwendeten französischen und belgischen Kriegsgefangenen würden dann in hochqualifizierte Betriebe des Reiches kommen.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß das abgelaufene Jahr hauptsächlich im Zeichen der Holzversorgung des gewaltigen militärischen Aufmarsches bestanden habe. Das Reichsforstamt habe ihm erklärt, daß man in Berlin nicht erwartet habe, daß das Generalgouvernement diese große Aufgabe restlos erfüllen werde. Allerdings hätten auch außerordnetliche Eingriffe in die ursprüngliche Planung stattfinden müssen. Von dem gesamten Grubenholzeinschlag in einer Menge von 700.000 fm seien 300.000 fm allein der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden. Für das kommende Jahr seien die großen Bedarfsträger vor einigen Wochen aufgefordert worden, ihren Bedarf anzumelden. Er hoffe, mit einem Einschlag auszukommen, der nicht so sehr über dem entsprechenden Einschlag des Reiches liegen werde. - Der Südteil Galiziens sei sehr stark bewaldet, z.T. bis zu 70 und 80%. Die Karpathen

seien seit 1890 stark in Anspruch genommen worden, so daß die alten guten Bestände nicht mehr vorhanden seien. Die Russen hätten in den letzten 2 Jahren sechs Jahreseinschläge getätigt, das Holz aber liegen lassen. Aufgabe der Forstverwaltung werde es in erster Linie sein, das schwierige Transportproblem zu lösen. In den Karpathen sei dieses Problem von besonderer Schwierigkeit, weil die Ungarn zahlreiches Material der Waldbahn mitgenommen hätten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gesandter von Wühlisch, daß zurzeit in Budapest über ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn verhandelt werde. Das Auswärtige Amt sei von ihm über das Verhalten der Ungarn im Distrikt Galizien in Kenntnis gesetzt worden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt beabsichtigt nicht, im Distrikt Galizien sofort mit einem großen Einschlag zu beginnen. Zunächst einmal müsse dafür gesorgt werden, daß das in den Wäldern liegende Holz abtransportiert werde, und zwar nach Gegenden, in denen Holz dringend benötigt werde. Erst dann könne man mit dem Einschlag beginnen. Die Holzwirtschaft Galiziens sei viel besser als diejenige im alten Generalgouvernement. Es gebe in Galizien große und moderne Werke, die den deutschen Werken absolut an die Seite zu stellen seien. Diese Werke seien auch von deutschen Sachverständigen in Betrieb genommen, sie liefen zum großen Teil wieder, so daß die dringendste Holzversorgung für die nächste Zeit gesichert sei. Für die Organisation der Forstverwaltung seien 9 Forstinspektionen gebildet. Die Forstabteilung beim Distrikt sei auch besetzt.

Reichsbankrat Dr. Dejong nimmt zur Frage der Einführung der Zlotywährung Stellung. Er teilt mit, daß die Einführung der Zlotywährung bereits am morgigen Tage im Verordnungsblatt veröffentlicht werde. Am 8. September würden die Schalter der Reichskreditkasse in Lemberg, die bisher das dortige Gebiet mit Zahlungsmitteln in Gestalt von Reichskreditkassenscheinen versorgt habe, geschlossen. Am gleichen Tage würden 6 Zweigniederlassungen der Emissionsbank aufgemacht. Am 15. September werde mit dem Umtausch der im Umlauf befindlichen Rubelnoten begonnen werden. Die Umtauschfrist werde verhältnismäßig kurz sein, weil in dem Gebiet, welches von den Rumänen besetzt war, ein starker Umtausch von Rubeln in Lei stattfinden würde, so daß zu befürchten stehe, daß größere Mengen von Rubelnoten aus diesem Gebiet verschoben würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Senkowsky, daß die Zollgrenzen überall besetzt seien. Er teile die Befürchtungen, von denen der Vorredner gesprochen habe, nicht, weil die Verkehrsverhältnisse in diesem Gebiet nur schlecht entwickelt seien.

Reichsbankrat Dr. Dejong führt weiter aus, daß nach dem Umtausch der Rubelnoten daran geschritten werde, die Noten der Bank Polski, die in ziemlich großem Maße in jenem Gebiet vorhanden seien, gleichfalls zur Hinterlegung aufzurufen. Ob und in welchem Umfange eine Entschädigung für diese Noten gezahlt werden könne, werde erst entschieden werden können, wenn eine Übersicht über die vorhandenen Mengen möglich sei. Keineswegs sei aber an eine volle Einlösung dieser Zlotynoten gedacht. Hier ergebe sich die Schwierigkeit, daß gewisse Bevölkerungskreise des Generalgouvernements, die sich noch im Besitze solcher Noten befänden, sofort das Bestreben haben würden, diese Noten in das Gebiet Galiziens hineinzubringen. Daher sei auch bereits festgelegt worden, daß nur 3 Grenzübergänge zulässig seien. Auch werde eine scharfe Kontrolle durchgeführt. Innerhalb einer Woche soll diese Hinterlegung vorgenommen werden, damit Verschiebungen größeren Umfanges

entgegengewirkt werden könne. Am 2. Oktober werde man dann den Umtausch des im Umlauf befindlichen Münzgeldes in Angriff nehmen. Lediglich die Ein- und Zweikopekenstükke blieben im Verkehr. Hand in Hand damit werde eine allmähliche Zurückziehung der Reichskreditkassenscheine stattfinden . Ein bestimmter Ablieferungstermin sei nicht vorgesehen, wohl aber für die Reichsmark, die dort auch noch umlaufe. Bei der Umtauschaktion gehe man im engsten Einvernehmen mit den Ukrainern vor, die das Netz der Kreditgenossenschaften wieder aufzubauen begännen. Man werde im ganzen Lande 65 und in den Städten ungefähr noch 20 Umtauschstellen einrichten.

Abteilungspräsident Tetzner führt aus, daß durch eine Verordnung die devisenmäßigen Grundlagen für den Umtausch geschaffen worden seien. Eine zweite Deviseno Verordnung werde am 8. September in Kraft treten. Sie habe den Zweck, die allmähliche Angleichung an das alte Generalgouvernement herbeizuführen. In einer abschließenden Verordnung werde dann eine endgültige Bereinigung des Devisenproblems und damit die Angleichung an das alte Generalgouvernement durchgeführt sein. Bis dahin würden selbstverständlich noch verschiedene ~~Schwier~~ Schwierigkeiten entstehen, die in Kauf genommen werden müßten, z.B. hinsichtlich der Teile Ostgaliziens, die an den Distrikt Krakau angeschlossen worden seien. Diese Schwierigkeiten würden aber im Einvernehmen mit den zuständigen Instanzen gelöst werden können.

Abteilungspräsident Fattken von der Ostbahn begrüßt die Ankündigung des Ministerialdirigenten Emmerich, daß das Generalgouvernement besser als bisher mit Kohle versorgt werden solle, muß aber andererseits feststellen, daß die Verkehrslage der Ostbahn noch sehr gespannt sei. Das sei u.a. auf die große Zahl von Nachschubzügen zurückzuführen, die für die Wehrmacht z.T. auf eingleisigen Strecken des Lubliner Bezirks befahren werden müßten.

Deshalb habe man eine große Reihe von Zügen abstellen und auch zeitweise eine Verkehrssperre eintreten lassen müssen. Auf der Strecke nach Warschau habe man eine Sperre eintreten lassen müssen, weil der Nachschub von Posen außerordentlich groß gewesen sei. An sich sei die Kohlenversorgung von Warschau mit einem Kohlenzug gesichert. Seines Wissens würden jetzt in Warschau Lebensmittelzüge wieder angenommen.

Gouverneur Dr. Fischer stellt demgegenüber fest, daß Lebensmittel per Bahn in letzter Zeit nicht angekommen seien. Von den 21 für Warschau bestimmten Kohlenzügen seien in den letzten Tagen 15 nach Petrikau geleitet und dort ausgeladen worden. Im übrigen genüge 1 Kohlenzug für die Bedüfnisse Warschaus nicht, da das Elektrizitäts - werk und das Gaswerk allein 1.000 to brauchten. Selbstverständlich würden die Züge von Warschau angenommen, sie blieben aber vor Warschau liegen, da die dortigen Bahnhöfe völlig verstopft seien.

Abteilungspräsident Fatgen bittet, die außerordentlich schwierige Situation der Ostbahn zu berücksichtigen. Es seien 230 Züge abgestellt, was einer Strecke von über 100 km entspreche. Die Lage werde sich aber allmählich etwas bessern.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß sich Gouverneur Dr. Fischer auf diese allmähliche Besserung nicht einlassen könne. Es müßte vielmehr der örtlichen Instanz die Möglichkeit gegeben werden, die Züge abfahren zu lassen.

Gouverneur Dr. Fischer beklagt sich darüber, daß ihm von dem Ausbleiben der Lebensmitteltransporte keine Mitteilung gemacht werde. Das Eisenbahnpräsidium sende solche

Telegramme nicht an ihn persönlich, sondern er höre erst einige Zeit später davon. So habe man keine Möglichkeit, sich in anderer Weise zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur hält bei allem Vorrang der militärischen Belange eine Rücksichtnahme auf die Interessen des Generalgouvernements für unbedingt geboten. Gerade das militärische Interesse erfordere es, daß im Generalgouvernement Ordnung herrsche. Wenn Aufruhr, Hungerkatastrophen, Seuchen usw. kämen, dann würde die Möglichkeit entfallen, das Gebiet des Generalgouvernements den Reichsinteressen dienstbar zu machen. Die Eisenbahnverwaltung müsse deshalb im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements notwendige Maßnahmen auch gegenüber dem Militär vertreten.

Abteilungspräsident Fattgen teilt mit, daß zurzeit bereits Verhandlungen mit den militärischen Stellen über diese Verkehrsfrage in Warschau stattfinden.

Gouverneur Dr. Fischer erklärt, daß ihm auch von diesen Verhandlungen nichts bekannt sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Hauptabteilung Ostbahn, sich fürderhin mit den Distriktsverwaltungen ins Benehmen zu setzen.

Abteilungspräsident Fattgen kommt sodann auf den Wagenmangel zu sprechen. Die Ostbahn habe zunächst einmal auf Anordnung des Hauptwagenamtes täglich eine große Zahl Wagen an Oberschlesien abgeben müssen, die sie kaum zurückerhalten werde. Zum anderen kämen naturgemäß die Wagen, die ~~xxxxx~~ mit den Wehrmachtszügen nach dem Osten gingen, nur sehr langsam zurück. Seit Beginn des Feldzuges bestände angesichts dieses Übergangs über die Ostgrenze ein Minus von über 24.000 Wagen, das sich

für die Ostbahn außerordentlich bemerkbar mache. -
Die Öltransporte liefen zurzeit ganz schwach. Übernommen habe man die Linien, die unmittelbar hinter der Grenze lägen, aber noch nicht die Strecke Przemysl-Lemberg.

Oberstleutnant Fischer glaubt nach seiner Kenntnis der Dinge annehmen zu können, daß das ganze Netz in etwa 14 Tagen frei sein werde.

Abteilungspräsident Fattgen glaubt jedoch, daß die Übernahme der restlichen Linien noch etwa 6 Wochen dauern werde. - Personal sei im Distrikt Galizien in Stärke von etwa 1.000 Mann bereits eingesetzt. Allerdings müsse die Ostbahn von dem an sich von der Reichsbahn für Galizien bestimmten Personal einen Teil behalten. Zum Einsatz seien ferner 4 Brückenbauzüge, 3 weitere Bauzüge für Oberbau und Umnagelung und eine Anzahl sonstiger Bautrupps z.B. für die Wiederherstellung des Fernsprechleitungsnetzes gekommen. Die Eisenbahnverbindung von Przemysl nach Lemberg sei auch für den Personenverkehr mit einem Schnellzugpaar hergestellt worden.
Im Dienste der Ostbahn ständen 55-60.000 Polen, 5.000 Reichsdeutsche und einige Hundert Volksdeutsche. Die polnischen Bediensteten hätten sich gerade während des Aufmarsches sehr gut bewährt. Man habe infolgedessen in den folgenden Monaten eine weitere Besetzung der betriebswichtigern Stellen mit polnischen Kräften vorgesehen. Die Polen hätten sich auch als Fahrdienstleiter durchaus bewährt. Nur die leitenden Stellen auf den Hauptbahnhöfen seien mit deutschen Kräften besetzt. Auf den Hauptstrecken werde man die sog. Leitstellen einrichten. Im übrigen müßten die kleineren Stationen mit polnischem oder ukrainischem Personal besetzt werden. Die galizischen Strecken würden zurzeit auf die Normalspur umgenagelt. Eine große Anzahl von Güterwagen für russische Spur könne nicht abtransportiert werden. Es werde erwogen, sie mit Wagenböcken abzutransportieren.

Präsident Lauxmann gibt einen Überblick über die postalischen Verhältnisse im Generalgouvernement. In den letzten Monaten habe der Durchgangsverkehr und die postalische Versorgung der Truppen im Vordergrunde gestanden. Die Feldpost sei nach dem Osten abgerückt. Die Deutsche Post Osten leite die gesamte Post für die Truppe weiter, die auf die Feldpostämter Lemberg, Jaroslau und Brest Litowsk verteilt werde. Trotzdem werde aber an dem weiteren Ausbau der Post im Generalgouvernement gearbeitet. So sei man bestrebt, ab 1. Oktober die Landpostbestellung durchzuführen mit dem Ziele, in den kleineren Orten mindestens zweimal in der Woche eine Zustellung zu ermöglichen. Der Postverkehr der Zivilbevölkerung zeige noch immer eine steigende Tendenz; im Generalgouvernement würden rund 40.000 Briefe am Tage befördert. - Hinsichtlich des Kraftfahrwesens sei die internationale Linie Wien- Preßburg-Krakau zu erwähnen. Der beste Teil dieser Linie liege auf der Strecke Zakopane-Krakau. Auch habe es die Postverwaltung übernommen, die Arbeiter der Organisation Todt mit Omnibussen zu befördern.

Auf dem Gebiete des Fernsprechwesens hätten die Anforderungen der Wehrmacht bei Beginn des Russenfeldzuges bis zu 90% erfüllt werden können. Die Postverwaltung des Generalgouvernements als Durchgangslandes betreue 100.000 km Wehrmachtsleitung. An weiteren Verbesserungen des Fernsprechnetzes werde gearbeitet. Am 15. September könne in Tarnów ein automatischer Fernsprechverkehr eingerichtet werden. Auch werde das automatische Fernsprechamt im Reichshof im November fertiggestellt werden. Ferner habe man den sog. Fernverkehr zwischen Warschau und Krakau eingerichtet, der es ermögliche, in Krakau den Teilnehmer in Warschau unmittelbar zu wählen. Eine gleiche Einrichtung bestehe im Reich nur zwischen Berlin und München. In den letzten Monaten habe man einen Plan fürdie weitere Erschließung des Landes ausgearbeitet. Die zahlreichen kleinen Vermittlungsstellen auf dem Lande würden in größere Fernsprechämter zusammengefaßt. Dieser Plan sei vom Reichspostministerium gutge-

heißen worden und werde im Laufe von 5 Jahren durchgeführt werden können.

Im Distrikt Galizien habe man für den Postdienst ukrainische Beamte eingesetzt. Diese Ukrainer hätten das Postamt gegen alle möglichen Absichten verteidigt. Am 1. August habe man in 15 Postämtern den Dienst aufnehmen können; ihre Zahl sei inzwischen auf 32 gestiegen, denen im ganzen 300 Postanstalten angegliedert werden würden. Der Dienstpostverkehr in Galizien werde mit 70 Kraftwagen aufrechterhalten, die vom Reichspostministerium zur Verfügung gestellt worden seien. Der Postverkehr für das Privatpublikum habe am 15. August mit Postkarten aufgenommen werden können. Nach der Auskunft der Abwehrstelle sei gegen die Einführung des Briefverkehrs für das Privatpublikum ab 15. ~~Oktober~~ September keine Einwendung zu erheben.

Sowohl Präsident Senkowsky wie Reichsbankrat Dr. Dejong haben vom devisenrechtlichen Standpunkt aus Bedenken gegen die Einführung des Briefverkehrs schon ab 15. September und schlagen vor, den Termin bis zum 10. Oktober hinauszuschieben.

Präsident Lauxmann ist bereit, diesen Bedenken Rechnung zu tragen.- Er schließt seinen Bericht mit der Mitteilung, daß der Ausbau des Fernmeldedienstes im Distrikt Galizien rasch vorwärts gehe. Lemberg habe heute schon 3.000 Fernsprechteilnehmer. Der Verkehr zwischen Krakau und Lemberg leide darunter, daß in den letzten Tagen Telegrafenstangen umgefallen seien. Der Verkehr von Jaroslau nach Lemberg werde in 6-8 Wochen aufgenommen werden können. Allgemein werde der Fernsprechverkehr eine Verbesserung erfahren.

Gouverneur Dr. Fischer gibt einen Bericht über die Lage in Warschau, die, wie er ausführt, mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse zurzeit außerordentlich ernst sei. Die Lebensmittelversorgung sei gegenwärtig fast unmöglich. Man habe wohl noch Getreidevorräte für 14 Tage,

wenn sich aber die Transportverhältnisse nicht grundlegend änderten, werde man nach dieser Frist keine Korn mehr in Warschau haben, Das gelte auch für den Landkreis Warschau, der ja versorgungsmäßig als zur Stadt Warschau gehörig betrachtet werden müsse.

Der Kartoffelbedarf für Stadt und Kreis Warschau belaufe sich zurzeit auf 1.200 to. Für diesen Tagesbedarf müßten 80 Waggons zur Verfügung stehen. Seit vielen Wochen hätten an die Bevölkerung keine Kartoffeln mehr verteilt werden können. Auch die Versorgung mit Vieh sei sehr schlecht; die Polen bekämen in den letzten Wochen pro Kopf und Woche 50 gr. Fleisch. Fett sei überhaupt nicht vorhanden. Entsprechend sei die Lage auf allen übrigen Ernährungsgebieten. Die Versorgung sei noch nicht sichergestellt. Man brauche für den Monat September noch 3,2 Mill. Stück Eier und für ihren Transport 21 Waggons. Das gleiche gelte für die Kohlenversorgung. Warschau erhalte nur noch 5 Züge insgesamt und habe in den letzten Monaten 1/6 des Normalbedarfs gestellt bekommen. Dieses Sechstel sei noch bedeutend geringer als die Menge, die im Vorjahre geliefert worden sei. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn darin zu unterstützen, daß Warschau ein Wagenkontingent von mindestens 60 Güterwagen zur freien Verfügung erhalte. Es sei technisch durchaus möglich, diese Wagen in die Militärtransporte einzuschieben. Mit Hilfe von 3 Zügen, die gebildet werden könnten, könnten die notwendigen Lebensmittel zu einem bestimmten Teil herangeführt werden.

Er habe sich unter den obwaltenden Umständen veranlaßt gesehen, den Schleichhandelbekämpfungsplan für Warschau nicht einzuführen, weil Warschau absolut darauf angewiesen sei, Nahrungsmittel ungehindert in die Stadt hineinkommen zu lassen. Er habe dagegen Maßnahmen getroffen, daß die Bekämpfung der gewerbsmäßigen Schleichhänder schärfer gehandhabt werde, und habe zu diesem Zweck 2 Zwangsarbeitslager errichtet, die in der nächsten Woche in Betrieb genommen werden sollen. Diese Lager würden so verwaltet, daß sie sich für die Zukunft selbst trügen. Er halte die

Errichtung solcher Lager für notwendig, weil die Strafverfolgung der Schleichhänder bisher viel zu milde gewesen sei. Das sei zum großen Teil auf das Versagen der deutschen Justizorganisation zurückzuführen: die deutschen Gerichte seien mit Dingen überlastet, die auch von den polnischen Gerichten erledigt werden könnten.

Oberstaatsanwalt Dr. Eden gibt zu bedenken, daß die Sondergerichte für alle Verordnungen des Generalgouverneurs zuständig seien. Infolgedessen seien sie mit allen möglichen Strafsachen belastet, die vielleicht nicht von besonderer Wichtigkeit seien, ihnen aber nicht abgenommen würden. Leider ständen der Justizverwaltung auch zu wenig Kräfte zur Verfügung.

Gouverneur Dr. Fischer setzt seinen Bericht mit der Feststellung fort, daß sonst die Wirtschaftslage in Warschau an sich günstig wäre. Warschau könnte einen Wirtschaftsaufschwung dadurch erfahren, daß z.B. die Danziger Industriewelt großes Interesse an Warschau habe und in anerkennenswerter Weise helfe, deutsche Firmen in Warschau anzusiedeln und deutsche Fabriken zu errichten. Leider werde man infolge des Kohlenmangels keine großen Erfolge auf diesem Gebiete haben. Man müsse für den Winter mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit rechnen, sofern nicht die Wehrmacht den für sie arbeitenden Betrieben Kohle zur Verfügung stelle.- Die volksdeutschen Angestellten würden angesichts der Hohen Preise in Warschau völlig unzulänglich bezahlt.

Oberregierungsrat Frhr. von Streit erklärt, daß eine Regelung der Gehaltsfrage für die Volksdeutschen in Vorbereitung sei.

Gouverneur Dr. Fischer bittet, für die baldigstmögliche Einführung einer Disziplinarordnung für die reichsdeutschen Beamten Sorge tragen zu wollen,

Hauptabteilungspräsident Westerkamp erklärt, daß die Vorbereitungen für die Einführung einer solchen Disziplinarordnung getroffen seien. Er habe vor mehreren Monaten einen provisorischen Vorschlag eingereicht, der nicht weitergе-

kommen sei. Zurzeit werde über diese Frage mit Berlin verhandelt. Gleichwohl wäre es durchaus möglich, eine provisorische Lösung zu dieser Frage für das Generalgouvernement vorzunehmen.

Gouverneur Dr. Wächter bemerkt, daß man in der polnischen Bevölkerung eine steigende Bereitwilligkeit zur Mitarbeit feststellen könne. So hätten z.B. die in der deutschen Verwaltung tätigen Polen in Przemysl im feindlichen Feuer ihren Dienst getan. Im Baudienst tätige Polen und Ukrainer seien auch in bester Weise beim Kriegsbrückenbau beschäftigt gewesen. Leider müsse man angesichts der schwierigen Versorgungslage bei diesen Arbeitern in steigendem Umfange Ermüdungserscheinungen beobachten. Es mehrten sich die durchaus begründeten Petitionen auf Besserstellung in diesen Kategorien. Das Generalgouvernement habe ein großes Interesse daran, gerade diese Bevölkerungskreise tatsächlich arbeitsfähig zu erhalten. Es müsse deshalb erwogen werden, ob diese Kategorien nicht besser gestellt werden könnten.

Oberregierungsrat Frhr. von Streit weist darauf hin, daß eine Besserstellung bereits erfolgt sei, indem jetzt 100% des im Jahre 1939 gezahlten Gehaltes gegeben würden. Für eine Verbesserung der Naturalverpflegung werde man angesichts der Knappheit der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel kaum etwas tun können.

Der Herr Generalgouverneur hat schon daran gedacht, daß vielleicht eine Zentralintendantur für die Staatsbeamten und Staatsangestellten geschaffen werde.

Präsident Senkowsky regt die Prüfung der Frage an, ob man nicht bei der Ernährung die polnischen Staatsangestellten hinsichtliche der Lebensmittelzuweisungen herausheben könnte. Es gehe nicht an, die polnischen Staatsbediensteten einfach als Normalverbraucher zu behandeln. Hierfür würden vielleicht mit den Angehörigen 500.000 Menschen

in Betracht kommen.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann bemerkt, daß für die in deutschen Diensten stehenden Staatsangestellten bereits die B-Karten gegeben werden. Einer Regelung bedürfe allerdings noch die Frage der Versorgung der Angehörigen dieser Angestellten und Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, die im Interesse des öffentlichen Verkehrs arbeitenden Polen den Rüstungsarbeitern gleichzustellen.

Geschäftsführender Abteilungsleiter Naumann meint, daß sich dieses Problem werde lösen lassen, wenn die Frage der Lieferung an das Reich bzw. an die Wehrmacht ihre Erledigung gefunden habe.

Hauptabteilungspräsident Westerkamp gibt zu bedenken, daß der Gang der Verwaltung durch die Ernährungslage der polnischen Angestellten ernstlich beeinträchtigt werde. Er habe in der letzten Regierungssitzung schon die Frage aufgeworfen, ob man nicht etwa bei den Behörden, in denen Nichtdeutsche arbeiteten, auch im Interesse ihrer Familie besondere Kantinen oder Verkaufsstellen einrichten könne. Man werde ja darauf angewiesen sein, in vermehrtem Umfange Nichtdeutsche zu beschäftigen. Er befürchte nur, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft größere Lebensmittelzuteilungen nicht für möglich halten werde.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungspräsident Westerkamp an, zunächst einmal listenmäßig Grundlagen für diese Forderungen zu schaffen. Er wünsche jedenfalls, daß die ernährungsmäßige Fürsorge für die polnischen und fremdvölkischen Beamten und Angestellten bzw. ihre Familien dem Range nach in die erste Wichtigkeitszone aufgenommen werden.

Gouverneur Dr. Wächter betont, daß die Ernährungslage naturgemäß in den letzten Monaten sehr schwierig gewesen sei. Es sei aber doch gelungen, die Ernährung einigermaßen aufrecht zu erhalten, wenn auch unter Zurverfügungstellung sehr geringer Rationen für die polnische Bevölkerung.- Die Viehaufbringung funktioniere im allgemeinen gut, ebenso die Getreideeinbringung, die im Hinblick auf die etwas bessere Ernte zu Hoffnungen berechtige. Was die neue Ernte angehe, so weise er auf den großen Mangel an Kunstdünger hin.

Geschäftsführender Abteilungsleiter Naumann bemerkt, daß die aus den Kaligruben gewonnenen Mengen für Galizien zureichend seien, daß man aber für das alte Generalgouvernement in großem Umfange Kali aus Deutschland beziehen müsse. Was Stickstoff anlange, so sei die Kapazität des Moszice-Werke zu 60% ausgenutzt, nachdem lange Zeit hindurch eine Ausnutzung nur zu 40% stattgefunden habe. Das Reich erkläre, daß das Generalgouvernement auf Lieferung von Stickstoff nicht rechnen dürfe, solange es nicht gelinge, die Erzeugungsstätten des Generalgouvernements 100%ig auszuwerten.

Präsident Senkowsky macht einige Zahlenangaben über die Kali- und Salzwerke in Galizien. Das Werk in Kalusz könne in 14 Tagen in Betrieb gesetzt werden, wenn die Zerstörungen behoben seien. Leider seien die Läger gefüllt und das Material könne nicht abtransportiert werden. Durch die Sprengung des Elektrizitätswerkes in Kolomea sei die Stromversorgung unterbrochen, es müsse eine Freileitung von 40 km Länge hergestellt werden, damit die Stromversorgung ermöglicht werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß die Werke des Generalgouvernements zurzeit mit der Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau wegen der Übernahme eines in Oberschlesien nicht genutzten Aggregats verhandelten. Im

übrigen spiele auch hier wieder die Frage der Kohlenversorgung eine ausschlaggebende Rolle.

Gouverneur Dr. Wächter führt dann in seinem Bericht weiter aus, daß die Aufstallungsaktion für Vieh unter dem Mangel an Futtermitteln leide, der wieder in Zusammenhang mit der Transportlage stehe. In der Milch- und Fettwirtschaft sei man einigermaßen über den Sommer hinweggekommen. Für deutsche Kleinkinder, stillende Mütter und Kranke werde eine Vorzugsmilch ausgegeben. - An Eiern seien 130 Mill. Stück aufgebracht worden, womit das von der Regierung auferlegte Soll um 20% überschritten werde. Vielleicht könnte Warschau damit etwas geholfen werden. - Sehr schlecht sei leider die Versorgungslage auf dem Gebiet der Kartoffeln, weil in großem Umfange Lieferungen an die Wehrmacht getätigt werden mußten und der Nachschub nicht voll funktioniert habe. Die Lazarette würden aus den örtlichen Kartoffelvorräten versorgt. - Die Geflügelerfassung sei sehr gut, ebenso die von Gemüse und Obst. - In dem gewerblichen Wirtschaftssektor sei die Verknappungssituation allgemein bekannt. Die Treibstofflage sei wieder sehr bedrängt, so daß man bisher dem gewerblichen Sektor fast den gesamten Treibstoff entziehen mußte. Daher werde man in der Ernteerfassungsaktion mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, weil die notwendigen Motoren nicht voll in Betrieb gehalten werden könnten. - Bei dem Aufruf der Bevölkerung zum Gespanndienst seien von der Wehrmacht gewisse Entlohnungssätze zugesagt worden, die nachher z.T. nicht eingehalten würden. In den ötlichen Kreisen des Distrikts Krakau sei deshalb eine gewisse Unruhe entstanden. - Für die Kohlenversorgung der Stadt Krakau könnten zwar Galeeren, aber keine neuen Dampfer bereitgestellt werden.- In den Distrikten und Kreisen bestehe schon seit längerer Zeit der Wunsch nach Ausfertigung von Kennkarten. Die Distrikte hätten naturgemäß ein starkes Interesse an einer möglichst baldigen Ausstellung von Distriktskarten. Nach seiner Information seien die Antragsformulare zwar im Druck, man müsse aber damit rechnen, daß wöchentlich nur 50.000 Karten für den Distrikt fertiggestellt

werden könnten. Er rege deshalb an, zum mindesten die Drucklegung und Ausstellung der Antragsformulare den Distrikten zu überlassen.

Hauptabteilungspräsident Westerkamp führt die Verzögerung der Drucklegung auf den Mangel an Druckereien zurück. Im übrigen müsse unter allen Umständen die Gleichmäßigkeit der Karte in Farbe, Druck und Art gewährleistet sein.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet weiter, daß sich die Arbeit des polnischen und ukrainischen Baudienstes sehr bewährt habe. Insbesondere habe auch die Wehrmacht zu wiederholten Malen die vorzüglichen Leistungen dieser Organisationen anerkannt. Bei dem Bau der Straße von Krakau nach Krynica habe man mit der großen Schwierigkeit der Beschaffung von Baumaterial und Straßenwalzen zu kämpfen, die dem Distrikt Krakau von der Hauptabteilung Straßenbau weggenommen seien.

Oberregierungs- und Baurat Schmidt weist darauf hin, daß im Distrikt Galizien bzw. hinter der kämpfenden Front auf Hunderte von Kilometern Sandstraßen herzustellen seien. Mit einer Änderung dieser schwierigen Verhältnisse könne man vor Ende des Jahres nicht rechnen.

Regierungsrat Pauly hat über die Lage im Distrikt Radom nichts Besonderes zu berichten. Die Sorgen, die man im Distrikt Radom habe, seien in allen Distrikten die gleichen. Vor allem mache die Ernährungslage der polnischen Bevölkerung der Distriktsverwaltung große Sorge.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum berichtet über die Gesundheitslage im Generalgouvernement und weist insbesondere darauf hin, daß man für den nächsten Winter mit einem Ansteigen des Fleckfiebers im gesamten Generalgouvernement rechnen müsse. Das sei vor allem auf die überaus schlechte

Ernährungslage zurückzuführen, die bereits Fälle von Hungerödem gezeitigt habe. Die Polen und Juden seien für das Fleckfieber viel anfälliger als in normalen Zeiten. Dazu komme ein katatrophaler Mangel an Kohle für Desinfektionsmaßnahmen. Auch müsse die Wehrmacht darauf hingewiesen werden, daß ein weiteres Abziehen von Nahrungsmittel aus dem Generalgouvernement ein starkes Anwachsen der Seuchen zur Folge haben werde.

Der Herr Generalgouverneur will ganz allgemein bedacht wissen, daß diese Seuchegfahr auch eine Reichsgefahr sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs , ob genügend Ärzte vorhanden seien, erwidert Hauptabteilungspräsident Westerkamp, daß der Bedarf an polnischen Ärzten einigermaßen gedeckt sei. Obermedizinalrat Dr. Walbaum teilt mit, daß 70 deutsche Ärzte im Generalgouvernement tätig seien, naturgemäß eine viel zu geringe Zahl. In Lemberg seien bislang keine deutschen Ärzte tätig. An polnischen Ärzten gebe es 6.000 und 1.000 Feldschere. In Lemberg gebe es etwa 2.000 jüdische Ärzte, die man aber für die Seuchenbekämpfung nicht heranziehen könne. Aus allen diesen Gründen solle die Wehrmacht gebeten werden, Ärzte zur Verfügung zu stellen. Einen besonderen Herd für das Fleckfieber bilde das Warschauer Ghetto.

Gouverneur Dr. Fischer bestreitet, daß die Fleckfiberfälle hauptsächlich im Warschauer Ghetto ihren Ursprung hätten. Es s ei festgestellt worden, daß manche Fälle auch aus dem Distrikt Radom kämen. Richtig sei, daß sich gerade in den Kreisen, in denen keine Ghettos beständen, sich das Fleckfieber stark verbreite.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Besprechung dieser Frage an.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet von einem Anwachsen der Tuberkulose bei der polnischen Bevölkerung in Warschau,

das besorgniserregend sei, und wirft die Frage auf, ob es nicht möglich sei, grundlegende Maßnahmen für die Bekämpfung dieser Seuche zu treffen.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum führt das Anwachsen der Tuberkulose auf die schlechte Ernährungslage zurück. Im übrigen gehöre die Behandlung dieser Frage zur Zuständigkeit des Tuberkuloseausschusses, zu dem sämtliche interessierten Stellen ihre Vertreter entsenden könnten. Daß etwas für die Bekämpfung der Tuberkulose getan werden müsse, sei selbstverständlich. Auch der Stadtmedizinalrat von Warschau habe die Feststellung getroffen, daß infolge der Ernährungslage die Zahl der Tuberkulosefälle innerhalb 2 Jahren angestiegen sei.

Der Herr Generalgouverneur bittet die Gouverneure zu veranlassen, daß die Kreishauptleute bei ihren Berichten auch die Gesundheitsfrage behandelten. Er habe in dieser Regierungssitzung mit Absicht Fragen erörtert, deren Wichtigkeit offenbar im Reich verkannt werde. Gewiß bringe die Lage des Reiches auf dem Gebiete der Ernährung, der Rohstoffbeschaffung usw. ernste Sorgen für die Reichsinstanzen mit sich. Wenn das Generalgouvernement nunmehr in seiner erneuten Größe völlig in den Dienst des Reiches gestellt werden sollte, dann müsse aber auch im Reiche, soweit irgend möglich, eine Zentrale gebildet werden, in der alle diese Fragen erörtert würden. Auf allen Gebieten, für die es im Generalgouvernement nur eine Stelle gebe, habe man es im Reich mit mehreren Stellen zu tun, die alle in der betr. Angelegenheit für sich eine Zuständigkeit in Anspruch nehmen. Er könne bei dieser Gelegenheit Ministerialrat Kadgihn als dem Vertreter des Vierjahresplans den Dank für die Unterstützung aussprechen, die dem Generalgouvernement gerade von der Dienststelle des Vierjahresplans in vorbildlicher Weise bei Erfüllung dieser schweren Aufgaben immer zuteilgeworden sei.

(Schluß der Sitzung 14^{15})

5

Regierungssitzung

Mittwoch, den 15. Oktober 1941

im Palais Brühl zu Warschau.

Gefertigt in 3 Exemplaren
1. z.d.A. der Kanzl.d.GG.
2. StS. Dr. Bühler
3. Gouverneur Dr. Fischer
-Warschau -

8.11.41
Sondermeyer Meurer

Teilnehmerliste Warschau

an der Sitzung vom 15.10.41 10h

[illegible signatures]

[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
Dr. [illegible] Köhler
[illegible] [illegible]
Dr. [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] Dr. [illegible]
Dr. [illegible] Valentin
[illegible] [illegible]
Dr. [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren vom Distrikt Warschau! Herr Gouverneur! Die Regierung des Generalgouvernements zusammen mit den Vertretern der Partei und den Verbindungsoffizieren der Wehrmacht zur Regierung des Generalgouvernements ist froh, einmal wieder am Dienstsitz des Distrikts Warschau zu weilen. Wir sind gern Ihrer Einladung, mit der Regierung hierherzukommen, gefolgt. Ich danke Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Herren schon jetzt für die Aufnahme, die Sie uns bereitet haben. Wir wissen, welche ungeheuer schwierigen Aufgaben gerade dieser Distrikt zu erfüllen hat. Wir haben aber auch immer mit klarer Einsicht feststellen können, in welch' großartiger Weise die Distriktverwaltung immer wieder mit ihren Aufgaben fertig geworden ist. Unsere Reise hier her soll ein Zeichen der Anerkennung der bisherigen Arbeit dieses Distrikts, zum andern auch ein Anspørn sein, in diesem Sinne weiter Vertrauen zu haben zur Gemeinschaftsarbeit der Regierung und aller Dienststellen.

Es wird dann in die sachliche Beratung eingetreten.

Es berichten:

1. der Gouverneur des Distrikts Warschau SA-Gruppenführer Dr. Fischer über
   die allgemeine Lage im Distrikt Warschau;
2. a) der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk Rechtsanwalt Auerswald über
   die Juden im Distrikt Warschau,
   b) der Leiter der Transferstelle Warschau und Beauftragte der Bankaufsichtsstelle für die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Banken Bischoff über
   den Wirtschaftsverkehr mit dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau;

3. der Dezernent für die Finanzverwaltung der Stadt Warschau Bürgermeister Dr. Fribolin über
   Schwierigkeiten der Städtischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in Warschau;

4. der Leiter der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft in der Distriktskammer Warschau, Handwerkskammerdirektor i.R. Dr. Krug über
   Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau.

(Die Berichte sind dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Der Herr Generalgouverneur: Ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihnen, Herr Gouverneur, und den Herren Referenten gelauscht. Wir alle können Ihnen und Ihren Herren nur für diesen sehr eindrucksvollen Einblick in die Arbeit und Nöte des Distrikts Warschau danken. Ich ersuche die Herren Regierungsmitglieder, zu den Fragen, die in den Berichten angeschnitten worden sind, die Stellungnahme der Regierung oder ihre persönliche Stellungnahme kund zu tun. Ich unterbreche die Sitzung jetzt, wir werden sie morgen vormittag am gleichen Ort fortsetzen.

Für heute nachmittag setze ich eine Sondersitzung in kleinerem Rahmen an, zu der ich eine Gruppe derjenigen Herren hinzuziehen werde, die die vordringlichsten heute erörterten Probleme zu behandeln haben.

(Schluß der Sitzung: 13^{10} Uhr).

Fortsetzung der

Regierungssitzung

am Donnerstag, dem 16. Oktober 1941.

Beginn der Sitzung: 10^{15} Uhr.

Zunächst referieren

1) Amtschef Dr. Hummel
2) Kreishauptmann Dr. Zimmermann
3) SS- und Polizeiführer Wigand

über ihre Arbeitsgebiete.

(Die Berichte zu 1) und 3) sind dem Protokoll als Anlage beigefügt)

Der Herr Gouverneur erteilt dann Kreishauptmann Zimmermann das Wort.

Kreishauptmann Zimmermann weist daraufhin, dass er ganz kurzfristig den Auftrag bekommen habe, im Namen sämtlicher Kreishauptmänner zu sprechen, und dass daher sein Bericht nicht erschöpfend sein könne.

Die Lage der Kreise im Distrikt Warschau werde durch die Millionenstadt Warschau bestimmt, die ihr Dasein in sämtliche Kreise ausstrahle. Die kleinen Städte in der Umgebung Warschaus stellten an sich wohl mit das Schlimmste dar, was das Generalgouvernement an schlechten Städte besitze. Jeder, der in diesen Städten geboren werde, ziehe nach Warschau, zurückbleiben würde nur das Proletariat. Aus diesem Grunde habe die deutsche Verwaltung in diesen kleinen Städten einen erschütternden kulturellen Tiefstand vorgefunden. Man habe hier einen grundlegenden Wandel schaffen müssen.

Nunmehr sei hier alles so ziemlich in Ordnung. Er habe in seinem Kreis das grosse Bauprogramm abschliessen können, und heute sei es so, dass jeder in diesen Städten tätige Deutsche in einem Rahmen arbeiten und wohnen könne, der dem deutschen Kulturstand entspreche. Leider seien aber diese deutschen Beamten und Angestellten nicht immer so geartet, dass sie von den ihnen gebotenen kulturellen Möglichkeiten den richtigen Gebrauch machten. Er müsse offen sagen, dass in diesen Städten deutsche Menschen eingesetzt seien, die nicht nur fachlich ungeeignet seien, sondern auch charakterliche Mängel besässen. Diese Tatsache sei in den kleinen Städten stärker zu spüren als in Warschau. Das ganze Leben spiele sich zwischen der Dienststelle, dem Kasino und den Wohnungen ab. Irgendwelche Erholungsmöglichkeiten, wie sie die Grosstadt bietet, habe man nicht. Das Kino sei meistenteils schlecht, die Möglichkeiten, Truppen in den kleinen Städten zu stationieren, seien begrenzt. Die Menschen müssten sich

Die Menschen müssten sich daher schneller zusammenschliessen. Nur ein kleiner Teil bewahre die Haltung, die man von einem Deutschen verlangen müsse. Man müsse daher besonders darauf achten, dass nur die besten im Ostraum eingesetzt würden. Er wolle daher besonders die Ausführungen des Amtschefs unterstreichen, der vor allen Dingen qualifizierte mittlere Beamte gefordert habe. Ihre Zahl müsse nicht gross sein. Wenn jede Kreishauptmannschaft 2 qualifizierte mittlere Beamte erhalte, dann könnten die Aufgaben leicht gemeistert werden. Momentan sei es so, dass kaum ein Beamter oder Angestellter in der Lage sei, dem Kreishauptmann auf dem Gebiet der inneren Verwaltung und des Finanzwesens die Verantwortung abzunehmen, der Kreishauptmann müsse sich daher um alles kümmern.

Gerade im Distrikt Warschau verbinde die Kreishauptmänner ein besonders gutes Vertrauensverhältnis mit der Distriktverwaltung. Ständig habe man den nötigen Rückhalt gefunden. Die wenigen fachlich geschulten Männer in den Kreisen seien stark überlastet, und es sei bei diesen unentbehrlichen Kräften in der letzten Zeit eine gewisse Übermüdung eingetreten. Die Regierung müsse die Frage prüfen, wie sich diese katastrophalen Verhältnisse, die letzten Endes entscheidend seien für die Arbeit in den Kreisen, abändern liessen. Er sei sich darüber klar, dass das Altreich jedem Wunsche in dieser Richtung ablehnend gegenüber-stehe. Er sei selbst längere Zeit im Reich Landrat gewesen und könne aus eigener Anschauung sagen, dass auch dort zu wenig Personal vorhanden sei. Da aber die Aufgaben des Generalgouvernements ebenso wichtig wie die des Reiches wären, müsste doch ermöglicht werden, dass noch manche gute Kraft aus dem Reich ins Generalgouvernement abgegeben werde. Ausserdem sei nach seiner Anschauung der Versuch angebracht, evtl. Verwundete freizustellen, und in der Verwaltung des G.G. einzusetzen. Dadurch werde nicht nur der Verwaltung genützt, so sondern auch manchem Verwundeten, der mit seelischen

Belastungen zu kämpfen habe, ein neuer Lebenswille gegeben.

Dieses alles sei aber nicht ausreichend; man müsse daher der Prüfung der Frage nähertreten, ob man nicht doch den Polen eine grössere Arbeitslast zu eigenverantwortlicher Bearbeitung übergeben solle. Die deutschen Menschen dürfe man nicht mit zuviel Kleinkram belasten. So lange diese Mangellage auf dem Personalsektor andauere, bitte er den Herrn Gouverneur, möglichst wenig bis ins Einzelne regeln zu lassen, sondern den Kreishauptmännern Leitsätze an die Hand zu geben, nach denen sie sich in der Verwaltungsarbeit ausrichten müssten. Seiner Ansicht könne man den Kreishauptleuten schon ein gewisses Vertrauen nach dieser Richtung hin schenken. In der Praxis sei es so, dass es eine ganze Reihe von genau geregelten Gebieten gäbe, deren Regelung bis ins Kleinste wohl vielleicht vom Standpunkt der Regierung wünschenswert erscheine, bei denen aber von vornherein feststehe, dass die Regelung mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht durchgeführt werden könne. Dieser Zustand zwinge die Kreishauptleute, grundsätzlich nicht jede Verfügung der Regierung bis ins Kleinste als verbindlich anzusehen. Dadurch greife bei der Bevölkerung, die diese Anordnungen kennt, die Meinung Raum, dass es mit diesen Verordnungen doch nicht so ernst gemeint sei. Unter diesem Zustand leidet dann die Autorität der Verwaltung; mit der Autorität der unteren Dienststellen steht und fällt aber der ganze deutsche Herrschaftsanspruch im Lande, denn letzten Endes sähe die Bevölkerung nur die Stellen, mit denen Sie in Berührung kommt. Stellen sie bei diesen Stellen eine Handlungsunfähigkeit fest, so verlieren sie den Glauben an die Macht Deutschlands. Er bitte darum, den Kreishauptleuten durch eine Rahmengesetzgebung die Möglichkeit zu geben, überall dort, wo es nötig sei, einzugreifen, selbst wenn die bestehenden Gesetze ihnen dazu keine Mittel in die Hand gäben. Der Kreishauptmann müsste selbstständig handeln können.

Kreishauptmann Zimmermann streifte dann das Verhältnis der Kreishauptleute zur Exekutive:

Man habe jetzt eine ganze Zeit mit dem Sonderdienst zusammengearbeitet und müsse als Ergebnis feststellen, daß er eine ausreichende Hilfe der Kreishauptleute darstelle, wenn seine Führer in Ordnung seien, dass er aber versage, wenn die Führerschaft den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden könne. Die bisher eingesetzten SS-Führer des Sonderdienstes seien jetzt zur Wehrmacht einberufen worden, und dieser Umstand habe sich in der Arbeit des Sonderdienstes schlagartig gezeigt. Die Kreishauptleute müssten daher die Bitte aussprechen, dass die Freistellung dieser Führer für ihre Zwecke wieder herbeigeführt werde. Der Sonderdienst sei für die Kreishauptleute das einzige Exekutivorgan und geradezu hervorragend geeignet, die Notwendigkeiten des täglichen Lebens der Kreishauptmänner exekutiv zu übernehmen. Bei der Gendarmerie habe man die Erfahrung gemacht, dass das Leben über sie hinweg gehe, sie habe ihre fest umgrenzten Befehle, auf die sie sich berufe stets. Wenn nun die Entwicklung weitergegangen und neue Notwendigkeiten eingetreten seien, und diese in den Befehlen der Gendarmerie noch keinen Niederschlag gefunden hätten, könne man mit der Hilfe der Gendarmerie nicht rechnen. Daher sei für die Kreishauptleute der Sonderdienst sehr wichtig. Gleichzeitig bitte er darum, dass das Weisungsrecht der Kreishauptmänner gegenüber der Gendarmerie immer wieder betont werde. Das sachliche Weisungsrecht liege zwar in den Händen der Kreishauptmänner, in der Praxis liefen aber die Dinge anders.

Die Ernährung der Bevölkerung in den Kreisen sei gesichert. Die Menschen könnten sich in den ländlichen Bezirken besser helfen als in den Städten. Die im Vordergrund stehende Aufgabe der Kreishauptmänner sei die Ernteerfassung, und hier könne er mit Stolz berichten, dass

es gelungen sei, einen Satz des Ablieferungssolls zu erreichen, den man nicht erwartet habe. Die Kontingente seien um ~~ein~~ 100 % zu hoch berechnet, er hoffe aber, die umgelegte Menge zu erfassen.

Sehr unangenehm wirke sich die ungeheure Preisschere aus. Die Landwirtschaft, die zur Aufrechterhaltung der Produktion ihre Maschinen in Ordnung halten müsste, könne sich nicht die notwendigen Ersatzteile kaufen. Die Zuweisungen auf diesem Gebiet seien viel zu gering. Er spreche ganz offen aus, dass manchmal aus der Not heraus ein Auge zugedrückt würde, wenn man wisse, dass die Ware wenigstens in die richtigen Hände komme. So habe man z.B. zugelassen, dassRüstungsbetriebe bei Bauern, die die ihnen auferlegten Kontingente abgeliefert hatten, kaufen konnten.

Die Ernährung der industriellen Arbeiterschaft sei ein vordringliches Problem. Man könne die Erfahrung machen, dass die Arbeiter einige Tage den Betrieben fernblieben und im Schleichhandel tätig seien. Die Kreishauptmänner seien nicht in der Lage, diese Tatsache abzustoppen. Sie müssten daraufhinweisen, dass dieses Verlassen des Arbeitsplatzes ohne eine einigermassen ausreichende Ernährung der Arbeiterschaft nicht abgestellt werden könne. Die unter diesen Umständen nötige zusätzliche Beschaffung von Lebensmitteln, sei den Arbeitern bei den jetzt sprunghaft in die Höhe steigenden Preisen nicht mehr möglich, und man müsse daher für den kommenden Winter mit ernsten Schwierigkeiten rechnen.

Gleichzeitig sei die Kohlenversorgung unzureichend. Bis jetzt seien nicht einmal die deutschen Dienststellen versorgt. Die Kreishauptleute wüssten nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Kohlen verteilt werden, und er erbitte genaue Richtlinien über die Verteilung der Kohlen.

Sehr grosse Sorgen bereite den Kreishauptleuten das deutsche Schulwesen, da die Qualität der hier angesetzten deutschen Lehrer teilweise unter aller Kritik sei. In diesen Schulen würden die polnischen Kinder viel besser unterrichtet als die deutschen. Aus Mangel an anderen geeigneten Kräften könne man auch Lehrer, die fehl am Platze seien, nicht ersetzen. Man müsse der Erziehung der Jugend eine besondere Fürsorge zu teil werden lassen, da die älteren Volksdeutschen in vielen oder den meisten Fällen nicht mehr erzogen werden könnten. Das Schülerheim in Lowitsch zeige eine erfreuliche Entwicklung. Diese Erfahrung rege zur Prüfung der Frage an, ob man nicht die kleinen Landschulen aufheben und die Kinder in Schülerheimen in der Kreisstadt unterrichten solle.

Der Herr Gouverneur erteilt dann dem Geschäftsführenden Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann das Wort.

Der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann nimmt Stellung zu den Wünschen, die in der Sitzung am Vortage von den einzelnen Herren in ihren Referaten vorgebracht wurden:

Sehr schwierig sei die Lage auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe geplant, für die Versorgung der Stadt- und des Landkreises Warschau ca.60.000 To. Kartoffeln zu stellen. Durch Lieferungen, die sie an die Wehrmacht auszuführen habe, sei dieser Plan hinfällig geworden.

Auf die Feststellung des Herrn Generalgouverneurs, dass die im Generalgouvernement liegenden Soldaten aus den Beständen des Generalgouvernements ernährt werden müssten, berichtet der geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann, dass die Wehrmacht

pro Woche ca. 400 ts. Fleisch erhalte, weiter für die Zeit vom 15. Okt. 1941 bis 1. Mai 1942 140.000 ts. Kartoffeln, 40.000 ts. Brotgetreide und 500 ts. Butter, grössere Mengen an Frisch- und Dauergemüse, 8.000 ts. Marmelade, 20 - 25.000 ts. Zucker bekomme. Die schwierige Lage in der Kartoffelversorgung lasse nur zu, dass die nichtdeutsche Normalverbraucherschaft für den Winter 2 str. Kartoffeln, die A.- und B.-Karten Inhaber je 5 str. zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommen. Da nun die 60.000 ts. Kartoffeln - wie vorgesehen - nicht nach Warschau geliefert werden könnten, habe sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, für den Distrikt Warschau keine Kartoffeln für die Spriterzeugung zur Verfügung zu stellen. Nur die für den menschlichen Genuss unbrauchbaren Kartoffeln würden dazu verwandt. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft glaube, dass durch diese Massnahme eineBesserung für den Distrikt Warschau eintrete.

Während in Deutschland auf das Hektar ein Ertrag von 7,5 ts. umgelegt sei, habe man im Generalgouvernement diese Zahl auf 2,5 ts. festgesetzt. Daher müsse es möglich sein, die restlose Hereinbringung der Kontingente durchzusetzen. Gelänge dieses nicht, so könnte die Hauptabteilung die eingegangenen Verpflichtungen nicht durchführen. Sie sei sich klar, dass bei auftretenden Schwierigkeiten dem Distrikt Warschau mit Sonderzuteilungen geholfen werden müsste.

Der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann geht dann auf die Judenrationen ein. Die verlangte Erhöhung der Brotrationen von 700 gr. auf 1.050 kg wöchentlich, zu deren Durchführung 10.000 ts. Getreide benötigt würden, könne er vorläufig noch nicht zusagen. Dagegen könne er sich mit der geforderten Erhöhung der Zucker- und Marmeladerationen sowie der Eierzuteilung einverstanden erklären. Eine grössere

Versorgung des Ghettos mit Fleisch und Fett sei nicht durchführbar. -

Mit Freuden könne er feststellen, dass der Distrikt Warschau in der Getreideerfassung an der Spitze marschiere. Am 13.Okt. 1941 seien schon 46 % abgeliefert gewesen. Die Hauptabteilung für Ernährung und Landwirtschaft hoffe, die 100 % zu erreichen. Die Wehrmacht habe bei Erfassungsaktionen eine Verfügungstellung von Truppen zugesagt, und er ersuche bei Nichtausreichen der Polizei an die Wehrmacht über die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft heranzutreten. Die Frage der Preisschere in der Landwirtschaft sei eine grosse Sorge. Die Produktionskosten müssten so gestaltet werden, dass die Bauern zu den festgesetzten Preisen gewinnbringend abliefern könnten. Die Erzeugungssteigerung sei das A und O einer besseren Versorgung der polnischen Bevölkerung.

/1

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß die im Distrikt und in der Stadt Warschau bestehenden besonderen Schwierigkeiten der Regierung wohl bekannt seien. Man sei deshalb auch bemüht, bei allen Maßnahmen der besonderen Lage der Stadt und des Distrikts Warschau Rechnung zu tragen. Leider wirkten viele ungünstige Umstände zusammen. Im Vordergrunde stehe das Verkehrsproblem, dann die Tatsache, daß die Versorgungsdecke auf dem gewerblichen Sektor viel knapper sei als im Reich. Darüber hinaus habe das Generalgouvernement die Hauptlast des Aufmarsches zum russischen Feldzug getragen. Als sich die Heere am 22. Juni gegen Osten in Bewegung gesetzt hätten, seien diese Schwierigkeiten nicht behoben worden, sondern das Generalgouvernement sei gewissermaßen in die Phase der Hinterfront eingetreten. Aus dieser Tatsache hätten sich Lasten der verschiedensten Art ergeben. Imkommenden Winter werde man wieder mit starken Einquartierungen zu rechnen haben, ebenso mit besonderen Verkehrsschwierigkeiten, da die großen Nachschubwege durch das Generalgouvernement gingen.

Das Bild, das sich aus dieser Lage für die Wirtschaft des Generalgouvernements ergebe, werde durch eine Doppelgleisigkeit des gesamten Wirtschaftslebens gekennzeichnet. Die Wirtschaft zerfalle in zwei Sektoren: einen offiziellen, kontrollierten Sektor und einen nicht kontrollierten Sektor. Im offiziellen Sektor habe man die kontrollierten Preise, die kontrollierte Warenzuteilung, im inoffiziellen Sektor dagegen eine entsprechende Unordnung. Es sei schon gesagt worden, weshalb es im Generalgouvernement nicht restlos gelingen könne, diesen zweiten Sektor einzufangen. Einmal arbeite die polnische Bevölkerung nicht mit, wie etwa die Bevölkerung des Reiches, sondern sie sei sich einig in dem Bestreben, Schleichhandel zu treiben. Ferner ständen der Verwaltung nicht die Machtmittel zur Verfügung, damit im wünschenswerten Maße der unkontrollierte Sektor der Wirtschaft so eingefangen werde, daß durch Herüberziehen der

Gn/2
3

entsprechenden Warenbewegung in den kontrollierten Sektor wenigstens das Existenzminimum der Menschen aus dem offiziellen Sektor gedeckt werde, was zunächst das Ziel sein müßte.

Aus dieser Tatsache ergäben sich nun sehr bedenkliche Rückwirkungen. Der Lohn sei vielfach in einen offiziellen Geldsektor und in einen weiteren Sektor der Naturalleistungen aufgespalten. Wenn in einzelnen Betrieben dem Arbeiter eine Verpflegung gegeben werde, deren Kosten man nicht vom Lohn abziehe, so sei das eine Naturalleistung, und wenn darüber hinaus für die Angehörigen Lebensmittelzuweisungen erfolgten, so lägen darin weitere Naturalleistungen. Die Deputate stellten hier ein besonders schwieriges Kapitel dar. Wenn also z.B. die Ostbahn ihren Bediensteten Deputatkohle gebe und die polnischen Eisenbahner diese Kohle, darüber hinaus vielleicht auch noch gestohlene Kohle auf dem Schwarzmarkt verkauften, dann liege darin eine Möglichkeit, den Eisenbahnern zusätzlichen Verdienst zu schaffen. Wo es nicht möglich sei, solche Naturalleistungen zu geben, dann träten Erscheinungen ein, wie sie Kreishauptmann Zimmermann gekennzeichnet habe, daß die Arbeitsdisziplin in den einzelnen Betrieben gestört werde, daß die Arbeiter drei Tage in der Woche dem Betriebe fern blieben, um sich auf dem Lande Lebensmittel zu besorgen oder Schleichhandelsgeschäfte zu betreiben. Die Folge sei naturgemäß ein Zurückgehen der industriellen Leistungen und die Unmöglichkeit, eine geordnete Kalkulation aufzustellen. Wenn es darauf ankomme, öffentliche Aufträge aus dem Reich herein zu holen und dann hinsichtlich der vereinbarten Preise eine gemeinsame Grundlage nicht gefunden werden könne, dann würden diese Schwierigkeiten offenbar.

Dagegen gebe es nun nicht das Mittel, etwa den offiziellen Sektor preiszugeben und die Dinge laufen zu lassen, wie das vielleicht in der liberalistischen Zeit der Fall gewesen wäre. Das Ziel könne nur sein, daß man immer wieder

2/Gn/3
3

versuche, den offiziellen, kontrollierten Sektor der Wirtschaft zu vergrößern und den anderen Sektor mit mehr oder weniger drastischen Maßnahmen einzuschränken. Hier etwa mit Lohnerhöhungen zu beginnen, wäre sinnlos, weil es die Verwaltung gar nicht in der Hand hätte, den neuen höheren Stand der Löhne zu fixieren und die Einhaltung dieses Lohnstandes anzuordnen. Schließlich mündeten ja alle diese Dinge beim Währungsproblem, und hier sei die Abhängigkeit vom Reich gegeben. Maßgebend müsse das Verhältnis von 1:2 zwischen Reichsmark und Zloty bleiben.

Sobald die Warenversorgung besser werde und die Krisenverhältnisse aufhörten, werde es möglich sein, den unkontrollierten Sektor der Wirtschaft einzufangen und durch eine reichere Versorgung den offiziellen Sektor zu den Preisen, die heute kontrolliert seien, wiederherzustellen. Man müsse diese Erscheinung eben als besondere Krisenerscheinung werten, aus der man keine Konsequenzen unmittelbarer Art für eine Veränderung der Grundgesetze der Wirtschaft des Generalgouvernements ziehen könne.

Die <u>Kohlenfrage</u> sei nach wie vor im wesentlichen ein Transportproblem. Die Wirtschaft des Generalgouvernements sei hinsichtlich der Kohlenzuteilung vom Reich, und zwar von Oberschlesien abhängig. In Oberschlesien funktionierten die Dinge so, daß die verfügbare Kohlenmenge vom Reichskohlenkommissar gleichzeitig mit einer Waggonrepartierung aufgeteilt werde. Dem gesamtoberschlesischen Kohlenrevier würden vom Waggonhauptamt der Reichsbahn bestimmte Mengen von Waggons zur Verfügung gestellt, daraus müßten sämtliche Lieferungen bestritten werden, die Oberschlesien zu leisten habe, einschließlich der Lieferungen an Italien. Das Generalgouvernement könne auf diesem Wege nur dann mehr Kohle erhalten, wenn es in der Waggonrepartierung besser abschneide. An ständigen energischen Bemühungen habe es nicht gefehlt. Nach einer Vereinbarung mit dem Leiter der Reichskohlenstelle Generaldirektor Pleiger solle das Generalgouvernement täglich 2 000 t Kohle mehr bekommen, wenn vom

Generalgouvernement 6 000 Arbeiter für den Kohlenbergbau zur Verfügung gestellt würden. Er habe dieses Geschäft sofort abgeschlossen, ohne zu wissen, ob es ihm gelingen würde, die 6 000 Arbeiter zu beschaffen. Im alten Generalgouvernement seien diese Arbeitskräfte nicht aufzutreiben gewesen, und wenn sie tatsächlich ans Reich abgegeben würden, dann sei es nur durch einen Vorgriff auf den Distrikt Galizien möglich. Immerhin sei die Beschaffung dieser 6 000 Arbeiter sichergestellt. Leider begegnet der Abtransport wieder größten Schwierigkeiten. In Stanislau hätten sich Läger dieser Arbeitswilligen gebildet, die mehrere Tage lang nicht hätten abbefördert werden können. Sobald die Arbeiter im Reich angelangt seien, trete die Vereinbarung in Kraft. Erfreulicherweise habe man auf Grund dieses Abkommens schon entsprechende Vorschüsse erhalten. Er habe jetzt eine Besprechung gehabt, in der die Verdopplung dieses Kompensationsverfahrens in Aussicht genommen worden sei. Wennweitere 6 000 Arbeiter geliefert würden, dann bestehe die Aussicht weitere 2 000 t Kohle täglich zu erhalten.

Die Kohlentransportlage sei während der Dauer des russischen Feldzuges ganz außerordentlich ungünstig gewesen und habe den ganzen Kohlenwirtschaftsplan des Generalgouvernements über den Haufen geworfen. Dieser Kohlenwirtschaftsplan laufe normalerweise so, daß im Frühjahr mit der Schaffung von Vorräten in erster Linie bei der Landwirtschaft begonnen werde. Man habe Vorräte an Druschkohle sowie für die Zuckerfabriken und die Brennereien gelagert. Es sei aber nicht gelungen, diese Vorratsmengen während der Vorbereitungen zu dem Ostfeldzug durchzubringen. Dadurch sei man jetzt auf der ganzen Linie in einen Rückstand gekommen. Erst jetzt habe die Landwirtschaft ganz kurzfristig mit der Kohle beliefert werden können. Man trete in die Wintermonate ein, ohne für die Versorgungsbetriebe einen entsprechenden Vorrat beschafft zu haben.

/5

Die Kohlensituation sei seit Juli d.J. verhältnismäßig flüssig gewesen: man habe im wesentlichen 10 000 t Kohle hereinbekommen. Bei der Verteilung dieser Kohle gehe man selbstverständlich von einer Dringlichkeitsskala der Kontingentsträger aus. Man dividiere nicht etwa eine bestimmte Zahl durch 4 und teile jedem Distrikt ein Viertel zu; denn das wäre kein Verteilungsmaßstab. Bei der Normalverteilung, wie sie gegenwärtig bei der Lieferung möglich sei, erhielten die Versorgungsbetriebe 260 000 t Kohle, Rüstungsbetriebe 25 000 t, Kriegs- und lebenswichtige Betriebe 37 000 t, die Landwirtschaft 60 000 t. Die Landwirtschaft habe effektiv im September 96 000 t erhalten. Die sonstige Industrie erhalte 5 000 t, die Kleinindustrie, Handwerk, zivile Dienststellen, Hausbrand usw. 37,500 t. Die Zuteilung spalte sich in eine zentrale und eine regionale auf. In jedem Distrikt bestehe eine Kohlenverteilungsstelle als Unterabteilung der Bewirtschaftungsstelle. Aufgabe dieser Stelle ist es, die kleineren Versorger, die nicht unmittelbar von der Regierung durch geschlossene Züge versorgt werden müßten, wie die Elektrizitätswerke und Großverbraucher, regional bei der Zuteilung zu bedenken. Daß diese regionale Verteilung nun sehr leicht einen Restposten lassen werde, für den nicht mehr sehr viel zur Verfügung stehe, ergebe sich aus der ganzen Natur dieses Zuteilungswesens. Man könne aber den Sektor der Kleinversorgung nicht zu Lasten z.B. der Versorgung der Rüstungsbetriebe vergrößern. Der letzte Restposten sei derjenige für die Polen. Jedenfalls müßten die großen Elektrizitätswerke eine zentrale Zuteilung haben, ebenso alle diejenigen Werke, die auf geschlossene Züge angewiesen seien. Rein verkehrsmäßig ergebe sich, daß eine um so größere Kohlenmenge transportiert werden könne, je mehr es gelinge, geschlossene Züge durchzubringen. Es halte naturgemäß den Verkehr sehr auf, wenn bunte Züge aufgestellt würden, rangiert und etwa für fünf verschiedene Empfänger Wagen ausgesondert werden müßten.

Kreishauptmann Zimmermann wünscht für den Restposten von 57 000 t die Aufstellung eines Regulativs. Den Kreishauptmännern müsse eventuell zahlenmäßig bekanntgegeben werden, mit welchen Mengen sie für Hausbrand, Bäckereien und andere Betriebe rechnen können. Vielleicht könnte man erreichen, daß den Kreisen eine bestimmte Menge Kohle zugeteilt und dem Kreishauptmann die Verteilung übertragen werde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß für diese Frage der Kohlenbeauftragte beim Distrikt zuständig sei. Im übrigen würden ja keine Schwierigkeiten auftreten, wenn für diesen Restposten der Kleinverteilung entsprechende Mengen zur Verfügung ständen. Der mit der Verteilung Beauftragte befinde sich jetzt in einem Dilemma: er werde einerseits gedrängt, für Dienstgebäude Kohle zur Verfügung zu stellen, andererseits kämen auch noch alle möglichen anderen Stellen, die Entlausungsanstalten, Krankenhäuser, Hotels usw. mit ihren Anforderungen. Daß da schließlich irgendeine Stelle ausfallen müsse, sei klar.

Die Hauptabteilung Wirtschaft lasse kein Mittel unversucht, um über die offizielle Waggonrepartierung hinaus Kohle ins Generalgouvernement zu bringen. So habe man schwierige Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium geführt, mit dem Ziele, ein Pendelzugsystem von der Kohlengrube an der Grenze zum Generalgouvernement einzurichten. Dabei sei man bestrebt, die geschlossenen Züge aus der allgemeinen Waggonrepartierung in die weiteren Distrikte zu leiten und in einer Nahzone gegebenenfalls die Versorgung auch auf einen Verkehr mit Lastkraftwagen abzustellen. Man könne zwar keine Kraftwagen von den Gruben bis Warschau laufen lassen, aber ein solcher Verkehr sei nach Krakau und ausnahmsweise auch nach Warschau vertretbar. Wenn in dieser Nahzone die Versorgung auf andere Verkehrsmittel übertragen werde - Pendelzüge, Kraftwagen, Panjefuhrwerke -,

18

3

dann würden diese Kohlenmengen und auch die entsprechenden Waggons für die Belieferung der Stadt Warschau frei.

Durch eine ganz besonders starke Belastung der Strecken mit Nachschubtransporten sei in den vergangenen Wochen wieder eine Verkehrssperre ausgelöst worden. Sie sei für Warschau Ort und Übergang ausgesprochen. Er habe angeregt, daß bei Wiederholung eines solchen Falles infolge dieser Sperre nicht für Warschau-Stadt bestimmte Kohlenzüge umdisponiert, sondern die Kohlen in Brusko abgeladen würden. Wenn im Winter ganz besondere Notstände aufträten, dann werde man für Hospitäler oder sonstige vordringliche Zwecke von Brusko aus die Kohle schon irgendwie nach Warschau-Stadt hereinzuholen imstande sein. Die Entfernung dieser 30 km müsse überbrückt werden können, vielleicht könnte auch die elektrische Straßenbahn besondere Kohlenzüge erhalten. Jetzt sei auch bei Brusko ein besonderes Kohlenreservelager eingerichtet worden. Nun müßten alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Kohlenreserve für den gedachten Zweck verfügbar sei.

Jede Möglichkeit der Entlastung der Transportwege müsse ausgenutzt werden. Zum Beispiel müsse darauf Bedacht genommen werden, den Strom statt der Kohle zu transportieren. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe die Energielage des Generalgouvernements schon seit langem eingehend untersuchen lassen. Eine erste Autorität des Reiches habe darüber ein Gutachten erstattet. In Verfolg dieses Gutachtens sei als Untergesellschaft der Werke des Generalgouvernements die Ost-Energie-A.-G. gegründet worden. Ihre Aufgabe sei es in erster Linie, beschleunigt eine vernünftige Verbundwirtschaft im Generalgouvernement herzustellen. Im Zuge der Herstellung dieser Verbundwirtschaft sei ein Sofortprogramm aufgestellt worden. Dieses Sofortprogramm sehe im wesentlichen drei Hochspannungsleitungen vor. Man denke daran, dieses Sofortprogramm schon während des Krieges in Angriff zu nehmen. Nur müsse man damit rechnen, daß infolge von Materialschwierigkeiten vor allem auf dem Gebiet der

2/Gn/8
3

Beschaffung von Stahl und Aluminium für die Leitungen die Entwicklung nicht so schnell vor sich gehen werde, wie es wünschenswert sei. Jedenfalls solle aber die Fundierung für die Träger der Hochspannungsleitung noch während des Krieges begonnen werden.

Auf die Talsperre in Roschno dürften nicht all zu große Hoffnungen gesetzt werden. Sie liefere 100 Millionen KW-Stunden. In einer Planung für das Dunajec-Becken, die auf Veranlassung der Abteilung Bauwesen durchgeführt worden ist, habe sich gezeigt, daß insgesamt aus dem Dunajec 1,2 Milliarde, also das zwölffache erzielt werden könne. Auch dieses Bauprojekt solle schon während des Krieges in Angriff genommen werden. Diese Arbeit setze ein enges Zusammenwirken mit Reichsminister Dr. Todt voraus. Die Verbindungen seien hergestellt und alle Voraussetzungen für den Beginn der Arbeiten geschaffen.

Die <u>Betriebsstofflage</u> sei im ganzen großdeutschen Machtbereich außerordentlich angespannt. Von Berlin aus seien auch dem Generalgouvernement drastische Auflagen für die Vornahme von Einsparungen gemacht worden. Es sei klar, daß diese Einsparungen irgendwie zu Lasten auch durchaus kriegswichtiger Vorhaben gingen, jeweils auch eine Einschränkung der Produktion des Rüstungssektors zur Folge hätten. An eine Erhöhung der Kontingente könne aber nicht gedacht werden. Die <u>Eisenrepartierung</u> erfolge durchweg in Gestalt von Unterkontingenten, und zwar in der Form, daß der Landwirtschaft, der Ostbahn usw. für ihre Zwecke ein bestimmtes Quantum zur Verfügung gestellt werde. Diese Unterkontingente deckten ungefähr 90 % der Gesamtzuteilung von Eisen. Aus den restlichen 10 % mache man Sonderzuteilungen. In der Zeit vom 1. April bis 30. September d.J. habe der Distrikt Warschau die größte Menge, nämlich 1 700 t, bekommen. In weitem Abstande folgten dann mit 800 t die Gaswerke, mit 500 t die Straßenbahnen, Flußschiffahrt mit 150 t.

Auf dem Gebiete der Textilien stehe die Zuteilung weitgehend im Zeichen der Ernteerfassungsaktion. Dadurch, daß man die Abrede mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zu treffen habe, könne man hoffen, in den Besitz der Lebensmittel zu gelangen. Der Bezirk Lublin schneide verhältnismäßig günstig ab. Im Distrikt Warschau hätten die öffentlichen Bedarfsträger im Monat August für 600 000 Zloty Textilien erhalten, die kleinen Handwerksbetriebe für 53 000 Zloty. Dazu kämen weiter Sonderzuteilungen an den Einzelhandel mit 750 000 Zloty, Zuteilung für die Ernteerfassung 1,1 Millionen Zloty; ferner seien 30 000 Bedarfsscheine ausgegeben worden, deren Schätzungswert etwa 600 000 Zloty betrage. Es handle sich um eine Monatszuteilung von insgesamt 3,2 Millionen Zloty. Für die Ernteerfassung in Lublin seien im laufenden Monat allein Textilien im Werte von 2,8 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt worden.

Nach den Ausführungen des Rechtsanwalts Auerswald solle die Fleckfiebergefahr in den jüdischen Wohnbezirken des Distrikts größer sein als in der Stadt Warschau. Wenn das richtig sei, dann müßte ja das Fleckfieber in den übrigen Distrikten, in denen es keine geschlossenen Ghettos gebe, viel stärker grassieren als in Warschau. Er halte das nicht für zutreffend. Er könne sich das nur so erklären, daß die Leute, die das Gefühl hätten, daß sie erkrankt seien, am ersten ausbrächen und dann auf dem Lande die Seuche verbreiteten.

Die von dem Leiter der Transferstelle Kr Warschau geleistete Arbeit sei besonders anzuerkennen, wenn auch die Erfolge nur begrenzt sein könnten. Was er, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, schon einmal im Januar gesagt habe, daß sich das Ghetto finanziell nicht tragen, nicht ohne Zuschüsse leben könne, wenn man sich zum Ziel setze, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten, sei inzwischen bestätigt worden. Die gleiche Erfahrung habe man

auch in Litzmannstadt gemacht. Ein Bericht des Obersten Rechnungshofes des Deutschen Reiches über eine Kontrolle der unverhältnismäßig viel günstigeren Finanzlage in Litzmannstadt zeige klar, daß sich das Ghetto ohne einen entsprechenden finanziellen Zuschuß nicht halten könne. Damit sei über die Rechtfertigung des Ghettos noch nichts gesagt. Es sei eben ein vorübergehendes Konzentrationslager bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Juden abgeschoben werden könnten.

Insgesamt gesehen habe das Generalgouvernement Aussicht, durch den Hinzutritt des Distrikts Galizien ein wesentlich besseres wirtschaftliches Gleichgewicht zu bekommen. Die Arbeit in Galizien müsse aber zunächst eine Anlaufperiode durchmachen. Auch die Umstellung vom russischen Wirtschaftssystem auf das deutsche erfordere ebenso wie die Regelung der Verkehrsverhältnisse noch Zeit. Für das kommende Jahr bestehe aber die Aussicht, daß Galizien einen wesentlichen Beitrag zur besseren Versorgung des Generalgouvernements leisten werde.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß im Rahmen der Wohnraumbewirtschaftung schon vor längerer Zeit die Miete auf 100 % der Friedensmiete festgelegt worden sei. Diese Maßnahme sei nicht als eine Erhöhung, sondern als eine obere Begrenzung, als ein Mietpreisstop gedacht. Daß er für viele Deutsche praktisch eine Erhöhung der Miete bedeutet habe, sei selbstverständlich. Andererseits habe man dem unerwünschten Zustand ein Ende gemacht, daß sich die Deutschen zum großen Teil überhaupt ohne Bezahlung eine Wohnung angeeignet hatten und z.B. Stenotypistinnen eine 4-Zimmerwohnung bewohnten. Die Erhöhung der Miete auf 100 % müsse grundsätzlich als Richtschnur gelten. Mit dieser Regelung könnten erhöhte Mieten auf das richtige Maß zurückgeschraubt werden.

2/Gn/11
3

Es sei ihm gelungen, für die Deutschen auch auf dem Lande einigermaßen erträgliche Unterkünfte zu schaffen. Man habe zu diesem Zweck immerhin 13 865 Gebäude fertiggebaut und dafür 22 Millionen Zloty aus der Sozialversicherung aufgewendet.

Mit Recht sei festgestellt worden, daß die Neigung der polnischen Arbeiter, den Arbeitsplatz zu verlassen, um sich Lebensmittel und andere Dinge zu verschaffen, nach wie vor in großem Umfange herrsche. Die Gründe dafür seien bekannt, und es gebe auch kein Mittel, dem durch Vorschriften oder sonstige Mittel entgegenzuwirken. Für die Abwanderung der deutschen Angestellten aus den öffentlichen Verwaltungen gebe es allerdings ein Mittel in Gestalt der Verordnung über den Arbeitsplatzwechsel, nach welcher niemand ohne Zustimmung der Arbeitsbehörde seinen Arbeitsplatz wechseln dürfe.

Daß der Einsatz im Generalgouvernement nicht mehr so ideal sei wie am Anfang und man mit Verknappung auf dem Arbeitsmarkt stark rechnen müsse, sei bekannt. Aber man sei im Generalgouvernement immer noch besser daran als im Reich. In Berlin könnten z.B. die gesamten Winterkartoffeln für die Bevölkerung nicht ausgeladen und transportiert werden, wenn nicht 400 Arbeiter aus dem Generalgouvernement nach Berlin gebracht würden. Diese 400 Arbeiter seien von ihm bereitgestellt. Leider könnten sie von Lemberg vorläufig noch nicht nach Berlin transportiert werden.

Die Verfassung der Arbeiterschaft sei, absolut betrachtet, nach wie vor schlecht. Immerhin sei es gelungen, für die Kategorien, die durch seine Abteilung betreut würden - Rüstungsbetriebe und A- und B-Betriebe - in Zusammenarbeit mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und mit ihrer Unterstützung ein gewisses Niveau zu halten. Die Verpflegung der 80 000 Rüstungsarbeiter sei mit den zusätzlich beschafften Mitteln ungefähr ausreichend.

2/Gn/12
3

Mit dem Reich sei ein Abkommen über die Lieferung von Kohlenarbeitern gegen Kohle getroffen worden. Man habe schon über die Hälfte des verlangten ersten Kontingents von 6 000 Mann stellen können. Hier handle es sich in erster Linie um Transportarbeiter und Bergarbeiter für den Westen. Man habe auch schon zusätzliche Kohlenlieferungen erhalten. Zwischen den Löhnen und Preisen bestehe schon seit langer Zeit ein unüberbrückbares Mißverhältnis. Es sei nicht möglich, von der Lohnseite her dieses Mißverhältnis zu korrigieren. Trotz des bestehenden grundsätzlichen Lohnstops sei das System aber doch elastisch gehandhabt worden. Man habe die notwendigen Ausnahmen gemacht, im öffentlichen Sektor durch Gewährung von Sonderzulagen, und man habe auch auf den privaten Sektor die nötige Rücksicht genommen.

Im Laufe der Tätigkeit der Hauptabteilung habe man dauernd mit zahlreichen Problemen zu kämpfen gehabt. Auch ergäben sich immer wieder neue Schwierigkeiten auf allen Gebieten. Vom Standpunkt der Sozialpolitik könne man die Feststellung treffen, daß es eigentlich schließlich nur ein einziges Grundproblem gebe: die Versorgung, insbesondere die Lebensmittelversorgung. Wenn diese Frage einigermaßen gelöst werden könne und die notwendigsten Mengen dafür zur Verfügung ständen, dann lösten sich damit alle anderen Fragen wie die des Arbeitswechsels, der Arbeitsmoral, der Transportschwierigkeiten usw.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann nimmt zu dem Problem der Preisbildung Stellung und bezieht sich dabei auf die von Bürgermeister Dr. Fribolin gegebene graphische Darstellung, aus der sich ergebe, daß sich die Verhältnisse vom Monat Februar bis zum Monat September d.J. verschlechtert hätten, einmal dadurch, daß die Preise im amtlichen Sektor hauptsächlich für Lebensmittel, dann aber auch die Preise im freien Handel erheblich gestiegen seien.

Wenn auch die Richtigkeit der von Bürgermeister Dr. Fribolin gegebenen Zahlen nicht angezweifelt werden könnte, so seien aus ihnen doch verschiedene Schlußfolgerungen zu ziehen. Bei dieser Aufstellung stehe dem Lohne des Arbeiters die Menge an Lebensmitteln gegenüber, die er mit seinem Lohne kaufen könne. Hier herrsche eine starke Diskrepanz. Rein theoretisch betrachtet gebe es die Möglichkeit, den Lohn anzuheben und so die Diskrepanz auszugleichen oder die Preise zu senken. Er glaube, daß beide Wege nicht gangbar seien. Es gehe nicht an, die Löhne anzuheben, denn mit dem Anheben der Löhne müßten sich auch wieder die Preise selbst im amtlichen Sektor steigern. Der Lohn sei ja einer der wesentlichsten Faktoren für den Preis. Man würde also mit den Preisen hinter der Höhe der Schleichhandelspreise einherlaufen. Leider sei es auch ausgeschlossen, mit einem Schlag in kurzer Frist die Diskrepanz dadurch zu überwinden, daß die Preise gesenkt würden. Die Preise im amtlichen Sektor hätte man ja noch verhältnismäßig lange in der Hand. Hier lägen ja auch die geringeren Abweichungen. Die Preise im nichtamtlichen Sektor, im sogen. Freihandel, von dem der Schleichhandel einen erheblichen Teil ausmache, hätten gerade das Bild so ungünstig verändert. Wenn man an das Problem des Schleichhandels herangehen wolle, dann dürfe man ihm gegenüber nicht zu Konzessionen bereit sein. Diese Konzessionen würden nämlich in größtem Umfange ganz unmittelbare nachteilige, vorteilige Folgen nur sehr wenige haben. Ein Vorteil würde es vielleicht sein, wenn man gewisse Erleichterungen durchführte, daß damit auch vorübergehende Preissenkungen oder Preisstabilisierungen im Freihandel einträten. Ein ungeheurer Nachteil würde sich aber ganz zweifellos dadurch einstellen, daß dann die Aufgabe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die wesentlichsten Erzeugnisse möglichst 100 %ig, soweit sie nicht in der Landwirtschaft selbst verbraucht würden, zu erfassen, unmöglich gemacht würde. Was im Laufe des Sommers

2/Gn/14
3

in den Monaten August und September zur Bekämpfung des Schleichhandels getan worden sei, sei die Ergänzung der der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gestellten Aufgabe, die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu erfassen. In Übereinstimmung mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei er der Auffassung, daß es bei allen Verschiedenheiten im einzelnen, die selbstverständlich in Betracht gezogen werden müßten, grundsätzlich nicht möglich sei, von der Schleichhandelsbekämpfung Abstand zu nehmen, daß vielmehr diese Bekämpfung immer weiter intensiviert und verfeinert werden müsse, um damit den amtlichen Sektor immer weiter zu vergrößern. Gerade die gegenwärtige Zeit stelle diese Aufgabe ganz besonders; denn jedes Versäumnis in diesem Herbst werde sich im Winter und im nächsten Frühjahr nicht wieder aufholen lassen. Man könne damit rechnen, daß die Schleichhandelspreise im nächsten Frühjahr außerordentlich hoch sein würden. Es müsse dann möglich sein, mit den amtlichen Mitteln jenen Teilen der Bevölkerung, die unbedingt für die Zwecke des Generalgouvernements gebraucht würden, zu helfen. Deshalb werde man alle Versuche, die Schleichhandelsbekämpfung wieder einzuschränken, zumindesten mit größter Vorsicht beobachten müssen und darauf prüfen müssen, ob sie nicht geeignet seien, das Erfassungsziel zu beeinträchtigen.

Angesichts der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kohlenversorgung und der Zuteilung von Arbeitskräften werde es notwendig sein, für alle wesentlichen Wirtschaftsgebiete Dringlichkeitsskalen auch für alle anderen Rohstoffe aufzustellen. Man müsse auch für die Arbeitskräfte eine Übereinstimmung dieser Dringlichkeitsskalen herbeiführen. Es dürfe nicht so sein, daß einem Betriebe alle Hilfsmittel, vielleicht auch alle Rohstoffe zur Verfügung ständen, ihm aber die Kohle fehle, weil ja dann die anderen Hilfsmittel, die Rohstoffe bzw. die Arbeitskräfte brach lägen.

Was das Auseinanderklaffen der Preise auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft und demjenigen der gewerb-

lichen Wirtschaft angehe, so sei es unmöglich, etwa den amtlichen Preis für Kartoffeln mit dem Schleichhandelspreis für Textilien oder den amtlichen Preis des Eisens mit dem nichtamtlichen Preis der Lebensmittel zu vergleichen. Aber selbst wenn man in dieser Weise vergleiche, ergebe sich zumindesten bei den amtlichen Preisen das Vorhandensein der Preisschere in eklatanter Form. Da die nichtamtlichen Preise von Tag zu Tag, auch von Ort zu Ort wechselten, seien absolut einheitliche Feststellungen über die amtlichen Preise kaum möglich.

Man habe sich deshalb schon seit langer Zeit in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen, hauptsächlich mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, bemüht, diesen Schwierigkeiten in etwa abzuhelfen. Wenn die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien, so wegen der ungeheuren Schwierigkeit der Materie, die sich ohne Anwendung von außergewöhnlichen Mitteln überhaupt nicht meistern lasse. Vor einiger Zeit habe der Herr Generalgouverneur den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob dieses so mißliche Problem durch den Einsatz von staatlichen Finanzmitteln gelöst werden könne. Die Vorarbeiten seien soweit gediehen, daß auf einigen besonders wichtigen Gebieten der Landwirtschaft in absehbarer Zeit nicht unbeträchtliche Verbilligungen möglich sein würden. Allerdings ständen noch Prüfungen aus. Vor allem fehle es an einer genauen Übersicht über die Mittel, die für diesen Zweck erforderlich seien. Man hoffe aber, schon in den nächsten Tagen diese Übersicht zu gewinnen, und es werde dann möglich sein, einen Plan für diese Verbilligung im einzelnen vorzulegen.

Die Schwierigkeit des Mietproblems in Warschau sei besonders dadurch gegeben, daß die Verhältnisse in Warschau außerordentlich verschieden lägen. Man habe deshalb versucht, durch statistische Feststellungen ein Bild über diese Unterschiedlichkeit zu gewinnen. Bei der Größe der Stadt Warschau sei das keine einfache Aufgabe gewesen. In Warschau selbst sei nun von der Bewirtschaftungsseite her ein

wesentlicher Schritt insofern getan worden, als man die Deutschen, die ursprünglich weit über das Stadtgebiet verstreut wohnten, immer mehr in Miethäusergruppen zusammenziehe. Mit dieser Zusammenziehung werde die Möglichkeit einer Verbesserung der Lage gegeben. Die kommenden Untersuchungen würden zu konkreten Ergebnissen auf dem Gebiet führen.

Den Preisdienststellen sei ihre Arbeit oft dadurch erschwert, daß die an der Preisbildung beteiligten Dienststellen gegenüber den Problemen der Preisbildung und Preisüberwachung einer Art von Fatalismus begegneten. Sobald sich das Problem des Preises gezeigt habe, hätten manche Dienststellen offenbar das Gefühl, daß man hier doch wohl nicht allzuviel erreichen könne. Man habe sich zu Konzessionen da bereitgefunden, wo es nicht nötig gewesen wäre. Er richte deshalb den dringenden Appell an alle Dienststellen, bei allen Preisfragen nicht von vornherein zu resignieren. Durch geschickte Zusammenarbeit der jeweils beteiligten Stellen werde es sehr oft möglich sein, den Preis auf einer geringeren Höhe zu halten und damit einer weitgehenden Verteuerung der Lebenshaltung wie der Kosten für die Fabrikation zu steuern.

Der Leiter des Amtes für Raumordnung, Oberregierungsrat Dr. Schepers erklärte, dass die Begründung für die vom Distrikt Warschau geforderte Gebietsvergrösserung stichhaltig sei. Die diesbezügliche Eingabe des Distriktes sei vom Amt für Raumordnung bereits geprüft und werde demnächst vom Amt für Raumordnung befürwortend vorgelegt werden.

Hauptabteilungsleiter Präsident Hofrat Watzke äusserte sich über die Schulverhältnisse im gesamten Generalgouvernement:

Man habe im Generalgouvernement im Oktober 1939 nur einige wenige deutsche Privatschulen vorgefunden, und es seien in 1 1/2 Jahren 300 deutsche Schulen aufgebaut worden. Für diese Schulen habe man Lehrkräfte von überall herholen müssen. Die Folge davon sei, dass die Lehrerschaft im Generalgouvernement heute ein buntes Bild zeige. Aus dem Reich seien nur 46 Lehrer für das Generalgouvernement abgestellt worden. Aus diesem Grunde seien zahlreiche volksdeutsche Lehrer, die zum Teil in polnischen Schulen angestellt waren, aufgenommen worden. Schulhelfer, die in einem Schnellehrgang ausgebildet worden seien, habe man zum grössten Teil als ungeeignet wieder entlassen müssen. Die Hauptabteilung habe sich daher auf das grosse Gebiet der Laienkräfte beschränken müssen. All diese Gründe ergäben ein unsachliches Bild der Lehrerschaft. Dabei dürfe man aber nicht übersehen, dass von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, hier sehr viel guter Wille und sicherlich auch sehr viel begabte Kräfte am Werke seien. Notwendig sei allerdings eine weitere regelmässige Schulung dieser Kräfte. In Zakopane würden Schulhelfer ausgebildet. Ein schwieriges Problem sei die Frage der Laienlehrkräfte. Zu ihrer Schulung stünden die besten Kräfte zur Verfügung. Richtig sei, dass heute Lehrer tätig seien, die selber erst viel lernen müssten. Die Hauptabteilung stehe aber auf dem Standpunkt, dass

es besser sei,

diese Lehrer lieber weiterzubilden als auf sie zu verzichten.

Der grösste Teil der Schulen sei heute mit den nötigen Lehrern versorgt. Das Reich könne hier keine Unterstütung gewähren, man habe das Reichserziehungsministerium unzählige Male auf den vollen Ernst der deutschen Schulverhältnisse im Generalgouvernement aufmerksam gemacht. Zurzeit bereise eine Kommission den Distrikt, um sich selber von den Zuständen zu überzeugen. Im Reich fehlten heute ca. 16.000 Lehrer, 2/3 aller Kräfte dienten bei der Wehrmacht. Weiter habe das Reich zum Aufbau des Schulwesens in Elsass-Lothringen, in den Gauen Ober- und Niederschlesien, Wartheland und Danzig-Westpreussen Hunderte von Lehrkräften abgeben müssen. Er könne mitteilen dass die Schulverhältnisse der deutschen Schulen im Generalgouvernement um 100 % besser seien als die in den neuen Gauen des Reiches.

Ein Nachwuchs an Lehrkräften fehle fast vollständig, das komme daher, dass die Bezahlung schlecht sei. Weiter würden die Lehrerberufe tagtäglich in Presse und Film herabgesetzt. Aufgabe der Partei sei es, hier eine Abänderung herbeizuführen. Auch die vielfach gehegte Hoffnung, ausgediente Unteroffiziere für den Lehrereinsatz heranzuziehen, werde sich nicht erfüllen.

Von den Lehrern, die die Hauptabteilung mit soviel Mühe geworben habe, seien im Verlauf des Herbstes bei der Aussiedlung der Cholmer- und Lubliner Deutschen 92 Lehrer abgerufen worden. Alle Vorstellungen der Hauptabteilung auf Zurückholung dieser Kräfte ins Generalgouvernement seien vergeblich gewesen. Weiter dürfe man nicht übersehen, dass die Lehrer und Lehrinnen draussen in den Distrikten unter fast unwürdigen Verhätlnissen leben müssten. Man schäme sich als Deutscher, ihnen solche Lebens

verhältnisse zuzumuten. In zahlreichen Fällen sei keine anständige Unterkunft vorhanden gewesen. Die Verpflegung sei mangelhaft; während der letzten Winters hätten nicht nicht einmal Heizmaterialien zur Verfügung gestanden.

Die Hauptabteilung Erziehung und Wissenschaft sehe sich vor 2 Möglichkeiten gestellt: Einmal müsse sie die Ausbildung der Lehrer selbst in die Hand nehmen, da es eine Angelegenheit sei, die nicht von heute auf morgen durchzuführen sei, sondern zu deren Verwirklichung man 4 - 5 Jahre benötige. Zum zweiten müssen die Schüler der vielen kleineren deutschen Schulen in Schülerheimen an grösseren Orten untergebracht werden. Seit Monaten arbeite man in dieser Beziehung mit der Partei zusammen.

Er müsse anerkennend hervorheben, dass in Lowitsch eine vorbildliche Arbeit geleistet worden sei. In Warschau bestünden zurzeit 2 grosse deutsche Schulen mit 1.200 Kindern und 28 Lehrkräften, 1 Handwerkerschule mit 350, 1 Haushaltungsschule mit 350, 1 gewerbliche Berufsschule mit 300, 1 Oberschule für Jungen mit 220 Schülern, 1 solche für Mädel mit 220 Schülerinnen. Den beiden Letzten seien Schülerheime angefügt.

Aus diesen Angaben sei zu ersehen, dass kleine Mängel, die da und dort aufträten, gegenüber dem Zustand des deutschen Schulwesens im gesamten Distrikt Warschau nicht ins Gewicht fielen. Gerade in diesem Distrikt sei vorbildliche Arbeit geleistet worden. Der Hauptabteilung sei bekannt, dass noch 3 Orte ohne Lehrkräfte vorhanden seien.

Der Leiter des Amtes für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erklärte, dass die Initiative für die zu erlassenden Verordnungen bei den Fachabteilungen liege. Vielleicht müsse man mehr die Stellungnahme der einzelnen Distrikte zu den Verordnungen heranziehen. Das sei schon bei einer ganzen

31

Reihe von Vorlagen gemacht worden. Gerade in dieser Sitzung sei wieder eine neue Verordnung Wirklichkeit geworden und zwar die Verordnung hinsichtlich der Strafdrohung bei unbefugtem Verlassen des jüdischen Wohnbezirks. Seiner Ansicht nach, müsse eine Entlastung in der Richtung gehen, dass man eine Reihe von Verwaltungsaufgaben wieder den Polen selbst übertrage, und in dieser Richtung könne auch die gesunde Mittellösung der deutschen Gesetzgebung im Generalgouvernement gefunden werden.

Der Leiter der Hauptabteilung Justiz Ministerialrat Wille äusserte sich zu der vom SS- und Polizeiführer angeregten Verschärfung der Strafgesetze. Er sei von Anfang an dafür gewesen, dass in den Verordnungen scharfe Strafdrohungen enthalten sein müssten. Auf dem gleichen Standpunkt stehe er auch heute noch. Der Verordnung, die die Todesstrafe bei unberechtigtem Verlassen des jüdischen Wohnbezirkes vorsehe, habe er zugestimmt, weil die Begründung durch die Hauptabteilung innere Verwaltung ausserordentlich eindrucksvoll sei. Im Generalgouvernement seien die bestehenden Strafdrohungen sehr scharf. Auf vielen Gebieten seien sie weit höher als im Reich, obwohl dort durch allgemein gehaltene Gesetze dem Richter auf strafrechtlichem Gebiet ein grosser Strafrahmen nach oben zur Verfügung steht. Aus dieser Sachlage könnten sich aber 2 Gefahrenpunkte ergeben, auf die er hinweisen wolle. Die allgemeine Erfahrung lehre, dass

1.) durch Fortsetzung scharfer Strafdrohungen das Empfinden der Bevölkerung abgestumpft werde und

2.) dass von diesen schweren Strafdrohungen beim Urteilsspruch kein Gebrauch gemacht werde.

Im Vordergrund des Interesses stehe die Bekämpfung der Preistreiberei. Auf diesem Gebiet könne man die augenblickliche Lage nicht als schön bezeichnen. Im Januar 1940 sei die Verordung über Preistreiberei, die schon

/5

Strafen vorsehe, geschaffen worden. Im April 1940 sei dann die Preisbildungsverordnung erlassen worden, die nach dem Vorbild des Reiches das Ordnungsstrafverfahren vorsehe. Darüber hinaus sei im Mai dieses Jahres an die Hauptabteilung Justiz der Wunsch herangetragen worden, fliegende Gerichte zur Bekämpfung zur Verfügung zu stellen. Daraufhin habe die Hauptabteilung für besondere Aktionen, die vom Amt für Preisbildung geplant war, vorerst für 2 Distrikte solche Gerichte geschaffen.

Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass in den Stellen, die fachlich für die Preisbildungsfragen zuständig seien, Übereinstimmung darüber nicht bestehe, wie man eigentlich dem Schleichhandel zu Leibe gehen soll. Dr. Krug habe erklärt, dass Betriebe ihre Versorgung durch Schleichhandel sicherstellten. Eine wirksame Bekämpfung sei so lange nicht möglich, als die Übereinstimmung in den einzelnen Stellen nicht erzielt sei. Wenn die deutsche Verwaltung nicht in der Lage sei, den Schleichhandel wirksam zu bekämpfen, dann würden auch weitere Strafdrohungen nichts nützen. Die Hauptabteilung Justiz sei bereit, die endlich festgelegte Politik zur Bekämpfung des Schleichhandels, zu unterstützen.

Zu den Ausführungen des Kreishauptmann Zimmermann, betreffend den Einsatz der Gendarmerie erklärte der SS- und Polizeiführer Wigand, dass die Anordnungen des Kommandeurs der Ordnungspolizei an die Gendarmerie stets auf Weisung der einzelnen Dienststellen des Distriktes erfolgten. Den Kreishauptleuten müssten darüber hinaus die Möglichkeiten gegeben werden, der Gendarmerie unmittelbar Weisungen zu erteilen.

Der Leiter der Abteilung Polizeiwesen in der Hauptabteilung innere Verwaltung Landrat Dr. Schönhals äussert sich über Polizeifragen. Organisatorisch sei die Verwaltung Polizei im Generalgouvernement in die innere Verwaltung

eingegliedert. Hier liefen alle Fäden auf polizeilichem Gebiet zusammen. Es sei nicht so, dass nur die Abteilungen der inneren Verwaltung mit polizeilichen Arbeitsgebieten zu tun hätten, auch von anderen Abteilungen ergingen Verordnungen, die polizeilichen Einschlag hätten. Zu den Ausführungen des Kreishauptmann Zimmermann über ein Weisungsrecht der Kreishauptleute gegenüber der Gendarmerie, müsse er erklären, dass hier alle offenstehenden Fragen in ein Polizeiverwaltungsgesetz, wie es im Reich bestünde, zusammengefasst werden müssten. Dabei müsse die Dreiteilung: Regierung, Oberste Polizeibehörde, Gouverneure verankert werden.

Landrat Dr. Schönhals behandelt dann einige vordringliche Fragen aus dem polizeilichen Sektor. Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über das Entweichen aus dem Ghetto, werde es nötig sein, dass die Kreis- und Stadthauptleute ihre bisherigen Anordnungen nochmals genau überprüften und erforderlichenfalls nochmals bekanntmachen würden. - Die Luftschutzmassnahmen blieben weiterhin inkraft. Auf diesem Gebiet würden in den nächsten Tagen noch Anordnungen ergehen. Die Hauptschwierigkeiten lägen hier im Strassenverkehr, z.B. in der Kontrolle der Kraftfahrzeuge und ihrer vorschriftmässigen Verdunklung. -
In Vorbereitung sei eine neue Ordnung des Meldewesens der Ausländer. Die Kennkartenaktion sei gegenwärtig im Gange.

Neben polnischen und ukrainischen Polizeikräften seien im Generalgouvernement viele Kräfte der deutschen Polizei eingesetzt. Der Verwaltung stehe für besondere Aufgaben der Sonderdienst zur Verfügung. Die vorhandenen Polizeikräfte reichten den Kriegsverhältnissen entsprechend aus. Die Sicherheit sei gewährleistet, und es werde auch weiterhin alles getan werden, um diesen Zustand beizubehalten.

Staatssekretär Dr. Boepple machte dann einige zusammenfassende Ausführungen. Vor einigen Wochen habe ihn der Herr Generalgouverneur aus dem ruhigen Bayern in sein arbeitsträchtiges Gebiet geholt, und er müsse sagen, dass sehr viel Interessantes auf ihn eingeströmt sei. Die Warschauer Regierungssitzung bezwecke einen gegenseitigen direkten Meinungsaustausch. Die Regierungsmitglieder hätten ausserordentlich viele Anregungen erhalten. Die Urlaubsfrage werde von der Regierung in dem angeregten Sinne geregelt. Der Stellenplan für das Generalgouvernement sei so ziemlich fertiggestellt. Der Grundsatz des Generalgouverneurs, die Aufgaben, die ihm der Führer übertragen habe, aus eigener Kraft zu lösen, sei durchgeführt.

Im Verlaufe der Sitzung habe man gehört, dass der Nachwuchs an Beamten,und nicht nur bei den Lehrern,sondern auch bei den Verwaltungsbeamten,sehr mangelhaft sei. Daher sei es selbstverständlich, dass in dieser Richtung etwas geschehen müsste. Die Verwaltungsschulen seien im Aufbau begriffen, ganz besonders werde er sich der Lehrerfrage annehmen. Die Einrichtung von Internaten halte er für absolut richtig. Aus den Schülern dieser Heime lasse sich dann auch der Nachwuchs an Lehrkräften rekrutieren.

Ein wichtiges Problem sei der Wohnungsbau. Wenn der deutsche Beamte hier leben solle, müsste er selbstverständlich Verhältnisse vorfinden, die ähnlich denen des Reiches seien. Hier müsse alles getan werden, besonders nach Beendigung des Krieges, wenn die Rohstoffe in reichlicherem Masse zur Verfügung stünden.

Die Regierungsmitglieder würden alles, was in dieser Sitzung an Anregungen aufgetaucht sei, eingehend beraten und das Versprechen abgeben, alles irgendwie Mögliche zur Ausführung zu bringen.

Der Leiter der Abteilung Bauwesen Präsident Bauder erklärt, dass das Bauen im Generalgouvernement im Gegensatz zu der gegenwärtigen Lage im Reich absolut nur eine Verkehrsfrage sei. Die Baumaterialien und die Menschen seien vorhanden, die Kontingente stünden in einigermassen ausreichenden Mengen zur Verfügung. Nach Lösung der Verkehrsfrage seien die anderen mit dem Bauen zusammenhängenden Fragen keine Probleme mehr. Auf dem Gebiet des Strassenbaues müssten die Arbeiten eingestellt werden, weil keine Waggons zu bekommen seien.

Der Herr Generalgouverneur hält dann folgende Schlussansprache:

Herr Gouverneur, meine Herren!

Ich möchte die Tagung schliessen und allen danken für die Teilnahme an den gestrigen und heutigen Besprechungen. Einen grossen Teil der gestern geäusserten Sorgen und Nöte des Gouverneurs habe ich gestern in einer Besprechung im kleineren Rahmen beseitigt. Ich glaube, dass der Distrikt Warschau mit dem Ergebnis dieser 2 Tage zufrieden sein kann. Es ist für uns alle eine Freude, dass der Herr Gouverneur gütigst zu lächeln geneigt ist. (Heiterkeit)

Es kommt bei uns im Generalgouvernement darauf an, dass wir die eiskalte, klare Linie, die wir nunmehr das 2. Jahr durchgehalten haben, nicht vergessen, und die da lautet, dass über dem sicherlich feststehenden Ergebnis unserer Verwaltungsarbeit die grosse Pflicht lag und liegt, in dem Gesamtgefüge der Kriegsnotwendigkeiten des Reiches unseren Platz ausgefüllt zu haben.

Wenn im Reich die Gauleiter und Landräte einerseits und die Reichsminister andererseits zu einer derartigen Sitzung wie hier zusammenkommen könnten, so würde man als deutscher Verwaltungsmann darauf stolz sein können. Im Reich besteht diese Möglichkeit aber leider nicht. Es ist das erste Mal in der Verwaltungsgeschichte überhaupt, dass der Chef eines Landes mit den Mitgliedern der Regierung in das Land reist, um dort Ergebnisse für eine fruchtbare weitere Zusammenarbeit zu sammeln. Wir im Generalgouvernement sind das Laboratorium für die Möglichkeiten einer Verwaltungsreform. Der ganze Aufbau der Verwaltung, den der Führer selbst zu Beginn der Arbeit mit mir eingehend besprach, der Versuch, die Einheit der Verwaltung in dem einzigen möglichen Sinn, den wir hier durchgeführt haben, in die Tat umzusetzen und diese Einheit der Führung und organischen Wirksamkeit auch in der Partei durzusetzen, hat zukunftweisende Bedeutung für das Reich. Wirmerken das bei allen Verhandlungen. Wenn ein Mitglied der Regierung als einzig massgeblicher Repräsentant des Generalgouvernements bei Verhandlungen in Berlin eine Klärung herbeiführen will, so muss er mit 3, 4 oder 5 Reichsstellen gleichzeitig über die gleiche Materie verhandeln, da die Zuständigkeitsfülle des Reiches durch den Krieg nicht reduziert werden konnte. Diese auch durch die Notwendigkeiten erzwungene Einfachhaltung des Verwaltungsapparates des Generalgouvernements bringt die Möglichkeiten einer klaren Führung mit sich. Des weiteren bringt sie aber auch jene Schwierigkeiten mit sich, deren Zeugen sie ja selbst sind. Der Mangel an Menschen beginnt sich auch als die grosse Sorge der Reichsorganisation anzukündigen. Man hegt jetzt die grosse Hoffnung, dass sich nach Kriegsende die leeren Plätze wieder füllen würden. Wir Deutschen waren ein Volk ohne Raum,-passen wir auf, dass wir nicht ein Raum ohne Volk werden. Auch nach dem siegreichen Ende des Krieges wird das deutsche Reich eine grosse Wehrmacht unter-

halten müssen. Das Reich wird sich in seinem Gefüge elementaren Vereinfachungsnotwendigkeiten seiner Verwaltung, wie wir sie hier aus Not und Zwang durchgeführt und erprobt haben, nicht verschliessen können. Jeder von Ihnen arbeitet in diesem Laboratorium. Wenn jetzt Reichsmarschall Hermann Göring feststellen kann, dass das Generalgouvernement das einzige der seit 1939 besetzten Gebiete ist, in dem einigermassen Ordnung, Frieden und Arbeitsmöglichkeiten bestehen, so ist das auch für Sie, meine Herren, eine grosse Anerkennung. Diese Anerkennung hat auch der Führer, als ich 2 Tage vor dem Einmarsch in Russland bei ihm in der Reichskanzlei weilte, in schönsten Worten ausgesprochen.

Wir stehen nunmehr in dem vergrösserten Generalgouvernement vor der Notwendigkeit, mit den jetzt vorhandenen Kräften ebenso wie in Fortsetzung der bisher bewährten Methode, die Arbeit fortzusetzen. Es wird immer besser und nicht schlechter. Die Entwicklung der Ernährung, der Versorgung, der Preispolitik, das schwierige Ineinklangbringen von einzelnen Einstellungen ist alles hinzunehmen als ganz kleiner Schatten, der über unserer Arbeit liegt. Ich wünschte, meine Herren, dass Sie Einblick hätten, in die teilweise doch durch den Krieg sehr erschwerte Gesamtlage unseres Reiches und Volkes. Sie wissen, dass gerade alle Probleme, wie wir sie hier erörtern, wie Preistreiberei, Schleichhandel, Kriegsschiebertum im deutschen Reich leider in kaum zu verkennendem Umfang im stärksten Anstieg begriffen sind und eine ernste Sorge der Regierung darstellen. Angedeutet sei nur, dass man im Reich die fluktuierende Kaufkraft kaum eindämmen kann, dass es jetzt zu kaum mehr erträglichen Kaufmanieren kommt. Es wird nicht mehr gekauft, was man braucht, sondern alles, was man haben kann. Auch die Haltung des Preisgefüges bereitet der Reichsregierung grosse Sorgen. Sie wissen auch, dass

die ausreichende Lebensmittelversorgung des Reiches besonders mit Fleisch und Fett ernste Sorgen in sich birgt. Hier müssen wir uns als Deutsche immer wieder sagen: Wenn Nöte durch den Krieg kommen, dann soll sie das deutsche Volk, weiss Gott, zuletzt spüren. Wenn jemand hungert, dann das deutsche Volk zuletzt, wenn jemand Not und Elend hat, dann das deutsche Volk zuletzt, und wenn Währungen erschüttert sind, dann die Währung Deutschlands zuletzt. Das muss jetzt eine nützliche und nationalsozialistisch auch notwendige Erkenntnis sein, die uns durchziehen muss. Ich möchte einmal wissen, wenn eine polnische Besatzungsbehörde in Berlin sässe und dann ein Distrikt Mark Brandenburg unter polnischer Besatzungsherrschaft zusammenträte, ob man dann mit derart ruhiger Sachlichkeit objektiv über die Bedürfnisse in dem polnisch besetzten Distrikt Brandenburg verhandeln würde, wie wir das hier tun. Vergessen Sie nie, dass wir hier Todfeinde haben. Wir leben nicht in einer befriedeten Umwelt. Es handelt sich darum, wie lange halten die Energien des deutschen Volkes die Führung dieser Riesenräume so durch, dass sich aus einer natürlichen blutmässigen Quelle der unterworfenen Völker keinerlei Widerstand zu rühren vermag. Es ist klar, dass die deutsche Verwaltung immer wieder diese schwierige Linie des Ausgleichs zu finden hat, die das Gesamtinteresse des deutschen Volkes in erster Linie berücksichtigt aber auch die Bedürfnisse des Nebenlandes. Interessant für mich war, dass einer der Redner offen sagte, die Minderversorgung an Lebensmittel verhindert die Juden, Gewaltakte auszuführen. Es hat aber keinen Wert, wenn wir nur den Grundsatz haben, die Polen müssten verhungern. Das ist schön zu sagen, wenn man aber den Dingen auf den Grund gehe, dann tauchten die Fragen auf, wieweit muss unsere Fürsorge gehen, dass sie für die 70.000 Eisenbahner der Ostbahnen und die Hundertausende von Arbeitern, die unseren Diensten stehen, erträglich ist.

Wir Nationalsozialisten müssen in diesem Raum eine mustergültige Verwaltung mit grosser Elastizität aufbauen. Wir müssen in diesem Raum die restlose Durchsetzung der Führung erreichen und alles darauf vorbereiten, dass dieses Gebiet einmal in absehbaren Jahren ausschliesslich deutsches Siedlungsland wird, und dass dieses Gebiet ab sofort dem Reich möglichst geringe Schwierigkeiten macht. Wir müssen einsehen, dass wir ganz wenig Männer sind, die diese Riesenaufgabe zu erfüllen haben.

Ich habe mich sehr über die Ausführungen des Kreishauptmanns Zimmermann gefreut, wenn er sagte: er brauche Initiative, und müsse schauen, wie er durchkommen könne. Das ist natürlich auch die typisch östlich illegale Art, daß er uns sagt: was er getan habe, sei ja eigentlich gegen das Gesetz. Ich freue mich in gewissem Sinne darüber - bei mir klingt diese Freude vielleicht etwas eigenartig -, von ihm zu hören, daß ihm die Verordnungen zu sehr Fesseln anlegen. Ich weiß allerdings nicht, ob diese Skepsis vielleicht nicht doch etwas zu weitgehend ist, wenn man bedenkt, was dieser Kreishauptmann doch trotz dieser Erkenntnis alles machen konnte. Würde im Deutschen Reich vielleicht ein Landrat auf den Gedankenkommen, ein ganzes Dorf plötzlich zu evakuieren? - Stellen Sie sich das einmal vor.

(Heiterkeit)

Ich weiß doch nicht, ob diese Maßnahme nicht zumindesten in dem Kreis gewisses Aufsehen erregen würde.

(Erneute Heiterkeit)

Und das erzählen Sie hier nicht irgendwie insgeheim einem interessierten Zuhörerkreis, sondern in Anwesenheit des höchsten Repräsentanten des Reiches und verschiedener Regierungsmitglieder und Ihrer Kameraden. Und dabei ist es nicht nur verwunderlich, daß Sie uns das erzählen, sondern daß wir es glatt hinnehmen. Nun, ich glaube, wir wollen uns beide alles verzeihen. Sie verzeihen uns die Verordnungsfesseln, und ich verzeihe Ihnen die all zu großzügig ausgelegte Freiheitszone, die Sie sich allmählich erarbeitet haben.

Es ist klar, daß das nicht nur für Sie, den Kreishauptmann, sondern eigentlich für alle maßgeblichen Männer des Generalgouvernements gilt. Das wissen wir nachgerade, daß wir nicht nach dem bürokratischen Schema von früher restlos einer Nachprüfung unterzogen werden könnten. Wenn man so wie wir vom Führer ein Stück erobertes Land bekommt und der Führer nur sagt: schau, was Du daraus machen kannst,

irgendetwas mußt Du schon tun, damit ich keine Scherereien damit habe,- dann bekommt man die absoluteste Generalvollmacht. Sie müssen sich vorstellen, meine Herren, daß wir im Generalgouvernement heute Vollmachten haben, wie sie außer uns vom Führer derzeit niemand erhalten hat. Allein in dieser Vollmachtenfülle, die wir besitzen, liegt eine ungeheure Einmaligkeit. Ich darf darauf hinweisen, daß die Konstruktion etwa der Verwaltung der übrigen besetzten Gebiete doch völlig anders ist und mit der unsrigen überhaupt nicht verglichen werden kann. Besonders der Vergleich mit den neuen Ostgebieten und ihrer völligen Aufteilung aller Zuständigkeiten in verschiedenste voneinander unabhängige Reichskommissariate sowie der Unterstellung unter den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zeigt, daß hier eine völlig andersartige Verwaltungsordnung im Erstehen ist. Daraus können Sie entnehmen, daß es der Führer, schon was diese Vollmachten angeht, gut gemeint hat.

Meine Herren, ich darf Ihnen zum Schluß sagen, daß ich mit Ihnen sehr zufrieden bin. Ich weiß, aus meinem alten Kampfgefährten, dem Parteigenossen Fischer, ist mittlerweile ein hochachtbarer Gouverneur und stolzer Mann geworden. Auch Sie selber haben ein Recht, auf das stolz zu sein, was Sie geleistet haben. Fast jeder Kreishauptmann hat aus einem dreckigen Kaff, das er übernommen hatte, allmählich eine anständige und ordentliche Dienststelle gemacht. Und ich weiß noch, daß es, als ich zum ersten Mal in diesen Saal hineintrat, hier noch hineinregnete und alles durchlöchert war. Wenn man das Stadtbild von Warschau im Jahre 1939 mit dem heutigen vergleicht, so sieht man den gewaltigen Schritt der Arbeit vorwärts. Daher - das wollte ich eigentlich sagen - müssen wir Optimisten sein. Denn schlimmer, als wir es gehabt haben, kann es bei uns überhaupt nicht kommen. Mit allen Dingen werden wir fertig, wenn wir zusammenstehen. Daher müssen wir uns auch mit diesen persönlichen Dingen gar nicht weiter abgeben. Es ist selbstverständlich, daß sich dort, wo sich Männer ~~vom Verwal~~

in außerordentlich schwieriger isolierter Verwaltungsposition befinden, persönliche oder sonstige Reibungen ergeben. Es ist klar, daß auch geredet wird und Unzufriedenheiten aufsteigen. Aber hier möchte ich fast nach dem Rezept des Fanatikers der Betreuung der Juden sagen: je mehr man uns hier zu arbeiten aufgibt und unsere Energien für die Arbeit in Anspruch nimmt, desto weniger Raum haben wir für den Kampf des einen gegen den andern. Das sind Dinge, die unter der westlichen Kultur in Berlin irgendwo in Erscheinung treten mögen, in unserem Bereich, der bekanntlich immer noch als Reichsgebiet zuerst von der Sonne geküßt wird, sind wir - das können wir sagen - wirkliche Kinder und Künder eines besseren Generalgouvernements. Auch die Stimmung, die in der letzten Zeit in den Berichten aus dem Reich da und dort als etwas nervös geschildert wurde, war im Generalgouvernement nie schlecht. Der fanatische Glaube an die uns gestellte Aufgabe, die einen weltgeschichtlich einmaligen Sinn hat, dieses klare Wissen darum, daß das Generalgouvernement, das einmal in einem Winkel lag und als Abstellplatz für Abfallprodukte menschlicher Art aus dem Reich, für Juden und sonstiges lichtscheues Gesindel, bestimmt war, nunmehr die Brücke zwischen Ost und West innerhalb des deutschen Machtbereichs darstellt, - sie müssen uns auch eine große Genugtuung sein, in dieser größten Zeit der Weltgeschichte vom Führer aufgerufen und auf einen der wichtigsten Punkte in der Linie der weltgeschichtlichen Entwicklung dieser Zeit gestellt worden sein. Das ist der stolzeste Ehrentitel, den wir uns erringen können.

Es ist schwer genug, nicht an der Front zu sein. Wir sind alle nur sozusagen zwangsweise durch Befehl von oben aus dem Soldatenstand gekommen und haben das Beamtenkleid angezogen. Um so mehr ist aber auch hier jene Pflichtauffassung am Platze, die da sagt: der Führer wird schon wissen, warum er uns diese Aufgabe gestellt hat; und warum wir diese Aufgabe als eine große Aufgabe ansehen, wissen wir selber.

4/Gn/4
-3

18 Millionen eines fremden Volkes sind uns hier im Generalgouvernement anvertraut. Das bedeutet für die wenigen - man möchte sagen - nach Hunderten zu zählenden deutschen Beamten einen ungeheuren Aufwand an Arbeit. Aus dem Bericht des SS- und und Polizeiführers konnten Sie z.B. auch entnehmen, daß ihm an einem der wichtigsten Punkte der Sicherheitspolizei plötzlich die Leute ohne Stellung eines Ersatzes abgenommen werden mußten. Wir haben förderhin im ganzen Generalgouvernement höchstens mit 9 Polizeibataillonen zu rechnen, mit knapp 4 000 Mann Ordnungspolizei im ganzen Generalgouvernement. Schon aus dieser Tatsache können Sie entnehmen, wie notwendig es ist, daß diese Verwaltung so wie bisher in absoluter Geschlossenheit und Einheit nur mit einem Befehlsträger aufgebaut bleibt. Wir sind gleichsam ein Schiff mit einem Kommandanten, ausgeschickt vom Führer,mit einer erlesenen Mannschaft einem neuen Lande entgegenzusteuern. Möge daher unsere Gemeinschaftsarbeit auf diesem Kriegsschiff im Dienste unseres Volkes gesegnet sein!

Meine Herren, wenn Sie bedenken, was in diesem Saal einmal an Haß gegen Deutschland geschürt, was in dem alten polnischen Außenministerium gegen uns gehetzt wurde, wenn Sie daran denken, was durch die wahrhaft einzigartige Gestalt des Führers uns hier in diesem Saal ermöglicht ist, so muß alles Persönliche und alles Ichbezogene schwinden gegenüber der gewaltigen Größe dieser Zeit.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß dieses Kriegskind, die Verwaltung des Generalgouvernements, diesen hohen Geist besitzt, wie ich das auch in diesen beiden Tagen erneut sehen konnte. Ich wünsche Ihnen, Parteigenosse Fischer, und allen Ihren Mitarbeitern für die Zukunft das Beste.

Gouverneur Dr. <u>Fischer</u>:

Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen auch im Namen aller meiner Mitarbeiter des Distrikts Warschau für die aufrichtenden Worte, die Sie unserer Arbeit gewidmet

/Gn/5
3

haben. Ich kann Ihnen nur die Versicherung abgeben, daß wir unsere Aufgabe in Ihrem Geiste sehen und bewältigen werden. Ich möchte Ihnen, Herr Generalgouverneur, aber auch den Herren der Regierung nochmals dafür danken, daß Sie unseren Nöten, die wir Ihnen so voller Sorgen vorgetragen haben, ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Es ist uns, wie es eigentlich immer geschieht, wiederum geholfen worden. Wir freuen uns, Herr Generalgouverneur, auf die nächste Sitzung und darauf, daß Sie mit der Regierung wieder zu uns kommen werden.

Wir grüßen den Führer. Unserem geliebten Führer ein dreifaches Sieg Heil!

Schluß der Sitzung: 13^{05} Uhr.

Regierungssitzung in Warschau

am 14. 15. und 16. Oktober 1941.

Herr Generalgouverneur !

Es ist das zweite Mal, daß Sie mit den Mitgliedern Ihrer Regierung hier in Warschau eine Regierungssitzung abhalten, um sich mit den besonderen Problemen Warschaus an Ort und Stelle zu beschäftigen. Ich darf Sie, Herr Generalgouverneur, und die Herren Ihrer Regierung zunächst herzlichst im Namen aller Deutschen Warschaus begrüssen, insbesondere auch Sie Herr Staatssekretär Dr. Boepple, der Sie zum ersten Mal in Warschau sind und Ihnen danken, daß Sie uns durch diese Sitzung Gelegenheit geben, einige Fragen, die Warschau im besonderen berühren, mit der Regierung zu besprechen.

Erschien die Lage Warschaus bei der ersten Regierungssitzung am 20.1.1941 als durchaus hoffnungsvoll, so brachten doch die kommenden Monate durch Ereignisse, die ausserhalb unserer Machtsphäre lagen, Schwierigkeiten für die Stadt Warschau und den Distrikt, die alle bisherigen übertrafen. Warschau wurde ein Hauptpunkt des militärischen Aufmarsches und der Vorbereitung des Ostfeldzuges. Als Folge traten ungeheure Schwierigkeiten in der Versorgungslage der Stadt sowohl mit Lebensmitteln für die Bevölkerung wie auch mit Kohlen und Rohstoffen für die Industrie ein.

Die Verkehrswege waren zu Zeiten ausschliesslich, zu anderen überwiegend für die militärischen Notwendigkeiten in Anspruch genommen. Diese Nöte Warschaus sind Ihnen, Herr Generalgouverneur, und der Regierung ja hinreichend bekannt. Ich brauche deshalb nicht mehr darauf einzugehen. Ich darf jedoch, Ihnen Herr Generalgouverneur, ganz besonders danken für das Verständnis und für die Hilfe, die Sie in diesen Monaten dem Distrikt stets

angedeihen liessen. Wir haben diese schwierigen Monate überwunden dank der unermüdlichen Arbeit aller deutschen Stellen, wobei uns allerdings auch die ruhige und besonnene Haltung der Bevölkerung, soweit es sich um Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe handelt, entgegenkam.

Auf einem Gebiet hat jedoch die Bevölkerung völlig versagt - von ihrem Standpunkt aus sogar nicht ganz unbegreiflich - und das war in der Wahrung der Disziplin in allen Fragen der Wirtschaft, des Preisgefüges und der Arbeitsmoral. Wohl durch die allgemeine Not bestimmt haben sich immer mehr Polen auf den Schleichhandel verlegt und handeln bis zum heutigen Tag mit den möglichsten und unmöglichsten Dingen, um ihren Lebensunterhalt zu fristen. Arbeiter verlassen ohne jeglichen Grund ihre Arbeitsstelle um auf das flache Land hinauszufahren und Lebensmittel dort aufzukaufen, um sie in Warschau zu Fantasiepreisen weiter zu verkaufen. Die Geschäfte weigern sich ganz offen, deutsche Bedarfsscheine entgegenzunehmen, bieten aber gleichzeitig den Käufern die gleiche bewirtschaftete Ware zu irrsinnigen Preisen an. Das sind ausserordentlich bedenkliche Zeichen, weil sie zeigen, daß die Autorität der deutschen Verwaltung gelitten hat. Es ist für die deutsche Verwaltung bei dem Mangel an Exekutiv - Organen unmöglich, überall einzuschreiten; zum Teil fehlen auch geeignete Strafdrohungen, die abschreckend wirken. M.E. ist es bei Beginn dieses Winters, der für Warschau nach allen vorliegenden Anzeichen wohl der Schwierigste werden wird, notwendig, zunächst einmal die volle Autorität der Verwaltung wieder herzustellen, durch strengste Anwendung der Machtmittel und durch die Schaffung einer geeigneten Gesetzgebung, die es ermöglicht mit der allergrößten Schärfe gegen diese Wirtschaftssaboteure vorzugehen.

Für den Distrikt Warschau habe ich seit einigen Wochen mit einer wesentlich verschärften Behandlung dieser Elemente be -

gonnen. Bei Beginn der Ernteerfassungsaktion stellte es sich heraus, daß viele Bauern nicht abliefern wollten. Ich habe deshalb in einigen der Kreise Zwangsarbeitslager errichtet, wofür wir die Einrichtungen der Wasserwirtschaftsstelle der Abtlg. Ernährung u. Landwirtschaft benutzen konnten. In diese Lager wird jeder Bauer, der nicht rechtzeitig dem Ablieferungsbefehl nachkommt, eingeliefert und muß dort Bodenverbesserungsarbeiten ausführen. Da die Angehörigen dieser Bauern reichlich Lebensmittel senden, erfolgt auch die Verpflegung völlig kostenlos. Die Wirkung dieser Lager war und ist überraschend gut. Die Bauern haben grosse Angst und liefern nunmehr sehr befriedigend ab, sodaß der Distrikt Warschau in der Getreideerfassung an der Spitze aller Distrikte steht. In Warschau selbst habe ich 20 Gaststätten für längere Zeit schliessen und die Inhaber dieser Gaststätten schwer bestrafen lassen, weil sie entgegen den bestehenden Vorschriften verbotene Fleischgerichte verkauften. Daß darunter die bekanntesten und von den Deutschen gern besuchten Lokale sich befinden, ist zwar bedauerlich, aber nicht zu umgehen. Von 50 an einem Tage kontrollierten Verkaufsgeschäften wurden 12 geschlossen, weil sie ebenfalls bewirtschaftete Waren entgegen den bestehenden Vorschriften zu Schleichhandelspreisen verkauften. Alle gewerbsmässigen Schleichhändler, die wir fassen, kommen in ein Zwangsarbeitslager, das in Treblinka im Kreise Sokolow errichtet wurde und das laufend ausgebaut wird, um die grosse Zahl der Interessenten aufnehmen zu können. Bei vielen dieser Massnahmen ist eine gesetzliche Grundlage nicht vorhanden, aber sie mussten durchgeführt werden im Interesse des Ansehens der deutschen Verwaltung.

Meine erste Bitte, Herr Generalgouverneur, an Sie geht dahin, durch eine Verordnung den einzelnen Distrikten die Rechtsgrundlage zu geben, um auf dem oben kurz geschilderten Wege je nach den örtlichen Verhältnissen mit entsprechenden Massnahmen

wieder Ordnung und Zucht schaffen zu können. Der deutsche Verwaltungsapparat muss schnell und hart zugreifen können. Die Strafe muss auf dem Fusse folgen; nur so, glaube, kann die gewünschte Wirkung erzielt werden. Sie wissen, daß ich Herr Generalgouverneur, mich stets gegen die Verhängung unnötig hoher Strafen gewandt habe; aber in diesen Fällen ist die schärfste Strafmassnahme unbedingt notwendig.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine andere Frage anschneiden, die eng damit verbunden ist. Die Deutschen Verwaltungsstellen sind, wie ja allgemein bekannt ist, derartig dünn besetzt, daß sie nur mit der allergrößten Mühe die notwendigsten Aufgaben angreifen und lösen können. Diese Lage hat sich durch den Zuwachs des Distrikts Galizien und die damit bedingte Abgabe von vielen Arbeitskräften dorthin derartig verschlechtert, daß der deutschen Verwaltung im Distrikt wirklich eine ernste Gefahr droht. Notwendig erscheint mir auf jede Inangriffnahme nicht absolut notwendiger Aufgaben solange zu verzichten, bis wieder bessere Verhältnisse eintreten. Wir können uns in den Distrikten wirklich nur auf das allernotwendigste beschränken. Es nützt uns nichts, wenn täglich neue Verordnungen und Anordnungen erlassen werden, die uns weitere Aufgaben bringen, wenn wir sie einfach nicht durchführen können. Auch darunter leidet die Autorität der deutschen Verwaltung, daß die Polen merken, die Deutschen nehmen es ja mit der Durchführung ihrer Verordnungen gar nicht so ernst; " wenn wir sie nicht einhalten, geschieht uns ja nichts. Infolgedessen halten wir sie nicht ein. " Hinter jeder Massnahme gegenüber Polen muss die ganze Kraft der deutschen Verwaltung stehen. Lieber etwas überhaupt nicht regeln, als die Durchführung der Regelung nicht erzwingen können.

Ich bitte deshalb auch von der Abstellung des Sonderdienstes zum Jahrestag des Bestehens des Generalgouvernements am 26. Oktober abstand zu nehmen. Es ist beabsichtigt, den Sonderdienst

bereits am 16. Oktober nach Krakau zuziehen, um eine geschlossene Ausbildung durchzuführen. Das bedeutet den Ausfall des Sonder = dienstes inmitten der Ernteerfassungsaktion für mindestens 14 Tage. Ich glaube, daß in den heutigen Zeiten dieser Ausfall des Sonder = dienstes, der ja der Hauptträger der Ernteerfassungsaktion mit polizeilichen Mitteln darstellt, nicht verantwortet werden kann.

Warschau hat in den zwei Jahren der Deutschen Verwaltung seine Existenzberechtigung erwiesen. Es ist die größte Industrie = stadt des Generalgouvernements. Trotz aller Schwierigkeiten und trotz unserer anfänglichen Versuche, Warschau seiner Bedeutung zu entkleiden, hat es seine Stellung als Industriestadt nicht nur nicht gehalten, sondern sogar verstärkt. Das Reich ist infolge des Arbeitsmangels gezwungen, nicht nur erhebliche Aufträge in das Generalgouvernement zu verlegen, sondern sogar Zweigbetriebe zu errichten. Nach meinem Wissen kommt hierfür in allererster Linie Warschau in Frage wegen der hier vorhandenen und günstigen Möglichkeiten sowohl in der Ausnützung bereits vorhandener Indu = striewerke als auch im Vorhandensein der notwendigen Arbeiter und Fachkräfte. Warschau beschäftigt heute ca. 33.000 Arbeiter in der Rüstungsindustrie. Daneben mindestens 100.000 Industriearbeiter, die in vielen Hilfsindustrien auf allen möglichen Gebieten unter deutscher Führung und der Beteiligung deutscher Firmen beschäftigt werden. Diese an sich günstige wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich vor allem in dem erhöhten Steueraufkommen Warschaus. Der Distrikt Warschau bringt an Steuern allein ebensoviel auf wie die Distrikte Krakau, Radom und Lublin zusammengenommen. Warschau ist mit 50,78 % beteiligt. Das Steuereinkommen im Monat August betrug 27.625.496,03 Zloty. Ein weiteres Symptom für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Tatsache, daß die Zahl der Sozialversicherten in Warschau laufend weiter angestiegen ist. Sie betrug im Juli 304.695 gegenüber 261 17 im März des gleichen Jahres. Nach

Ansicht aller hier tätigen deutschen Wirtschaftskreise wird die Stadt Warschau auch nach dem Kriege ihre Bedeutung als Industrie- und Handelsstadt behalten, weil sie erstens neben der Wirtschafts= funktion für das Generalgouvernement das natürliche Hinterland von Danzig und der Industrie im Gau Danzig - Westpreussen ist und weil ferner durch die Entwicklung im Osten ihre ganz besonders günstige verkehrspolitische Lage zu erhöhter Entfaltung gelangen wird.

Es tauchen bereits heute schon einige grundsätzliche Fragen auf, die entschieden werden müßten. Die benötigten Energien der ganzen Warschauer Industrie ist z.Zt. auf Kohlen aufgebaut. Das bedeutet, wenn man ganz von den derzeit bestehenden Transport = schwierigkeiten absieht eine gewaltige Verteuerung der Produktion. Notwendig ist, wenn Warschau auch in Friedenszeiten konkurrenz = fähig sein soll, der Anschluss an ein Gross - Kraftwerk. Dieser Anschluss ist umso notwendiger, als die Transportschwierigkeiten wohl auch nach dem Kriege eine wesentliche Rolle spielen werden. In Frage käme hier der Anschluss an das Groß - Kraftwerk am Dunajec im Distrikt Krakau. Die Hochspannungsleitung vom Kraftwerk am Duna= jec nach Starachowice über Moscice ist bereits schon gelegt, sodaß lediglich die Strecke Starachowice - Warschau angelegt werden müßte.

Nachdem das Industrie - Dreieck im Distrikt Radom m.W. durch Erdgas versorgt werden wird, bitte ich die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht bereits jetzt der Anschluss Warschaus an das Groß - Kraft= werk in Angriff genommen werden kann, damit die in Radom freiwer = dende elektrische Kraft nach Warschau weitergeleitet werden kann. Für Warschau würde das eine ganz gewaltige Entlastung bedeuten.

Es entsteht hier in Warschau, ich darf es offen aussprechen, oft der Eindruck, als würde es nicht entsprechend der Bedeutung seiner Industrie mit Werkstoffen bedacht. Z.B. sind allein in War = schau 45 % der Kraftfahrzeuge des Generalgouvernements zugelassen.

Bestimmt bekommt Warschau nicht 45 % des dem Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Treibstoffes. Auch die Versorgung mit Kohlen erscheint nicht den tatsächlichen Bedürfnissen Warschaus entsprechend vorgenommen zu werden. Selbst wenn man die hier be = stehenden Transportschwierigkeiten berücksichtigt sind die Anlie= ferungen an Kohlen viel zu gering. Die Kohlenlage Warschaus hat sich katastrophal verschlechtert. Im Distrikt Warschau werden durchschnittlich im Monat 200.000 Tonnen Kohlen und Koks benötigt. Eingegangen ist in den letzten Monaten nur ein ganz geringer Bruchteil. Im Juni 1941 61,640, im Monat Juli 50.853, im Monat August 44.709 und im Monat September 22.296 to. In vier Monaten ist also noch nicht einmal der Bedarf eines einzigen Monats ge = deckt. Im Oktober setzte die Lieferung etwas verstärkt ein. Nach der letzten Eingangsmeldung vom 10. Oktober sind jedoch an diesem Tage noch nicht einmal 1000 to. Kohlen und Koks eingetroffen. Bei Dieser Lage ist mit der weiteren Stillegung grösserer Betriebe zu rechnen. Die meisten Handwerker werden überhaupt zum Erliegen kommen. Sogar die Versorgung der deutschen Dienststellen ist in Frage gestellt, ebenso die Versorgung natürlich der Privathaus = halte der Reichs- und Volksdeutschen. Bei dieser Sachlage ist es völlig unverständlich, daß die Ostbahn nicht nur den aktiven bei ihr diensttuenden Eisenbahnern sogenannte Deputatkohlen zur Ver = fügung stellt, sondern darüberhinaus allen Pensionisten der frühe= ren polnischen Eisenbahn. Die Leute erhielten 1 to. Kohlen. Die in den gleichen Räumen wohnenden Volks- und Reichsdeutschen müs = sen zuschauen, wie die Kohlen an die Polen verteilt werden. Sie selbst bekommen keine. Überdies verkaufen die polnischen Eisen = bahner, ihre Deputatkohlen zu den tollsten Preisen. Ihren eigenen Kohlenbedarf decken sie durch Diebstahl. Polnische Schleichhänd = ler bieten ganz offen grossen Wirtschafts- und Versicherungsun = ternehmen, die unter deutscher Leitung stehen, Schleichhandels =

kohlen in jeder beliebigen Menge an. Einer Bank wurden 1000 to. Kohlen angeboten, wobei Bezahlung erst nach der Lieferung erfol - gen sollte. Andere Firmen bekamen Angebote über Kohlen, jedoch nur waggonweise. Diese Fälle sind der Polizei übergeben worden zwecks Feststellung, woher die Kohlen kommen. Es besteht der drin- gende Verdacht, daß es sich hierbei um Deputatkohlen nicht allein handeln kann, sondern daß irgendwo eine deutsche Stelle beteiligt sein muss. Es ist in den letzten Wochen wiederholt vorgekommen, daß auf Weisung des Kohlenkommissars grosse für Warschau bestimm- te Transporte unterwegs ausgeladen wurden, zumeist in Tschensto - chau und Petrikau, da für Warschau ein oder zwei Tage Transport - sperre bestand. Ist es denn nicht möglich, daß die Züge für diese kurze Zeit auf ein Abstellgleis gestellt und bei Freiwerden der Strecke nach Warschau weitergeleitet werden? Es müßte hier doch einen Weg geben. Überhaupt besteht nach unserer Ansicht die Mög - lichkeit, durch stärkere Hinzuziehung anderer Strecken, z.B. der Litzmannstädter Strecke, die Transportschwierigkeiten teilweise zu beheben. Selbst die Eisenbahnbetriebsdirektion der Ostbahn be- jaht grundsätzlich diese Möglichkeit. Der Kohlenkommissar hat m. E. die Pflicht, diese bestehenden Möglichkeiten mit Hilfe der Ostbahn bis zum letzten auszunutzen. Der Eindruck, daß dies z.Zt. geschieht, besteht in Warschau nicht.

Eine weitere Frage ist, ob die Firmen im Reich, die Aufträge in das Generalgouvernement verlagern wollen, Zweigbetriebe er - richten oder die Aufträge an bereits bestehende Warschauer deut - sche und polnische Betriebe vergeben sollen. Ich glaube, das Ge - neralgouvernement hat ein Interesse daran, daß möglich Zweigbe - triebe errichtet werden, denn dann besteht das Interesse der reichsdeutschen Industrie in Warschau auch nach dem Kriege weiter. Z.Zt. muss man natürlich alle Möglichkeiten ausnutzen und beide Wege beschreiten. Die Errichtung von Zweigbetrieben stößt infolge

der Raumnot auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Ausbau halbzer= störter Betriebe ist deshalb notwendig. Leider können die erfor= derlichen Rohmaterialen nur im beschränkten Umfang zur Verfügung gestellt werden. Auch hier sollte man Warschau in der Zuteilung berücksichtigen, denn die rund 2,2 Millionen Menschen, die in Warschau Stadt und Land leben, können nur in der Industrie be = schäftigt und ernährt werden. Der Leiter der Hauptgruppe " Ge = werbliche Wirtschaft " in der Distriktkammer Warschau wird im einzelnen nachher über die Lebensbedingungen und Entwicklungs = möglichkeiten der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau sprechen.

Das zweite Hauptproblem Warschaus ist die Versorgung der Be = völkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Der Distrikt Warschau hat etwa 3 - 3,2 Millionen Einwohner. Hiervon sind 2,2 Millionen Nichtselbstversorger. Diese benötigen, wenn die jetzigen Lebens= quoten zugrunde gelegt werden, 352.000 to. Kartoffeln und 180.000 to. Brotgetreide. Erfasst wurden im Jahre 1940 97.000 to Kartof= feln und 62.620 to. Brotgetreide. Nach einem Erlass der Hauptab= teilung Ernährung u. Landwirtschaft der Regierung muß in diesem Jahr der Distrikt Warschau den Bedarf an Kartoffeln selbst auf = bringen, ohne wie im vorherigen Jahr aus Lublin und Radom zusätz= liche Lieferungen zu erhalten. Im Vorjahre sind bei einer Anbau = fläche von 170.000 ha. rund 200.000 to. auf die Kreise umgelegt worden, davon sind 97.000 to. erfasst worden. In diesem Jahr müs= sen also 4 mal so viel Kartoffeln erfasst werden als im Vorjahre bei einer Verringerung der Anbaufläche um 25 %. - Das ist eine unerfüllbare Auflage. Ich habe trotzdem angeordnet, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, die notwendigen Kartoffeln zu erfas= sen. Dazu ist aber erstens notwendig, daß genügend Transportmit = tel sichergestellt sind. Die Waggongestellungen für die Getreide- und Kartoffeltransporte sind z.Zt. völlig unzureichend. Es werden

täglich für den genannten Distrikt 200 Waggons für Kartoffeltrans = porte und 100 Waggons für Getreidetransporte benötigt; bei Kartof= feln für die Dauer von 50 Tagen, bei Getreide für die Dauer von 80 Tagen. Ich hatte bei der letzten Regierungssitzung den Antrag gestellt, die Ostbahn möge der Eisenbahnbetriebsdirektion Warschau 60 Waggon neben der normalen Waggongestellung für die Ernteerfas = sung zur Verfügung stellen und zwar für die Einrichtung eines Pen = delverkehrs innerhalb des Distrikts Warschau. Diesen Antrag hat der Herr Präs. Gerteis sowohl dem Abteilungspräsidenten der Eisenbahn = betriebsdirektion Warschau wie auch mir gegenüber telefonisch akzep= tiert und die Zurverfügungstellung dieser 60 Waggons zugesagt. Ich muß hier feststellen, daß dieses Versprechen von der Ostbahn nicht gehalten wurde, daß auf ein Fernschreiben von mir, das ich vor un = gefähr 3 Wochen an den Herrn Präs. Gerteis in dieser Frage gerich = tet habe, bis heute keine Antwort eingegangen ist, daß der Abtei = lungspräs. Herr Säufferer mir bis heute noch nicht mitgeteilt hat, weshalb die zugesagten Güterwagen nicht zu bekommen sind, daß darü= ber hinaus es unmöglich ist, von der Eisenbahnbetriebsdirektion eine Verständigung über angeordnete Transportsperren zu erhalten. Ich bedaure die schlechte Zusammenarbeit mit der Ostbahn auf das tiefste. Ich kann meinerseits nur feststellen, daß von mir alles versucht wurde, eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen. Wenn das nicht möglich ist, muss ich die Schuld hierfür der Ostbahn auferlegen, wo= bei ich den Eindruck habe, daß die Herren hier absolut guten Willens sind, daß die Schwierigkeiten jedoch stets von der Zentrale der Ost= bahn in Krakau gemacht werden. Die Verantwortung für die mit Sicher= heit zu erwartenden schweren Störungen in der Versorgungslage War= schaus muß ich zu einem Grossteil auf die Verwaltung der Ostbahn abwälzen. Ich habe den Eindruck, man ist sich dort über den Ernst der Situation durchaus nicht im klaren.

Neben der Waggongestellung ist es notwendig, daß L.K.W.'s zusätzlich zu den Panjefuhrwerken zur Verfügung gestellt werden.

Es werden benötigt für Kartoffel- und Getreidetransporte in den Kreisen 40 L.K.W.'s, in der Stadt zum Abtransport von dem Bahnhof zu den Lagern ebenfalls 40 L.K.W.'s. Für Zuckerrüben ausserdem in den Kreisen 20 L.K.W.'s mit Anhängern. Für die benötigten L.K.W.'s muß die erforderliche Benzinmenge zur Verfügung gestellt werden. Im Monat werden rund 180.000 Lt. Benzin für diese Zwecke benötigt und 3.000 Lt. Öl. Ich weiß die Schwierigkeiten in der Beschaffung der geforderten Mengen wohl zu würdigen, aber ich bitte Sie Herr Ge = neralgouverneur, uns diese Anträge, die ich schriftlich der Regie = rung eingereicht habe, zu genehmigen. Die Wehrmacht, die Organisa = tion Todt und das Otto - Programm haben dem Distrikt 7.500 Pferde und 3.800 Panjewagen aus der Landwirtschaft weggenommen. Die Schwie= rigkeiten bei der Ackerbestellung sind dadurch enorm groß. Trotzdem wird eine ordnungsgemäße Bestellung durchgeführt werden können. Aber der Ausfall dieser Verkehrsmittel beim Transport der abgelieferten Kontingente ist nicht wieder gut zu machen und kann nur durch L.K. W.'s oder durch erhöhte Waggongestellung ausgeglichen werden.

Die übrigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft sind wohl in allen Distrikten die gleichen. Kunstdüngerlieferungen sind bei wei= tem nicht ausreichend. Die Deckung des Bedarfs ist nur bis zu einem Viertel möglich. Die landwirtschaftlichen Betriebe leiden unter Eisen- und Ledermangel.

Zur Absicherung der Kartoffelversorgung müssen die Kartoffel= lieferungen an Brennereien und Stärkefabriken im Distrikt, die mit 47.000 to. Kartoffeln zu beliefern wären, eingestellt werden. Die Einsparung von Kartoffelmengen bei den Brennereien und Stärkefa = briken bedeuten, daß der jüdische Wohnbezirk mit rund 450.000 Ein = wohnern mit je 1 Dz. pro Person und Jahr beliefert werden könnte. Andernfalls ist eine Belieferung des Wohnbezirkes nicht möglich. Ich weiß das finanzielle Interesse an den Betrieben der Brennereien wohl zu würdigen. Allein das kann nicht massgebend sein, wenn es

sich um eine derart lebenswichtige Frage für die Versorgung der Warschauer Bevölkerung, die ja in erster Linie der Erhaltung der Arbeitskraft dieser Menschen für das Reich dient, handelt.

In diesem Zusammenhang darf ich kurz auf eine andere Frage eingehen. Der Distrikt Warschau ist mit 16.000 qkm. um rund 10.000 qkm. kleiner wie die übrigen Distrikte, von Galizien ganz abgese = hen. Das Verhältnis zu den Selbstversorgern ist 2 zu 1, im Distrikt Lublin z.B. 1 zu 5. Warschau hat durch die Grenzziehung fast sein gesamtes Hinterland verloren. Nachdem die Stadt eine enorme wich= tige Wirtschaftsfunktion zu erfüllen hat, erscheint es notwendig, ihr ein natürliches Hinterland zu geben. Ich habe deshalb einen Antrag über den Herrn Staatssekretär eingereicht, der die Vergrös= serung des Distrikts um rund 4.000 qkm landwirtschaftliche Gebie= te beeinhaltet. Diese Gebiete gehören zum Teil dem Distrikt Lublin, z.T. dem Distrikt Radom. Es handelt sich um Teile der Kreise Biala Podlaska und Radzyn im Distrikt Lublin und um den Nordteil des Kreises Tomaschow im Distrikt Radom. Verkehrspolitisch gesehen, tendieren diese Gebiete einwandfrei nach Warschau, Die Kreise Bia= la Podlaska und Radzyn sind ausserdem bereits sowieso aufs engste mit Warschau verbunden, weil ihre gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Warschau abgeführt werden. Das Gebiet um Rawa lie= ferte bisher sehr beträchtliche Mengen Kartoffeln nach Warschau. Eine Angliederung dieser Gebietsteile an den Distrikt Warschau wür= de für die Stadt Warschau eine wesentliche Entlastung bedeuten. Mit 20.000 qkm. bleibt Warschau trotzdem der kleinste Distrikt. Es dreht sich bei dieser Frage überhaupt nicht um eine Angleichung der Grössenverhältnisse der einzelnen Distrikte, sondern um natür= liche wirtschaftliche Notwendigkeitenm die für Warschau lebenswich= tig sind.

Ich bitte, Herr Generalgouverneur, in diesem Sinne meinen An = trag einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

[illegible] im Warschau die Juden ein,
[illegible] Wohnbezirkes. Es werden noch
[illegible] gehalten werden. Ich möchte hier
[illegible] Lebensmittelversorgung der Juden eingehen.
[illegible] gehalten werden soll, ist es not -
wendig, [illegible] Lebenserhaltung ausreichenden Rationssätze
[illegible] erhalten nur eine Grundverpflegung,
[illegible] illegalen Wege in das Ghetto gelan-
gen. [illegible] beabsichtigen, ab 5. November die
[illegible] durchzuführen - wir sind dazu
[illegible] gezwungen - dann müssen neue
[illegible] genehmigt werden. Es werden folgen-
de [illegible] in [illegible] gebracht:

[illegible] gr. Brot pro Woche
[illegible] gr. Zucker mtl.
1 Ei mtl.
100 gr. Marmelade mtl.
50 gr. Fett mtl.
1 Dz. Kartoffeln pro Jahr.
Fische nach Anfall
Gemüse nach Anfall.

Auch diese Lebensmittel sind zur Lebenserhaltung noch zu ge-
ring. Notwendig ist, daß je nach Möglichkeit Sonderzuteilungen [illegible]
[illegible] werden. - Die Sterblichkeitszahlen werden zweifellos
[illegible] Aber schließlich handelt es sich bei diesem
[illegible] Auseinandersetzung mit dem Judentum in seiner Gesamt-
heit. [illegible] von den Juden im Falle eines Sieges zu erwarten hätte
[illegible] des amerikanischen Juden [illegible]
[illegible] kann verantwortet werden, wenn
[illegible] der sich das gesamte Weltju-
- [illegible] -

[illegible] von uns vernichtend getroffen wird.

Auf [illegible] besonders hinweisen und das ist die Versorgung der Juden im Reich, insbesondere im Ghetto von Litzmannstadt. Die Juden erhalten dort folgende Lebensmittel:

Pro Kopf und Woche:

Brot	2,[illegible]50 kg.	für arbeitende Juden
"	1,[illegible]25 kg.	für nichtarbeitende Juden
Nährmittel	0,100 kg.	für arbeitende u. nichtar= beitende Juden
Fleisch	0,250 kg.	für arbeitende Juden
"	0,150 kg.	für nichtarbeitende Juden
Fett	0,100 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Bier	keine	
Kaffeemischung	0,0[illegible]5 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Gemüse	3,150 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Kunsthonig	0,052 1/2 kg.	für arbeitende und nicht= arbeitende Juden
Zucker	0,140 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Kartoffel	3,250 kg.	für arbeitende und nichtar= beitende Juden
Buttermilch u. entrahmte Frischmilch	2,7 Ltr.	für Kinder von 3 - 6 Jahren
Vollmilch	2,7 Ltr.	für Kinder bis zu 3 Jahren

Für die kranken Juden werden zusätzlich pro Kopf und Woche 100 gr. [illegible] geliefert und für die gleiche Zeit je 1 Ei und 0,[illegible] gr. Puddingpulver.

Wenn auch diese Sätze nicht immer eingehalten werden, so ergibt sich doch [illegible], dass die Juden in Litzmannstadt besser verpflegt werden, als die [illegible] Arbeiter in Rüstungsbetrieben im General= gouvernement. Diese Tatsache muss z.B. den massgebenden Reichsstel= len bei ihren Lebensmittelanforderungen an das Generalgouvernement

vor Augen gehalten werden.

Zusammenfassend möchte ich bei der Frage der Lebensmittelversorgung noch einmal feststellen, daß es sich auch hier zum grossen Teil um ein [illegible] handelt. Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag auf die [illegible] von 60 Güterwagen für den Distrikt Warschau.

Die Vorbereitung hier für die Beschaffung von Winterquartiern für unsere im Osten kämpfenden Truppen sind in vollem Gange. Wir haben, wenn diese Truppenteile zurückkommen, wieder mit Sperrungen für längere Dauer zu rechnen. Wenn es uns nicht gelingt, bis dahin den Bedarf für die Wintermonate bis März sicherzustellen, insbesondere den Bedarf für Kartoffeln, weil diese ja im Winter nicht transportiert werden können, dann ergeben sich Situationen in Warschau, die auch die geduldigste Bevölkerung zu unbedachten Handlungen hinreissen können. Ich glaube, schon aus politischen Gründen sollte man diese Entwicklungsmöglichkeiten möglichst vermeiden.

Neben diesen beiden Hauptpunkten Wirtschaft und Ernährung treten alle übrigen Probleme in den Hintergrund. Ich möchte deshalb darauf verzichten, sie hier vorzutragen, da zumal die einzelnen Abteilungen dauernd in Verbindung mit der Regierung stehen und die entsprechenden Fragen laufend mit der Regierung besprochen werden.

Trotz aller Schwierigkeiten der vergangenen Monate hat das Aussehen der Stadt Warschau infolge der Tätigkeit der deutschen Behörden wiederum eine Verbesserung erfahren. Viele beschädigte Häuser wurden ausgebessert, Fassaden erneuert, zerstörte Häuser abgerissen. Die Sauberkeit hat sich dank der energischen Massnahmen der Stadtverwaltung beträchtlich gehoben. Die Verkehrsdisziplin ist besser geworden und so zeigt Warschau für hiesige Verhältnisse ein ordentliches Gesicht. Die Lebensbedingungen der Deutschen sowohl der Reichs- und Volksdeutschen, wurden laufend verbessert.

Die Volksdeutschen werden in verstärkten Masse in den Deutschen Wohnbezirk eingesiedelt, um sie von ihren polnischen Beziehungen zu lösen und ihnen bessere Wohnungsverhältnisse wie bisher zu geben. Dabei taucht ein Problem auf, das leider von der Regierung gegen unseren Antrag entschieden wurde und das ist die Frage der Mietfestsetzung. Die 100 % ige Miete ist einfach bei den jetzigen Lebens- und Einkommensverhältnissen der Reichs- und Volksdeutschen wie auch der Polen nicht tragbar. Der Hausbesitz kann sich in diesen Zeiten nicht erholen. Er hat immerhin das eine für sich, dass sein Vermögen durch den Krieg nicht zerstört wurde und auch durch die inflationistischen Erscheinungen nicht beseitigt werden kann. Das Haus steht einfach da und behält seinen Wert. Wir haben im Reich in der Inflation eine ähnliche Erscheinung gehabt; deshalb wurde dem Althausbesitz als Ausgleich für die Erhaltung seines Vermögens eine Steuer auferlegt, die bis heute noch nicht beseitigt ist. Man kann deshalb auch ruhig den Warschauer Hausbesitzern, wenigstens soweit es sich um Reichs- und Volksdeutsche Mieter handelt, eine Herabsetzung des Mietzinses, der an sich im Verhältnis zu anderen Städten des Generalgouvernements und erst recht zu den Städten im Reich weit übersetzt ist, ruhig zumuten. Die Wirtschaft leidet darunter zumindesten nicht wesentlich. Wie soll ein deutscher Beamter eine anständige Wohnung beziehen, für die er 700.-- Zl. u. mehr im Monat bezahlen muss. Wie soll man den sowieso schwer ringenden und in ärmlichen Verhältnissen lebenden Volksdeutschen eine bessere Wohnkultur geben, wenn sie derartige Mieten bezahlen müssen? Die Förderung des Deutschtums hier ist m.E. wichtiger als die Förderung des polnischen Hausbesitzers. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, unter diesen Gesichtspunkten noch einmal die Entscheidung der Regierung zu überprüfen und eine den besonderen Verhältnissen Warschaus gerechtwerdende Entscheidung zu treffen.

Die kulturellen Einrichtungen für die Deutschen wurden eben= falls ausgebaut. Das Theater der Stadt Warschau verfügt nunmehr über zwei Spielkörper, für das Schauspiel und für die Operette, die bei= de gutes Theater bieten und ein wesentliches Kulturbedürfnis des Deutschtums zu befriedigen imstande sind. Darüberhinaus wurde ein städtisches Orchester geschaffen, das am vergangenen Sonntag vor ausverkauftem Haus sein Debut mit dem grössten Erfolg gab. Alle die= se Einrichtungen wurden bisher ohne finanzielle Hilfe der Regierung durchgeführt. Es wurden wohl wiederholt Zuschüsse zugesagt, aber, wie mir der Stadthauptmann berichtet, bis heute noch nicht ausge= zahlt. Die Stadt Warschau trägt diese Lasten völlig allein. Im In= teresse der Gerechtigkeit bitte ich auch hier um die Unterstützung der Regierung. Wenn auch Krakau in allen diesen Dingen den selbst= verständlichen Vortritt hat, so haben doch auch die ausserhalb Kra= kaus lebenden Deutschen Anspruch auf Teilnahme an diesen Kultur= gütern.

Ähnliches gilt für den Sport. Dank der Initiative des Distrikts= sportbeauftragten ist in Warschau ein Sportleben entstanden, das sich durchaus erfreulich entwickelt hat. Es herrscht zwischen allen sporttreibenden Stellen, der Wehrmacht, Polizei, SS und der Zivil= verwaltung das denkbar beste kameradschaftliche Verhältnis. Die Er= folge bleiben auch demzufolge nicht aus. Ich darf im Gegensatz zu der Berichterstattung der Krakauer Zeitung, aber gestützt auf die Erfolge des Warschauer Sportes feststellen, daß Warschau heute die führende Sportstadt im Generalgouvernement ist. Ich darf auch ver= sichern, daß ich auch persönlich weiterhin mit größten Nachdruck dafür arbeite, daß Warschau auf diesen Gebiet seine führende Stel= lung behält; denn nichts fördert den Sport mehr– und darauf kommt es ja allein an – als Konkurrenz, und deshalb bitte ich von den wiederholt geäusserten Plänen, den Sport im Generalgouvernement auf eine andere Grundlage zu stellen und anstatt des Wettkampfsin= [illegible] Breitensport zu betreiben, Abstand zu nehmen.

Die bisherige Sportorganisation des Generalgouvernements hat sich durchaus bewährt. Ich kann den Sportbeauftragten des Generalgouvernements, Dr. [illegible], nur zu den bisherigen Erfolgen beglückwünschen, wenn ich ihn auch bezüglich seiner einseitigen Förderung des Sportes in Krakau zu Lasten aller übrigen Städte des Generalgouvernements hin und wieder heftig bekämpfen muss.

Der kommende Winter wird uns erneute Schwierigkeiten bringen, die aller Voraussicht nach noch grösser sein werden als die bisherigen. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, im Namen aller Mitarbeiter im Distrikt Warschau versichern, daß wir uns dieser Schwierigkeiten vollauf bewusst sind und dass wir mit festem Willen, sie zu bewältigen, in die Winterarbeit eintreten. Wir sind uns bewusst, daß vielfach im Reich das Generalgouvernement nach den Verhältnissen in Warschau beurteilt wird. Es ist unser heisses Streben, dem Generalgouvernement, das unter Ihrer Führung dem Reich schon so wertvolle Dienste geleistet hat, auch weiterhin Ehre zu bereiten.

Probleme der städtischen Finanz- und Haushalts-Politik

in Warschau.

Referat, gehalten von Bürgermeister Dr. F r i b o l i n
in Warschau am 15.1o.1941.

- - -

Zu allen Zeiten und überall zählt die Betreuung und Verwaltung von Millionenstädten, in denen neben grossen Menschenmassen starke Wirtschaftsenergien auf engem Raum zusammen geballt sind, zu einer der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben die innerhalb eines staatlichen Gesamtorganismus zu bewältigen sind. Dies gilt vor allem in Kriegszeiten und in Gebieten, in denen ehemals feindliche Bevölkerungszentren mit dem ihnen verbliebenen kommunalen Eigenleben besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der deutschen Aufsichtsbehörde erfordern; mussten doch gerade diese grossen und volkreichen Wirtschaftskörper, die früher ganz andere politische und kulturelle Ziele verfolgten, völlig auf neue Richtlinien und zur Einordnung in den deutschen Jnteressenkreis umgestellt werden.

Geradezu ein Musterbeispiel für die hierbei zu leistende Arbeit und die damit in Zusammenhang auftretenden Probleme, insbesondere wirtschaftlicher und finanzieller Art,

ist die Stadt Warschau, diese ehemals so starke und überhebliche Metropole polnischen Nationalstolzes und polnischer Selbstherrlichkeit. Selten wird man in der Geschichte einen Fall finden, dass eine Stadt, die einst Mittelpunkt aller Energien ihres Staates und Volkes war, einen so plötzlichen, tiefen und sinnfälligen Sturz von der Höhe ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht in Elend und Not innerhalb kürzester Frist erleben musste mit all den Strukturveränderungen, die sich zwangsläufig daraus ergeben. Neben der rein materiellen Zerstörung vieler Werte, die in die Hunderte von Millionen gehen und der Vernichtung zahlloser wirtschaftlicher Existenzen ist es vor allem der Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes /u.a. Kreis Zichenau/ und die daraus folgernde starke Passivierung seiner Zahlungsbilanz, die Warschau in eine äusserst schwierige und ungünstige Lage versetzt hat. Während diese Stadt vor dem Kriege aufgrund ihrer industriellen und gewerblichen Leistungen, sowie ihres Fremdenverkehrs sich die zum Unterhalt ihrer Bewohner erforderlichen Mittel unschwer erarbeiten konnte, hat diese Möglichkeit nach dem für Polen so unglücklichen Ausgang des Krieges fast völlig aufgehört, da sich zudem auch das Wertverhältnis im Austausch von Lebensmittelgütern mit Fertigwaren stark zum Nachteil der konsumierenden Stadtbevölkerung verschoben hat. Demzufolge ist Warschau gegenwärtig ausserstande, seine Zahlungsbilanz trotz Abdrosselung jeglicher, nicht unumgänglicher Zufuhr durch seine laufenden Warenproduktion auszugleichen und deshalb gezwungen, sich nach und nach in steigendem Masse seiner Reserven zu ent-

äussern. Eine ganz allgemeine Erscheinung ist deshalb der Ausverkauf fast aller sich im Besitze seiner Einwohner befindlichen Vermögenswerte, angefangen von Kunstwerken und Kostbarkeiten bis zu den einfachsten Hausrat- und Kleidungsstücken. Da diese Hilfsquellen mit der Zeit versiegen, wird zwangsweise mehr und mehr eine stark einschneidende Schrumpfung der Zufuhr sowie des Verbrauchs und damit des gesamten Wirtschaftslebens der Stadt Warschau die Folge sein, zumal auch noch der grösste Teil der auf Banken und Sparkassen stehenden Vorkriegseinlagen der Bevölkerung zur Auszahlung gesperrt und deshalb vorläufig nicht einsetzbar ist.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange, dass zudem in Zeiten ungesicherter Lebensverhältnisse Grosstädte wie Warschau gern zum Sammelpunkt von Flüchtlingen, Kranken, Elenden und Krüppeln sowie Fürsorgebedürftigen aller Art, weiterhin auch krimineller Elemente gewählt werden, die hier entweder in den vielen städtischen Anstalten und Asylen oder andererseits in unkontrollierbaren Schlupfwinkeln Unterkunft und Lebensmöglichkeiten zu finden hoffen. Dies erhöht naturgemäss die Zahl der Hilfs- und Unterstützungsbedürftigen, die der allgemeinen Fürsorge zur Last fallen, auf einen viel höheren Prozentsatz als in anderen Gemeinden. So müssen in Warschau infolge dieses unerwünschten Bevölkerungszuwachses, aber auch infolge der fortschreitenden Verarmung der Einwohner z.Zt. rund 100.000 Menschen unmittelbar von der Stadt unterstützt werden, wobei Juden und die vom Polnischen Hilfskomitee mit Sachbezügen unterstützten Personen /etwa weitere 150.000/ nicht einbegriffen sind.

Zu einer ausserordentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Warschau hat weiterhin die gewaltige fast katastrophal zu nennende Preissteigerung aller Lebensmittel und damit auch aller Artikel des täglichen Bedarfs, insbesondere der Baustoffe, auf dem freien Markt beigetragen. Diese ungünstige Preisentwicklung, die - wie die graphischen Darstellungen zeigen - insbesondere seit Anfang dieses Jahres eine stark steigende Tendenz verfolgt und im Juni ihren Höchststand erreicht hat, um dann für einige Wochen abzusinken, jetzt aber seit Ende August wieder bedenklich hochzuklettern, konnte trotz aller diesbezüglichen Bemühungen leider bis jetzt noch nicht aufgehalten oder gar ausgeschaltet werden. Der Grund hierfür dürfte sein, dass die Zuteilungsmengen an Lebensmittel nicht ausreichen, um der Millionenbevölkerung der Stadt Warschau das zum Lebensunterhalt unbedingt notwendige Mindestmass zu vermitteln. Es ist festgestellt worden, dass die auf Karten zugeteilten Lebensmittel kaum etwa 1/3 bis 1/2 des Bedarfes eines erwachsenen Menschen decken; der Rest muss auf zusätzlichem Wege, meist im Frei- oder Schleichhandel, zu teueren Preisen beschafft werden. Hierbei entsteht dann das Problem, dass bei dem allgemeinen Lohn- und Gehaltsstop sich ein starkes Missverhältnis zwischen dem für den zusätzlichen Lebensbedarf zur Verfügung stehenden Einkommen zur allgemeinen Preisteuerung ergibt. Der Druck, der von den lohn- und gehaltsempfangenden Arbeitnehmern infolgedessen auf ihre Verwaltungen ausgeübt wird, nimmt dauernd zu; er konnte bis jetzt nur dadurch aufgefangen werden, dass die Angestellten und Arbeiter mit soge-

nannten Suppenaktionen unterstützt wurden, um sie einigermassen in ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit nutzbar zu erhalten. Das Unbefriedigende hierbei aber ist, dass die zur Bereitung dieser - meist nur gegen geringes Entgelt abgegebenen - Suppen erforderlichen Lebensmittel ebenfalls zum grössten Teil nicht aus Zuteilungsmengen, sondern auf dem freien Markt zu erhöhten Preisen gekauft werden müssen; dies führt mittelbar zu weiteren Preissteigerungen, also zu dem gleichen Ergebnis, das ein Abgehen von der bisherigen Lohn- und Gehalts-Politik zeitigen müsste.

Das Mass der Zuteilung auf Lebensmittelkarten, ihr Kalorienwert sowie der Umfang der auf dem freien Markt notwendigerweise zu tätigenden Einkäufe und schliesslich das Verhältnis der Durchschnittsunterstützungen und Einkommen zum realen Wert der Lebensmittel und der Kaufkraft der Konsumenten wolle aus den beigelegten Darstellungen ersehen werden.

Selbstverständlich ist auch der Haushalt der Stadt Warschau durch das starke Ansteigen der Lebenshaltungskosten mit betroffen worden, da im Haushaltsplan grosse Mittel für die soziale Fürsorge und die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt werden müssen, die bei Zugrundelegung der im März ds.Js. geltenden Preise im laufenden Jahre rund 5o Millionen Zloty, d.s. etwa 1/3 des Gesamthaushaltsbedarfs der Stadt Warschau, ausmachen. Da das Preisniveau aber in der Zwischenzeit um ein Vielfaches, zum Teil um 2 bis 300%, gestiegen ist, so folgert daraus, dass entweder die Sätze des Haushaltsplans nicht eingehalten werden können oder Ausgaben für anderweite wichtige kommunale Aufgaben unterbleiben müssen. Gerade auf der Lebensmittel-

versorgungslage der Stadt Warschau mit ihren rund 1,4 Millionen Einwohnern lastet die ungesunde Bevölkerungsstruktur des Warschauer Distrikts ganz besonders schwer; denn das Verhältnis der Stadt- zur Landbevölkerung beträgt im Distrikt Warschau rund 1 : 1, während die entsprechenden Verhältniszahlen in den Distrikten Radom und Krakau 1 : 3 und im Distrikt Lublin sogar 1 : 5 zugunsten der Landwirtschaft treibenden Bewohner sind. /Vergleiche hierzu die graphische Darstellung der Wirtschaftslage der Stadt Warschau/. Wenn daher, wie leider zu befürchten ist, die so stark wieder in Bewegung geratene Teuerungswelle nicht alsbald und radikal gestoppt werden kann, so wird auf die Dauer der an sich schon schwer erreichte Haushaltsausgleich bei der Stadt Warschau trotz grösster Sparsamkeit und Drosselung aller irgendwie entbehrlicher Ausgaben kaum aufrechterhalten bleiben können, es sei denn, dass man für die Wintermonate grössere Lebensmittelzuteilungen zur Verfügung stellen könnte oder aber für Warschau vorübergehend eine allmähliche Lockerung der Lebensmittelbewirtschaftung und Schleichhandelsbekämpfung - mit Ausnahme von Brot und Brotgetreide - eintreten liesse. Jm Ganzen gesehen ist die Preisteuerung auf dem Lebensmittelmarkt und das damit im Gefolge stehende Anziehen aller Preise für Artikel des täglichen Bedarfs, insbesondere auch der Baustoffe, aus dem Rahmen eines rein finanziellen Problems bereits zu einem solchen von allgemeiner Bedeutung herausgewachsen, das gegebenenfalls, zumal im Hinblick auf die für den kommenden Winter in Aussicht stehende Kohlenverknappung, grundsätzliche Entscheidungen sicherheitspolizeilicher und allgemein politischer Art erforderlich macht.

Das wirtschaftlich finanzielle Gebiet der Stadt Warschau berühren zur Zeit vor allem die sehr akuten Fragen der Seuchenbekämpfung und der Bildung eines Jüdischen Wohnviertels; denn für diese Zwecke müssen grosse Mittel, die weit über das zu Beginn des Rechnungsjahres voraussehbare Mass hinausgehen, bereitgestellt werden. Die bedrohliche, ursprünglich im Jüdischen Wohnviertel ausgebrochene, seit Monaten aber auch schon auf polnische Stadtteile übergesprungene Fleckfieberseuche, die täglich an Ausdehnung noch zunimmt und bereits seit Anfang Juni insgesamt rund 1.000 Krankheitsfälle bei den Polen und rund 7.500 bei den Juden /darunter rund 100 Todesfälle bei den Polen und rund 500 bei den Juden/ verursacht hat, erfordert eine verstärkte, intensive Bekämpfung mit allen dafür zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Stadt Warschau hat sich deshalb genötigt gesehen, die anfänglich für die allgemeine Seuchenbekämpfung und das Fleckfieber insbesondere vorgesehene Summe von 3.5 Millionen Złoty auf das fast Doppelte zu erhöhen, um durch Schaffung und Ausbau weiterer Quarantäne-Stationen und Reinigungs-Anstalten sowie vermehrter Desinfektionen und ärztlicher Hilfeleistungen der Ausbreitung dieser evtl. auch die deutsche Bevölkerung gefährdenden Seuche, soweit irgend möglich, wirksam entgegenzutreten.

Die Bildung eines Jüdischen Wohnviertels und dessen verwaltungsmässige Abtrennung vom Verwaltungsapparat der Stadt Warschau hat deren Haushalt naturgemäss ebenfalls beeinflusst. Welche Auswirkungen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht sich daraus ergeben und ob und inwieweit der für die Stadt Warschau

infolge der Ueberlassung eigener Steuern an die Juden zu erwartende Einnahmeausfall durch Einsparungen auf anderen Gebieten ausgeglichen werden kann, lässt sich heute angesichts der erst kurzen Anlaufszeit noch nicht genauer übersehen. Sicher ist nur, dass die finanziell wirtschaftlichen Bindungen zwischen Polnischem und Jüdischem Stadtbezirk unter den gegebenen Verhältnissen auch in Zukunft nicht abreissen werden und viele wichtige Angelegenheiten im jüdischen Sektor, wie insbesondere die Instandhaltung der Strassen, Plätze, Kanalisation und Versorgungsleistungen sowie Bau- und Feuerlösch-Polizei, Meldewesen usw., im Interesse einer geordneten und zweckmässigen Verwaltungsfortführung von der polnischen Stadt weiter betreut bleiben müssen.

Ein weiteres, die Gesamtwirtschaft stark beeinflussendes Problem bildet die Frage der <u>Behebung der grossen Wohnraumnot</u> in der Stadt Warschau. Da diese Stadt durch die Kriegseinwirkungen besonders schwer gelitten und einen hohen Prozentsatz ihres Wohnraums durch Zerstörung und Beschädigung verloren hat, so ist hier die Beschaffung neuer Wohnunterkünfte eine besondere Notwendigkeit. Wenn auch in den letzten 2 Jahren unter tätiger Mithilfe der deutschen Aufsichtsbehörde ein Teil der beschädigten Häuser wieder hergestellt werden konnte, so fehlen heute doch noch in Warschau rund 70.000 Wohnungen! Deswegen müssten, sobald die allgemeine Bausperre wieder aufgehoben ist, grosszügige Förderungsmassnahmen für beschleunigten Wohnungsbau seitens der Stadtverwaltung einsetzen, wozu allerdings die Herabsetzung der zur Zeit stark

überhöhten Baustoffpreise die Voraussetzung wäre. Allgemein darf wohl bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, dass die Ausmerzung der bedeutenden Kriegsschäden, verbunden mit einer wesentlichen Verbesserung des Stadtbildes und seiner Verkehrsverhältnisse, in den letzten 2 Jahren sichtbar und stetig fortgeschritten ist. Wenn diese Bereinigung nicht immer in dem gewünschten Tempo durchgeführt werden konnte, so liegt dies nicht etwa an der deutschen Aufsichtsführung, sondern ausschliesslich in der Beschränkung der für solche Zwecke verfügbaren Haushaltsmittel, die, wie schon hervorgehoben, notwendigerweise für die Erfüllung dringenderer lebenswichtigerer Aufgaben zur Verfügung gestellt und verbraucht werden mussten.

Nach einer Richtung aber müssen finanzielle Rücksichten hinter wichtigeren Belangen, nämlich der künftig in verstärktem Masse fortzusetzenden Betreuung des im Osten eingesetzten deutschen Menschen zurücktreten, dies ist notwendig, damit auch in Warschau sich in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung ein fester Kristallisationskern deutschen Geistes, deutscher Tatkraft und Leistung entwickeln kann. Hierzu ist - rein räumlich gesehen - die bereits in Gang befindliche Schaffung eines Deutschen Wohnviertels unbedingte Voraussetzung; die dadurch erforderliche örtliche Umsiedlung und Auswechselung von Polen und Deutschen, sowie die Bereitstellung ausreichenden und geeigneten Wohnraumes für die Deutschen ist ein weiteres wichtiges Problem, das der deutschen Aufsichtsverwaltung gestellt

ist. Dass seine Lösung, insbesondere in finanzieller Hinsicht, grosse Opfer erfordert, dürfte bei dem Ausmass der hiervon betroffenen vielen Tausenden von Menschen und ihrer vielseitigen Bedürfnisse einleuchtend sein, allein schon, wenn man die Frage der Mietpreisbildung die gerade hier in Warschau infolge ihrer Höhe besondere Schwierigkeiten bietet, denkt. Ohne staatliche Hilfe und Unterstützung - wobei an allgemeine Zuschüsse oder Steuererleichterungen für den Grundbesitz gedacht werden könnte - wird diese im Interesse der Stärkung des Deutschtums im Generalgouvernement aufgegriffene Sonderaufgabe nicht zu bewältigen sein.

In dem Vorgetragenen konnte nur ein kleiner Ausschnitt über die allerwichtigsten und akutesten Fragen, die die Stadt Warschau gegenwärtig besonders berühren, gegeben werden. Es sollte damit versucht werden, aufzuzeigen, wie ständig, fast täglich neue Probleme auftauchen oder sich ändern und oft alle vorausschauenden Berechnungen und Kalkulationen wieder umstossen. Wenn es bisher angesichts der inzwischen seit seiner Aufstellung eingetretenen ungeheueren Preissteigerung und der damit verbundenen starken Senkung der allgemeinen Kaufkraft sowie der für das laufende Rechnungsjahr wesentlich herabgesetzten Staatssteuerzuwendungen gelungen ist, den Warschauer Haushalt in Ordnung und mit seinem rund 160 Millionen-Złoty-Ausgleich auf der Höhe des Vorjahres zu halten, so mag daraus zu ersehen sein, mit welcher Sparsamkeit und Einschränkung in Warschau gearbeitet worden ist. Dies war nur möglich, weil die Finanzen der Stadt Warschau an sich gesund sind und weil trotz aller Kriegs-

verluste und Störungen des Wirtschaftslebens dieses weiterlebt und teilweise sich auch erholt; ein Zeichen hierfür sind insbesondere die dauernd und wider Erwarten gut fliessenden Steuereingänge aller Art und die steigenden Zahlen des Strom-, Gas- und Wasserverbrauchs in der Stadt; diese wären noch viel höher, wenn nicht aus Kohlenersparnisgründen die Erzeugung und Abgabe dieser Energien gedrosselt werden müsste. Andererseits aber ist eine entsprechende Einnahmeerhöhung damit leider nicht ohne weiteres verbunden, da das starke Ansteigen der allgemeinen Gestehungsunkosten den Mehrertrag der städtischen Versorgungsbetriebe zum grössten Teil wieder aufzehrt.

Im ganzen gesehen sieht die Finanz- und Wirtschafts-Politik der deutschen Aufsichtsbehörde über die Stadt Warschau ihr Ziel darin, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Belange mit der Zeit wieder die Grundlagen zu gesunden Lebens- und Arbeitsverhältnissen zu schaffen; ihr Bestreben wird sein, diese Aufgabe möglichst aus eigener Kraft zu lösen und durch tunlichste Ausschöpfung aller Einnahmequellen, grösstmöglichste Sparsamkeit auf allen nicht lebenswichtigen Gebieten und Fortsetzung aller Bemühungen zur Wiederingangbringung der Wirtschaft und Produktion zu einem finanziellen Selbstausgleich zu kommen. Ob dies gelingen wird, hängt von der weiteren Entwicklung der allgemeinen Lage und der damit verknüpften Wirtschafts-, Preis- und Lohnfragen ab. Hält die Teuerung und die Beauftragung der Stadt Warschau mit immer neuen Pflichten und Belastungen /u.a. Luft-

schutz, örtliche Umsiedlung, verstärkte Seuchenbekämpfung, nicht rückerstattbare Leistungen für die Wehrmacht, Wiederaufnahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes für die 300 Millionen Złoty betragende Altverschuldung usw./ weiter an, so wird es nicht zu umgehen sein, sich die für derartige, nicht voraussehbar gewesene Aufgabengebiete erforderlichen Mittel durch eine Sonderfinanzierung zu beschaffen; denn Reserven hierfür stehen der Stadt Warschau nicht mehr zur Verfügung. Die Aufnahme von Anleihen aber sollte m.E. tunlichst vermieden, jedenfalls jedoch streng begrenzt bleiben auf die Gewinnung von Mitteln für werbende und ertragbringende Anlagen, z.B. der Städtischen Betriebe.

Selbstverständlich ist sich die deutsche Aufsichtsstelle über die Stadt Warschau bewusst, dass sie sich bei ihrer Finanz- und Wirtschaftsführung immer dem Gesamt-Wirtschaftsorganismus des Generalgouvernements und den dabei zu befolgenden Richtlinien unterzuordnen hat. Das schliesst nicht aus, dass der Stadt Warschau mit ihrer günstigen Verkehrslage am Mittellauf der Weichsel und als Knotenpunkt eines zentralen Strassen- und Eisenbahnnetzes immer ein bedeutender wirtschaftlicher Einfluss im neugewonnenen Ostraum gesichert sein wird und dass sie daneben von sich aus alle Kräfte sammelt und fördert, die zu einer Stärkung der Wirtschaftsenergie des Generalgouvernements beizutragen vermögen.

Jn der Erfüllung dieser der deutschen Aufsichtsbehörde hierbei zufallenden Aufgaben sieht diese den wertvollsten Lohn für ihre Arbeit, weil sie damit glaubt, zu ihrem be-

scheidenen Teil mithelfen zu können am erfolgreichen Einsatz im Osten und an einem gesunden Weiteraufbau des Generalgouvernements.

gez. Dr. Fribolin.

TVERWALTUNG WARSCHAU
Finanzabteilung
15. Oktober 1941.

Kleinhandelspreise einiger Lebensmittel
im Freihandel in Warschau

Durchschnittspreise in Złoty.
Laut Angaben des Städtischen Statistischen Amtes
sowie der Städtischen Bezirksbüros.

der Ware	Menge	Monatsdurchschnittspreise im:				Tagesdurchschnittspreis an 14.X.1941.
		Septemb. 1940	Oktober 1940	Februar x/ 1941	Sept. 1941	
ggenschrottbrot	Kg.	1.49	1.66	2.58	6.55	7.22
izenmehl	"	4.42	4.48	5.33	18.28	18.37
ggenmehl	"	2.93	-	3.74	12.63	13.37
rstengrütze	"	3.13	3.08	3.90	14.66	15.62
hafleisch	"	6.97	6.66	7.26	19.02	22.12
weinefleisch	"	9.29	8.77	9.43	32.49	32.62
eck	"	16.35	15.83	14.30	56.63	57.62
lch	Liter	1.37	1.49	1.82	3.19	3.79
tter	Kg.	20.07	21.47	20.64	57.35	60.25
rkkäse	"	5.72	5.77	5.95	15.63	16.37
	Stück	0.43	0.54	0.84	1.24	1.54
bsen	Kg.	5.57	5.39	6.01	14.47	16.12
rtoffeln	"	0.35	0.32	0.77	2.11	2.42
uerkraut	"	0.89	0.72	1.09	.	.
hrrüben	"	0.40	0.40	0.56	.	1.46
iebel	"	0.61	0.60	1.39	:	4.69
cker	"	6.47	6.28	8.58	21.18	22.87

---

x/ Zeitraum der Aufstellung des Haushaltsplans 1941/42.

Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau.

I. Allgemeines.

Im Hahre 1939 waren im Distrikt Warschau ca. 4000 Industriebetriebe und 24000 Handelsbetriebe vorhanden. Die Zahl der Industriebetriebe dürfte sich unter Abzug der durch Kriegseinwirkung vernichteten 250 Betriebe im wesentlichen auf der alten Stufe erhalten haben, während die Zahl der Handelsbetriebe auf ca. 35000 angewachsen ist.

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist für 1938 bisher mit 15000 angenommen worden. Nach den neuerdings vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit angestellten Erhebungen wird diese Ziffer als unzutreffend bezeichnet. Sie dürfte in Wirklichkeit wesentlich darüber liegen; hierüber wird die bevorstehende Betriebszählung den erforderlichen Aufschluss geben.

Einheitlich wird die Feststellung beurteilt, wonach die Handwerksbetriebe durchschnittlich 2,3 Beschäftigte aufweisen. Wird die Zahl der Handwerksbetriebe mit ca. 20000 angenommen, so kann mit einer Beschäftigtenziffer von ca. 45000 gerechnet werden.

Statistisches.

Die 4000 Industriebetriebe im Distrikt Warschau beschäftigten nach statistischen Erhebungen des Jahres 1938 : 170 000 Arbeiter und Angestellte, oder anders ausgedrückt 52% der Gesamtindustrie in den bisherigen 4 Distrikten des Generalgouvernements.

Die Sozialversicherungskasse Warschau, die ihren Bereich auf Stadt und Kreis Warschau, sowie 4 weitere Kreise erstreckt, wies im

Jahre 1938 — 407 796 Versicherte und am

1.2.1941 — 224 967 Versicherte auf, die

sich wie folgt verteilten:

1938		am 1.2.1941
51,2 %	Industrie und Handwerk	39,8 %
9,9 %	Handel	12,1 %
4,4 %	Transport u.Schiffahrt	4,4 %
7,7 %	andere Betriebe	14,6 %

Die über den Kreis der Versicherten der bei der Sozialversicherungskasse zum 1.2.41 durchgeführ Auszählung hat eine wesentliche Verlagerung geg über dem Stande 1938 ergeben und zwar zum Nacht der in der Industrie und Handwerk Beschäftigten zu Gunsten der im Handel und anderen Betrieben gen.

Zahlen der Erwerbstätigen.

Wenn berücksichtigt wird, dass in der Vorkriegs im Distrikt Warschau von den Erwerbstätigen 65% Industrie, Handel und Handwerk und 35% auf Land-Forstwirtschaft entfielen, und seitdem eine wei Verstädterung sich vollzogen hat, so kommt vor der Verlagerung der Beschäftigten aus Industrie Handwerk auf den Handel und andere Betriebe ger für Warschau eine symptomatische Bedeutung zu.

Wir erhalten aus dieser Tatsache den unwiderlegl Beweis des starken Anschwellens derjenigen Kräf die sich ohne Genehmigung und ohne die Erfüllung erforderlichen sachlichen Voraussetzung in Hand funktionen eingemischt und das schmutzige Gesch des Schieber-und Schleichhandels zum Nachteil d Gesamtwirtschaft und der Bevölkerung betreiben. Auf diese Frage wird im Verlauf der weiteren Da legungen noch besonders eingegangen werden.

Diese nachgewiesene Berufsverlagerung ergibt in sen nur ein Teilbild. Die Wirklichkeit offenbar eine weit grössere Abwanderung.

Die Industrie in Stadt und Distrikt Warschau hat wie bereits dargelegt - in der Vorkriegszeit nic nur den überwiegenden Teil der im GG. in der In trie Beschäftigten aufgewiesen, sondern auch di überragende Kapazität einer Reihe von Erzeugung industrien beherbergt, wie beispielsweise die M industrie, die elektrische Industrie, die chemi Industrie und die Papierindustrie. Ausserdem is Warschau der überwiegende Teil des Grosshandels des Einzelhandels ansässig gewesen.

Handwerk.

Vom Handwerk lässt sich gleichermassen feststel dass vor allem in der Stadt Warschau ein zahlen sig erheblicher Bestand an leistungsfähigen, gu gerüsteten Betrieben, die dem deutschen Qualitä handwerk durchaus gleichzusetzen sind, vorhande waren und verblieben sind.

Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, dass in Vorkriegszeit Warschau der Sitz aller grossen B institute und der Personal-und Sachversicherung war und dass in dieser Stadt im wesentlichen de Geldausgleich und die Steuerung des Kreditverke sich vollzogen hat.

Kriegs-
Einwirkungen.

Das industrielle und gewerbliche Leben hat unter den Folgeeinwirkungen des Krieges schwere Einbusse erlitten. Es kann gesagt werden, dass die polnische Unternehmerschaft in Industrie, Handwerk und Handel trotz der erlittenen Rückschläge sich der Beseitigung der Kriegsschäden mit anerkennenswertem Eifer gewidmet und die Betriebe wieder zum Einsatz gebracht hat mit dem Ergebnis, dass bis in die jüngste Zeit hinein das Steueraufkommen im Distrikt Warschau immer noch mehr als die Hälfte des Gesamtsteueraufkommens im GG. ausmacht. Aus dieser Tatsache darf gefolgert werden, dass die polnische Unternehmerschaft aus Industrie, Gewerbe und Handwerk sich Anregungen in Bezug auf Betriebsverbesserungen auch weiterhin zugänglich zeigen wird.

Entstehungs-
geschichte.

Entstehungsgeschichtlich kann die Industrie im Distrikt Warschau in 2 Gruppen eingeteilt werden: Die eine Gruppe umfasst die grosse Zahl der Erzeugungsindustrien für den täglichen Bedarf und von Produktionsmitteln. Es handelt sich zum Teil um alteingesessene Betriebe, die aus kleinen Anfängen heraus auf hohen technischen Stand und ansehnliche Gefolgschaftsziffern entwickelt wurden. Bei zahlreichen Betrieben finden wir heute noch deutsche Namen als Bestandteil der Firmierung, worin wir deutsche Gründer-Initiative erkennen können.

Nach Abschluss des Weltkrieges und der Kostituierung des polnischen Staates ist eine weitere Industriegruppe und zwar eine ausschliesslich Rüstungszwecken dienende und aus Auslandskrediten finanzierte Grossindustrie von allerbester betrieblicher Ausgestaltung entstanden. Es handelt sich dabei um solche Betriebe die heute zumeist in der Hand des Rüstungskommandos liegen und für die deutsche Wehrrüstung zum Einsatz gebracht sind. In diesen Betrieben sind z.Zt. 35 000 Beschäftigte tätig.

Meine bisherigen Betrachtungen möchte ich mit folgender Zusammenfassung abrunden: Stadt und Distrikt Warschau verzeichnen eine reiche Vielfalt von technisch gut ausgerüsteten Fachindustrien und von leistungsfähigen Handels-und Handwerksbetrieben, sowie ein dem gewerblich-industriellen Bedürfnis durchaus entsprechendes Bankgewerbe.

Wenn auch deutsche Unternehmerkreise, die sich zum Zwecke der Auftragsverlagerung oder der Pachtung bezw. des Erwerbs von Betrieben auf Grund durchgeführter Besichtigungen immer wieder übereinstimmend dahin äussern, dass der Stand der technischen Betriebseinrichtungen und-ausstattungen rückständig seien und gewohnten deutschen Anforderungen wenig entsprechen, so kann hierin kein unüberwindliches Hindernis zu einer Angleichung an deutsche Betriebe gesehen werden.

Im Wege von Kapital-Investitionen muss es errei
bar sein, unwirtschaftliche technische Anlagen
verbessern und unzeitgemässe Fabrikationsmethod
zur Seite zu legen, um damit die praktische Dur
setzung deutscher technischer und wirtschaftlic
Organisationsprinzipien sicherzustellen. Im Gan
gesehen handelt es sich hier um relativ leicht
hebbare Mängel.

II. Die Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Mit der Zerschlagung des polnischen Staates und
Ueberganges der gesamten staatlichen und politis
Machtfülle auf Führer und Reich ist die eigenst
liche und damit interessengebundene Ausrichtung
gesamten polnischen Wirtschaftsführung zusammen
brochen. An ihre Stelle ist eine neue und grund
gend veränderte wirtschaftspolitische Zielsetzu
getreten, wie sie aus dem Charakter des GG. al
zum Grossdeutschen Interessenbereich gehörigen
land mit gewollt autonomem Gebietscharakter und
ner Wirtschaftshoheit abgeleitet werden musste.

An Stelle der bislang vorhanden gewesenen und i
Wesen nach massgeblich von liberalistischen Ges
punkten geführten Wirtschaft mit stärkstem jüdi
Führungs-und Kapitalseinschlag musste zwangsläu
unter Ausmerzung dieser Einflüsse eine nach st
chen Grundsätzen gelenkte Wirtschaft und Betrie
führung im einzelnen treten. Deutscher Rechtsso
und die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des
vaten Eigentums vermittelten die Möglichkeiten
Entfaltung der privaten freien Unternehmerinit
und die Tragung der Betriebsverantwortlichkeit

Grundbegriffe der Produktion.

Auf diesen Grundlagen konnte dem Unternehmertum
die veränderte Aufgabe vor Augen geführt werden
dass die Betriebsführereigenschaft in Wirklichk
nur eine Treuhänderfunktion am Werk zu Gunsten
Staates und der Gemeinschaft ist. Dass daneben
die private Erzeugung ebensosehr der Grundsatz
den Vordergrund gerückt werden musste, dass die
Befriedigung notwendigen Bedarfsgüter in ausrei
dem Masse gefertigt und dem Markt entsprechend
Nachfrage zur Verfügung zu stellen sind, kann
ebenso selbstverständlich bezeichnet werden, wi
die Forderung nach Befolgung des ökonomischen P
sips : unter geringsten Aufwendungen bestmöglic
Leistungen hervorzubringen.

Die gewerbliche Wirtschaft hat in all ihren Teilen ihren Leistungswillen, den Willen zur Ein-und Unterordnung in ... ihr gestellten Führungsaufgaben-und Pläne ebensosehr unter Beweis zu stellen, wie sie die Verpflichtung hat, das gesamte fachliche Können für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Die Wirtschaft hat fernerhin gegen sich gelten zu lassen, dass die Währung dieses Landes in einem festen und unabänderlichen Wertverhältnis zur Reichsmark steht, dass die Aufrichtung zollpolitischer und devisenrechtlicher Schranken zum Reich erfolgt ist, und dass an diesen Grundfesten auf lange Zeit hinaus festgehalten bleiben muss.

Nach Massgabe der von der Machtfülle des Führers und des Reiches abgeleiteten und durch die Hoheitsverwaltung dieses Nebenlandes verordneten Wirtschaftsgesetzen und Führungsgrundsätze ist der weitere Wirtschaftsablauf zu gestalten und zu entwickeln.

Oeffentliche Aufträge.

Wenn unter diesen Gesichtspunkten die der gewerblichen Wirtschaft gestellten Einsatzaufgaben - vorweg auf dem Gebiet der Durchführung öffentlicher Aufträge, sei es im Rahmen der staatlichen Hoheitsverwaltung, der politischen Selbstverwaltungskörperschaften oder der öffentlichen Verkehrseinrichtungen - näher überprüft werden, so ergibt sich ein im allgemeinen befriedigendes Gesamtbild.

Es standen für die Produktion alle benötigten Roh- und Hilfsstoffe bislang sowohl im Wege der staatlich gelenkten Bewirtschaftung wie auch auf dem freien Markt in noch genügendem Ausmass zur Verfügung.

Rohstoffbezug.

Seit Mitte d.J. sind aber die Bezugsmöglichkeiten auf dem Rohstoffsektor zusehends knapper geworden, sodass aus beteiligten Kreisen der Ruf nach vermehrten Zufuhren immer eindringlicher wurde. Demgegenüber darf eingewendet werden, dass es nicht ungerechtfertigt erscheint, wenn auch der Wirtschaft unter gewissen Voraussetzungen die Hinnahme von Mangellagen als einer unmittelbaren Kriegsfolge zugemutet werden muss.

Rohstoffpreise.

Zum Teil sind aber auch beachtliche, durchaus berechtigte Klagen über Rohstoffbelieferungen geführt worden. Die eisenverarbeitende Industrie im GG. muss z.B. für bewirtschaftetes Universaleisen pro Tonne auf Basis Oberhausen, den Betrag von RM. 240.60 gegenüber einem Tonnenpreis für das gleiche Erzeugnis im Reich von RM. 120.60 aufwenden. Bei so ungewöhnlich überhöhter Preisstellung kann objektiv von einer Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der im GG. liegenden Betriebe gesprochen werden. Auch die im Januar 1941 gegründete Eisenhüttengemeinschaft Ost "EGO" liegt mit ihren Verbandspreisen [illegible] 40-100% über Reichspreisen.

Diese Preise, Lieferungsbedingungen und zum Teil auch -fristen sind für die industriellen Bezieh des GG. insgesamt Anlässe zu ernstesten Klagen. ist festgestellt worden, dass das Eisenbahnzentr amt, Berlin, einer grossen Waggonfabrik in Warsc mit besten maschinellen Spezialeinrichtungen wei re Auftragszuweisungen auf Waggons sperren will, weil sich deren Endpreise, vor allem durch die b zeichneten übersetzten Einstandspreise für Eisen auf eine Höhe entwickeln mussten, die diese vorg bende Stelle nicht mehr für vertretbar erachtet.

Der Preis für den Normaltyp eines Kohlentranspor Waggons stellt sich bei jenem Warschauer Werk au RM. 5550.- gegen RM. 3800.- im Reich.

Private Aufträge.

Nicht weniger schwierig ist die Abwicklung von Lieferungsaufträgen auf dem Gebiet des privaten Auftragsmarktes vor allem auch beim Handwerk gew den. Die mehr und mehr angestiegene Verknappung Rohstoffen und Halbfabrikaten auf dem freien Mar hat dazu geführt, dass sich der Schleichhandel a

Schleichhandel in Rohstoffen.

die an sich dezimierten Bestände geworfen und en gegen den bestehenden Verbotsvorschriften wesent liche Teile an sich gerissen hat und immer wiede an sich zu bringen weiss.

In Berichten aus allen Schichten der gewerbliche Wirtschaft finden sich deswegen in zunehmendem M se Angaben des Inhalts, dass die Produktion nur durch Zukauf von Rohstoffen, Halbfabrikaten aber auch von Brennstoffen im Schleichhandel und bei Bewilligung exhorbitant hoher Preiszuschläge auf recht erhalten bleiben kann.

Fuhrlöhne.

In ähnlicher Weise worden ernste Klagen gegen di Uebersetzung der Fuhrlöhne und Gespannkosten ins samt erhoben. Ein angesehener Industriebetrieb e klärt, dass für Anfuhr eines cbm Formsandes im W te von zl 7.- - 10.-, ein Fuhlohn von zl 40.- - gefordert werden.

Der Schleichhandel und die wucherische Preisgest tung überhaupt sind darum bereits zu einer ernst Gefahr für die Produktion an sich, wie für die Au rechterhaltung des Preisgefüges überhaupt, gewor

Lohngestaltung und Lebenshaltung.

Diese Entwicklung durch das illegale Treiben schmutziger-und zum Teil dunkler Kräfte wird ver stärkt durch die sich auf dem Gebiet der Lohnge- staltung immer mehr abzeichnende ernste Lage. De Betriebsführer des grössten Textilerzeugungsbetr in Warschau hat erklärt, dass ihn seine vielhund köpfige Belegschaft darum gebeten habe, ihr anst des Lohnes Lebensmittel und Hausbrandkohle zu üb geben, um damit allen Beschaffungsorgen - vor al auch gegenüber den Familienangehörigen - enthobe zu sein und um so der Berufsarbeit ungestörter n gehen und nachkommen zu können.

Wenn diese Vorgänge hier verzeichnet werden, so deswegen, weil es sich nicht um eine vereinzelte Erscheinung, sondern weit mehr, um ein deutliches Sympton einer ernsten Wirklichkeit handelt.

In einem Gebiet wie Warschau mit einer grossen Bevölkerungsdichte und einer vorwiegend gewerblich tätigen Bewohnerschaft, ist die Frage der Sicherstellung der zum Lebensunterhalt der Arbeiter-und Angestelltenschaft erforderlichen Lebensmittel wegen der immer mehr zurückgehenden sozialen Kaufkraft des Lohnes mit zum Kernproblem der gewerblichen Produktion überhaupt geworden, zumal im Gegensatz zu anderen Distrikten in der engeren und weiteren Umgebung eine wenig leistungsfähige Landwirtschaft vorhanden ist.

Werkküchen.

Ein weiteres Problem von stärkster Eindringlichkeit beginnt die Unterhaltung und Fortführung der sogenannten Werksküchen - die ausschliesslich auf den freien Ankauf angewiesen sind - zu werden. Feststeht, dass alle diese Einrichtungen mit ihrem erheblichen täglichen Einzelbedarfsmengen bereits zur stabilen Kundschaft des illegalen Schleichhandels geworden sind.

Ebensowenig wie es aus öffentlichen Gründen als vertretbar angesehen werden kann, dass der Schleichhandel durch die Belieferung dieser sozialwichtigen Einrichtungen eine Art von Legalisierung erfährt, ist es irgendwie vertretbar, der Abschaffung der Werksküche wegen der von diesen geübten Schleichhandelseinkaufe das Wort zu reden.

Abhilfevorschlag.

In der vollen Erkenntnis der Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet und der jeder Ausnahmebehandlung im Wege stehenden ernsten Mangellage wird aus Gründen der Erhaltung der physischen Arbeitskraft der Arbeiterschaft und der Aufrechterhaltung der Betriebe überhaupt, sowie im Interesse der breiten Bevölkerung eine bereits anderweitig gemachte Anregung aufgegriffen, die eine ausnahmsweise Aufbesserung der Rationen bewirtschafteter Lebensmittel an die polnische Bevölkerung für den bevorstehenden Winter auf die doppelte Höhe der wichtigsten Grundernährungsmittel mit Ausnahme von Brot, vorsieht.

Würde diese Anregung nach Prüfung der Möglichkeiten verwirklicht werden, dann würde in den gewerblichen und industriellen Betrieben die Verabfolgung von Speisungen in den Werksküchen auf das System der Lebensmittelkarten abgestellt und damit die Lebensmittelbeschaffung im Schleichhandel sofort unterbunden werden können.

Ebenso würde auch für die breitesten Bevölkerung-
schichten bei einigermassen ausreichender Ernäh-
der Anreiz entfallen, Schleichhandelszukäufe von
nennenswertem Umfange vorzunehmen. Auf beiden We-
gen müsste der Schleichhandel auf das Empfindlic-
te getroffen werden.

Kohlenfrage.

Eine weitere ernste Sorge für Warschau ist die Kohlenfrage allgemein, sowohl bezüglich der Weiterführung von Industrie, Gewerbe und Handwerk, auch hinsichtlich der Befriedigung des Hausbrand bedarfs.

Zusammen mit der Rohstoff-und Lebensmittelversorgungsfrage ist die Kohlenfrage das Kernproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern ein nicht mind ernstes Problem vom Standpunkt der Gesundheitsführung überhaupt. Mit allen Mitteln sollte daher versucht werden, die gewerblichen Betriebe durch Bereitstellung der erforderlichen Roh-und Hilfsstoffe, sowie Kohlen im Gang zu erhalten und den breitesten Massen Beschäftigung zu gewähren, - aber auch durch die Zuweisung der für die Lebenshaltung notwendigen Lebensmittel eine erträgliche Lebensbasis zu bieten; das letztere umsomehr, als dann die immer wieder auftretenden Wünsche nach Lohn-und Gehaltserhöhungen verstummen würden.

Nur so ist es überhaupt möglich eine Gefährdung der Gesundheitsführung im allgemeinen fernzuhalt und ausserdem die Sicherstellung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben zu gewährleisten.

Meine bisherigen Ausführungen haben sich auf die groben Sorgenprobleme des Alltags, von denen all Teile der gewerblichen Wirtschaft gleichmässig schwer betroffen sind, erstreckt.

Wenn wir darüberhinaus die Gesichtspunkte ins Auge fassen über die Möglichkeiten einer Festigung, Weiter-Entwicklung und Verbesserung der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt Warschau, so muss vorweg die Frage aufgerollt werden, von welcher Art der gewerbliche und industrielle Einsatz in der Zukunft sein muss, damit die wichtigste volkswirtschaftliche Aufgabe einer zweckmässigen und den naturgegebenen Verhältnissen angepasste Gütererzeugung, gelöst werden kann.

Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie und im Handwerk.

Die grosse Zahl von gewerblichen und industriell Betrieben und leistungsfähigen Handwerksstätten von einer insgesamt hohen Erzeugungskapazität und die vorhandene reichhaltige, branchenmässige Struktur geben von vornherein die Gewissheit, dass in Stadt und Distrikt Warschau eine grosse Fülle von Bedarfsgütern aller Art erzeugt werden und eine nicht minder hohe Zahl von Menschen arbeitsmässig Einsatz finden kann.

Wenn die Vorkriegsbeschäftigtenziffern in diesem Gebiet vergleichsweise herangezogen werden, so ergibt sich, dass die gewerbliche Wirtschaft insgesamt ein grosses Reservoir von Arbeitsplätzen aufweist, das bei einigermassen normalen, friedensmässigen Produktionsverhältnissen Hunderttausenden von Menschen Unterkommen, Brot und Arbeit zu geben vermag.

Die Erzeugungsstätten von lebenswichtigen Verbrauchsgütern aller Art werden dabei in ebenso starkem Umfange Lohn und Unterkommen bieten, wie die Fertigungsindustrie. Auch beim Handwerk insgesamt sind die Aussichten nach reichlicher Beschäftigung und infolgedessen die Möglichkeit der Unterbringung von Fachkräften in bestem Ausmass vorhanden.

Eine weitere Verstärkung dieser zuversichtlichen Lage ergibt sich aus der günstigen geographischen Lage des Warschauer Wirtschaftsgebiets zu den neueroberten Ostgebieten.

Aus all diesen Gründen kann gesagt werden, dass die gewerbliche Wirtschaft bei der Durchführung der notwendigen und grundlegenden Verbesserung im agrarischen Sektor - insbesondere im Bereich der geplanten Bodenordnung - eine starke Hilfe durch Uebernahme freigesetzter ländlicher Arbeitskräfte in Aussicht stellen kann.

Eine Reihe von vorbereitenden Massnahmen wird diese starke Menschenumlagerung einleiten müssen.

<u>Ausbildungsfragen.</u>

Wenn die gewerbliche und industrielle Festigung und Förderung auf breitem Fundament entwickelt werden will, so müssen zunächst Möglichkeiten geboten werden, um die breiten ländlichen Arbeitermassen zum Einsatz in Industrie und Gewerbe einzuschulen, und sie mit den wichtigsten manuellen Fertigkeiten und Handgriffen vertraut zu machen.

Darüberhinaus werden im Wege der Berufsauslese anlernfähige junge Leute ermittelt und entweder der ordentlichen Fachlehre oder einer Ausbildung zu Hilfsarbeitern zugeführt werden müssen. Im grossen Umfange können die bedeutsamen Erfahrungen der deutschen Wirtschaft auf dem Gebiet der industriellen Nachwuchserziehung hierher übernommen werden. Auch das Handwerk, das sich vor allem in der Stadt Warschau dieser Erziehungsaufgabe bisher mit besten Ergebnissen gewidmet hat, wird Zusatzaufgaben dieser Art erfüllen können.

Die Durchführung dieser Erziehungs-und Schulungs-
aufgaben wird freilich nur von einer auf den te
nischen Fortschritt eingestellten und innerlich
gesunden Wirtschaft übernommen werden können.

Deutscher Einfluss auf die Betriebsführungen-und
Gestaltung wird erforderlich sein, wobei zu erg
ist, dass der Durchsetzung der Betriebe mit deu
schem Geist und deutscher Führerinitiative und
Schaffung von industriellen Lehrwerkstätten nac
deutschen Vorbildern besondere Schwierigkeiten
bieten kann. Es vermag dabei auf die z.Zt. unt
treuhänderischer Verwaltung stehenden, beschlag
nahmten herrenlosen und jüdischen Betriebe zurü
gegriffen zu werden, die bei einer Gesamtzahl v
z.Zt. rund 500, bestimmt genügend entwicklungs-
fähige Erzeugungsstätten aufweisen, die für die
wähnte Aufgabe in Einsatz gebracht werden könne

Facharbeiter-Nachwuchs.

Wenn auf diese Weise in jahrelanger Arbeit eine
ordentlich ausgebildete Facharbeiterschaft nachge
zogen worden ist und in den Betrieben zur Verfü
steht, dürfte es nicht schwer fallen, das allge
festgestellte Leistungsgefälle der polnischen Fa
arbeiterschaft gegenüber dem Reich auszugleichen
und für die gesamte gewerbliche und industrielle
Fertigung günstige Erzeugungsvoraussetzungen zu
schaffen.

Dieser notwendig anzustrebenden Entwicklung kom
sehr grosse Bedeutung zu und zwar ebensosehr un
dem Gesichtspunkt der Auftragsverlagerung aus d
Reich ins GG., wie der Ansiedlung reichsdeutsch
Filialbetriebe innerhalb des GG. und der Verl g
polnischer Facharbeiter ins Reich.

Der hiermit berührten Fragen des zweckmässigen Ar-
beitseinsatzes und einer wohlverstandenen Wirt-
schaftslenkung kommt auch in einer weiteren Hin-
sicht Bedeutung zu.

Uebersetzung im Handel.

Uebervölkerung besteht nicht nur im agrarischen
Sektor, auch das Handelsgewerbe ist ganz offen-
sichtlich in erheblichem Masse übersetzt. Es br
nur darauf verwiesen zu werden, dass die grosse
Zahl von Agenten und Maklern, die früher als Ve
mittler von Aufträgen tätig war, durch Warenver
knappung ausser Brot gesetzt wurde. Diese Ueber
setzung erstreckt sich zum Teil ferner auf zuge
lassene Handelsbetriebe, denen im Rahmen der Be
wirtschaftungsmassnahmen nur im bescheidenen M
Zuteilungsware gegeben werden kann und die info
knapper Umsätze zum Verkauf ihrer Waren zu Schl
handelspreisen und ohne Bedarfsscheine einen An
reiz finden.

Es erscheint besser und zweckmässiger, eine Auskämmung dieser leistungs-und lebensunfähig gewordenen Betriebe durchzuführen, und die verknappten Warenmengen künftighin nurmehr einer beschränkten und darum überwachten Zahl von Fachgeschäften zuzuteilen.

Wenn die Entwicklungsfähigkeit von Industrie, Handwerk und Gewerbe vorweg unter dem Gesichtspunkt des Arbeitseinsatzes und der Verfügbarmachung von fach-und angelernten Arbeitskräften behandelt wurde, so bleibt darüber hinaus eine Summe von Teilproblemen noch übrig.

Verkehrsfragen.

Hierunter stehen Verkehrsfragen, wie die Erschliessung der Weichsel als einer frachtbilligen Wasserstrasse für An-und Abtransport, mit an erster Stelle. Bei der frachtungünstigen Lage Warschau's zu den Rohstoffquellen und den Erzeugungsbezirken ist die Verbilligung der Frachten insgesamt eine Lebensfrage.

Elektrische Energie.

Nicht minder wichtig ist die Bedeutung der Versorgung des Warschauer Wirtschaftsbereichs mit elektrischer Energie. Die auf Kohlenbasis arbeitenden E-Werke des Warschauer-Bezirks sind auf die Anlieferung von Kohle auf dem Schienenweg angewiesen. Wenn eine Umstellung der Industrie-Erzeugung auf den elektrischen Antrieb aus Bezugsstrom erfolgen soll, ist die Sicherstellung einer ausreichenden und zuverlässigen Energieversorgung unerlässlich. Daher besteht das allergrösste Interesse daran, dass Warschau die Anschlussversorgung an das Roznower-Wasserkraftwerk und seine 150 000 V Leitung findet, indem die Baustufe Starachowice nach Warschau durchgeführt wird.

Wohl ist bekannt, dass die Fertigstellung dieser Oberleitung in der Planung des GG. als vordringlich angesehen wird. In dem Masse, wie durch den Einsatz dieser Energiequelle eine Einsparung an Kohle und Kohlenversand eintritt, ist es möglich, die sich ergebende Entlastung des Schienenwegs für andere Transporte zu benutzen.

Schluss-betrachtung.

In Zusammenfassung der vorgetragenen Gesichtspunkte bei der freilich eine erschöpfende Aufzählung unmöglich war, erscheint es aussichtsvoll und wahrscheinlich, dass die gewerbliche Wirtschaft im Distrikt Warschau einer weiteren Aufwärtsentwicklung und Verbreiterung zugeführt zu werden vermag und dass eine Verlagerung der Erzeugung auf eine ausgesprochen industrielle und arbeitsintensive Qualitätsfertigung möglich ist.

Dass bis zur Erreichung dieses Zieles von allen Schichten der an dieser Aufgabe beteiligten Krei eine ungewöhnliche Fülle von Arbeit und Fleiss a zubringen sein wird, ist ebenso feststehend, wie die Aussicht, dass der schliessliche Erfolg solc Zusammenwirkens-und Mühens sicher ist.

Mit Bezug hierauf möchte ich mit einem Bismark's Zitat schliessen : "Wir sind nicht in der Welt, glücklich zu sein und zu geniessen, sondern um u sere Schuldigkeit zu tun."

[illegible]

Allgemeine Fragen der Verwaltung.

Referat des Chefs des Amtes,
Reichshauptstellenleiter Dr. H u m m e l ,
gehalten
auf der Regierungssitzung in Warschau
am 16. Oktober 1941.

Herr Generalgouverneur !   Meine Herren !

Der Herr Generalgouverneur hat mir gestern den Auftrag erteilt, bei der heutigen Fortsetzung der Regierungssitzung noch ein einleitendes Referat über allgemeine Fragen der Verwaltung zu halten, die uns hier besonders interessieren.

Angesichts der Kürze der Zeit, die für die Vorbereitung zur Verfügung stand, hoffe ich, Verständnis dafür zu finden, dass ich mich sehr kurz fasse und nur 3 Probleme berühre, die für uns von besonderer Bedeutung sind.

I.

Zunächst zur <u>allgemeinen Verwaltungslage</u> im Amt des Distrikts und in den Kreishauptmannschaften.

In den gestrigen Referaten sind eine grosse Zahl von Wünschen seitens der einzelnen Vortragenden an die Regierung gerichtet worden, so dass ich mich glücklich schätze, auf dem von mir berührten Gebiet nicht mit neuen Wünschen hervortreten zu müssen. Ich darf vielmehr der Regierung unseren Dank sagen für das grosse Verwaltungswerk, das uns im Laufe dieses Jahres mit der Durchführung der Einheit der Verwaltung beschieden worden ist.

Es ist selbstverständlich, dass, als damals die Verordnung über die Einheit der Verwaltung bekannt gegeben wurde, auch hier, wie bei den anderen Distrikten und auch in Regierungsstellen, nicht alle davon Betroffenen begeistert gewesen sind, weil durch diese Verordnung mancher persönliche Wunsch hinten gestellt werden musste. Aber rein sachlich gesehen, haben sich die Grundgedanken der Einheit der Verwaltung und der nun feststehende Aufbau der Verwaltung in jeder Hinsicht bewährt. Die Einheit der Verwaltung ist nach der übereinstimmenden Auffassung aller beteiligten Dienststellen, insbesondere auch sämtlicher Kreishauptleute, die für diesen Raum einzig richtige Verwaltungsform, denn nur mit einer straff zusammengefassten

Verwaltung, die die Ausrichtung sämtlicher deutschen Dienststellen nach einheitlichen Verwaltungsprinzipien gewährleistet, können die zahlreichen und schwierigen Probleme, die in diesem Raume gestellt sind, rasch und tatkräftig gemeistert werden.

Es ist selbstverständlich, dass eine derartige grundlegende Änderung der Verwaltungsmethode, wie sie die Ein- und Durchführung der Einheit der Verwaltung darstellt, und wie sie zum 1. Male in dieser kompromisslosen Form im Generalgouvernement in die Praxis umgesetzt wurde, anfangs zu gewissen Reibungen geführt hat. Dem Takt und Fingerspitzengefühl der beteiligten Abteilungsleiter und der Kreis- und Stadthauptleute ist es jedoch in gegenseitigen Aus = sprachen gelungen, diese Schwierigkeiten, die gelegentlich zwischen ihren Dienststellen und insbesondere den angegliederten Dienststel= len auftauchten, in Kürze zu beseitigen. Der Kreishauptmann hat es stets abgelehnt, den seiner Dienststelle angegliederten Fachbehör = den bei fachlichen Dingen " hineinzuregieren "; Er hat sich darauf beschränkt, in gelegentlichen Zusammenkünften mit den Leitern der Fachbehörden die allgemeinen Richtlinien der Verwaltungspolitik zu bestimmen, wie dies auch von der Regierung in ausführlichen Erlas = sen klargestellt ist.

Jede Verwaltung kann auf die Dauer nur dann funktionieren, wenn die notwendige Anzahl fachlicher vorgebildeter Beamter oder Angestellter zur Verfügung steht. Leider fehlt es hier. Insbesondere fehlt es bei den Kreishauptleuten an einer, wenn auch geringen Zahl, fachlich qualifizierter mittlerer und gehobener Beamten, Sekretären oder Inspektoren. Es fehlt weiter an entsprechend ausgebildeten Kassen- und Rechnungsbeamten. Wenn für die Dauer bei den Kreishaupt= mannschaften ein geordnetes Finanzwesen gewährleistet werden soll, muss hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Im allgemeinen ist die Personallage bei den Kreishauptmann = schaften zurzeit so, dass ein Gefolgschaftsmitglied zahlreiche,

zum Teil äusserst wichtige Referate zu bearbeiten hat. Es ist selbstverständlich, dass eine ordnungsgemässe Bewältigung hier unterbleibt.

Ich glaube aber nicht, dass es möglich sein wird, hier in absehbarer Zeit einen grundlegenden Wandel zu schaffen, denn wir müssen damit rechnen, dass, genau wie jetzt für Galizien, im nächsten Jahr für die neuen Ostgebiete weitere Anforderungen erfolgen und dass dann vielleicht sogar besonders bewährte Beamte und Angestellte von hier nach dem weiteren Osten abgegeben werden müssen.

Bei dieser Sachlage erhebt sich die Frage, ob es nicht zweckmässig wäre, in weit stärkerem Masse noch in unserem Verwaltungssystem den Aufsichtsgedanken zu betonen.

Die Gesetzgebung des Generalgouvernements ist im Laufe der letzten 1 1/2 Jahren dazu übergegangen, in immer grösserem Umfange zahlreiche Verwaltungsgebiete bis ins einzelne zu regeln und die Durchführung, nicht etwa nur die Beaufsichtigung, den deutschen Dienststellen zu übertragen. Damit wurde auch die Verantwortung für die reibungslose und ordnungsgemässe Abwicklung der Verwaltungsmassnahmen den deutschen Behörden auferlegt. Trotz der sich hierdurch immer mehr häufenden Arbeit wurde der Personalstand, wenigstens bei den unteren Behörden, nicht wesentlich verändert. Die Folge davon ist ganz zwangsläufig, dass die Fülle der Arbeit durch die wenigen Arbeitskräfte nicht hundertprozentig bewältigt werden kann und der Behördenleiter, insbesondere der Stadt- bezw. - Kreishauptmann durch die Kontrolle der täglichen Verwaltungskleinarbeit Zeit und Übersicht verliert, die an sich notwendig wäre, um wirklich richtunggebend die Verwaltung zu führen.

Verlegt sich aber der Stadt- bezw. Kreishauptmann auf sein eigentliches Aufgabengebiet, nämlich nur die Dinge von allgemein wirtschaftlicher und politischer Bedeutung vorwärts zutreiben, so kann er nicht für eine restlose Erfüllung der sonstigen Verwaltungsmassnahmen Sorge tragen.

Wir werden deshalb nicht umhin können, auch bei der Staatsverwaltung- in der Kommunalverwaltung ist dies ja schon im beschränkten Umfang geschehen - die Polen in erhöhtem Masse zur Mitarbeit heranzuziehen, um den Mangel an deutschen Beamten und Angestellten zu steuern.

Ich denke daran, dass für bestimmte Verwaltungsgebiete wieder eine Art " Starost " eingesetzt werden könnte, der gewisse, ihm übertragene Aufgabengebiete in eigener Verantwortung und mit Zeichnungsbefugnis - selbstverständlich unter Aufsicht des Kreishauptmanns - zu bearbeiten hätte.

Eine ähnliche Regelung ist im übrigen bereits in § 9 der Verordnung über die Verwaltung der polnischen Gemeinden vom 28.11.39 für die Stadtkreise getroffen. Hiernach kann der Distriktschef den Bürgermeistern Stadthauptleute zur Seite setzen, die in seinem Namen die Aufsicht führen. Die Stadthauptleute können jede Verfügung des Bürgermeisters aufheben, abändern, ersetzen und hemmen sowie eigene Anordnungen treffen. Der Bürgermeister aber hat grundsätzlich die Verantwortung für die Verwaltung der Stadt und hat insbesondere sämtliche laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Der Stadthauptmann beaufsichtigt lediglich und zieht nur die ihm wichtig erscheinenden Dinge an sich.

Diese Regelung ist bei der Verwaltung der Stadt Warschau kompromisslos durchgeführt und hat sich in der Praxis ausgezeichnet bewährt.

Man könnte deshalb daran denken, die Funktionen des Kreishauptmanns ähnlich wie dies in § 10 der Verordnung über die Verwaltung der polnischen Gemeinden geschehen ist, festzulegen.

Art und Umfang der dem Starost zu übertragenden Aufgabengebiete bedürfen selbstverständlich einer genauen Nachprüfung.

Ein Kreishauptmann des Distrikts Warschau hat bereits vor einiger Zeit einen ähnlichen Vorschlag gemacht und die Bildung von

- 5 -

sogenannten " Verwaltungsnebenstellen ", die unter der Leitung eines Polen stehen und denen bestimmte Verwaltungsgebiete zu übertragen sind, vorgeschlagen.

Wie man sich auch entscheiden mag, es ist auf jeden Fall dringend notwendig, dass wir insoweit unser jetziges Verwaltungssystem einmal überprüfen, da der immer grösser werdende Personalmangel, der sich im nächsten Jahr mit Rücksicht auf die neuen Ostgebiete erhöhen wird, eine Änderung unseres jetzigen Systems notwendig erscheinen lässt.

Mit diesen Ausführungen bin ich bereits zu dem zweiten Punkt gekommen, der Gegenstand meiner Ausführungen sein soll: der Erörterung von Personalfragen, insbesondere der Personalbeschaffung und der Erhaltung des Personalbestandes.

Der gesamte Personalbestand des Distrikts beträgt zur Zeit 1012 Gefolgschaftsmitglieder, und zwar handelt es sich dabei um 547 Reichs- oder Volksdeutsche und 465 Polen. Diese Zahl ist nicht genügend, um sämtlichen Anforderungen einer geordneten Verwaltung gerecht zu werden.

Von Anfang an hat es im Distrikt wie auch in den Kreisen ein starker Mangel an geeigneten Arbeits- und Fachkräften geherrscht. Dazu kam, dass des öfteren Gefolgschaftsmitglieder wieder entlassen werden mussten, die den Anforderungen des Osteinsatzes nicht entsprachen. Leider gilt dies nicht nur hinsichtlich der fachlichen Leistungen, sondern auch hinsichtlich der Haltung gegenüber Polen, wobei in mehreren Fällen bedenkliche Entgleisungen zu beklagen waren.

Ein anderer Teil der Gefolgschaft ging durch Einberufungen zur Wehrmacht verloren, womit auch in Zukunft noch gerechnet werden muss.

Nachteilig auf den Personalstand hat sich ferner die Notwendigkeit der Abordnung von Beamten und Angestellten zwecks Auffüllung des neu errichteten Distrikts Galizien ausgewirkt. Aus dem Distrikt Warschau mussten bis heute 74 Angestellte und Beamte nach Galizien abgegeben werden, unter ihnen 1 Abteilungsleiter, 1 Amtsleiter und 2 Kreishauptleute.

Die Angebote, die zur Zeit eingehen, sind in keiner Weise genügend, um den Aufgaben einer deutschen Verwaltung in dem augenblicklichen Umfange Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus sind neue Arbeitskräfte im Hinblick auf die Errichtung deutscher Aufsichtsverwaltungen in den in Russland neu besetzten Gebieten nur schwer zu beschaffen.

Weiter darf ich offen darauf hinweisen, dass sich die Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 8. Mai 1940 über die Berufung der Amtsträger und die Dienste inweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement vom 10.3.41 sehr hemmend erwiesen hat, soweit es sich um Angestellte des höheren Dienstes (Vergütungsgruppe I - III der TO.A) handelt. Der Weg der Einberufung, wie er durch diese Durchführungsvorschrift bestimmt ist, ist sehr langwierig und hat vielfach dazu geführt, dass der Bewerber sein Angebot wieder zurückgezogen hat. Ich erlaube mir, insoweit eine Änderung dahingehend vorzuschlagen, dass die unmittelbare Einberufung wieder in die Hand des Distriktschefs zurückgelegt wird, während die endgültige Berufung nach einer gewissen Bewährungszeit durch den Herrn Staatssekretär vorgenommen werden soll. Dadurch wird dreierlei erreicht:

erstens eine schnellere Personalbeschaffung,

zweitens eine genauere Sichtungsmöglichkeit des Menschenmaterials

und drittens eine Entlastung der Regierung.

7

Der durch das Rundschreiben der Abteilung Innere Verwaltung vom 16.1.1940 vorgeschlagene Weg, im Reich durch Rückfragen bei den Gemeindeverwaltungen neue Gefolgschaftsmitglieder zu bekommen, hat sich in der Praxis nicht bewährt, denn das Reich hat selbst einen derartigen Mangel an Arbeitskräften, dass auf diese Weise in wesentlichen Umfange keine Erhöhung des Personalbestandes erreicht werden konnte.

Die Möglichkeit, von Reichsbehörden Beamte im Rahmen der Abordnung zu erhalten, muss ebenfalls als endgültig abgeschlossen angesehen werden, da die Behörden des Reiches durch weitere Abordnungen selbst Gefahr laufen würden, ihren Dienstbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten zu können. (Im Amt des Distriktschefs Warschau selbst sind, ohne Berücksichtigung der Kreise, an abgeordneten Beamten nur 57 vorhanden.)

Endlich darf darauf hingewiesen werden, dass sich auf die unbedingt notwendige Personalbeschaffung das Fehlen des Stellenplanes nachteilig ausgewirkt hat, verbunden mit den engen Bestimmungen der TO.A. Insbesondere scheint es auf dem Gebiete des Bauwesens allmählich unmöglich zu werden, geeignete Fachkräfte wie Diplom-Architekten, Regierungsbaumeister usw. zu erhalten, weil selbst die Sätze der Vergütungsgruppe TO.A I nicht ausreichen, um den Forderungen gerecht zu werden, die von geeigneten Bewerbern in dieser Richtung gestellt werden. Es muss deshalb hier immer wieder versucht werden, im Rahmen eines Sondervertrages einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

Bei der Durchführung der Tarifordnung hat sich weiter ein Nachteil in der Art und Weise der Besoldung ergeben; denn die Tarifordnung bewertet, worüber aus der Gefolgschaft immer wieder Klagen erhoben werden, weniger die Leistung als vielmehr das Lebensalter. Trotzdem muss festgestellt werden, daß der Angestellte besoldungsmässig immer noch höher bewertet wird als der nach hier abgeordnete

- 8 -

Beamte, denn einem tüchtigen Angestellten steht jederzeit der Weg offen, bei entsprechender Leistung in eine höhere Vergütungsgruppe der TO.A zu gelangen und damit einen gerechten Ausgleich für seine Arbeitsleistung zu erhalten. Den Beamten ist hier der Weg versperrt; denn eine Beförderung kann nur durch die Heimatbehörde erfolgen. Die hiermit verbundene Gehaltserhöhung ist jedoch, selbst wenn eine Beförderung ausnahmsweise einmal ausgesprochen wird, derartig ge = ring, dass sie kaum einen Ausgleich für seine Leistung darstellt.

Um die Arbeitsfreudigkeit der abgeordneten Beamten zu heben, wäre es deshalb dringend erforderlich, Schritte zu unternehmen, die eine finanzielle Besserstellung der Beamten bringen würden.

Es müssten auch die Versuche der Körperschaften des öffentli = chen Rechts unterbunden werden, Distriktsangestellte dadurch für sich zu gewinnen, dass sie höhere Gehaltssätze versprechen, als der an die Sätze der TO.A gebundene Distrikt zu zahlen in der Lage ist. Das Mißverhältnis würde ohne weiteres dadurch beseitigt werden, wenn diese Körperschaften gezwungen würden, ihre Vergütungssätze in derem der TO.A anzugleichen.

Endlich müßte noch in aller Schärfe der Grundsatz durchgeführt werden, dass jetzt während des Krieges niemand, der hier als Di = striktsangestellter tätig ist, in die Wirtschaft oder in freie Be = rufe übergehen darf, selbst wenn noch so verlockende Angebote ge = macht werden oder noch so große Verdienstmöglichkeiten bestehen. Wer hier während des Krieges im Osten eingesetzt ist, hat diese Art von Kriegsdienst auch bis zum Ende des Krieges durchzuführen.

In diesem Zusammenhang muss ich noch kurz bei der Erörterung der Personalverhältnisse die Frage der Dienstvergehen und ihrer Ahn = dung erörtern.

Die Pflichtverletzungen der abgeordneten Beamten werden durch die Heimatdienstbehörde auf Grund der Reichsdisziplinarordnung im

Rahmen eines formellen Dienststrafverfahrens behandelt. Eine solche Möglichkeit fehlt immer noch gegenüber den hier tätigen Angestellten. Es bleibt bei Dienstvergehen dieser Gefolgschaftsmitglieder in der Mehrzahl der Fälle nur die fristlose Entlassung aus dem Dienstverhältnis übrig. Die Schaffung einer eigenen Disziplinarordnung für die Angestellten des Generalgouvernements wäre wie schon wiederholt betont sehr wünschenswert.

Ebenso bitte ich, die Bestimmungen für die Aufenthaltsgenehmigungen der Ehefrauen zu erleichtern. Es hat sich herausgestellt, dass in der mehrmonatigen Abwesenheit der Ehefrauen, wie sie mit Rücksicht auf den Beginn des Ostkrieges notwendig war, die Zahl der verschiedenartigsten moralischen Verfehlungen erheblich zugenommen hat, wobei auch Fälle von Rassenschande leider zu verzeichnen waren. Eine längere Anwesenheit der Ehefrauen ist daher zur Sicherung der Moral der Gefolgschaftsangehörigen unbedingt wünschenswert.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch kurz die Frage der Urlaubsregelung streifen.

Die Einbringung des Jahresurlaubs und des sogenannten Regelurlaubs beeinträchtigt immer wieder die schnelle Erledigung der notwendigen Dienstgeschäfte, da das vorhandene Personal nicht ausreicht, um alle Urlaubsvertretungen durchführen zu können. Falls in erweiterten Masse die Möglichkeit gegeben ist, Ehefrauen besuchsweise in den Dienstort des Gefolgschaftsmitgliedes kommen zu lassen und hierfür sogar die Reisekosten bezahlt werden, würde eine Änderung der Fristen des Regelurlaubs durchaus möglich sein. Ich persönlich halte eine Zeitspanne von je 4 Monaten für eine neue Regelurlaubsperiode als hinreichend.

Gewiss wird diese Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen, die aber im Interesse des Dienstes zumindest jetzt während des Krieges erforderlich ist, von manchem Gefolgschaftsmitglied nicht be =

grüßt werden, niemand aber wird in dieser dienstlich notwendigen Maßnahme ein mangelndes Verständnis für die Gefolgschaft erblicken, da gerade hier im ganzen Generalgouvernement für die Gefolgschaft an sich viel getan wird.

Damit komme ich zu dem dritten Teil meiner Ausführungen, den Fragen der Gefolgschaftsbetreuung.

Alle Maßnahmen, die hier auf dem Gebiet der Gefolgschaftsbetreuung getroffen worden sind, haben das Ziel gehabt, den hier tätigen Deutschen die Heimat nach Möglichkeit zu ersetzen und Ihnen den Aufenthalt in dieser zunächst so ungewohnten Umgebung in jeder Hinsicht zu erleichtern. Wir sind stolz auf das, was in dieser Beziehung für die Gefolgschaft geleistet werden konnte.

Die überwiegende Mehrheit aller reichs- und volksdeutschen Gefolgschaftsmitglieder ist nunmehr in Wohnungen untergebracht, die unseren Anforderungen an Wohnkultur in jeder Hinsicht entsprechen. Die beiden neu geschaffenen Beamtenwohnhäuser mit zusammen 158 Zimmern, die kürzlich fertiggestellt worden sind, haben vielen Gefolgschaftsmitgliedern, die bisher möbliert bei Polen oder in zweit- und drittklassigen Hotels untergebracht waren, endlich Wohnungen im deutschen Wohnstil gebracht. Die Mieten in diesen Gemeinschaftshäusern sind so bemessen, dass jeder sie tragen kann. Sie liegen weit unter den Mieten, die sonst Reichs- und Volksdeutsche in anderen nicht distrikteigenen Häusern mit 100 % iger Vorkriegsmiete zu zahlen haben.

Neben der Beschaffung von Wohnräumen steht die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen.

So sind in der letzten Zeit 150 Zimmereinrichtungen beschafft worden, wofür allein Zl. 414 000.-- ausgegeben wurden. Insgesamt übersteigt der Betrag, der für Bettwäsche, Gardinen und Einrichtungsgegenstände aller Art aufgewendet worden ist, die Summe von

3/4 Millionen Zloty. Was mit dieser Gesamtsumme erreicht worden ist, kann mit wenigen Zahlen wiedergegeben werden. An Gefolgschaftsmitglieder wurden bisher insgesamt ausgegeben:

350 Zimmereinrichtungen,
1 000 Woll- und Steppdecken,
400 Lampen,
100 Teppiche,
600 Federkissen,
8 500 m Vorhangstoff
10 000 m Weiswaren für Bettwäsche.
Deutsches Haus,
Gaststätten,
Gefolgschaftsheim,
Krankenstuben,
Nähstuben,
Wäscheannahme,
Schuhannahme,
Friseur im Hause.

Das ist eine gewaltige Leistung, die von der Gefolgschaft auch dankbar anerkannt wird.

Ebenso wird für ausreichende und billige Verpflegung Sorge getragen. Der Selbstkostenpreis der Gemeinschaftsverpflegung beträgt Zl. 3,30, dem einzelnen Gefolgschaftsmitglied wird aber nur ein Betrag von Zl. 2.—, teilweise sogar nur Zl. 1,40, angerechnet. Diese Maßnahme ist unbedingt erforderlich, weil bei der katastrophalen Teuerung in Warschau kein Reichs- oder Volksdeutscher mit den augenblicklichen Gehaltssätzen bzw. mit seiner Beschäftigungsvergütung sich selbst die nötigen Lebensmittel kaufen könnte.

In deutscher Gemeinschaftsverpflegung über 1000 Personen. Auch den nichtdeutschen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die beim

amten, Angestellten und Arbeitern, die beim Distrikt tätig sind, wird ein Eintopfmittagessen zum Preise von Zl. 0,50 verabfolgt, wodurch erreicht worden ist, dass diese Angestellten und Arbeiter arbeitsfähig geblieben sind. Für Polen ca. 950 Eintopfportionen verabreicht.

Darüber hinaus ist für die deutsche Gefolgschaft unendlich viel in kultureller Hinsicht Kino, Theater und Konzerte geleistet worden.

Endlich wird den Gefolgschaftsmitgliedern weitgehende Gelegenheit zur sportlichen Betätigung gegeben, wofür im Sommer insbesondere das Klubheim an der Weichsel für den Wassersport und ein grosser Sportplatz im Agrikolapark für Leichtathletik zur Verfügung gestellt wurde.

Der neugeschaffene Reiterverein Warschau hat ebenfalls bei der Gefolgschaft starken Anklang gefunden.

Mit diesen Maßnahmen, von denen ich nur einige Gebiete herausgegriffen habe, wollen wir erreichen, dass den hier tätigen Deutschen der Aufenthalt außerhalb des Reichsgebietes so angenehm wie möglcih gestaltet wird.

Selbstverständlich ist, dass alle diese Maßnahmen allein nicht ausreichen, um den für den Osteinsatz erforderlichen Menschen zu schaffen, sondern dass es im wesentlichen auf den Einzelnen selbst ankommt.

Der Herr Generalgouverneur hat in dieser Hinsicht einmal den Ausdruck von der " Osttauglichkeit " geprägt. Diese Osttauglichkeit setzt bei jedem Einzelnen voraus, dass er in Treue zum Führer seine Plicht erfüllt und uneigennützig seinen Dienst im Osten als Kriegseinsatz bei der Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben betrachtet. Ich habe die Überzeugung, dass, wenn wir auch in den zwei

Jahren in personeller Hinsicht manche Enttäuschung erlebt haben, die überwiegende Mehrheit der Reichs- und Volksdeutschen diesen Anforderungen genügt.

Ich glaube deshalb die Versicherung abgeben zu können, dass dies auch weiterhin so bleiben wird und dass wir uns bemühen werden, den rechten Geist in unseren Gefolgschaftsmitgliedern zu pflegen und aufrecht zu erhalten.

Referat des SS- und Polizeiführers im
Distrikt Warschau SS-Oberführer Wigand
in der Regierungssitzung vom 15.u. 16.10.1941.

Wie allgemein bekannt, sind die Großstädte schon seit jeher der Nährboden für kriminalistische und politische Verbrechen und Vergehen gewesen. Je größer die Großstadt, je ungünstiger die sozialen Verhältnisse, desto größer die Kriminalität bezw. die politische Betätigung. Diese Voraussetzung bietet insbesondere Warschau. Als Millionenstadt und ehemalige Metropole des polnischen Staates ist sie ein Sammelbecken der Intelligenz, wie auch des Proletariats, des Judentums und polnischer Militärkreise, und bietet somit der günstige Nährboden für alle diejenigen unterirdischen Kräfte, die ideell, wie durch politische Tat der Aufbauarbeit der deutschen Verwaltung Widerstand leisten.

Ich komme somit als erstes und als Hauptaufgabe der Polizei zur Bekämpfung der Widerstandsbewegung. Soziologisch betrachtet rekrutiert sich die Widerstandsbewegung aus allen Bevölkerungsschichten. Führung sind jedoch Militär- und Intelligenzkreise, sowie ein Teil der Jugend. Getragen wird der Widerstand von einer größeren Anzahl von Organisationen, die z.T. in Verbindung mit dem General Sikorski und Sosnkowski stehen. Es sind zwei Hauptgruppen zu unterscheiden, und zwar:

a) die militärischen Organisationen und
b) die propagandistischen Organisationen.

Hier an dieser Stelle auf die personelle Besetzung bezw. auf die Arbeitsweise im einzelnen einzugehen, würde zu weit führen. Es sei zusammenfassend erwähnt, daß diesen Organisationen jedes Mittel recht ist. Terror, Sabotageakte, die Bildung von Stoßtrupps, die Verwendung von Waffen und Sprengmitteln sind die hauptsächlichsten Kampfmittel der militärischen Organisationen. Die zivilen und propagandistischen Organisationen bedienen sich in der Hauptsache der Propaganda

und Aufputschung der Bevölkerung in jeder Form. Man bedient sich hauptsächlich der Flugblätter, der Plakate, sowie der Flüsterpropaganda, des Boykotts der Kinovorstellungen, der Zeitungsvertriebe, der öffentlichen Rundfunkübertragungen und nicht zuletzt der Beeinflussung der heranwachsenden Jugend im Schulunterricht. Letzteren muß ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die neueste Parole der polnischen Widerstandsbewegung, die sicher bereits Ihnen bekannt sein dürfte, ist: "Arbeite langsam, dann unterstützt Du den Sieg der Engländer!" Als Symbol hierfür wird versucht, in den Betrieben, auf den Straßen und öffentlichen Plätzen, an Fassaden und Häusern das Zeichen der Schildkröte anzubringen.

Die Finanzquellen beider Organisationen sind nicht unbeträchtlich. Die Art der Finanzierung geschieht auf allen möglichen Wegen und durch alle möglichen Kanäle. Trotzdem sich sämtliche Organisationen der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Polizei abzudecken versuchen, ist es der Sicherheitspolizei gelungen, in den letzten 2 Jahren allein in 20 Organisationen nachrichtendienstlich einzudringen und diese zu zerschlagen. Weiterhin gelang es im vergangenen Jahre die bereits sehr verbreitete und gemeingefährliche Organisation K.O.P. (Kommando der Verteidiger Polens) - es handelt sich hier um eine propagandistische Organisation - durch die Aushebung der Zentrale, die hier in Warschau ihren Sitz hatte, und Festnahme aller leitenden Spitzenfunktionäre, aufzurollen. Außerdem war es der Sicherheitspolizei in der letzten Zeit möglich, wiederum größere und kleinere Flugblattdruckereien auszuheben. Im allgemeinen sind alle Funktionäre der Widerstandsbewegung im Besitz von Faustwaffen und z.T. auch von Handgranaten, die sie, wenn sie von deutschen Beamten gestellt werden, rücksichtslos anwenden, da ihnen klar ist, daß sie sowieso ihr Leben verwirkt haben. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nach den gemachten Erfahrungen die polnische Widerstandsbewegung, trotz ihrer inzwischen erfolgten besseren Organisation, dank

der geleisteten Arbeit der Sicherheitspolizei, keine übergroße Gefahr mehr für das gesamte Generalgouvernement bedeutet. Trotz der über zweijährigen Tätigkeit ist es der Widerstandsbewegung nicht gelungen, große Teile des polnischen Volkes zu erfassen und aufzuputschen.

Die deutsche Gegenpropaganda dürfte im übrigen auch einen Teil dazu beitragen, daß ein Großteil der Bevölkerung und selbst national gesinnte Polen, die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Anbetracht der gewaltigen europäischen Umwälzungen als nicht opportun ablehnen. Über gewisse Personenkreise- und -gruppen hinaus kann sich meines Erachtens die Widerstandsbewegung nicht verbreiten.

Nicht unerwähnt dürfte die Arbeit der röm-kath.Kirche bleiben, die jedoch sehr versteckt und geschickt arbeitet. Ihre wesentlichsten Parolen sind:

a) Sicherung der Erhaltung des nationalen Charakters der Bauern durch ihre Annäherung an die poln.kath. Kirche,
b) patriotisch, nationale Aufklärung der Volksmassen auf religiöser Grundlage,
c) größte Vorsicht an der Durchführung der nationalen Pflicht, die Geistlichen sollen niemals den Deutschen eine Veranlassung zur Bekämpfung der Kirche als eine politische Organisation geben.

Wenn auch die Bekämpfung dieser Widerstandskräfte für die Sicherheitspolizei auf Grund der besonders gelagerten Verhältnisse äußerst schwierig ist, so bedeutet dies doch nicht, daß der Bekämpfung unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege ständen. Auch hier kann gesagt werden, daß der politische Gegner insofern keine Gefahr bedeutet, als wir seine Arbeitsweise und seine Methoden, die Bevölkerung zu beeinflussen,genauestens kennen.

Die Juden halten sich besonders in letzter Zeit relativ ruhig. Da man sie in Bezug auf die Ernährung und wirtschaftliche Existenz sehr knapp gehalten hat, sind ihr noch vorhandenen Energien ausschließlich diesen Dingen gewidmet.

Soweit Vergehen sicherheitspolizeilich festgestellt werden konnten, handelt es sich hauptsächlich um solche krimineller Natur, wie Schleichhandel, Diebstähle, Bestechung, Ausweis- und Paßfälschungen usw.

Zur Illustration der Arbeit der Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei, mögen Ihnen noch einige Zahlen dienen.

In den letzten 2 Jahren mußten wegen politischer und krimineller Delikte ca. 7 000 Personen in die Konzentrationslager überführt werden. In den hiesigen Gefängnissen sitzen z.Zt. 2 811 Häftlinge ein, davon wegen politischen Vergehens 1 290 Männer und 268 Frauen. Die in letzter Zeit ansteigende Kriminalität, insbesondere schwerer und leichter Diebstähle, Betrug, Mundraub, Totschlag und Raubüberfälle, ist in gewisser Beziehung eine Richtschnur für die allgemeine Ernährungs- und Wirtschaftslage der hiesigen Bevölkerung.

Trotz energischem Einsatz der Kriminalpolizei sind die genannten Delikte von Monat zu Monat in leichtem Ansteigen begriffen. Allein im letzten Vierteljahr mußten nahezu 11 000 Personen durch die Kriminalpolizei festgenommen werden, darunter allein 4 000 Fälle wegen Diebstahls.

In den letzten Tagen hatte sich die Warschauer Kriminalpolizei mit 2 Kapitalverbrechen, nämlich mit einer Geldfälschung in Höhe von 1,2 Million Zloty und einem Raubüberfall auf eine Sparkasse, bei der die Räuber 220 000 Zloty erbeuteten, zu beschäftigen. Der erste Fall konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit geklärt werden, während der letztere noch der Aufklärung bedarf.

Die vorhandenen Kräfte der Ordnungspolizei sind ebenfalls bis zum letzten Mann restlos eingespannt. Diese ist so das Mädchen für alles! Überall dort, wo Not am Mann ist, wird sie eingesetzt. Sei es nun, es handelt sich um die Bekämpfung des Schleichhandels, Bekämpfung des Bettlerunwesens, Gestellung von Ghettowachen, Gestellung von Gefangenentransportkommandos, Bewachung für Kohlen, Lebens-

mittel- und Geldtransporte, Großeinsatz zur Überwachung des Verkehrs und Verdunkelungsmaßnahmen, Gestellung von Sonderstreifen gegen Sabotageakte an Brücken usw., Sonderkommandos für den SD bei Großeinsatz für Verbrecherbekämpfung usw. usw.

Trotzdem die vorhandenen Polizeikräfte überaus stark in Anspruch genommen sind, ja, in Anbetracht der äußerst schwierigen polizeilichen und kriminellen Verhältnisse kaum ausreichen, ist mit einer weiteren Zuteilung nicht zu rechnen. Wie die Vergangenheit bewiesen hat, war das Gegenteil der Fall, indem man Kräfte für die neuerbberten Gebiete im Osten abzog, davon stellten:

Ordnungspolizei: 1 Bataillon und 70 Gendarme,
Sicherheitspolizei und SD: 143 Mann,

ohne daß hierfür Ersatz gestellt wurde.

Wir sind alle vor die vollendete Tatsache gestellt, mit den hier vorhandenen Polizeikräften auszukommen. Ich kann wohl sagen, daß dies in Anbetracht der Einsatzfreudigkeit von Führer und Mann bisher restlos gelungen ist und dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Ob allerdings für die Zukunft die Ruhe und Ordnung wie bisher gewährleistet ist, hängt davon ab, ob die zuständigen Stellen in der Lage sind, die Ernährung sicherzustellen und den Bedarf an Kohlen zu decken.

Ist dies nicht der Fall, dann ist mit Bestimmtheit mit dem weiteren Anwachsen der politischen und kriminellen Vergehen und darüber hinaus mit dem Ausbruch von Unruhen zu rechnen.

Dieser nicht gerade rosige Ausblick in die Zukunft soll aber kein Grund sein, zu glauben, daß wir nicht Herr der Lage bleiben.

Ein wesentlicher Faktor bezw. Erleichterung der Verbrecherbekämpfung auf politischem wie auf kriminellem Gebiet, wäre eine Gesetzgebung mit schärfsten Strafbestimmungen.

Ich darf hier die Bitte vorbringen, der Frage des Standgerichts näherzutreten.